

Texte

dietz berlin

Michael Brie
(Hrsg.)

Radikale Realpolitik

Plädoyer für eine
andere Politik



rls

62

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 62

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MICHAEL BRIE (HRSG.)

Radikale Realpolitik
Plädoyer für eine andere Politik

Karl Dietz Verlag Berlin

Michael Brie (Hrsg.):
Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 62)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2009

ISBN 978-3-320-02200-6

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009
Satz: Harry Adler
Umschlag: Heike Schmelter (Foto: Rosa Luxemburg, Bildarchiv dietz berlin)
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

<i>Michael Brie</i> Vorwort	7
<i>Evelin Wittich</i> Zum Geleit	9
<i>Frigga Haug</i> Revolutionäre Realpolitik – die Vier-in-einem-Perspektive	11
<i>Christa Luft</i> Kein Ende der Geschichte Die Systemdebatte kehrt zurück	27
<i>Lutz Brangsch</i> »Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber in dem Wie« Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln im Handeln linker Bewegungen	39
<i>Ulrich Wilken</i> Hessische Verhältnisse – oder vom Versuch des Schwanzes, mit dem Hund zu wackeln	53
<i>Kerstin Kaiser</i> Sozialismus in der Mark Politik und Politikverständnis der brandenburgischen LINKEN in Land und Landtag	57
<i>Christiane Schneider</i> Ein neuer Politikansatz in Hamburg	63
<i>Klaus Lederer</i> Was ist und was kann »radikale Realpolitik« heute?	69
<i>Karin Baumert</i> MediaSpreeVersednen Ein Beitrag zur radikalen, linken Politik	81
<i>Gabi Zimmer</i> Die Europäische Union neu erfinden: linker Irrtum oder radikale Realpolitik?	89
<i>Dieter Klein</i> Das Zeitfenster für alternative Klimapolitik: von der Kunst, gegen die Herrschenden mit ihnen Unmögliches zu ermöglichen	97

<i>Judith Dellheim</i> Revolutionäre Realpolitik und sozialökologischer Umbau	107
<i>Michael Brie</i> Strategische Optionen der Partei DIE LINKE für eine radikale Realpolitik	121
<i>Thomas Seibert</i> Eine Linke, die dazwischengeht Radikale Realpolitik (auch) von Linksaußen	143
<i>Frieder Otto Wolf</i> Parteien, soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft, Bündnisse Instrumente und/oder Formen »revolutionärer Realpolitik«?	151

Vorwort

*Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Bertolt Brecht*

In Krisen zeigt sich besonders, dass die Geschichte offen ist. Hinter dem Rücken der Akteure des Neoliberalismus, und doch gerade durch sie selbst betrieben, wurden jene explosiven Materialien angehäuft, die viele spekulative Gebäude des Finanzmarkt-Kapitalismus zum Einsturz brachten. Auf einem Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Sommer 2008 wurden verschiedene Ansätze der parteipolitischen, der gewerkschaftlichen, der bewegungsorientierten und der akademischen Linken diskutiert, die sich in den Zeiten der Hegemonie des Neoliberalismus herausgebildet haben. Jetzt, im Moment der Krise, haben sie sich zu bewähren.

Die in den verschiedenen Beiträgen dieses Buches deutlich werdenden Politikansätze stellen notwendige und unverzichtbare Momente einer tiefen Spannung linker sozialistischer Politik für eine solidarische Gesellschaft dar – eine Spannung, die Rosa Luxemburg auf den Begriff der »revolutionären Realpolitik« brachte. An die Wurzel gehende Radikalität, Transformation der gesamten Produktions- und Lebensweise, der Macht- und Eigentumsverhältnisse müssen sich verbinden mit der Fähigkeit, die realen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, neue Kräfteverhältnisse zu schaffen, Projekte des solidarischen Wandels und Lernens, der Veränderung und Selbstveränderung einzuleiten.

Das Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung war eine Momentaufnahme in einer Umbruchsituation. Nur wenige Monate später sind die Verhältnisse ins Rutschen geraten. Es sind Chancen vorhanden, die Defensive in eine Offensive einer erneuerten Linken zu überführen. Noch sind die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Sie müssen geschaffen werden. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ist die Möglichkeit entstanden, dass die Linke wieder die gesellschaftliche Tagesordnung wirksam (mit-)bestimmen kann. Dazu muss sie die Spannungen radikaler Realpolitik kooperativ, produktiv und mit dialektischer Kunst beherrschen. Ich hoffe, dass dieses Buch dazu beitragen kann.

Zum Geleit

Die großen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg im Jahre 2003 und die Demonstrationen gegen die Konterreformen von Hartz-IV, die neuen und heftigeren Kämpfe der Gewerkschaften um eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik, die globalisierungskritischen Demonstrationen gegen das G8-Treffen in Heiligendamm 2007 und auch die Entwicklung einer neuen parteipolitischen Kraft in Deutschland, der Partei DIE LINKE, haben eine neue Situation der sozialen und politischen Auseinandersetzungen um die Richtung der Politik, um Macht- und Eigentumsverhältnisse, um die Zukunft unserer Gesellschaft eingeleitet.

In einer solchen Situation ist es zugleich dringend notwendig, die Veränderung der Strategie der verschiedenen linken Kräfte zu analysieren, zu diskutieren und kritisch in Frage zu stellen. Jeder Fortschritt wirklicher Bewegung braucht auch einen Fortschritt der Reflexion. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich in der Vergangenheit als ein Ort solcher solidarischer Reflexion erwiesen und sollte dies auch in Zukunft sein. Wir können dabei anknüpfen an viele Diskussionen zu linker Politik, zu Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, von Nachhaltigkeit, Demokratie und Friedenspolitik.

Unter kapitalistischen Verhältnissen ist linke Politik eine Politik aus der Position der realpolitischen Schwäche. Darüber sollten uns weder die Höhe von Lohnabschlüssen oder Wahlergebnisse hinwegtäuschen. Wie aber ist dann erfolgreich linke Politik möglich? Darauf gibt es eine sehr einfache Antwort – als dialektische Politik, die die Widersprüche der sozialen Kräfte in eine solidarische, eine emanzipatorische Bewegung bringt. Aber genau dies ist das Einfache, das so schwer zu machen ist.

Die Autorinnen und Autoren dieses Buches, Politikerinnen und Politiker, Gewerkschafter, Aktivistinnen und Aktivisten sozialer Bewegungen und kritische Intellektuelle, haben sich der Aufgabe gestellt, nach den Zielen, Formen und Ergebnissen radikaler Realpolitik in der Gegenwart zu fragen. Der Raum der Linken ist plural, es ist ein Raum, in dem viele gleichberechtigt Platz haben. Dies ist keine Einladung zum Nebeneinander, sondern die Aufforderung zum streitbaren Miteinander.

Rosa Luxemburg gebührt auch deshalb ein Ehrenplatz in der Geschichte des Sozialismus, weil sie sich immer dem instrumentellen Entweder-Oder verweigert und dem produktiven, oft schwer zu gestaltenden Widerstreit und Widerspruch verpflichtet hatte. Sie wollte die Freiheit nicht der Gleichheit, die Demokratie nicht dem Sozialismus, die Realpolitik nicht dem Radikalismus opfern oder umge-

kehrt. Sie suchte nach praktischen und geistigen Wegen, diese Widersprüche zum Tanzen zu bringen und damit die Kräfteverhältnisse zu erschüttern und zu öffnen für solidarische Emanzipation. Von ihr stammt der Satz, geschrieben 1903 zum 20. Todestag von Karl Marx: »Es gibt erst seit Marx und durch Marx *sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und in vollstem Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik* ist.«¹

Diese radikale Realpolitik, die revolutionär in dem Sinne ist, dass sie auf eine grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse zielt, ist immer neu zu erfinden. Die deutsche Linke ist zurzeit dabei, diese Arbeit unter neuen Bedingungen auch neu zu leisten. Ergebnisse darzustellen, sie wechselseitig zu hinterfragen, Potenzen der Zusammenarbeit aufzudecken, den Widerspruch in konstruktive Bahnen zu lenken, könnte eine Aufgabe dieses Symposiums sein. Ich wünsche Ihnen und Euch dabei Erfolg und bin gespannt auf die Ergebnisse.

1 Rosa Luxemburg: Karl Marx. In: Werke, Bd. 1.2, 373.

Revolutionäre Realpolitik – die Vier-in-einem-Perspektive

Vorspann

In ihrem Hexenroman »Amanda« schreibt Irmtraud Morgner zu unserer Problematik einer revolutionären Realpolitik. Sie teilt das unruhige Frauenvolk in zwei Gruppen, eine, die am Tage Reformpolitik betreibt, also in kleinen Schritten die Bedingungen der Massen zu verbessern trachtet und eine zweite, die Streiks organisiert, anarchistisch Anschläge macht, revolutionäre Schriften verteilt... Nachts treffen sich beide Gruppen als Hexen auf dem Blocksberg und berichten einander von ihren Taten. So studiert jede Gruppe unaufhörlich die Kräfteverhältnisse und ihre durch sie mit bewirkten Veränderungen, um ihre jeweilige Politik darauf einzustellen.

Rosa Luxemburg arbeitet über diese Problematik in ihren gesamten Schriften, wengleich der Begriff »revolutionäre Realpolitik« nur einmal explizit vorkommt. Ich möchte im Folgenden zeigen, wie der Gedanke nicht nur ihre politische Tagesarbeit, ihre Zeitungsartikel und ihre Agitation bestimmt, sondern auch, wie auf dieser Grundlage von ihr gedacht wird, was Partei ist, was Staat, Parlamentarismus, Revolution, Diktatur und Demokratie, Kapitalismus und Sozialismus.

Revolutionäre Realpolitik: Begriffsbestimmung

Lesen wir zunächst im Artikel zu Karl Marx (Vorwärts, 14. März 1903), in dem der Begriff genannt und zugleich als Grundlage ihrer Politik bestimmt wird, ein Zitat, das zur ständigen Überprüfung und Referenz hier vollständig wiedergegeben und in den einzelnen Punkten erläutert ist:

»Vor allem aber, was gibt uns einen Maßstab bei der Wahl der einzelnen Mittel und Wege im Kampfe, zur Vermeidung des planlosen Experimentierens und kraftvergeudender utopischer Seitensprünge? Die einmal erkannte Richtung des ökonomischen und politischen Prozesses in der heutigen Gesellschaft ist es, an der wir nicht nur unsren Feldzugsplan in seinen großen Linien, sondern auch jedes Detail unseres politischen Strebens messen können.«

Luxemburg spielt zunächst auf die historische Erfahrung der Utopisten an und findet sie kritisch auf die Füße gestellt und ersetzt durch Wissenschaft durch Engels, auch Marx, was wir besser als Rückbindung der flüchtenden Wünsche an wirkliche menschliche Praxis bezeichnen können und erweitern durch die Marx-

sche Formulierung, dass es auch darum geht, die Elemente der neuen Gesellschaft in der alten zu entdecken.

»Dank diesem Leitfaden ist es der Arbeiterklasse zum ersten Mal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltages zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben.«

Sie fasst in knappen Worten die Dialektik von Nah- und Fernziel zusammen, gibt als Kompass für die alltägliche Praxis deren Orientierung an der »Kritik der politischen Ökonomie« an.

»Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik, und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx *sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik* ist.«

Während das erste Zitat sich vermutlich auf Lassalle und seine sozialreformerischen Versuche bezieht und das zweite wiederum auf die utopischen Sozialisten vor Marx, zieht sie im Schlusssatz die Worte zusammen und gibt ihnen in der Gestalt von Marx, seinem Denken und Wirken die bemerkenswerte Verdichtung, die ohne Zweifel lässt, dass es sich im Gemeinten um Realpolitik handeln, und dass sie zugleich revolutionär sein muss »im vollsten Sinn« auch dieses Wortes.

Sie erläutert im Folgenden die beiden Posten, die, jeweils abgelöst vom anderen, ihre Bedeutung wechseln müssen:

»Wenn wir nämlich als Realpolitik eine Politik erkennen, die sich nur erreichbare Ziele steckt und sie mit wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß, so unterscheidet sich die proletarische Klassenpolitik im Marxschen Geiste darin von der bürgerlichen Politik, dass die bürgerliche Politik vom Standpunkte der *materiellen Tageserfolge* real, während die sozialistische Politik es vom Standpunkte der *geschichtlichen Entwicklungstendenz* ist.«

Als Realpolitik allein bezeichnet sie im Grunde alle bürgerliche Politik, die so gekennzeichnet ist durch klare Zielsetzung – sie müssen erreichbar sein – und Weg-, Zeit- und Mittelbestimmung. Dies zieht die Frage des »Realen« auf den Standpunkt der Tageserfolge zurück, eine Bestimmung, die wir am ehesten als »realistisch« bezeichnen würden; »sozialistische Politik« dagegen, die sie auch »proletarische Klassenpolitik im Marxschen Geiste« nennt, geschieht von einem anderen Standpunkt aus. Revolutionäre Realpolitik muss demnach entwickelt werden vom Standpunkt in sozialistischer Perspektive, weil diese in »der geschichtlichen Entwicklungstendenz« ausmachbar und wissenschaftlich begründbar ist. Sie folgt in dieser Bestimmung genau Marx.¹

»Es ist genau derselbe Unterscheid wie zwischen einer vulgärökonomischen Werttheorie, die den Wert als eine dingliche Erscheinung vom Standpunkte des

¹ Vgl. dazu den Habilitationsvortrag von Wolfgang Fritz Haug (1972): Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie. Wieder abgedruckt in: Ders.: Neue »Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«. Hamburg 2006, S. 235-259.

Marktstandes, und der Marxschen Theorie, die ihn als gesellschaftliches Verhältnis einer bestimmten historischen Epoche auffasst.«

Sie schärft weiter ein, auf welche Dimensionen es bei der wissenschaftlich-politischen Analyse jeweils ankommt und wie zugleich in die Wissenschaft selber die Standpunktfrage eingeht – etwa bei der Frage der Bestimmung von Arbeitskraft und Wert – und fasst überaus knapp die Kritik an der Metaphysik der Begriffe zusammen durch die Verschiebung in Fragen, die nur dadurch erkennbar werden, dass sie in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen verortet werden.

Im Schlusssatz wird schließlich die zunächst als theoretische Leitlinie dienende Perspektive selbst praktisch. Revolutionäre Realpolitik geht nicht nur über die Grenzen des Kapitalismus hinaus. Da sie zugleich real ist, wird am Ende das Reale auch bestimmbar als ein Vorläufiges, als »Vorstadium«. Die Politik der Sozialisten ist demnach nicht selbst sozialistisch, solange sie im Kapitalismus praktisch ist. Jede Teilbestrebung kann systemimmanent sein und muss dies auch. Erst in ihrer Gesamtheit fügen die Teile sich in ein anderes Gesellschaftsmuster.²

»Die proletarische Realpolitik ist aber auch revolutionär, indem sie durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie arbeitet, hinausgeht, indem sie sich bewusst nur als das Vorstadium des Aktes betrachtet, der sie zur Politik des herrschenden und umwälzenden Proletariats machen wird« (GW 1/2, S. 374).

Abgesehen vom Wort revolutionär, das wir heute nur mit Schwierigkeiten sprechen können, scheint alles brandaktuell. Ich komme auf die einzelnen Dimensionen im Laufe des Vortrags zurück.

Logik des Begriffs

Revolutionäre Realpolitik ist ein paradoxer Begriff. Er zieht Gegensätze, wie sie bei Morgner zunächst getrennt auftreten, schon einmal »hexisch« zusammen und zwingt uns damit, die Problematik auf eine höhere Ebene zu schieben, in der solche Koexistenzen möglich sind. Dies gelingt, in dem wir anders als gewöhnlich denken, nicht aus unserem metaphysischen Alltagsverstand in Gegensätzen bleiben, sondern dialektisch die Verwandlung des einen ins andere und wiederum ihre gemeinsame Verwandlung in wieder anderes für möglich halten. Das heißt zunächst auch, wir müssen, was sich in Gegensätzen ausdrückt, jeweils übersetzen in die zugrunde liegende Problematik und diese in Bewegung bringen.

Nach den Utopisten und Anarchisten werden die anderen, die bloßen Reformer – die Bernsteinlinie – in »Sozialreform und Revolution« ausführlich kritisch zurückgewiesen. Dabei wird der Reformpolitik nicht einfach der Kampf angesagt,

2 Dieser Gedanke taucht wie viele exemplarisch wieder auf im aktualisierenden Kapitel »Die Vier-in-einem-Perspektive« am Ende dieses Aufsatzes.

sondern sie wird wegen ihrer bescheidenen Zielsetzung eher auf einen hinteren Rang verwiesen. Das Ziel muss ausgerichtet sein auf eine Perspektive, die aus der Kritik der politischen Ökonomie kommt. Diese bestimmt nicht bloß die Linie im Großen und ist nicht bloße Phrase, sondern sie soll jeden einzelnen Zug bestimmen, sie ist eine Währung, »Scheidemünze« der Tagespolitik, in die umgewechselt, also übersetzt werden muss. Wie Eisenspäne in einem Magnetfeld sollen die reformerischen Vorhaben ausgerichtet sein auf diese Perspektive. Das verändert auch Begriff und Inhalt von Reform, und zwar nicht so sehr in Bezug auf das, was im Einzelnen erstritten werden soll, sondern wie es eingebettet ist und also übersetzt werden kann in die Frage nach den Gründen und entsprechend aufklärend verstanden werden kann.

Ein etwas kompliziertes und doch anschauliches Beispiel ist ihr polemischer Umgang mit Kautskys Äußerungen zur Schutzzollpolitik. Er denke nicht,

»Wir *müssen* gegen den Schutzzoll sein, weil er von der kapitalistischen Entwicklung *überholt* worden ist, sondern: Wir dürfen gegen den Schutzzoll sein, weil er für die Industrie nunmehr *überflüssig* ist« (GW 1/1, S. 248).

Obwohl im Ergebnis nicht unterschieden, dient das Beispiel dazu, zu zeigen, wie Kautsky vom Standpunkt der Industrie denkt, während er vom Standpunkt der ökonomischen Entwicklung hätte argumentieren müssen, den Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise einnehmen, um über sie hinauszugehen. Gezeigt werden muss, wie Marx dies ausdrückt, die vergängliche Seite der Verhältnisse, um sie im Großen verändern zu können.

Der historische Prozess wird von ihr als eine Art Tendenz aufgefasst, in die Menschen eingreifen, die also selbst Ergebnis praktischen Handelns ist. Offen bleibt hier noch, was genau die revolutionäre Perspektive ist, in der die Realpolitik gemacht werden soll. Die Suche bringt uns mehrere weitere Grundaussagen und Vorgehensweisen, die typisch sind für Luxemburg, die aber an dieser Stelle nur sehr verknüpft skizziert werden können. Sie fasst die kapitalistische Produktionsweise wie Marx als widersprüchlich. Der Kapitalismus untergräbt schließlich seine eigenen Grundlagen. Für diesen Vorgang benutzt sie gern die Metapher des Maulwurfs. Darunter fasst sie die Dialektik der Geschichte als unaufhörliches Wühlen im Innern der Gesellschaft, die Bewegung, die die feste Oberfläche sprengt. So kann als Maulwurf der Kapitalismus selbst auftreten, der das erstarrte Russland in Bewegung bringt:

»[...] sein Fundament unterwühlt jetzt der junge Maulwurf – der Kapitalismus, und das gibt eine Garantie für die Niederwerfung des Absolutismus von innen heraus« (GW 1/1, S. 42).

Dabei befördert die Maulwurfsarbeit des Kapitalismus den Prozess des Werdens des klassenbewussten Proletariats. Kapitalismus ist also nach Luxemburg nicht einfach abzuschaffen und etwa per Wahl durch sozialistische Politik zu ersetzen – wie Kautsky und Bernstein annehmen. Ironisch charakterisiert sie deren

Auffassung, Luxemburg müsse gegen Sozialreformen sein, weil sie denke, dass sie dem Kapitalismus zugute kämen, als einfältige Kleinhändlermoral:

»Dies allerdings, wenn die Sozialdemokratie nach kleinbürgerlicher Art an dem müßigen Geschäft des Auswählens aller guten Seiten und des Wegwerfens schlechter Seiten der Geschichte Geschmack fände. Nur müsste sie dann folgerichtig auch den ganzen Kapitalismus überhaupt ›zu vereiteln streben‹, denn *er* ist doch unbestreitbar der Hauptbösewicht, der ihr alle Hindernisse auf dem Wege zum Sozialismus stellt« (GW 1/1, S. 432).

Dagegen plädiert sie dafür, Kapitalismus als eine Produktionsweise zu begreifen, die selbst die Bedingungen für Alternativen hervorbringen. Dies führt sie bis zu dem bekannten Ausspruch »Sozialismus oder Barbarei«, in dem ihre Geschichtsauffassung deutlich hervortritt. Ohne Kapitalismus kein Sozialismus, aber dieser ist wiederum nicht einfach Folge des ihn hervorbringenden und vorantreibenden Kapitalismus; er kann auch verfehlt werden um den Preis von Katastrophe, Krieg, eben Barbarei.

Revolutionäre Realpolitik setzt Realwidersprüche voraus, entfaltet sich in ihnen. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft setzen sich in die Politik hinein fort. Es muss ein Modus gefunden werden, selbst widersprüchlich Politik zu machen. Gegen Bernstein führt sie aus:

»Es ist die Besonderheit der kapitalistischen Ordnung, dass in ihr alle Elemente der künftigen Gesellschaft in ihrer Entwicklung vorerst eine Form annehmen, in der sie sich dem Sozialismus nicht nähern, sondern von ihm entfernen« (GW 1/1, S. 431).

Dies gälte sowohl in der Produktion als auch etwa im Wehrwesen und im politischen Leben. Das heißt auch, dass die Errungenschaften, für die sich einzusetzen lohnt, selbst widersprüchlich sind – sie bringen sozialistische Inhalte in entfremdeter Form voran und stärken dabei den Kapitalismus und erschweren so die »Eroberung der politischen Macht«. In diesem Widerspruch gilt es, revolutionäre Realpolitik als Hantieren mit Widersprüchen zu lernen.

»Die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft nähern sich der sozialistischen immer mehr, ihre politischen und rechtlichen Verhältnisse dagegen errichten zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand. Diese Wand wird durch die Entwicklung der Sozialreformen wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester und höher gemacht.³ Wodurch sie also niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammer-

3 Wiewohl wir dem Gedankengang in seiner Logik folgen können, scheint die kapitalistische Entwicklung in ihrer Wirklichkeit einen anderen Weg gegangen zu sein. Schließlich sind wir Zeitzeugen eines rasanten Abbaus eben jener Vergesellschaftungsformen, die von Luxemburg (auch von Marx) als entfremdet-sozialistische Elemente (das Neue im Schoße der alten Gesellschaft) gesehen wurden. Gemeint sind die derzeitigen Privatisierungen vormalig staatlich betriebener Institutionen wie Gesundheitswesen, öffentlicher Transport, Schulwesen, Wasser, Energie usw. In der gegenwärtigen neoliberalen Form des High-Tech-Kapitalismus ist die Rückverwandlung öffentlichen Eigentums in private Form offenbar eine weitere Möglichkeit, die Widersprüche des Systems auf längere Dauer zu stellen. In der Weltwirtschaftskrise von 2009 sind wir Zeugen, dass diese Rechnung nicht aufging, viel-

schlag der Revolution, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat« (GW 1/1, S. 400).

Die revolutionäre Perspektive ist mithin die Eroberung der politischen Macht, um die gesamte Produktionsweise umzuwälzen. Dafür ist die Demokratie notwendige Voraussetzung, aber als bürgerliche nicht selbst das Ziel.

»Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten außer Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus den *kapitalistischen* in *sozialistische* Formen, vollzogen werden wird« (GW 1/1, S. 433).

Der Gedankengang, der nötig ist, um revolutionäre Realpolitik zu denken, ist zugleich ein methodischer Vorschlag ans Denken überhaupt und unerhört aktuell. Es geht darum, die vorhandenen Gegensätze nicht stehen zu lassen oder einfach sich auf eine Seite zu schlagen, in gut und böse zu denken, sondern sie übersetzend zusammenzufügen, das eine im anderen voranschiebend, um einen aufhebenden neuen Weg zu finden.

Luxemburg zeigt das nicht nur bei dem Verhältnis von Reform und Revolution, sondern auch bei dem Gegensatz von Diktatur und Demokratie. Dabei ändern die Begriffe durch Einbettung in einen anderen Kontext ihre Bedeutung, entbergen im neuen Kontext andere Qualitäten, zeigen sich gewissermaßen als Begriffe, die im historischen Prozess erst werden.

So kann man aus ihrer Kritik am Aufbau des Sozialismus nach der russischen Revolution entziffern, dass es nicht darum hätte gehen sollen, Demokratie abzuschaffen und damit die bürgerlichen Errungenschaften – Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Parlamentarismus – aufzukündigen und durch Diktatur zu ersetzen. Dies sei vielmehr jakobinische, also bürgerliche Diktatur. Sozialistische Diktatur sei vielmehr »als Diktatur demokratisch«.

»Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, dass sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. ›Diktatur oder Demokratie‹ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für bürgerliche Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik« (GW 4, S. 362).

Sozialistische Demokratie heißt für Luxemburg Beteiligung der Massen an der politischen Gestaltung, bedeutet lernen, experimentieren, Fantasie entfalten. Die

mehr die Privatisierungen wieder zur Disposition zu stehen scheinen. Ob jetzt umgekehrt die »Wände« gegen Sozialismus niedriger werden, bleibt eine offene Frage. Auf jeden Fall wird die Lage der Bevölkerung in den vormals hoch entwickelten kapitalistischen Ländern schlechter.

bürgerliche Demokratie brauche die Massen dumm, bzw. als bloße Meinungsgeber bei Wahlen. Die sozialistische Demokratie muss mit den Massen die alternative Gesellschaft erst erfinden. Für sie gibt es noch keine Erfahrung.

Sozialistische Demokratie muss »auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Masse hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen« (GW 4, S. 363 f.).

»Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe [...] Sonst wird der Sozialismus von einem grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert« (Ebd., ähnlich S. 356).

Diktatorisch als kategorischer Imperativ bleibt: Alle sollen lernen, die Gesellschaft zu gestalten. Bertolt Brecht, der viel von Luxemburgs Gedanken in sein Werk überführt, übersetzt auch diesen Gedanken in seinem von Hanns Eisler vertonten Lied »Lob des Lernens« in die Worte:

Lerne das Einfachste! Für die
Deren Zeit gekommen ist
Ist es nie zu spät!
Lerne das Abc, es genügt nicht, aber
Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen
Fang an! Du mußt alles wissen!
Du mußt die Führung übernehmen.

Lerne, Mann im Asyl
Lerne, Mann im Gefängnis!
Lerne, Frau in der Küche!
Lerne, Sechzigjährige!
Du mußt die Führung übernehmen.
Suche die Schule auf, Obdachloser !
Verschaffe dir Wissen, Frierender!
Hungriger, greif nach dem Buch: es ist eine Waffe.
Du mußt die Führung übernehmen.

Scheue dich nicht zu fragen, Genosse!
Laß dir nichts einreden
Sieh selber nach!
Was du nicht selber weißt
Weißt du nicht.
Prüfe die Rechnung
Du mußt sie bezahlen.

Lege den Finger auf jeden Posten
Frage: Wie kommt er hierher?
Du mußt die Führung übernehmen.

Als Frage bleibt: Wie und von wem wird revolutionäre Realpolitik gemacht? Diese Frage zunächst nach den Adressaten und Subjekten solcher Politik entschlüsselt in ihrer Beantwortung zugleich, wie Luxemburg Staat, Partei, Parlament und Revolution denkt und belegt, dass revolutionäre Realpolitik zentrale Achse ihres Denkens und ihres politischen Entwurfs überhaupt ist.

Adressatin und also Subjekt solcher Politik ist die Partei ebenso wie ihre Abgeordneten, die im Parlament in Reformpolitik verwickelt sind. Angesprochen wird das Volk – nicht bloß die Arbeiter. Ihre Vorschläge bleiben auch hier aktuell.

Zunächst zur Aufgabe und Stellung der Parlamentarier: Luxemburg skizziert die Entstehung und Funktion des Parlaments als Errungenschaft der Bürger mit allen Formen, die erhaltenswert sind, wie Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Presse und der Meinung, Demokratie, Wahlrecht. Das Bürgertum schuf das Parlament im Kampf gegen den Feudalismus. Nach dem Sieg über den Feudaladel sei es im Grunde für die Bürger funktionslos geworden. Aber kraft des Wahlrechts betrat das Proletariat die parlamentarische Bühne. So wurde sie eine andere.

Erste Aufgabe der proletarischen Abgeordneten wurde es, das Parlament im klaren Wissen darum, dass es sich um eine bürgerliche Errungenschaft handelt, gegen die ständige Bedrohung durch die Bürger zu schützen – wie dies etwa heute gegen Notstandsgesetze, Einschränkung von Freiheiten, «Lauschangriffen» usw. geschehen muss.

Daraus folgt als zweite komplizierte Aufgabe, zugleich parlamentarisch tätig zu sein – also um jeden Posten zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung zu kämpfen; dabei aber auch immer zu zeigen, dass das Parlament selbst von kapitalistischer Herrschaft bedroht und die eigentliche Macht woanders ist und daher die anstehenden Aufgaben nicht innerkapitalistisch gelöst werden können, dass also perspektivisch Umwälzung angesagt ist. Für diese Botschaft dient das Parlament als Bühne, von der gewissermaßen zum Fenster hinaus gesprochen werde. Das Parlament hat also für die Parlamentarier die Funktion, Hegemonie zu gewinnen, wie Antonio Gramsci dies später nennen wird.

Luxemburgs empfohlene Haltung ist die des Hantierens mit Widersprüchen: Die Parlamentarier müssen für Verbesserungen im System streiten und für Systemveränderung kämpfen. Dafür bedarf es eines Standpunktes, der weiß, dass die Geschicke anderswo regiert werden, der nicht dem Irrtum aufsitzt, das Parlament für politisch allein entscheidend zu halten und die Parlamentarier für die wichtigsten Akteure. Eine Tugend der Parlamentarier wäre demnach persönliche Bescheidenheit mit der Unbescheidenheit, die Umwälzung der gesamten Verhältnisse für möglich zu halten. Luxemburg schärft ein, dass sich transnationale Kapitale des Parlaments als Ja-Sagemaschine bedienen. Daher dürften die Abgeordneten der

Sozialdemokratie auch nicht den Eindruck im Volk erwecken, sie könnten die Geschicke des Volkes im Parlament wenden. Sie warnt davor, zu große Versprechungen zu machen, weil sie die nicht einlösen können. Enttäuschte Versprechen aber machten das Volk politikmüde. Und doch müssten die Parlamentarier zeigen, dass die Probleme der Bevölkerung bei ihnen besser aufgehoben seien als in anderen Parteien.

Aber nicht nur die herrschende Klasse kämpft wesentlich außerhalb des Parlaments, auch die proletarischen Parlamentarier müssen in dem Wissen handeln, dass der parlamentarische Kampf nicht der einzige ist, sondern daneben auch der Generalstreik, der außerparlamentarische Kampf auf der Straße und besonders die Pressearbeit wesentliche politische Mittel sind. Sie alle gilt es zu verknüpfen, jedes für sich sei letztlich reaktionär.

»Der Parlamentarismus als allein seligmachendes politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse ist ebenso phantastisch und in letzter Linie reaktionär wie der allein seligmachende Generalstreik oder die allein selig machende Barrikade« (GW 1/2, S. 247).

Die Partei und ihre Parlamentarier befinden sich – wie Gramsci sagen würde – im Stellungskrieg. Ihre Aufgabe ist es, das Volk so zu erziehen, dass es fähig wird, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. So arbeiten die Parlamentarier bei Luxemburg als Stellvertreter in der Politik im Prinzip an ihrer Abschaffung, gleich wie Lehrer dies gewöhnlich tun.

Luxemburg postuliert, dass die sozialistischen Parlamentarier selbst im Widerspruch leben, Mitglieder einer reformistischen Institution zu sein und zugleich einer revolutionären Partei. Dabei werden sie in den oben beschriebenen weiteren Widerspruch verwickelt, dass sie tatsächlich für Verbesserungen streiten und dabei auch erfolgreich sein können, jede Verbesserung aber die Arbeitenden zufriedener macht, was die Wände gegen einen sozialistischen Umsturz erhöht.

Das WIE revolutionärer Realpolitik

Eine wichtige Aufgabe ist es, dass dem Volk die eigene Politik beständig erklärt wird. Auch hier lässt sich von Luxemburg für heutige Politik lernen. Sie geht nämlich nicht davon aus, dass das Volk selbst ein »siegreiches«, ein vom Sozialismus überzeugtes ist, sondern ein unterdrücktes. Kurz, man muss, um es wieder mit Gramscis Worten zu sagen, mit Subalternität rechnen. In ihren Reden und unzähligen Zeitungsartikeln ruft sie das Gerechtigkeitsempfinden im Volk an. Kurz, sie plädiert für eine ethisch fundierte Politik, die nicht so sehr auf die Beschreibung des Elends setzt, als auf die Stärken der Menschen. Dies macht das spezifische Luxemburgsche Pathos aus.

Ich habe in dem entsprechenden Kapitel meines Buchs »Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik« (2007, S. 57–94) eine Reihe von ihren Zeitungsartikeln vor-

geführt und ihre jeweilige Methode herausgearbeitet, kurz, »revolutionäre Realpolitik« konkret vorgeführt. Immer sieht man sie eine Menge von aufklärenden Informationen verbreiten, sie lehrt Statistiken und überhaupt Zahlen anders zu lesen – so etwa, wenn sie aus dem Wachstum der Beamtenschicht (in Frankreich) und ihrem Elend den Niedergang von Produktion und Handel abliest, in dem die Kleinbürger nicht mehr unterkommen. Sie schult den Alltagsverstand dabei, Daten nicht für bare Münze zu nehmen, sondern die im Durchschnitt verschluckten Tendenzen und Gegenbewegungen zu entschlüsseln und auch aus Bewegungen in einem Bereich auf ebensolche in einem anderen zu schließen. Oder sie gibt dem »Volk« eine Reihe von Informationen über die Verwandlung der USA von einem Import- in ein Exportland, was ihrer Auffassung nach zu einem Handelskrieg großen Ausmaßes führen muss. Sie tut dies nicht, um das Volk zum Nachdenken über Lösungen für im Kapitalismus und durch ihn erzeugte Probleme zu bringen, sondern um die Auffassung zu verbreiten, dass in die Ökonomie politisch eingegriffen werden muss.

»Der Weltmarkt wird immer enger, die entwickelten Produktivkräfte überholen immer mehr die Absatzmöglichkeit, der Konkurrenzkampf wird immer verzweifelter, und ein mehr oder weniger allgemeiner Handelskrach wird als unausbleibliches Ergebnis über kurz oder lang die kapitalistische Welt erschüttern« (GW 1/1, S. 286).

Revolutionäre Realpolitik, so kann man der Luxemburgschen Praxis entnehmen, setzt voraus, dass es in der Partei eine wachsende Gruppe von Intellektuellen gibt, die beständig die Analyse der Kräfteverhältnisse betreiben, Informationen verbreiten, und die relevanten Fragen anders stellen, als sie unter den herrschenden Bedingungen erscheinen. Luxemburg betreibt dies auf zwei Ebenen: Sie beobachtet und analysiert die Kämpfe von unten. So findet man Analysen der Streiks, der Aufstände, der Revolutionen auf der Welt in einer Weise, wie sie als Geschichtsbuch aufklärend und literarisch ausgezeichnet sind bis heute. Und sie analysiert die Aktionen der transnationalen Kapitale – dies ist exemplarisch zu studieren in ihrer Schrift »Krise der Sozialdemokratie«.

Die so für die revolutionäre Realpolitik vorausgesetzte Funktion der Intellektuellen wird von ihr weder ausgesprochen noch eigens begründet. Dies geschieht erst durch Antonio Gramsci mit seiner Theorie der Intellektuellen und dem für die Parteiintellektuellen entsprechenden Begriff der »organischen Intellektuellen«.

Wiewohl die Schriften Luxemburgs gerade in der Frage revolutionärer Realpolitik außergewöhnlich aktuell sind, gibt es in der politischen Lage entscheidende Differenzen. Eine wichtige ist, die Linke hat wenig eigene Presse, und auf der Gegenseite tauchte das Fernsehen auf mit einer gigantischen Macht medialer Verführung. Zugleich gibt es nicht genug organische Intellektuelle auf der Linken, die beständig Analysen machen und Fragen verschieben.

Fassen wir die für heute wichtigen Punkte zusammen: Revolutionäre Realpolitik praktiziert die Dialektik von Nah- und Fernziel. Dazu werden wissenschaft-

liche Analysen gebraucht und eine Selbstveränderung der politischen Akteure in solche, die sich nicht für allzu wichtig halten und doch wichtig genug nehmen, um an dem beständigen Widerspruch ihrer Existenz zu arbeiten, zugleich reformerisch tätig zu sein und damit das kapitalistische System zu verbessern und auf seine Umwälzung hin zu streben. Sie müssen fortwährend auf der Suche sein, die Widersprüche in der Wirklichkeit für Eingriffe zu nutzen, die das Volk, die Massen handlungsfähiger machen. Ziel sollte sein, eine Politik von oben zu machen, die eine von unten befördert. Dafür sollten sie das Parlament als Bühne nutzen.

In der Theorie revolutionärer Realpolitik ist bei Luxemburg impliziert, wenn auch nicht wirklich ausgearbeitet: eine Theorie des Parlamentarischen, der Intellektuellen, der Partei, des Staats, von Klassenkampf darin Parlamentarismus als eines unter anderen, von Produktionsweise, von Kapitalismus und von Sozialismus. Sie lehrt die Verknüpfungskunst und die Widerspruchskunst und in und über alledem – Selbstkritik.⁴ Dies hier auszuführen würde allerdings an dieser Stelle eine Alternative sein zum Versuch, Luxemburgs Politik in einen konkreten Vorschlag für heute umzubauen.

Aktualisierung

Rosa Luxemburg hält es für falsch, dass die Partei den Massen vorschreibt, welche Politik zu machen sei. Aufgabe der Partei sei es vielmehr, »Zielbewusstsein und Zusammenhang in die verschiedenen örtlichen und zeitlichen Fragmente des Klassenkampfes zu bringen« (GW 4, S. 124).

Ich wende dies zusammen mit den vorhergehenden Analysen zur revolutionären Realpolitik auf den Entwurf einer Politik von Frauen heute an: Ich sammle die vielen Punkte über die Benachteiligung von Frauen, die einen allgemeinen Jamerchor bilden und bündele sie in eine Erzählung, die das Auftreten und die Hartnäckigkeit von Frauenunterdrückung erklären kann und die uns in die Lage versetzt, positiv, mit Zorn und Leidenschaft, mit Fantasie und nach vorn unsere Einwürfe zu machen. Diese werden dann jetzt als solche von links erkennbar, statt bloß immer und erwartungsgemäß mehr zu verlangen als andere, aber sonst eben das gleiche. Linke Politik muss revolutionär und real zugleich sein, sie muss im Realen ihre Füße haben, erkennbar sein, als im wirklichen Leben der Menschen ansetzend und doch perspektivisch über es hinausweisen in eine Zukunft, die gewollt werden kann und von der rückwärts die Realpolitik auch das Reale verschiebt. Diese Erzählung lautet verknüpft: Geschlechterverhältnisse sind als Produktionsverhältnisse zu begreifen.⁵ Die schlechtere Behandlung von Frauen ist kein Resultat persönlicher Mann-Frau-Beziehungen und nicht durch Charakter-

4 Man lese dazu das Kapitel »Fehleranalyse und Irrtumskritik« in meinem Buch 2007, S. 95-122.

5 Vgl. zur Begründung: Haug, F.: Geschlechterverhältnisse. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, Hamburg 2001, S. 493-530.

schulung behebbar, sondern kommt aus einer Struktur und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der die beiden Produktionen, die des Lebens und die der Lebensmittel im umfassenden Sinn, so zueinander gestellt sind, dass die Produktion der Lebensmittel in der Form der Lohnarbeit profitlich organisiert und zentral ist und sich den Bereich der Lebensproduktion nicht einfach unterworfen hat – das geschieht erst seit kurzem mit der Entwicklung der Gentechnologie –, sondern ihn als unwesentlich, als nebenher zu erledigen ausgesondert hat. So konnte er an Frauen vergeben werden, weil sie sich, aus viel älterer patriarchaler Unterdrückung kommend, dafür quasi natürlich eigneten. Man kann historisch und aktuell verfolgen, wie diese Logik bestimmt, wie Männer und Frauen zu sein haben, ihr Verlangen, ihre Ziele, ihr Bewusstsein und Verhalten, man kann studieren, wie dies ideologisch paradox abgesichert ist – damit meine ich z. B., dass alles, was aus Liebe umsonst getan wird, gesellschaftlich mehr gilt als das schnöde Tun um Geld und zugleich nichts gilt, weil es nichts einbringt usw. Insofern fallen hier Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung in eins (wie von Marx in den Feuerbachthesen proklamiert). Denn man wird davon ausgehen können, dass dies alles im Wesentlichen so bleibt, solange die Gesellschaft die Frage der menschlichen Reproduktion, also des Verhaltens der Menschen zu den Menschen, der Starken zu den Schwachen, des neuen Lebens und der Erhaltung von Leben und Natur nicht zu ihrer Hauptsache gemacht hat, sondern als zufälliges Abfallprodukt behandelt oder flickenweise in den Prozess der Profitproduktion einbezieht, je nach Konjunktur.

Die Vier-in-einem-Perspektive

Das ist keine Frage der einfachen Arbeitsteilung und durch paritätische Umverteilung (Gleichstellung) an die Geschlechter zu beheben oder durch eine Politik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ändern. Sondern diese Teilung selbst als Produktionsweise ist das Problem. Als Schlüssel und politischen Kompass habe ich ausgearbeitet, was ich die Vier-in-einem-Perspektive nenne. Sie ist zugleich sozialistische Perspektive, wie sie Realpolitik anleitet. Es ist der Vorschlag, das Leben so zu fassen, dass die vier Hauptdimensionen des Menschseins: gesellschaftliche Arbeit – heute in der Form der Erwerbsarbeit –, die Arbeit in der Reproduktion der Menschen, die Tätigkeit an eigener Kultur und Entwicklung und schließlich die Politik in etwa zu gleichen Teilen das individuelle Leben bestimmen. Das verlangt eine Verlängerung des tätigen Lebens auf etwa 16 Stunden am Tag und damit zugleich eine rigorose Verkürzung des Arbeitstages auf etwa 4 Stunden, um den anderen Dimensionen, die zum lebendigen Menschen gehören, Raum zu erstreiten. Perspektivisch kann so keiner »arbeitslos« sein, Haus- und Reproduktionsarbeit gehören zu jedem Leben, ebenso wie die politische Einmischung und die Entfaltung möglicher Fähigkeiten und lebenslanges Lernen lust-

volle Verwirklichung des Menschseins sind. Dies ermöglicht zugleich, die Bereiche nicht gegeneinander auszuspielen, keinen für sich zu lösen, sondern solche Ein-Bereichs-Politik selbst als reaktionär und dumm zu begreifen. Es geht um ein anderes Zeitregime, gegen bloße Stellvertreterpolitik, eine andere Arbeitsteilung im Großen, also um eine andere Auffassung von Gerechtigkeit, um eine rigorose Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Da es Perspektive ist, die politisches Handeln bestimmt, ist es nicht von heute auf morgen durchsetzbar. Aber sicher ist, dass die Bereiche als ineinander verschränkt, also nur zusammen behandelt werden können, was davor bewahren kann, einfach in die Falle von Einpunkt- oder Einbereichslösungen zu tappen. Auch hier gilt: Die Kunst der Politik besteht in der Verknüpfung.

In dieser Vier-in-einem-Perspektive tauchen die Frauen anders auf als bislang – diesmal an Schlüsselstellen. Die Perspektive kann derzeit vom Frauenstandpunkt gesprochen werden, weil sie es sind, die den Reproduktionsbereich, also den Standpunkt des Lebens so wichtig nehmen, dass sie ihn nicht vergessen können bei der Planung des Lebens; sie sind es zugleich, die den Erwerbsarbeitsbereich nicht so wichtig nehmen, dass sie ihn allein für das Zentrum halten können; es ist dringlich, dass sie mit der Selbstaufopferung aufhören und ihre eigene Entfaltung in eigne Hände nehmen; sie müssen sich in die Politik einmischen, weil sie für die Gestaltung ihres und anderer Leben den ›Staat von oben nach unten umkehren‹ müssen – wie Brecht dies ausdrückte.

Schluss-Exkurs: einige aktuelle politische Fragen zur Diskussion

Ich wage zum Abschluss, einige aktuelle Beispiele aus der Politik der Partei DIE LINKE in diesem Rahmen noch einmal zu problematisieren. Kopfschmerzen bereiten mir u. a. die »Kampagnen«. Ich schreibe das Wort in Anführungszeichen, weil mir schon der Begriff Kampagne fragwürdig ist, für das, was gemeint zu sein scheint. Zu »Kampagne« schrieb ich an anderer Stelle⁶:

»Die organisierte Bündelung von Ressourcen für einen begrenzten Zeitraum mit einem klar definierten Ziel lässt sich als Kampagne bezeichnen. Die mit der Fokussierung erstrebte und zumeist erreichte höhere Wirksamkeit gegenüber dem gewohnten Ablauf macht eine solche Form der Anspannung der kollektiven Kräfte zum Instrument im politischen Kampf. Kampagnen arbeiten mit dem Risiko des erhöhten Verschleißes. Sie können mit dem größeren motivierten Einsatz (Mobilisierung) von Menschen rechnen, soweit das definierte Ziel mit erstrebtem Sinn zusammenfällt. Die Kampagnen sind wegen der erforderlichen Zustimmung der betroffenen Subjekte hegemonietheoretisch interessant und damit zugleich auf

6 »Kampagne«, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7/1, 2008; vgl. auch Utopie kreativ 211, Mai 2008, S. 399-407.

diesem Terrain ideologietheoretisch zu analysieren. Kampagnen von oben bilden Meinungen und zielen darauf ab, einen bestimmten Punkt hegemonial zu machen. Die Massen interessieren hier als Hegemoniematerial und Druckmittel. Kampagnen von links zielen darauf ab, »den schlafenden Riesen von unten zu wecken«, also auf eine politisch-ethische Umwandlung der Privat-Isolierten in Projektgenossen, die politisch handlungsfähig werden. Da Kampagnen eine von einem Zentrum her organisierte Form des Massenhandelns sind, sind sie demokratietheoretisch umstritten.«

Unter solchem Vorverständnis war ich aufgeregt, als ich erfuhr, dass die Partei DIE LINKE Kampagnen plante, und wollte mitmachen. Ich war erschrocken, als ich erfuhr, dass die erste solche Kampagne Kindertagesstätten betreffen sollte. Ich teilte mein Unverständnis sogleich der zuständigen Gruppe mit. Meine Irritation betraf zunächst gar nicht so sehr die Form, in der jetzt die Kampagne zu einer Art Flugblattaktion und Analyse von Bestand und zusätzlichen Forderungen heruntergespielt wurde, sondern kam vielmehr aus der Analyse der politischen Lage, in der diese Kampagne angesiedelt ist. Es gibt bereits eine Kita-Kampagne von oben, durch die amtierende Familienministerin, die damit sehr erfolgreich die CDU modernisiert. Auch die Sozialdemokraten, die Grünen, ja sogar die FDP (in der Person von Silvana Koch-Mehrin) sind Befürworter von öffentlicher Kindererziehung und Ausbau der Kindertagesstätten. Wie kann in einem solchen Raum Politik von links gemacht werden, die zugleich als linke sich unterscheidet und erkennbar wird? Linke Politik, so dachte ich bislang, kann doch nicht einfach bloß mehr, aber ansonsten das Gleiche fordern wie alle anderen Parteien.

Stellt man die Frage der Kitas im Kontext der Vier-in-einem-Perspektive noch einmal, würde sich eine gezielte Verschiebung zeigen, die wiederum eine Konzentration auf Kitas nicht befürworten könnte. Unsere Forderung müsste dann die Ziele der anderen Parteien, etwa die von der Leyens, aufnehmen und sie wenden. Es hieße dann etwa: »Wir fordern nicht nur die durch Kitas angezielte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch beider Vereinbarkeit mit der Entfaltung aller Fähigkeiten und Möglichkeiten und Zeit für Politik.«

Wir hätten demnach die Frage nach Kindertagesstätten und deren Ausbau verschoben in eine, die zusätzlich das Bildungssystem, die Arbeitszeitpolitik, die Politikgestaltung und die Einmischung aller betrifft.

Eine politisch umstrittene Frage ist auch die eines bedingungslosen Grundeinkommens als mögliche Kampagne auf der Linken. Nicht umstritten ist wohl, dass alle ein Recht auf Leben haben, so dass für alle gelten muss, was Rosa Luxemburg die »sozialen Garantien des Lebens« nennt. Dies aber bedingungslos zu fordern hieße doch, die Politik von »Brot und Spielen« aus dem alten Rom zu wiederholen. In der Perspektive von vier in einem wäre dagegen darauf zu bestehen, dass ein jeder ein Recht auf einen Erwerbsarbeitsplatz hat, ebenso wie ein Recht auf Politik, auf Entfaltung und auf Sorgearbeit, die allesamt zur Menschenwürde gehören. Das verlangt jetzt wirklich nach einer Kampagne, die wir »Teilzeitarbeit für

alle« nennen könnten. Die Begründung dafür liegt in der Verknüpfung der vier Dimensionen des Menschseins. Sie unterläuft den ärmlichen Geschmack, der dem Begriff der Teilzeitarbeit anhaftet, durch Verallgemeinerung und befreit damit zugleich vom Zwang, sich als Persönlichkeit dauerhaft ins Zwangskorsett einer so genannten Vollzeitarbeit zu denken und schon physisch außerstande zu sein, die anderen drei Dimensionen des Menschseins überhaupt, geschweige denn mit Genuss zu leben.⁷

7 Man könnte zweifellos spitzfindig anmerken, dass Erwerbsarbeit auch bei nur vier Stunden entfremdete Arbeit ist, das Kapitalverhältnis unangetastet lässt, Lohn nicht abschafft usw. Das ist so richtig wie falsch. Es ist jedenfalls undialektisch gedacht. Die vorgeschlagene Verkürzung des Erwerbsarbeitstages mit der Beteiligung an den anderen drei Bereichen ist zweifellos bloß Perspektive, die innerhalb kapitalistischer Verhältnisse so nicht durchführbar sein wird. Insofern bleibt sie Vision, aber politische Kraft. Dass überhaupt Erwerbsarbeit vorgesehen ist, spielt einerseits an darauf, dass gesellschaftlich notwendige Arbeit in der Form der Erwerbsarbeit erledigt wird, solange dies die herrschende Form ist. Und solange dies so ist, wird das Imaginäre einer Verkürzung zustimmen und sie mit verfolgen können, nicht aber der bloßen Abschaffung, die einen Umsturz voraussetzt, ohne an der Handlungsfähigkeit des Volkes gearbeitet zu haben.



Jörn Schütrumpf (Hrsg.)
**Rosa Luxemburg oder:
 Der Preis der Freiheit**
 112 Seiten, Broschur 6,90 Euro
 ISBN 978-3-320-02077-4
*Auch in Englisch, Türkisch
 und Spanisch*



**Rosa Luxemburg
 Die Liebesbriefe**
 Ein Hörbuch mit Lea Rosh und
 Jörn Schütrumpf
 Mitschnitt einer Veranstaltung
 am 14. Januar 2009
 im KADIMA Restaurant Berlin
 71,25 Minuten,
 ISBN 978-3-320-02189-4
 14,90 Euro



**Lea Rosh liest
 Rosa Luxemburg**
 Zwischentexte (verfaßt
 und gesprochen)
 sowie Briefauswahl:
 Jörn Schütrumpf
 Ein Hörbuch, 69 min
 9,90 Euro
 ISBN 978-3-320-02127-6

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH
 Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
 Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536
 info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Kein Ende der Geschichte

Die Systemdebatte kehrt zurück

1992 erschien in München ein Buch unter dem Titel »Das Ende der Geschichte«.¹ Autor war Francis Fukuyama, ein amerikanischer Wissenschaftler japanischer Herkunft. Seine Grundthese: Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus, mit dem Ende der Systemkonfrontation hat die Ideologie der freien Marktwirtschaft und einer liberalen Gesellschaftsordnung ihren Widerpart verloren. Das kapitalistische System ist fortan ohne Alternative.

Nach der totalen Rekapitalisierung Osteuropas, nach der Implosion der Sowjetunion und der Ausbreitung eines wilden Kapitalismus in Russland sowie ihren anderen Nachfolgestaaten waren nicht wenige Menschen geneigt, resigniert zu sagen: Der Mann hat wohl Recht.

Fast zwei Jahrzehnte sind seitdem vergangen, und es wird immer deutlicher: Mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus ist ein Denken in gesellschaftlichen Alternativen nicht abwegig geworden. Im Gegenteil! Die beendete Blockkonfrontation öffnet global das Fenster für vielfältigere, differenziertere Entwicklungswege. Die Zweifel daran, die Welt könne am Ende der Geschichte angekommen sein, nehmen zu.

Karl Marx' Voraussage im Vorwort von »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, dass die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung in Widerspruch geraten mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, diese sich als Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte erweisen werden und es deshalb zum Zusammenbruch des Kapitalismus kommen wird,² hat sich zwar bis jetzt nicht erfüllt. Der Sozialismusversuch im 20. Jahrhundert war misslungen. Bedeutet das aber, dass die Marxsche Prophezeiung sich ein für alle Mal erledigt hat? Mir scheint Zurückhaltung angeraten.

Auf drei Probleme will ich aufmerksam machen, die mich in dieser Auffassung bestärken:

1. Für die Entwicklung des Menschen als Haupt-Produktivkraft hat das kapitalistische System längst Grenzen gesetzt. Man bedenke nur, wie selbst in hochentwickelten Industriestaaten geistiges Potential von zig Millionen Menschen ungenutzt bleibt und verkümmert. Von hunderten Millionen, ja vielleicht

1 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. München 1992.

2 MEW, Bd. 13, S. 9.

Milliarden Menschen in Entwicklungsländern ganz zu schweigen. Kinderarmut schreitet voran und vernichtet Lebenschancen. Der Kurs auf die finale Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge grenzt immer mehr Menschen aus vom Zugang zu bezahlbaren Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsleistungen. Wachsender Reichtum auf der einen und sozialer Abstieg auf der anderen Seite – wie lange halten Gesellschaften das aus?

2. Der Kapitalismus betreibt Raubbau nicht nur mit dem Arbeiter, sondern auch mit der Natur und untergräbt damit die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums, beobachtete Karl Marx. Diese Feststellung wird von Tag zu Tag aktueller. In naher Zukunft drohen durch die voraussehbaren Zerstörungen der Natur jährliche Verluste in Höhe von 5 bis 20 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts, sofern keine Umkehr erfolgt.³ Diese Mittel wären insbesondere für Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt nicht verfügbar. Wenn Marx wohl die Lernfähigkeit des Kapitalismus unterschätzte, so erkannte er doch, dass der vom Ressourcenverzehr lebt, vor allem von immer mehr Energieverbrauch. Der Treibstoff des Wachstums sind im Kapitalismus die fossilen Energieträger, also Kohle, Öl, Gas. Was wird passieren, wenn dieser Treibstoff in den nächsten Dekaden zur Neige geht? Nachhaltigkeit, Entschleunigung, Verringerung von Transportwegen, Ressourcenschonung, Regionalisierung statt forciertem Globalisierung schmecken ihm nicht. Plausibel scheint mir der Schluss, zu dem Oskar Lafontaine kommt: Die Endlichkeit der Ressourcen, der Klimawandel, Naturkatastrophen, damit verbundener Hunger von Milliarden Menschen stellen die Systemfrage. Besonders der Klimawandel überfordert offensichtlich die interessengeleitete »Intelligenz« des Kapitalismus. Der zielt mit seiner Philosophie des »immer höher, immer schneller, immer weiter« auf eine Effizienzrevolution, um nichts an seiner Funktionsweise ändern zu müssen. Die Konflikte um Ölreserven werden nicht nur auf dem Markt, sondern auf politischem Terrain ausgetragen: als Kampf um Ölfördergebiete, um Pipelines oder Tankerrouten, als Auseinandersetzung um die Preisbildung und die Währung, in der Ölrechnungen ausgestellt werden. Auch Kriege sind nicht ausgeschlossen. Irak- und Afghanistan-Aggression sind aktuelle Beispiele. Die Kosten dafür fressen allein in den USA Billionen Dollar, die für zivile Zwecke nicht zur Verfügung stehen. Ob Gebote zur Milderung der Klimakatastrophe und zur Rettung der Umwelt nun dazu führen, dass der aus dem Lot geratene Kapitalismus noch einmal die Kurve kriegt, wird sich zeigen. Ein Ende des ressourcenhungrigen Kapitalismus muss man jedenfalls denken, wenn die Zivilisation eine Zukunft haben soll. Kapitalismus funktioniert nur so lange, wie genügend Nachfrage und ausreichend Ressourcen da sind.
3. Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus der Gegenwart beginnt die Spekulation die Investitionstätigkeit zu dominieren und mit den unmäßigen Renditeer-

3 Nicholas Stern: The Economics of Climate Change. New York 2006.

wartungen der Anleger die Produktions- oder Realwirtschaft zu strangulieren. Die Produktivität in der Wirtschaft wächst jährlich durchschnittlich mindestens um zwei Prozent. Das Finanzsystem, das dazu praktisch nichts beiträgt, will Renditen in zweistelliger Höhe erzielen. Solches Streben birgt zerstörerisches Potential. Der New Yorker Immanuel Wallerstein, der zu den profiliertesten Theoretikern der kapitalistischen Wirtschaft zählt, urteilt so: »Ich sage, dass der Kapitalismus sich in der Krise befindet, weil er den Kapitalisten nicht mehr die unendliche Kapitalakkumulation gewährleisten kann. Das rührt daher, dass sie in Schwierigkeiten mit der ›reellen Rentabilität‹ geraten sind. Diese Schwierigkeiten hatten sie in den ersten 500 Jahren seines Bestehens nicht. Sie waren immer in der Lage, zeitweilige Krisen dank einer Reihe von Mechanismen zu überwinden, die sie nutzten, um den ganzen Prozess erneut in Bewegung zu setzen. Diese Mechanismen sind an ihre Grenzen gestoßen und tatsächlich nicht mehr verfügbar. Das führt dazu, dass der Kapitalist vor einem gravierenden Problem steht, das er nicht lösen kann. Er ist gezwungen, Wege zu finden, um Gewinne jenseits der warenproduzierenden Sphäre zu realisieren, durch die Spekulation. Seit einiger Zeit findet genau das statt.«⁴ Dass es zum Crash kommt, ist unvermeidlich. Wann das sein wird und zu welchem Ergebnis das führt, vermag heute niemand vorauszusagen.

Die Systemdebatte kehrt also in neuer Form zurück. In einigen lateinamerikanischen Ländern gibt es Vorstellungen von einem Sozialismus im 21. Jahrhundert. Gegen heftige Widerstände werden erste politisch-praktische Schritte auf dieses Fernziel hin unternommen. Bei großen Teilen der europäischen Bevölkerung schwindet der Glaube an marktradikale Verheißungen, die Besorgnis über den rapiden Abbau der Sozialstaatlichkeit greift um sich. Im einst ost-west-geteilten Deutschland hat nach der Einheit Nachdenklichkeit über das »übriggebliebene« System eingesetzt.

Es war der prominente liberale Wissenschaftler und Politiker Ralf Dahrendorf, der 2004 mit einem einprägsamen Sprachbild einen Vorgang charakterisierte, der seit dem Fall der Mauer hierzulande zu beobachten ist: Die Wandlung des »rheinischen«, des nach dem Zweiten Weltkrieg in Konfrontation mit einer alternativen Gesellschaftsordnung und dank kampfstarker Gewerkschaften sozial gezähmten Kapitalismus zum »reinen« Kapitalismus.⁵

Ähnlich liest es sich bei dem in seiner Partei als Vordenker firmierenden Alt-Sozialdemokraten Erhard Eppler. Er schlussfolgert: »Wir haben es mit einem Kapitalismus zu tun, der mit einigen Formulierungen aus dem Kommunistischen Manifest mehr gemein hat als mit der Sozialen Marktwirtschaft der 70er Jahre.«⁶

4 Zitiert in: Michael Krätke: Ein Gottesgeschenk für den Währungsfonds. In: *Freitag* vom 18. 04. 2008.

5 Ralf Dahrendorf: Reiner und rheinischer Kapitalismus. In: *Die Welt* vom 16. 08. 2004.

6 Erhard Eppler: Wozu noch SPD? Für einen handlungsfähigen Staat. In: *Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte* 6/2008, S. 4.

Die einstige Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit hat sich zugunsten des Kapitals aufgelöst. Ein wachsender Teil der Altbundesbürger erfährt das im eigenen Alltag und erkennt im extremen sozialen Gefälle den größten gesellschaftlichen Konflikt. Auch Neubundesbürger nehmen das verstärkt wahr und erinnern sich daran, dass bei nicht zu beschönigenden Fehlentwicklungen im Realsozialismus und bei zu verurteilenden Menschenrechtsverletzungen den sozialen Verhältnissen in der DDR eine eskalierende Arm-Reich-Polarisierung, auffällige Kinderarmut, Bildungsmisere, Furcht älterer Menschen vor sozialem Abstieg fremd waren. Anzeichen einer Akzeptanzkrise des real existierenden Kapitalismus sind unübersehbar. Einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge waren Ende 2007 nur noch 24 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass »wir eine soziale Marktwirtschaft haben«. 62 Prozent meinten, das deutsche Wirtschaftsmodell sei nicht wirklich sozial. Nur noch 15 Prozent bezeichneten die wirtschaftlichen Verhältnisse im Großen und Ganzen als gerecht, 56 Prozent empfanden sie als nicht gerecht.⁷ Anders als in früheren Aufschwungphasen ging der Anteil der Unzufriedenen diesmal nicht zurück. Die kritische Haltung gegenüber dem Kapitalismus ist in Ostdeutschland besonders stark ausgeprägt.⁸

Die schwarz-rote Bundesregierung lässt das nicht gänzlich unbeeindruckt. Genervt reagierte sie mit Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld für Ältere, mit der Einführung eines Mindestlohnes in der Postbranche und einer Reichensteuer. Ein Steuerzuschlag auf Millioneneinkommen ist im Gespräch. Zu kritisieren ist das nicht. Aber es sind lediglich Trostpflaster auf systembedingte Risse in der Gesellschaft. Die soziale Frage im Grundsatz bleibt unberührt. *Eigentum als soziales Verhältnis* kommt nicht zur Sprache. Bei der Mehrheit der Deutschen wächst das Unbehagen an solcher Politik. Aber die Mehrheit hält gleichzeitig das Gegenwärtige für alternativlos, weil sie von Änderungschancen nicht überzeugt ist. Nach der jüngsten Allensbach-Umfrage sind es nur (oder doch immerhin) 14 Prozent, die eine Alternative dazu sehen.⁹ Politische Kräfte, die wie DIE LINKE eine Gesellschaftsveränderung anstreben, stehen daher vor mehrfacher Herausforderung:

Erstens geht es um *radikale Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen*. Das wird von den politischen Gegnern zwar gern als »Kultur einer Protestpartei« denunziert, darf aber nicht schrecken. Das zu erwartende oder das tatsächliche Echo in bürgerlichen Medien kann nicht Richtschnur für linkes Handeln sein. Radikale Kritik macht kenntlich, dass die Ängste vieler Menschen und die Ursachen dafür ernst genommen werden. Nur so können die Bürgerinnen und Bürger Politik als etwas entdecken, das mit ihrer eigenen Lebenswirklichkeit zu tun hat, mit existenziellen Fragen des Individuums wie der Gemeinschaft.

7 Die Unzufriedenheit nimmt zu. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. 12. 2007.

8 Deutsche zweifeln am Kapitalismus. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 17. 06. 2008.

9 Deutsche zweifeln an Marktwirtschaft. In: *Welt kompakt* vom 9. 6. 2008.

Mein Anspruch an radikale Kritik der gegenwärtigen Verhältnisse ist:

a) Die Gesellschaft, in der wir leben, muss unmissverständlich als das charakterisiert werden, was sie ist, nämlich Kapitalismus. Ich betone das, weil es ja nicht unüblich geworden ist, die aktuelle Gesellschaft mit allerhand anderen Termini zu qualifizieren. Die Rede ist von Arbeits-, Informations-, Medien-, postmoderner, Überfluss-, Wissens-, Zivilgesellschaft, um nur Beispiele zu nennen.¹⁰ All diese Bezeichnungen vermitteln durchaus charakteristische Seiten des gegenwärtigen Systems, problematisieren letztlich aber Oberflächenerscheinungen. Verdeckt werden die bestimmenden gesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnisse sowie das Faktum, dass es sich um eine profitorientierte, eine finanzmarktgetriebene und eine Klassengesellschaft handelt.

b) Radikale Kritik am real existierenden Kapitalismus kann im Umkehrschluss nicht bedeuten, den gescheiterten Realsozialismus zum Maßstab zu machen. Dort war z. B. das Problem der Vergesellschaftung von Produktion und Distribution ungelöst und harrt konzeptionell wie praktisch kluger Herangehensweise. Das trifft auch auf die Rolle des Staates zu, die im Sozialismus als Instrument gesellschaftlicher Veränderung einseitig bzw. überbetont wurde, während ihr im real existierenden Kapitalismus bei marktwirtschaftlicher Gralshüterei zu geringe Bedeutung beigemessen wird.

c) Radikale Kritik sollte immer einen konstruktiven Vorschlag und dessen Finanzierung einschließen. Dabei wird DIE LINKE für ihre Forderungen in der Regel andere Finanzierungsquellen als die gegnerischen bzw. konkurrierenden Parteien ins Auge fassen. Wichtig aber ist, dass die im Bundestag, in Landtagen oder Kommunalvertretungen für konkrete Politikfelder verantwortlichen linken Mandatsträgerinnen und -träger nicht ein und dasselbe Finanzaufkommen aus angestrebten Einnahmenerhöhungen für unterschiedliche Projekte veranschlagen. Dann entsteht in der Öffentlichkeit zu Recht der Eindruck von Unsolidität.

d) Auch mit der auf den ersten Blick überzeugend klingenden Formel: »Es kann nur verteilt werden, was vorher produziert wurde« sollten LINKE vorsichtig umgehen. Sie sagt ja nichts darüber aus, *wer* bei der Verteilung *wieviel* vom Produzierten abbekommt und *wie* das zu Verteilende produziert wird. Ob es bei der Wertschöpfung human, umweltfreundlich, nachhaltig, innovativ und demokratisch zugeht oder ob das kurzfristige Renditeziel Hauptmaßstab und der Mensch nur »Kostenfaktor« ist. Das heißt: Die Frage nach Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums kann die nach den politischen Kräfte- und den Eigentumsverhältnissen sowie den Möglichkeiten ihrer Veränderung nicht aussparen.

Zweitens gilt es im Sinne von Pierre Bourdieu, *eine »ökonomische Alphabetisierung der Massen« zu betreiben*, also die Aufklärung über ökonomische Zusammenhänge.

¹⁰ Helmut Steiner: Was ist Geschichte? In: Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 19, Berlin 2008, S. 231.

menhänge öffentlichkeitswirksam, d. h. auch in verständlicher Sprache, zu intensivieren. Große Teile der Bevölkerung sehen sich den Medien und den Verlautbarungen aus der Politik hilflos gegenüber, klagen über mangelnde Transparenz der komplexen wirtschaftlichen Vorgänge. Mit handfesten Fakten sind solche Behauptungen der Regierenden und ihrer Sprachrohre in Unternehmerverbänden, in Wissenschaft und Medien zu widerlegen, wie

- Lohnzurückhaltung ist die Voraussetzung, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten;
- Steuersenkungen für Unternehmen werden sich für die Gesellschaft in Beschäftigungsaufbau auszahlen;
- Deutschland ist Freizeitweltmeister und Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deshalb geboten;
- der Staat ist ein schlechter Unternehmer, daher muss die Privatisierung des noch im öffentlichen Besitz befindlichen Vermögens zum Nutzen von Kunden oder Verbrauchern vorangetrieben werden;
- Kommunen können nur durch Privatisierung ihres Eigentums den finanziellen Befreiungsschlag anstreben. Gerade diese Legende verdeckt, dass es die Steuerpolitik des Bundes war, die die Kommunen in die desolante finanzielle Lage gebracht hat und nicht ein kommunales »Leben über die Verhältnisse«.

Es gilt also, die Sachzwangsideologie ad absurdum zu führen.

Drittens müssen systemkritische, linke Kräfte in ihren politischen Einflussbereichen, vor allem dort, wo sie kommunal oder in einem Bundesland mitregieren, *glaubhaft Alternativen befördern und deren Praktikabilität demonstrieren*. Dazu gehört zum Beispiel das Initiieren von Bürgerentscheiden über geplante Privatisierungen kommunaler Wohnungen, Stadtwerke oder Krankenhäuser, die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Firmen, die einen Mindestlohn zahlen, der Ausbau existenzsichernder Beschäftigung im Bereich humaner Dienstleistungen oder im Umweltbereich. So kann dem Mythos der Alternativlosigkeit begegnet werden. Es geht ganz im Sinne Rosa Luxemburgs darum, in anstehenden tagespolitischen Entscheidungen das Fernangestrebte aufscheinen zu lassen. Im Nahziel muss die Brücke zum Fernziel erkennbar sein und nicht der Bruch. Diese Messlatte angelegt, war die Kürzung von Bildungsausgaben oder die Aufhebung des Ladenschlussgesetzes durch die rot-rote Koalition in Berlin wohl keine »revolutionäre Realpolitik«, um Beispiele zu nennen.

Viertens: DIE LINKE steht vor der Aufgabe, *mit dem zu erarbeitenden Programm für einen Gegenentwurf zur neoliberalen Zukunftsvorstellung zu werben*. Dieser Gegenentwurf wird die Vision sozialer Gerechtigkeit, der Solidarität und des Gemeinnutzes atmen. Zugleich muss er sich überzeugend den Quellen künftiger Volkswohlfahrt stellen, insbesondere der Wertschöpfung durch wissensbasierte, umweltschonende, kulturvolle Arbeit. Schon programmatisch muss jenen

der Wind aus den Segeln genommen werden, die denunzierend meinen, DIE LINKE fühle sich nur für die Verteilung zuständig und pflege das Image einer Umverteilungspartei.

Beim Nachdenken über Alternativen zum real existierenden Kapitalismus, über alternative ökonomische Ziele und Strukturen gilt es zum einen der Gefahr zu entgehen, 1:1-Anleihen am Realsozialismus zu nehmen. Zum anderen aber darf das Gescheitertsein des Realsozialismus das Suchen von Alternativen nicht einschüchtern. Folgende Aspekte sind mir bei einem gesellschaftlichen Gegenentwurf besonders wichtig:

a) *Zentraler Bezugspunkt wirtschaftlicher Tätigkeit ist der Mensch und nicht die Profiterzielung.* Mit diesem Anspruch an das Wirtschaften hat DIE LINKE Verfassungsgrundsätze auf ihrer Seite, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst fixiert wurden, und sie muss diese offensiv einfordern. »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen«, heißt es in Artikel 14 des Grundgesetzes. Die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen gibt in Artikel 24 vor: »Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat Vorrang vor materiellem Besitz.« Die Hessische Landesverfassung formuliert folgenden Besteuerungsgrundsatz: »Vermögen und Einkommen werden progressiv nach sozialen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert.« Und die Bayrische Verfassung gebietet, dass »arbeitsloses Einkommen ... mit Sondersteuern belegt wird« und dass die Erbschaftssteuer »dem Zweck dient, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern«. Nicht der homo oeconomicus, der nur auf seinen persönlichen Vorteil, auf Maximierung des Eigennutzes bedacht ist, prägt in einem gesellschaftlichen Gegenentwurf das Menschenbild, sondern ein Individuum, für das humanistische Werte gelten: Freiheit und Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft ebenso wie Solidarität und Gemeinsinn, ohne etwa auf Askese und Verzicht verengt zu werden. Vielleicht passt darauf der »Homo oeconomicus humanus«, ein Begriff, den ich erstmals bei Uwe Jean Heuser gefunden habe.¹¹ Heuser schreibt: »Dem homo oeconomicus müssten sie nur mehr Geld in Aussicht stellen, als er mindestens erwartet. Dem homo oeconomicus humanus müssen sie zudem ein System offerieren, das bestimmte Regeln der Gerechtigkeit nicht verletzt. Dann aber bringt er die Gemeinschaft von sich aus voran.«¹² Ein solches Menschenbild hat freilich nur eine Chance, wenn die Kapitaldominanz zurückgedrängt und schließlich überwunden wird.

b) *Die Kapitaldominanz zurück zudrängen heißt, die Eigentums- und die Machtfrage zu stellen.* Allein diese Formulierung lässt manche erschauern, weil sie darin eine Ewiggestrigkeit vermuten. Darum aber geht es nicht. Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage linker, sozialistischer Bewegung ist vor allem eine Frage der re-

11 Uwe Jean Heuser: Humanomics. Die Entdeckung des Menschen in der Wirtschaft. Frankfurt am Main 2008.

12 A. a., S. 57.

alen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Die Alternative zu privatkapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.

- Alle Eigentumsformen – *genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche* –, die Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, müssen gefördert werden. Hingegen müssen andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, zurückgedrängt und überwunden werden. Festzuhalten gilt es an der durch das Grundgesetz (Artikel 15) gegebenen Möglichkeit, Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zu vergesellschaften und in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen, wenn dies zu sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Vernunft und effektiver Bereitstellung öffentlicher Güter beiträgt.
- Einrichtungen der Infrastruktur wie Energieunternehmen, Wasserbetriebe und die Bahn, Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheits- und Bildungswesen gehören von der Privatisierung ausgenommen, und wo sie privatisiert sind, gehören sie rekommunalisiert bzw. in öffentliches Eigentum zurückgeführt. Die Grenzen der Privatisierung müssen dort verlaufen, wo die Bürger das notwendige Mindestmaß an Sicherheit, ihre Grundsicherheit eben, verlieren. Dabei wäre es ein Irrglaube anzunehmen, dass öffentliches Eigentum per se bereits Garant für die Gewährleistung des Gemeinwohls ist. Auch öffentliches Eigentum muss professionell gemanagt und effizient bewirtschaftet werden, es muss demokratischer Kontrolle unterliegen und ihm darf nicht Gewinnmaximierung als leitende Maxime verordnet sein. Auch ist öffentliches Eigentum nicht von Natur aus ausbeutungsfrei. Ein staatlicher oder kommunaler Betrieb kann in die Fänge einer Parteibürokratie, einer Kungelrunde oder eines die Interessen der Eigentümer ignorierenden Vorstandes geraten. Es geht also nicht um emotional geführte Debatten zum Eigentum, nicht um ideologische Rechthaberei, sondern um wissenschaftlich begründete Argumente und konstruktive Kritik an undemokratischer Machtkonzentration in der Wirtschaft und an der Erzielung von auf Grund- oder Kapitalbesitz beruhendem arbeitslosen Einkommen.
- Kapitaldominanz überwinden heißt, *politische Demokratie durch eine entwickelte Wirtschaftsdemokratie*¹³ zu untermauern. Zu deren wichtigsten Säulen zählen neben Vergesellschaftung vorgenannter Schlüsselbereiche eine gesamtwirtschaftliche Planung zur Investitionslenkung, betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, Förderung von Genossenschaften sowie ein regulierter Wettbewerb im marktwirtschaftlichen Rahmen.

13 Vgl. z. B. Alex Demirović: Demokratie, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. In: Heinz J. Bontrup, Julia Müller: Wirtschaftsdemokratie. VSA-Verlag Hamburg 2006.

- Überwindung der Kapitaldominanz bedeutet *nicht Geringschätzung oder gar Diffamierung des unternehmerischen Interesses an Gewinnerzielung*. Es geht um eine staatliche Rahmensetzung, die entsprechend Grundgesetzartikel 14 »Eigentum verpflichtet, es soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen«, betriebliche Gewinne über eine entsprechende Besteuerung angemessen für die Finanzierung des Gemeinwesens nutzbar macht.
- Kapitaldominanz überwinden heißt, *kleine und mittlere Unternehmen in den Mittelpunkt der Steuer-, Finanz- und Förderpolitik zu rücken*. Sie sind es, die den größten Beitrag für Beschäftigung und Ausbildung leisten, zumeist standortgebunden produzieren und keine ökonomische Macht besitzen, die sie wie Konzerne zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen missbrauchen können. Nach einer jüngsten Studie der Unternehmensberatung Accenture schufen Dax-Konzerne und MDax-Unternehmen in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze vor allem im Ausland und strichen solche im Inland. Allein bei Dax-Konzernen gingen von 2002 bis 2006 156.000 Arbeitsplätze im Inland verloren. Dieser Trend wird anhalten. Demgegenüber waren 80 Prozent der neuen Beschäftigungsverhältnisse im Jahre 2006 den kleinen und mittleren Betrieben zuzuschreiben. 2007 sollen es von 640.000 neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen mindestens 500.000 sein.¹⁴

c) Schlechte Erfahrungen ostdeutscher Linker mit einem bevormundenden, alles bestimmenden, sich überall einmischenden Staat im Realsozialismus und linker Altbundesbürger mit einem bürokratischen, steuerschluckenden Moloch können weder Grund noch Rechtfertigung dafür sein, sich jetzt staatsabstinent zu geben und von der Rolle des Staates nur noch abfällig zu reden. Ersteres ist nicht wieder erstrebenswert und das Zweite nicht bewahrenswert. Zwischen »Etatismus«, der Staatsgläubigkeit, der Überbewertung der Rolle des Staates und einer Gemeinwohlinteressen sichernden Instanz gilt es zu unterscheiden.

- Die neoliberale Theorie weist dem Staat nur Funktionen bei Marktversagen zu. Staatstätigkeit wird aus Marktversagen abgeleitet. Der Staat also als Reparaturbetrieb, so jüngst auch bei Deutsche Bank-Chef Ackermann im Zusammenhang mit der US-amerikanischen Hypothekenkrise. *Nachweisliches Versagen des Staates spricht nicht dafür, der Marktsteuerung Priorität einzuräumen*. Es geht vielmehr um das Herstellen von Bedingungen, die seine diesbezüglichen Möglichkeiten erweitern. In einem alternativen Gesellschaftsentwurf müssen gesellschaftliche Planung, Sicherung gesamtwirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftliche Kontrolle ihren Platz haben. Auch sind Organisation, Autorität und Hierarchien unverzichtbar, weil sonst komplexe Produktionsstrukturen nicht beherrschbar und gesellschaftliche Leitung und Planung nicht möglich sind.
- *Eine aktive Rolle des Staates bedeutet kein Mehr an Vorschriften im Alltag*, sondern Übertragung von mehr Verantwortung an die Bürgerinnen und Bürger bei

14 Ein neuer Mittelstand. In: *Welt am Sonntag* vom 8. 6. 2008.

entsprechender Finanzausstattung vor allem der Kommunen. In strategischen Fragen der Industrie-, Energie- und Umweltpolitik ist allerdings aktives Eingreifen des Staates notwendiger denn je. Wozu ordnungspolitische Grabestreue führt, sehen wir gerade gegenwärtig deutlich an den sozialen Folgen der überbordenden Öl-, Gas- und Strompreise und der sich machtlos gebenden Bundesregierung.

- Linke stellen sich selbst ein Bein, wenn sie den Staat im Realkapitalismus darauf reduzieren, »*Machtinstrument der herrschenden Klasse*« zu sein. Das würde im Grunde bedeuten, dass die Teilnahme linker, kapitalismuskritischer Kräfte an Regierungen einseitig systemstabilisierend wirkt und keinerlei sozialen Fortschritt bringen kann. Allerdings darf DIE LINKE sich nicht auf die Nutzung der (wenigen) Gestaltungsmöglichkeiten beschränken, die ihr im vorherrschenden politischen System gewährt werden. Sie muss sich ohne Umschweife und politisches Taktieren den Alltagsorgen der Menschen stellen und *gleichzeitig* keinen Zweifel an ihrem Langfristziel, der Systemveränderung und schließlich Systemüberwindung, lassen.
- DIE LINKE ist gut beraten, den Einfluss oppositioneller und außerparlamentarischer Kräfte auf den Staat zu thematisieren und wirksame praktische Formen dafür zu finden. Ebenso ist die Suche nach neuen demokratischen und emanzipatorischen Formen zur Verwirklichung von Gemeinwohlinteressen zu intensivieren.

Fragen nach einer Alternative zum real existierenden, zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus drängen wieder auf die Tagesordnung. Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte. In seiner Maßlosigkeit hat er nach seinem vermeintlichen Sieg keine Anstalten gemacht, die Welt positiv zu entwickeln. Er hat ihr vielmehr eine Ordnung oktroyiert, die er in seinen Stammländern nicht zu praktizieren wagte. Wo die Welt störrisch war, hat er sie mit Krieg überzogen und wundert sich, dass eine der Antworten auf seine imperiale Anmaßung der Terror ist.¹⁵ Die Systemdebatte kehrt also in neuer Form zurück, auch wenn die Entwicklungspotenzen des Kapitalismus noch nicht erschöpft sind. Aber er produziert und reproduziert national und global fortwährend unlösbare Widersprüche. Dennoch wäre es falsch, auf seinen automatischen Zusammenbruch zu hoffen. Der Kapitalismus wird zwar noch lange real die Geschehnisse großer Teile der Welt bestimmen, aber die kulturelle Hegemonie hat er bereits eingeübt. Auffassungen wie: »Man kann ja doch nichts verändern«, »Die da oben machen sowieso mit uns, was sie wollen« oder »Egal, wer regiert, es macht keinen Unterschied«, sind Ausdruck von Resignation und Schicksalsergebenheit. Mit solchen Haltungen wird jedweder politische Widerspruch entwertet und ungewollt die Sachzwanglogik der herrschenden Politik unterstützt.

15 Josef Reindl: Wird das Saarland kommunistisch? In: *Freitag* vom 25. 01. 2008.

Manche Linke sehen im Engagement für alternative Reformen eine bloße Reparatur am Kapitalismus und lehnen das entschieden ab. Ich halte auch diese Position für falsch, weil ein »Alles oder Nichts« im praktischen politischen Leben keine brauchbare Option ist und von Armut und Unsicherheit bedrängten Menschen nicht hilft. Um dem Fatalismus entgegenzuwirken, macht es Sinn, auf die Reformierbarkeit des Kapitalismus hinzuweisen. Ein historischer Beleg dafür ist die Herausbildung der *sozialen* Marktwirtschaft in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, wenn man so will, eines dritten Weges. Freilich gab es dafür mit kämpferischen Gewerkschaften starke innere Triebkräfte. Und ein alternatives Gesellschaftssystem erwies sich als äußeres Korrektiv.

Ein solches äußeres Korrektiv ist noch nicht in Sicht. Was aus der Entwicklung in China wird, lässt sich schwer voraussagen. Das trifft auch auf die neuen sozialen Bewegungen in Lateinamerika zu. Daher helfen mittelfristig gegen die Allmacht des Kapitals nur eine breite zivilgesellschaftliche Widerstandsbewegung, Massenbewegungen, getragen von Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften, von Attac, Jugend- und Frauenorganisationen, Greenpeace, Friedensgruppen und christlichen Kreisen. An Bedeutung gewinnt das Europäische Sozialforum, das einen wichtigen Beitrag leistet, eine politische Öffentlichkeit auf dem Kontinent zu schaffen. Zu den Gegenkräften gehören die europäischen Linksparteien sowie Minderheitsströmungen bei den Grünen und der Sozialdemokratie.

Die Bündelung des Widerstandes gegen den Sozialstaatsabbau und die Aushöhlung der Demokratie schafft Gemeinsamkeit und strahlt auf jene aus, die immer noch glauben, es gäbe keine Alternativen. »Der Kapitalismus verschwindet nicht von einem Tag auf den anderen wie der real existierende Sozialismus im Verlauf der ›samtenen‹ Revolution, aber er wird ein anderer Kapitalismus werden als der, den wir kennen«, sagt Elmar Altvater voraus.¹⁶

Menschen sind nicht machtlos. Das hat der öffentliche Protest gegen die Bolkesteinsche Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Kommission gezeigt, mit der der Service-Bereich komplett für europaweiten Lohndumping-Wettbewerb geöffnet werden sollte. Der Protest war so unüberhörbar, dass auch Regierungen sich ihm nicht entziehen konnten und den Entwurf schließlich zur Überarbeitung an die Kommission zurückweisen mussten. Das französische »Nein« beim Referendum über die EU-Verfassung im Jahre 2005 verdeutlichte eindrucksvoll, dass Erfolge gegen neoliberale Politik selbst dann errungen werden können, wenn ein Land von einer erdrückenden konservativen Mehrheit regiert wird. In Irland, dem einzigen EU-Land, in dem das Volk um seine Meinung zum Lissabon-Vertrag gefragt wurde, führte die Furcht vor negativen sozialen Folgen 2008 zu einem Ratifizierungsstopp.

16 Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 2/2006, S. 182.

Streiks von Beschäftigten in verschiedenen Branchen setzten Arbeitgeber in Deutschland derart unter Druck, dass diese keine Möglichkeit sehen, sich den Forderungen nach spürbarer Einkommensverbesserung zu widersetzen. Frisch in Erinnerung ist der Streik der Lokführer, der die Deutsche Bahn AG zu Lohn- und Arbeitszeitgeständnissen zwang. Massenhafte Proteste gegen die unseligen Hartz-IV-Regelungen führten schließlich zu ersten Korrekturen. Die Bankrotterklärung von Bundeskanzler Schröder nach der 2005 für die SPD verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und die vorgezogenen Bundestagswahlen gaben plötzlich linken Kräften einen Impuls zum Zusammenrücken.

Die Welt hat dem ungezügelten Treiben des Kapitalismus lange wie in einer Schockstarre zugeschaut. Doch damit scheint Schluss zu sein. Die Gewerkschaften beginnen sich zu erinnern, dass sie zuvorderst die Interessen der abhängig Beschäftigten und nicht die des »Standorts« zu vertreten haben. Viele Menschen sind bedient von Flexibilisierung und Deregulierung, von »Reformen«, von Politikern, Beratern und Professoren, die keinen blassen Schimmer von der Wirklichkeit in Betrieben, Schulen, Universitäten oder Wohnquartieren haben, sondern die gleichsam in einem Paralleluniversum diese Welt in lauter betriebswirtschaftliche Planquadrate zerlegen und der Kosten-Nutzen-Rechnung anheim stellen.¹⁷

Das alles sind Signale der Hoffnung, dass eine Alternative zum real existierenden Kapitalismus keine Utopie bleiben muss.

17 Josef Reindl: Wird das Saarland kommunistisch? A. a. O.

»Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber in dem Wie«¹

Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln im Handeln
linker Bewegungen

Die Frage nach dem »Richtigen« in Übergängen und Umbrüchen in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist die vielleicht komplizierteste Frage in Theorie und Praxis. In Entscheidungssituationen kommt es in der Regel zu einer Reduktion von verschiedenen Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung auf ein enges Spektrum tatsächlicher Aktionen. Die dabei gleichzeitig gegebene Entstehung neuer Möglichkeiten ist für die Akteure überwältigend und im gegebenen Moment kaum zu überblicken.

Für Luxemburg, für Marx und Engels, für Lassalle, Cabet, Bernstein u. a. war die Frage nach dem Übergang vom Kapitalismus zu einer neuen Gesellschaft eine ihr Schaffen, ihre theoretische und praktische Tätigkeit antreibende Frage. Die hier angeführten Namen sind nicht zufällig genannt, denn diese politischen Menschen fanden dabei unterschiedliche, z. T. gegensätzlich Antworten, die sich schließlich auch in gegensätzliche politische Konzepte verwandeln sollten. Luxemburg näherte sich dieser Frage vor allem und zuerst in Auseinandersetzung mit Bernstein, später auch in Auseinandersetzung um das Verhältnis von Partei und Massen, von Führung und Massen. Wichtig erscheint mir für die hier zu diskutierende Problematik vor allem eine Aussage, die das ganze Problem der linken Bewegung auch heute noch wiedergibt: »Der Sozialismus erfolgt also aus dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht von selbst und unter allen Umständen. Er ergibt sich nur aus den immer mehr sich zuspitzenden Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft und aus der Erkenntnis der Arbeiterklasse.«²

Diese scheinbar geradlinig aus dem Marxschen Erbe abgeleitete Feststellung zieht bezogen auf die politische Praxis und auf die Theorie eines gesellschaftlichen Übergangs mindestens zwei Fragen nach sich: Erstens: *Wie erkennt Arbeiterklasse?* Man müsste die Frage (auch für diese Zeit) noch erweitern: *Wie erkennt linke (damals sozialdemokratische) Bewegung, gehörte doch Luxemburg sicher nicht zur Arbeiterklasse. Und zweitens: Was bedeutet »sich zuspitzende Widersprüche«?*

Luxemburg beschreibt an dieser Stelle Erkenntnis als Erkenntnis a) der Unmöglichkeit des Kapitalismus (auf lange Sicht) und b) der eigenen Rolle der Handeln-

1 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, S. 400.

2 Ebenda, S. 403, Fußnote 7.

den im Prozess der Gestaltung und der Überwindung dieser Gesellschaftsordnung. Unter diesem Fokus betrachtet sie Sozialreformen, Demokratie, Gewerkschaftsarbeit und Genossenschaften. Sie sind aus ihrer Sicht kein Selbstzweck, sondern Handeln, in dem Erkenntnis wächst – und es ist hinzuzufügen, in dem Organisations- und Handlungsfähigkeit wachsen. Erkenntnis ist für sie an erster Stelle Erkenntnis der Grenzen der bestehenden Gesellschaftsordnung und gleichzeitig aber auch Erkenntnis der eigenen Potenziale der Bewegungen, diese Grenzen zu überwinden. Insofern ist die vehemente Kritik Luxemburgs an der bei Bernstein anzutreffenden Tendenz zur Auflösung des engen Zusammenhangs von sozialistischem Ziel und sozialistischer Bewegung nicht als Befürwortung einer Verkürzung historischer Perspektiven oder als Befürwortung politischen Abenteuerertums zu bewerten, auch wenn dieser Eindruck in der Polemik durchaus entstehen kann. Ihre Kritik und Ablehnung richtet sich darauf, dass Bernstein aus einer durchaus in vielen Punkten zutreffenden Beschreibung neuer Tendenzen der Entwicklung des Kapitalismus aus ihrer Sicht falsche theoretische Verallgemeinerungen vornimmt und falsche politische Konsequenzen zieht. Sehr verkürzt ließe sich sagen: Die Verbesserung der Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft erlangt bei Bernstein das Übergewicht gegenüber dem Lernen der Bewegung, der Selbstveränderung der Bewegung und der davon ausgehenden Veränderung der Gesellschaft. Damit verschwindet das Subjekt der Veränderung. Bei Bernstein heißt es: »Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.«³ Luxemburgs Kritik richtet sich offensichtlich vor allem gegen das Verständnis der »allgemeinen Bewegung der Gesellschaft«, gegen das Entwicklungsverständnis bei Bernstein. Die Identifizierung der »allgemeinen Bewegung der Gesellschaft« mit dem »sozialen Fortschritt« und deren Verknüpfung mit Agitation und Organisation scheint dem Luxemburgschen Ansatz sehr ähnlich zu sein. Wiederum sehr vereinfacht gesagt, sieht Bernstein allerdings den »gesellschaftlichen Fortschritt« in Kausalitäten; Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus setzt er der Sache nach gleich mit dem Verschwinden der Widersprüchlichkeit seiner Entwicklung.⁴ Luxemburg hingegen betont die Widersprüchlichkeit der von Bernstein konstatierten Entwicklungen. In ihrem Sinne ist die Bewegung in diesen widersprüchlichen Tendenzen Kern sozialistischer Politik. Bernstein sieht an den Stellen, an denen Luxemburg lebendigen Widerspruch (Dialektik) sieht, Kontinuität, Kausalität, bestenfalls Unterschiede. Er lehnt die Dialektik, die er als bloßes »Gerüst« der Marxschen Ideen betrachtet, als für die Entwicklung des »Baus« des Marxschen Gesellschaftskonzeptes letztlich hinderlich

3 Eduard Bernstein: Texte zum Revisionismus, Bonn 1990, S. 76.

4 Vgl. ebenda S. 72; Bernstein beschreibt an dieser Stelle, wie Zentralisation und Konzentration von Kapital einhergeht mit dem Entstehen neuer kleiner und mittlerer Betriebe usw. usf. Er spricht zwar von sich durchkreuzenden Tendenzen, aber diese stehen bei ihm nebeneinander, als »sowohl-als auch«, nicht als sich gleichermaßen gegenseitig bedingend wie gegenseitig ausschließend.

ab.⁵ Insofern kann er Luxemburgs Kritik gar nicht verstehen, da er, nicht Luxemburg, den »Zusammenbruch des Kapitalismus« nur mechanistisch, als Katastrophe im banalen Sinne, deuten kann.⁶

Ausdruck dieser Weltansichten wird, völlig unabhängig von den persönlichen Intentionen Bernsteins, die Dominanz der parlamentarischen Arbeit und die Verbürokratisierung der Partei, die Dominanz der Führungen (von Sozialdemokratie und Gewerkschaften) gegenüber den Massen. Luxemburg wird dies in späteren Arbeiten fundierter kritisieren. Sie konstatiert an dieser Stelle aber bereits folgerichtig, dass der Widerspruch zu Bernstein nicht im WAS der Parteitätigkeit, sondern im WIE liege.⁷

Luxemburg fasste diese Frage des WIE vor allem als beständige Vergegenwärtigung des WARUM (insofern eben eines Zieles) im Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selbst sowie als beständige Kritik (damit notwendig Selbstkritik) des im Klassenkampf auf den verschiedenen (darunter auch reformerischen) Wegen Erreichten. 1911 schreibt sie: »Jeder Schritt vorwärts im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse muss zugleich eine wachsende geistige Verselbständigung ihrer Masse, ihre wachsende Selbstbetätigung, Selbstbestimmung und Initiative bedeuten.«⁸

Vergegenwärtigung ist für sie so nicht einfach ein Bewusstseinsakt, eine ideologische Floskel. Folgt man ihrem Gedankengang, so kann das Ziel tatsächlich nur im WIE des Handelns gegenwärtig sein, da das WAS ja immer in das gegebene System eingebunden ist, aus den gegebenen Verhältnissen sich herleitet. Unter dem Gesichtspunkt des politischen Prozesses ist maßgeblich, dass die erkämpften Ergebnisse, die erreichten Verbesserungen der Lebenslage, politischer Rechte etc., neue Bedürfnisse, neue Einsichten, neue Ansprüche, neue Interessen bei den handelnden Subjekten wie auch bei den abseits stehenden Subjekten produziert. Sie alle müssen sich entsprechend den neugeschaffenen Bedingungen verhalten und setzen in diesem neuen Handeln alte Widersprüche neu oder eben auch neue Widersprüche. Diese Neusetzung der Widersprüche ist das, was Entwicklung vorantreibt. Wie diese Widersprüche neu gesetzt werden, was die nächsten Forderungen und Auseinandersetzungen sein werden, hängt aber eben davon ab, WIE die neuen Bedingungen zustande gekommen sind. Wiederum zugespitzt: Nur im WIE kann Sozialismus auch unter kapitalistischen Bedingungen gelebt werden – nicht im WAS. Eine in einer kapitalis-

5 Vgl. Eduard Bernstein, a. a. O. S. 98, auch S. 109 ff. Mit diesen Auffassungen Bernsteins setzte sich damals auf immer noch lesenswerte Art und Weise Plechanow auseinander. Vgl. Plechanow, Georgi: Cant wider Kant oder das geistige Vermächtnis des Herrn Bernstein. In: ders.: Eine Kritik unserer Kritiker. Schriften aus den Jahren 1898 bis 1911. Berlin 1982, S. 76 ff.

6 Auch wenn Luxemburg nicht frei ist vom Gedanken eines plötzlichen großen Zusammenbruchs als Elementarereignis (dies zeigt sich z. T. in ihren ökonomischen Schriften) ist dies nicht Kern ihres Entwicklungsverständnisses. Die Kritik an ihrer »Zusammenbruchstheorie« und deren moderne Rezeption folgt offensichtlich weniger ihrem Werk als der Bernsteinschen Interpretation.

7 Vgl. Luxemburg, a. a. O., Bd.1/1, S. 400.

8 Rosa Luxemburg: Wieder Masse und Führer. In: RLW, Bd.3, S.38.

tischen Gesellschaft sich reproduzierende Genossenschaft ist kein Stück Sozialismus, wohl kann sie aber der Prozess seiner Schaffung sein.

Dieser Gedanke ist m. E. von weitreichender und praktischer Bedeutung. Die bewusste Verbindung von Gesellschaftsanalyse und -kritik als Zielbestimmung, politischem Handeln, politischem Lernen sowie Selbstkritik und -veränderung der Bewegungen (und damit der eigenständigen schöpferischen Rolle der Massen) unterscheidet Luxemburgs Auffassungen von denen Bernsteins. Allerdings ist damit von ihr ein außerordentlich hoher Anspruch an die linken Bewegungen gestellt.

Betrachtet man die Strategiebildung in den linken Bewegungen, muss man feststellen, dass dieses komplexe Politikverständnis Luxemburgs kaum eine Rolle spielt. Bis heute ist ein hierarchisches Verhältnis zwischen angeblich Wissenden, die die Welt verstanden haben, und Ausführenden, tendenziell Unwissenden, denen das Wissen zu offenbaren ist, und die dann entsprechend dem »großen Plan« zu handeln haben, das beherrschende Organisationsverständnis. Bernstein war in dieser Hinsicht viel erfolgreicher als Luxemburg – auch in der kommunistischen Bewegung.

Genau diese Trennung ist es aber, die immer wieder in die Sackgasse führte. Sie ist heute, vor dem Hintergrund eines im Vergleich zu Luxemburgs Zeiten unvergleichlich höheren Bildungsniveaus und der reichen politischen Erfahrungen der linken Bewegungen, sogar noch absurder als damals. Wenn eine Losung oder eine Initiative keinen durchschlagenden Erfolg hat, kommt meist eines der folgenden Argumentationsmuster zum Einsatz:

- wir haben die Sache nicht gut verkauft;
- die Medien haben uns blockiert;
- die Menschen haben uns nicht verstanden.

Letztlich wird Misserfolg kaum jemals bereits in der Entstehung des Konzeptes, der Losung selbst gesucht – hier scheint mir aber, folgen wir Luxemburg, das Problem zu liegen.

Welche Anforderungen ergeben sich an politische Projekte, wenn man den Forderungen Luxemburgs gerecht werden wollte?

Mit der Idee der Einstiegsprojekte, die im Sommer 2004 auf einem Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Rio diskutiert wurde, wurde der Versuch unternommen, unter dem Fokus europäischer und lateinamerikanischer Erfahrungen Anforderungen an konkretes politisches Handeln zu formulieren.

Einige Vorbemerkungen

Schritte zur Veränderung von Realität tun zu wollen bedeutet immer, Entscheidungen darüber zu treffen, *welche* Aktionen man *wie* (in welcher Weise, mit welchen Methoden) *wann* (zu welchem Zeitpunkt bzw. in welchem Zeitraum) durch-

führt. Diese Übereinstimmung von WAS, WIE und WANN ist entscheidend dafür, ob die Politik, die Idee eines Akteurs (seien es Gruppen oder auch Einzelpersonen), oder auch eine neue, in kleineren Gruppen entstehende Praxis in der Gesellschaft verstanden wird, nachvollzogen werden kann und schließlich Menschen sich bereit finden, sich an diesen Aktionen, diesen Veränderungen von Gesellschaft zu beteiligen. Mehr noch – diese Veränderungen sich anzueignen, sie als die ihren zu betrachten. Diese Übereinstimmung entscheidet aber auch, inwieweit die InitiatorInnen in der Lage sind, diese Beteiligung als legitim anzusehen, »loszulassen«, neue PartnerInnen als gleichberechtigt anzuerkennen und einer Neugruppierung der politischen Konstellationen Raum zu geben. Die Frage danach, WER als BündnispartnerIn, was überhaupt unter Bündnis verstanden wird, ist dementsprechend eine weitere grundlegende Ebene der Diskussion.⁹

Wenn man diesen Zusammenhang ernst nimmt, ergeben sich zeitliche und sachliche Strukturen sowie Wichtungen von Zielen und Aufgaben, die schließlich den Einsatz von zeitlichen und materiellen Ressourcen bestimmen müssen. Hierbei geht es nicht so sehr um die Feststellung, was wichtig und was nicht wichtig ist, sondern um die Bestimmung, was mehr oder weniger sinnvoll und möglich ist zu tun und welche Bedeutung langfristige Wirkungen der politischen Aktion haben bzw. haben sollen, welche Szenarien, Varianten der Entwicklung möglich sind.

In der Praxis sehen sich Akteure allerdings immer wieder einer solchen Vielfalt von Anforderungen, von tatsächlichen Aktivitäten und Bedürfnissen, schließlich auch Eigeninteressen, gegenüber, die es schwer macht, die erforderlichen Wichtungen und Verbindungen zwischen verschiedenen Aktionen vorzunehmen. Resultat ist, dass Akteure, soweit sie sich nicht ohnehin als Ein-Punkt-Akteure profilieren, oft diffus wahrgenommen werden. Vielfalt und Unbestimmtheit auf der einen Seite und Geschlossenheit als Organisation auf der anderen erscheinen als Gegensätze, die Veränderungsfähigkeit einschränken und Veränderungswilligkeit zumindest bezweifeln lassen.

Das Konzept der Einstiegsprojekte soll ein Versuch sein, die Formulierung gesellschaftspolitischen Handelns unter ganz bestimmten Gesichtspunkten in dem dargelegten Sinne zu strukturieren. Einstiegsprojekte sind tatsächlich als Projekte zu verstehen, die bewusst als Teil langfristiger Veränderungsprozesse gestaltet werden. Das Konzept erfasst somit nicht alle Komponenten gesellschaftlicher Aktivität und Bewegung und schmälert keineswegs die Bedeutung der Vielfalt dieser anderen Formen. Spontane Proteste und Kampagnen zu unmittelbaren Lebensfragen gehören genauso zu Veränderungsprozessen wie derartige Projekte. Es geht vielmehr darum, Fragen von Strategie und Taktik an der Schnittstelle von Theorie,

9. erinnert sei an die Parteizusammenschlüsse von USPD und KPD oder von KPD und SPD als vielleicht spektakulärste Bündniskonstellationen, die tatsächlich immer mit folgenden Ausschlussprozessen verbunden waren. Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch die Vereinigung von PDS und WASG ständig bewusst und selbstkritisch reflektiert werden.

sozialer Erfahrung, sozialem Lernen und gesellschaftspolitischem Handeln zu diskutieren.

Will man die Frage schematisch betrachten, sind Einstiegsprojekte unterhalb der Programmatik und oberhalb politischer Taktik einzuordnen. Sehr vereinfacht ausgedrückt vermitteln sie zwischen Strategie und Taktik wie auch zwischen Reform und Revolution dadurch, dass sie eben das Lernen als integrales Element des Projektes begreifen und bewusst mit Widersprüchen umgehen. Obwohl die Formulierung derartiger Vermittlungen immer wieder in Aktionsprogrammen und dergl. versucht wurde, ist die eigene Qualität dieser Vermittlung nur wenig untersucht und charakterisiert.

Definitionsversuch

Einstiegsprojekte sind politische Handlungsstrategien, die im Rahmen der gegebenen Grundqualität gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Entwicklung von NEUEM gerichtet sind. Dieses NEUE zeichnet sich dadurch aus, dass es dazu beiträgt, Bedingungen für den Übergang zu einer anderen Gesellschaft zu schaffen und gleichzeitig Ansätze für das ANDERE in diesen neuen gesellschaftlichen Zusammenhängen erlaubt. Einstiegsprojekte sind in diesem Sinne nicht geschlossen, sondern müssen als bewusste Schaffung neuer Möglichkeitsfelder verstanden werden, die zwangsläufig bisherige Akteure und Handlungsstrategien in Frage stellen. Es geht um die Praxis von Emanzipation unter antiemanzipatorischen Bedingungen.

Es geht um »praktizierte Dialektik«, um bewusste Bewegung in Widersprüchen, als Umgang mit dem eigentlich Unmöglichen. Im Mittelpunkt steht nicht die konkrete Aktion, sondern die durch sie geschaffenen, vorher nicht gekannten Möglichkeiten. Die Organisation des Projekts muss so angelegt sein, dass die Reaktion auf diese neuen Möglichkeiten gegeben ist.

Bezogen auf die Subjekte von Einstiegsprojekten bedeutet das vor allem, dass sie einen Raum vorfinden müssen, in dem sie ihre Einbindung in ihre gesellschaftliche Rolle als MarktteilnehmerInnen, als KonkurrentInnen verlassen können müssen, sich bewusst durch die Entfaltung von Individualität und Solidarität gegen die bestehende Gesellschaft vergesellschaften. In diesem Sinne sind Einstiegsprojekte Projekte von Widerstand und Wiederaneignung besonderer Art. Sie vereinigen Protest und Gestaltung dadurch, dass sie dem Protest konstruktiven Inhalt und Nachhaltigkeit verleihen. Konstruktiver Protest bedeutet, dass nicht nur das bestehende Andere, die bestehende Gesellschaft als Anderes, verneint, sondern auch die eigene Rolle zur Disposition gestellt wird. Einfacher: Akteure verstehen sich hier nicht als neben einem Problem stehend, sondern als Teil des Problems – wie auch der Lösung. Veränderung und Selbstveränderung werden als Einheit verstanden. Umgang mit Widersprüchen heißt, die Angst vor der Dialektik zu überwinden.

Somit ist bei dieser Definition zu berücksichtigen, dass es sich bei Einstiegsprojekten nicht um intellektuelle Konstrukte handeln kann, sehr wohl aber intellektuelle Durchdringung von Wirklichkeit vorausgesetzt ist. Es geht um in der Realität bestehendes gesellschaftliches Handeln, um Ziele und Methoden, die in der Gesellschaft, von den Massen, entwickelt werden, von den handelnden Akteuren aber oft gar nicht in ihrer Tragweite erkannt werden. *Insofern erwachsen sie aus konkreten sozialen Kämpfen, ohne mit ihnen unmittelbar identisch zu sein.*

Es ist eine der Aufgaben von Intellektuellen in der Bewegung, durch die Benennung von Projekten in ihrer möglichen Bedeutung und ihre Charakterisierung, z. B. eben ihre Identifizierung als Einstiegsprojekte oder mögliche Momente von Einstiegsprojekten, die Konsequenzen gesellschaftlichen Handelns in ihrer Tragweite deutlich zu machen. In diesem Sinne ist die oben angeführte Verbindung von Theorie, sozialer Erfahrung und praktischem Handeln zu verstehen. Nur in diesem Sinne können Einstiegsprojekte »entwickelt« werden.

Merkmale von Einstiegsprojekten

In den folgenden Ausführungen soll versucht werden, Anforderungen an Einstiegsprojekte genauer zu beschreiben und damit auch ihre Entstehung bzw. die Bedingungen ihres Entstehens deutlicher zu machen. Dieter Klein bestimmt vier Merkmale von Einstiegsprojekten:

»Aus der Sicht eines transformationstheoretischen Ansatzes werden Projekte, die erste Schritte in eine andere Entwicklungsrichtung ermöglichen, einer Reihe von Maßstäben genügen müssen:

1. Da der Ausgangspunkt jeder realistischen Alternative die akuten Widersprüche und Konfliktlinien der Gesellschaft sind, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen und sie bewegen, folgt daraus: Einstiegsprojekte in einen anderen Entwicklungspfad müssen wesentliche ungelöste Probleme in der Gesellschaft betreffen. Sie müssen das Empfinden von Mehrheiten aufnehmen und Antworten auf ihre Ängste, auf ihr Verlangen nach Arbeitsplätzen, Sicherheit und Selbstbestimmung über das eigene Leben zu geben versuchen.

2. Einstiegsprojekte müssen realistisch sein, das heißt die Chance bieten, in absehbarer Zeit durchsetzbar zu sein und zu Verbesserungen für möglichst viele Lohnabhängige und besonders für sozial Benachteiligte zu führen.

3. Solche Einstiegsprojekte würden daher die Mobilisierung von potenziellen Akteuren für sozialen Wandel ermöglichen. Sie müssen geeignet sein, das in der Öffentlichkeit weit verbreitete TINA-Syndrom und das Ohnmachtgefühl zurückzudrängen, dass kaum etwas zu erreichen sei gegen die herrschende Politik. Wichtig ist das Entstehen von TAMARA-Erfahrungen in der Gesellschaft: There Are Many And Realistic Alternatives!) Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass knapp 50 Prozent der gegenwärtig politisch kaum aktiven Deutschen von sich

sagen, dass sie sich politisch engagieren würden, wenn sie mit einem Erfolg rechnen könnten.

4. Dem Gedanken eines zukunftsfähigen Wandels als transformatorisches Projekt folgend, sollten Einstiegsprojekte zur Lösung gegenwärtiger Probleme die Öffnung für weiterreichende Entwicklungen erkennen lassen und zur Zurückdrängung der Kapitaldominanz, zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse und zur Zivilisierung von Konflikten auf der Basis der Abschwächung repressiver Elemente beitragen.«¹⁰

Diese Merkmale sollten m. E. tiefergehend diskutiert werden, um deren eigene Qualität verständlicher zu machen. Insbesondere sollte es um folgende Charakteristika gehen, die gleichzeitig Anforderungen an das Handeln von Akteuren stellen, die Einstiegsprojekte realisieren wollen.

1. Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Reform und Revolution sowie zwischen Protest und Gestaltung dadurch, dass sie nachhaltige Verschiebungen von Machtverhältnissen induzieren, insofern eine breite Neugruppierung, Neugebungen von Akteuren in der Gesellschaft nach sich ziehen

Dabei kann Macht keinesfalls etwa mit Regierungsbeteiligung identifiziert werden. Gewerkschaften sind nie an Regierungen beteiligt, besitzen aber unbestritten Macht. Gleichfalls kann eine politische Kraft an der Regierung beteiligt sein, aber völlig machtlos, weil es keine Subjekte gibt, die bereit sind, die politischen Ziele dieser Kraft zu vermitteln bzw. durchzusetzen.

Unter den gegebenen Bedingungen bedeuten Widerstand und Machtgewinn vor allem Kampf um die Reorganisation der bürgerlichen Demokratie und ihre Erweiterung. Nicht zuletzt belegt der Widerspruch zwischen der Aushöhlung der Demokratie im Zuge neoliberalen Gesellschaftsumbaus und den gleichzeitigen differenzierten Versuchen, wesentliche Teile der Gesellschaft auf unterschiedliche Art und Weise durch Entwicklung von Partizipationsmöglichkeiten zu inkorporieren, die Bedeutung dieser Frage. Einstiegsprojekte müssten dadurch gekennzeichnet sein, dass sie die gebotenen Möglichkeiten nutzen und sie gleichzeitig kritisieren, indem sie sie zu sichtbaren radikalen Konsequenzen treiben. Insofern verstehe ich auch Demokratisierung als Achse der Transformation.

Dabei geht es um umfassende, alle Lebensbereiche umfassende Demokratisierung, es geht um die Verteidigung und Wiederherstellung der klassischen politischen Grundrechte und deren Erweiterung entsprechend den modernen Bedingungen (so etwa das Recht auf Zugang zu Informationen und Informationssystemen sowie auf informationelle Selbstbestimmung), um soziale Grundrechte, das Recht auf Bildung etc. Es geht aber auch um die »innere Demokratisierung« der Bewegung(en) selbst. Und es geht schließlich genau unter dem zuletzt genannten Ge-

10 Dieter Klein: Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad (http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/3Klein.pdf), S. 5.

sichtspunkt darum, die Individuen nicht als Abstraktum zu begreifen, sondern als primär und konkret handelnde Subjekte, die sich zur Realisierung von Veränderungsprozessen Organisationen schaffen.

2. Einstiegsprojekte müssen nicht nur auf Erfolg ausgelegt sein, sondern auch zum Umgang mit Erfolg befähigen

Dabei tritt neben den notwendigen Realismus vor allem die Fähigkeit zum Umgang mit Perspektivoptionen. Es muss in Rechnung gestellt werden, dass sich mit dem Erfolg auch Bedingungen für das eigene Handeln verändern, eventuell wesentliche Seiten des Projektes sich völlig neu darstellen. Klarheit über eigene Beschränktheit wie auch über die möglichen Veränderungen der eigenen Stellung im Projekt. Dieses beständige Sich-selbst-in-Frage-Stellen der Träger eines Einstiegsprojekts ist wichtige Voraussetzung für die Verhinderung der Exklusion der wirklich Handelnden, der breiten sozialen Basis, damit auch der Verengung der Bündnisoptionen und des Möglichkeitsfeldes. Ein wichtiger Aspekt scheint dabei die Verbindung von Formen repräsentativer mit solchen direkter Demokratie zu sein. Hier dürfte auch der Kern für die Beantwortung der Frage liegen, wie Einstiegsprojekte ihre Dynamik bewahren können.

Ein aktuelles Beispiel ist die Tendenz zur Rekommunalisierung ehemals öffentlichen Eigentums. Während Kampagnen zur Rekommunalisierung breit begleitet werden, ist die Debatte über den Umgang mit den rekommunalisierten Unternehmen, über öffentliche Einflussnahme auf deren Geschäftspolitik usw., wesentlich weniger intensiv. Diese Diskussion wäre aber eben eine wichtige Voraussetzung, um Rekommunalisierung zu einem Einstiegsprojekt zu machen.

3. Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Lokalität, Regionalität und Globalität

Ein wesentlicher Eckpfeiler der Realisierung von Macht und gesellschaftlicher Hegemonie ist die Globalität der Aneignung. Der Anspruch der herrschenden Oligarchie ist in allen Dimensionen globaler Natur. Das Lokale erscheint als Funktion des Globalen. Tatsächlich jedoch ist es auch so, dass sich das Globale nur im Lokalen manifestieren und realisieren kann. Globales und Lokales stehen in einem klassischen widersprüchlichen Verhältnis. Dies stellt z. B. Anforderungen an Handlungsstrategien, die den Charakter von Einstiegsprojekten tragen, in folgenden Richtungen:

- sie sind mit Veränderungen der Lebensweise und Kultur verbunden und überwinden lokale Borniertheit ohne Zerstörung lokaler Identität;
- sie tragen Vernetzungs-/Netzwerkorientierung in sich, sind ohne dies als Einstiegsprojekte nicht möglich;
- sie orientieren auf die Zivilisierung von Konfliktlösungen.

In diesem Sinne verkörpern sie tätige Solidarität nicht primär als einzelstehende Aktion, sondern als natürliches und konstituierendes Element, sie müssen sie lebbar machen.

4. *Einstiegsprojekte vermitteln die Ganzheitlichkeit von Lebensweise, kultureller und geschichtlicher Identität*

Einstiegsprojekte sind Veränderungsprozesse, die a) nicht nur zu punktuellen Veränderungen in den *Lebensbedingungen*, sondern zu Veränderungen in der *Lebensweise* von Menschen führen und die b) sich auf eigene Wertesysteme, ein eigenes Menschenbild berufen. Gerade bezüglich der Lebensweise und des Menschenbildes besitzen sie Visionsfähigkeit, einen utopischen Gehalt. In diesem Sinne sind Einstiegsprojekte ganzheitlich orientiert und durch diese Ganzheitlichkeit (in der sachlich wie in der historischen Dimension) legitimiert. Insbesondere betrifft dies an zentraler Stelle die Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, insofern sie nicht neben anderen Aspekten betrachtet werden, sondern als einer Handlungsstrategie inhärentes Moment. Sie werden damit fassbarer, in ihrer Bedeutung für das Leben jedes einzelnen Menschen unmittelbarer, sie werden sichtbar nicht als von außen normativ gesetzte Restriktion, sondern als aus den Auseinandersetzungen um das tägliche Leben erwachsende Notwendigkeit. Ähnliches lässt sich von der Einordnung zentraler Werte, wie Leistung, Verantwortung, Konflikt- und Konsensfähigkeit oder Solidarität sagen.

Vor allem wird Fähigkeit zu Solidarität geschaffen, indem Verluste durch Emanzipation gegen Gewinne aus Emanzipation abwägbare werden. Genauer – vorgebliche Verluste wie vorgebliche Gewinne werden anders wahrgenommen, nämlich als Veränderung, die Neues schafft, in dem Solidarität nicht mehr Verzicht bedeutet.

Dies gilt insbesondere gerade für die Konsequenzen aus der o. g. Einheit von Lokalität und Globalität. Die Lebensweise des Westens wird nicht aufrechtzuerhalten sein, wenn diese Einheit realisiert werden soll. Die Veränderung der Lebensweise ist hier das entscheidende vermittelnde Element. Die bewusste Entwicklung einer veränderten kulturellen Identität, die sich nicht in Abschottung auf der einen oder deklariertem Verzicht auf Eigenes auf der anderen Seite äußert, ist dabei ein wichtiges Moment.

Einstiegsprojekte zeichnen sich weiter dadurch aus, dass sie diese kulturschöpfende Seite mit den Traditionen des Widerständigen zu verbinden suchen. Widerstand nicht als Kampf um Privilegierung, sondern als Kampf um Neubestimmung des Solidarischen, Neubegründung des Gemeinschaftlichen im Gesellschaftlichen, gegen die Versuche der Verdrängung dieses Gemeinschaftlichen durch die Privatisierung des Gesellschaftlichen. Dies wäre zu verbinden mit einem eigenen Sicherheitskonzept auf lokaler und globaler Ebene. Zivilisierung von Innen- wie Außenpolitik, von Konfliktlösungen sollte übergreifendes Merkmal von Einstiegsprojekten sein.

5. Einstiegsprojekte sind Prozesse bewussten sozialen Lernens in Einheit von Veränderung und Selbstveränderung

Einstiegsprojekte schaffen vor allem Räume zum Lernen – nicht vorrangig im Sinne akademischer Veranstaltung oder Schaffung von Lerninstitutionen, sondern vor allem in der Integration von Handeln und Lernen in den Prozessen selbst. Lernen ist, und hier sei auf die von Rosa Luxemburg formulierten Ansprüche an politisches Handeln erinnert, ein wesentliches Moment der Selbstvergewisserung, der Präsenz des Zieles in den tagtäglichen Kämpfen. Dies ist unter den Bedingungen des heute üblichen Bildungsniveaus wie auch des akkumulierten sozialen Erfahrungswissens mehr denn je möglich und nötig. Vor diesem Hintergrund erhält der simple Sachverhalt, dass Menschen schon immer zuerst in ihrem Handeln lernten, sich in der Gesellschaft zu bewegen, und erst dann das bewusste Lernen aus Büchern und in institutionalisierten Räumen wirksam wurde, völlig neues Gewicht. Bezugspunkt ist somit nicht (mehr) vorrangig die Entwicklung einer Organisationsidentität im Sinne des alten Ansatzes von Politischer Bildung, sondern die Befähigung zur Entwicklung von sozialer und Organisationsidentität bei den einzelnen Menschen. Das Lernen, kulturelle Identität mit der Akzeptanz und Aufnahme kultureller Vielfalt (sodann der Aufnahme kultureller Vielfalt in eigene kulturelle Identität) zu verbinden, steht als übergreifender Prozess dahinter.

Dieser Perspektivenwechsel mag auf den ersten Blick unwesentlich erscheinen, zieht aber bei näherer Betrachtung weitreichende methodisch-didaktische und organisationspraktische Konsequenzen nach sich. Organisationen, die natürlich als Akteure von gesellschaftlicher Veränderung und auch von Einstiegsprojekten nötig bleiben, müssen sich selbst verändern, die Option ihrer Infragestellung und Selbstveränderung als reale Möglichkeit akzeptieren lernen. Lernprozesse müssen unter diesem Gesichtspunkt offen gestaltet werden, oft auch nicht mehr in institutionalisierten Räumen. Dabei müssen sich die Akteure gleichzeitig mit dem Problem auseinandersetzen, dass ein entscheidendes Merkmal von Einstiegsprojekten ihre Komplexität ist. Die Entwicklung von Sprache und Kategorien, wie auch die Entwicklung zur Fähigkeit im Umgang mit beidem bei Vermeidung der Versimplifizierung der Darstellung gesellschaftlicher Zusammenhänge, stellen durchaus eigene neue Anforderungen an die Konzipierung der Einstiegsprojekte selbst wie auch der in ihrem Rahmen ablaufenden Lernprozesse.

6. Einstiegsprojekte entstehen und entwickeln sich in deliberativen Prozessen

Der Luxemburgsche Ansatz zum Verhältnis von Ziel und Bewegung bzw. Ziel und Mittel (denn Bewegung ist immer aus der Sicht der sich bewegenden Mittel) schließt notwendig die Frage nach dem Charakter der mit einem politischen Projekt verbundenen Entscheidungsprozesse ein. Ist der Einstieg in »eine andere Welt« über tradierte Entscheidungsprozesse möglich? Können Einstiegsprojekte, wie sie bisher charakterisiert wurden, primär durch repräsentative und Mehrheitsentscheidungen konzipiert und realisiert werden?

Bereits die dargelegten Gedanken zum Charakter von Einstiegsprojekten als Projekte sozialen Lernens legen nahe, dass Organisationen sich auf andere Art und Weise zu sozialen Prozessen verhalten müssen, wenn es um die Formulierung von Einstiegsprojekten geht. Organisationen werden aber eben durch ihre Entscheidungsstrukturen geprägt. In Entscheidungsprozessen konzentriert sich politisches Profil und Kultur einer Bewegung. Eine Bewegung oder Organisation »ist«, wie in ihr entschieden wird. Veränderung von Organisationen bedeutet Veränderung der Art und Weise, wie Entscheidungen vorbereitet, getroffen und durchgesetzt werden. Unter dem Druck der durch die kapitalistischen Reproduktionserfordernisse geprägten Ausformung der »Ökonomie der Zeit« sind Repräsentation und Mehrheitsprinzip auch in den meisten alternativen Bewegungen beherrschendes Merkmal der Entscheidungsprozesse. Diese Sicht prägt oft auch das Verhältnis von Organisationen zu nicht oder anders Organisierten. Beide Prinzipien produzieren Hierarchien nicht nur bezüglich der Handlungsmöglichkeiten (etwa zwischen Repräsentanten und Repräsentierten), sondern auch Hierarchien des Wissens. In diesen Hierarchien reproduziert sich eine bestimmte Kultur, eine Form des Umgangs miteinander und mit anderen, die wiederum Organisationen für andere mehr oder weniger zugänglich macht. Wie aber will man vernetzen, wenn aus den gegebenen Organisationsstrukturen »Hierarchien des Wissens« produziert werden? Eine Selbstreflexion des Handelns innerhalb derartiger Organisationen ist sehr kompliziert, da diese eng mit Statusfragen verknüpft ist: Wer Fehler, Unkenntnis in bestimmten Fragen, Unsicherheit zugibt, stellt seine Position in einer Hierarchie in Frage. Das Denken in Szenarien – unerlässlich für zukunftsfähiges Handeln – wird dadurch erschwert. Diese allgemein bekannten Probleme von Organisationen erlauben ihnen schnelle Reaktion auf politische Entwicklungen, allerdings um den Preis der Verengung der in der politischen Praxis präsenten Interessen und meist auch unter Vernachlässigung der langfristigen Wirkungen.

Stellt man dies in Rechnung, muss offensichtlich für die Erarbeitung wie die Realisierung von Einstiegsprojekten ein anderer Weg der Entscheidungsfindung entwickelt werden. Einstiegsprojekte müssen

- a. durch deliberative Entscheidungsprozesse geprägt sein, durch Entscheidungsprozesse, die das Primat in direkter Beteiligung anstatt Repräsentation und in der Suche von Konsenslösungen anstatt rascher Mehrheitsentscheidungen setzen, und
- b. durch deliberative Wissensproduktion (als Fundament politischen Handelns) charakterisiert sein, traditionelle hierarchische Beziehungen zwischen ExpertInnen und Laien müssen durch andere Formen der Kooperation ersetzt werden.

Sie nehmen damit bewusst in Kauf, dass dies ein anderes Verständnis von »Ökonomie der Zeit« bedeutet.

Abschließendes

Nimmt man diese Kriterien zum Ausgangspunkt, so gibt es bisher wenige Projekte, die tatsächlich als Einstiegsprojekte zu charakterisieren wären. Eines dieser Projekte ist in jedem Fall der Beteiligungshaushalt in Porto Alegre (Brasilien). Die Art und Weise, in der hier Haushaltspolitik demokratisiert wurde, stellte tatsächlich ein völlig neues Verständnis des Politischen her, von dem keiner der Akteure nicht betroffen gewesen wäre. So ist es eben nicht verwunderlich, dass auch dieses Projekt aus dem linken Umfeld (und darum geht es hier) mit Misstrauen beobachtet wurde. Deutlich wurde auch, dass derartigen Projekte ein Moment der Eskalation in sich tragen. Es müssen immer wieder neue Räume für das Handeln der Massen, des Volkes, eröffnet werden, wenn man sie mit einem solchen Projekt gewonnen hat. Das Projekt zieht seine Legitimation im Laufe der Zeit zunehmend daraus, inwieweit es neue Räume für neue Projekte schafft und damit auftretende Grenzen, hier etwa die Haushaltspolitik auf der Ebene der Bundesstaaten oder der Zentralregierung, für politischen Einfluss »von unten« öffnet. Im erwähnten Falle Porto Alegre erfolgte dies einerseits durch einen Ausbau des Verfahrens bezüglich der strategischen Stadtentwicklung (binnenorientiert) wie auch durch die Übertragung des Modells des Beteiligungshaushaltes auf die Ebene des Bundesstaates Rio Grande do Sul.

Bezogen auf Deutschland ist zu sagen, dass bisher nicht gelungen ist, derartige Einstiegsprojekte zu initiieren. Wohl gibt es Ansätze – etwa in den Bürgerhaushaltsprojekten wie in Berlin-Lichtenberg, in Projekten Solidarischer Ökonomie oder auch in Rekommunalisierungsprojekten. Potenzielle Einstiegsprojekte finden bisher meist ihre Grenzen am tradierten Organisationsverständnis.

Bleibt damit das wichtige Fazit, dass Erfolge im politischen Handeln in der Tradition Luxemburgs vor allem eine Sache sind, die sich nicht in Forderungen an die Kontrahenten bezüglich der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erschöpfen darf. Es gilt, in gleichem Maße immer wieder das eigene Handeln und die eigene Organisationsweise (also das WIE) kritisch daraufhin zu betrachten, ob sich auch in ihnen, nicht nur in den vertretenen Ziele, emanzipatorische Ansprüche wiederfinden. Dies bedeutet freilich eine kritische Aufarbeitung aller bisherigen Organisationsvorstellungen linker Bewegungen. Die hier vorgestellten Überlegungen zum Charakter von Einstiegsprojekten verstehen sich als Beitrag für eine solche Diskussion und sollen Anregung für eine Diskussion um politische Strategien linker Bewegung bieten.



Georg Fülberth, Michael R. Krätke
Neun Fragen zum Kapitalismus

71 Seiten, Broschur, 6,90 Euro, ISBN 978-3-320-02102-3

Was ist eigentlich Kapitalismus? Wann hat der Kapitalismus angefangen – und wo? Der Profit und seine Vermehrung: woher und – wieviel? Rosa Luxemburg: Wie war ihre Auffassung vom Kapitalismus – und was bleibt? Was heißt »globaler« Kapitalismus? Geopolitik und Geoökonomie: Ist »Raum« das neue Schlüsselwort für den neuen Kapitalismus? Gibt es einen »neuen« Imperialismus? Was ist »neoliberaler« Kapitalismus? Wann endlich kommt der große Kladderadatsch und ist der Kapitalismus zu Ende? Auf solche Fragen zum Kapitalismus versuchen die bekannten Autoren Michael R. Krätke und Georg Fülberth Antworten zu finden und zum kritischen Weiterdenken anzuregen.

»Die Schafe, einst so sanft und genügsam, sind wild und raubgierig geworden, dass sie sogar Menschen fressen, Felder, Gehöfte und Dörfer verwüsten und entvölkern ...«

Thomas Morus, Utopia

AUTOREN

Georg Fülberth, geb. 1939, Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.

Publikationen (Auswahl): G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus (2005); Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsocialismus zur nationalen Restauration (2001); Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten (1994); Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen (1991).

Michael R. Krätke, geb. 1950, Prof. Dr., Politologe an der Universität Amsterdam, Mitherausgeber von spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Publikationen (Auswahl): Die Wiederentdeckung der Klassen (gemeinsam mit Veit-Michael Bader, Albert Benschop); Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit? (gemeinsam mit Thomas Blanke, Pierre Bourdieu); Kleine Geschichte der Weltwirtschaft; Mut zur konkreten Utopie (gemeinsam mit Joachim Beerhorst, Kerstin Jürgens).

Hessische Verhältnisse – oder vom Versuch des Schwanzes, mit dem Hund zu wackeln¹

Der Wahlausgang im Januar 2008 hat DIE LINKE. Hessen in eine Schlüsselposition im hessischen Landtag gebracht. Bei äußerst knappem Einzug (5,1 Prozent) in das Landesparlament sind die sechs Stimmen der LINKEN entscheidend für die mögliche Abwahl der im Land äußerst unbeliebten konservativen Koch-Regierung. Umso wichtiger ist es auszuloten, welche faktischen Veränderungen für einen Politikwechsel – im Gegensatz zu einem bloßen Regierungswechsel – durchsetzbar sind von einer mit Abstand kleinsten Fraktion in einer parlamentarischen Konstellation, in der es eine knappe Mehrheit (maximal zwei Stimmen, wegen des Abweichens einer Sozialdemokratin nur eine Stimme) links von den konservativen Fraktionen gibt.

Fraktion und Partei versuchen dies nach einem im Landesverband breit angelegten Diskussionsprozess in der Form einer Unterstützung einer rot-grünen Regierung, die aus eigener Kraft keine Mehrheit im Landtag hat und deswegen bei jeder Entscheidung auf die Stimmen der LINKEN-Abgeordneten angewiesen ist.

Die Unterstützung einer rot-grünen Regierung wird dabei an Bedingungen und Forderungen gebunden. Bedingungen sind, dass es keine weiteren Privatisierungen, keine Verschlechterungen beim Umweltschutz, keinen Sozial- oder Personalabbau geben wird. Ebenso wird klar gestellt, dass die LINKE eine Zustimmung der Hessischen Landesregierung im Bundesrat zu Kriegen, zum Sozialabbau oder zur Vermögensumverteilung zugunsten der Reichen nicht mittragen wird.

Darüber hinaus werden in einer »Erklärung der Partei und Landtagsfraktion DIE LINKE. Hessen zur Unterstützung einer Rot-Grünen Regierung« dreizehn zentrale Punkte eines Politikwechsels benannt, von denen wir nach Gesprächen mit SPD und Grünen davon ausgehen, dass die neue Regierung sie in ihr Regierungsprogramm aufnimmt und, soweit haushalterisch relevant, auch finanziell absichert. Insbesondere Letzteres ist zum Zeitpunkt einer heftigen Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus von besonderer Brisanz. Umso wichtiger wird jetzt und in Zukunft die Standhaftigkeit sein, keinen Sozial- oder Stellenabbau zuzulassen. Hierfür hat sich die LINKE nicht gegründet und wird einen solchen – auch volkswirtschaftlichen – Schwachsinn in Hessen nicht mittragen.

1 Dieser Beitrag wurde im Sommer 2008 vorbereitet. Im Herbst 2008 wurde deutlich, dass es für einen Regierungswechsel in Hessen bei Duldung durch die Partei DIE LINKE und auf der Basis des zwischen SPD und GRÜNEN ausgehandelten Koalitionsvertrags in der SPD-Landtagsfraktion von Hessen an der notwendigen Unterstützung fehlt.

Im Fokus der Projekte für einen Politikwechsel in Hessen stehen u. a.:

- Schaffung von 25.000 sozialversicherungspflichtigen und tariflich bezahlten Arbeitsplätzen durch Investitionen des Landes in die Bereiche Bildung, Umwelt und Soziales;
- neue Perspektiven auch für Langzeitarbeitslose durch eine bessere Förderung beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt;
- Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Stellen im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors;
- Entwicklung eines Anti-Armut-Programms, um auch wirtschaftlich schwachen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, und
- flächendeckendes Angebot und Förderung von längerem gemeinsamem Lernen bis zum 10. Schuljahr.

Die Überlegungen in Partei und Fraktion sind dabei auch, dass wir bei diesen richtigen Schritten in die richtige Richtung immer zeigen, dass es anders und vor allem viel, viel besser geht. Brangsch² hat dazu vorgeschlagen, den Charakter von *Einstiegsprojekten* an fünf Funktionen zu beurteilen:

1. Vermittlung zwischen Reform und Revolution einerseits sowie Protest und Gestaltung andererseits mit dem Ziel nachhaltiger Verschiebung von Machtverhältnissen und Neugruppierung/Neugewichtung von Akteuren in der Gesellschaft;
2. Ausrichtung auf Erfolg und Umgang mit Erfolg;
3. Vermittlung zwischen Lokalität, Regionalität und Globalität;
4. Vermittlung zwischen Ganzheitlichkeit von Lebensweise, kultureller und geschichtlicher Identität;
5. Prozesse bewussten sozialen Lernens in Einheit von Veränderung und Selbstveränderung.

An dieser Stelle will ich für die hessischen Projekte diese Funktionen (Vermittlung zwischen Protest und Gestaltung sowie Prozesse bewussten sozialen Lernens) an zwei Stellen etwas detaillierter betrachten. Inhaltlich ist insbesondere in dem Gleichklang von Sozialpolitik im Sinne von Antiarmutspolitik (Arbeit statt Armut sowie HessenCard für Transferleistungsbezieher) und Schulpolitik (mit der Zielsetzung Herstellung gleicher Bildungschancen und einer optimalen Förderung eines jeden Kindes) die Funktion der Aufnahme von Protest (z. B. Montagsdemos und Schulkampf) in die Gestaltung einerseits und damit weitergehender Unterstützung bzw. Auslösung von erneutem weitergehendem Protest andererseits berührt. Die mangelnden revolutionären Anteile sind dabei leider auch unter dem Eindruck der Stärke (oder doch besser: Schwäche) der (außerparlamentarischer) Bewegung zu bewerten. Ausgesprochene Zielsetzung ist auf jeden Fall die Stärkung sowohl der gewerkschaftlichen Bewegung als auch die Erleichterung (Ermöglichung) der

2 Siehe den Beitrag von Lutz Brangsch in diesem Buch.

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für wirtschaftlich Schwache. Damit fokussieren diese Projekte auf zwei (Haupt-) Zielgruppen linker Politik.

Insbesondere zielt die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Stellen im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors darauf ab, der Agenda 2010 auch durch landespolitische Aktivitäten die Spitze zu nehmen. Als erstes ist es selbstverständlich ein hohes Gut, wenn die ca. 15.000 hessischen Ein-Euro-Jobber wieder Arbeitsverhältnisse angeboten bekommen, von denen sie auch leben können. Darüber hinaus ist es aber wichtig, den politischen Druck auf ganze Betriebsbelegschaften zu minimieren, die angesichts der ganz realen Gefahr, innerhalb von 12 Monaten nach Verlust ihres Arbeitsplatzes unter die Armutsgrenze zu fallen, immer weiter geknebelt und geknechtet werden.

Problematischer ist die Umsetzung des Anspruchs auf bewusstes soziales Lernen und damit die Entwicklung unserer Partei als lernender Organisation. Und wie immer geht es dabei vor allem um den Gegensatz zwischen Basisdemokratie und Repräsentation – sowohl in Fraktion als auch Landesvorstand. Tendenziell gefährdet dabei der Anspruch auf (rasche) Handlungsfähigkeit die Transparenz und offene Diskussion. Zwei Hauptkonfliktebenen sind dabei von Bedeutung. Funktionäre und Mitglieder aus der Quellpartei PDS hatten sich (zu) lange darauf eingerichtet, dass ihre Entscheidungen und Positionierungen sowieso nur äußerst schwer (mediale) außerparteiliche Aufmerksamkeit erzielten. Von daher war es nicht so schwerwiegend, einen Beschluss auf die nächste Sitzung zu verschieben oder dort die Diskussion mit einem veränderten Ergebnis wieder aufzunehmen. Funktionäre und Mitglieder aus der Quellpartei WASG sind größtenteils auch aus Misstrauen gegenüber ihren früheren Parteifunktionären aus ihrer Ursprungspartei ausgetreten und übertragen diese Erfahrungen häufig auch auf die neue Partei DIE LINKE. Aus beiden Effekten erwächst ein enormer Informations- und Kommunikationsbedarf, der andererseits durch ehrenamtliche Mitglieder zeitlich nur eingeschränkt verwirklicht werden kann. Vollkommen verständlich ist, dass ehrenamtliche Funktionäre, zumal wenn sie berufstätig sind, an einer täglich oder im 48-Stunden-Rhythmus tagenden Verhandlungsgruppe nur eingeschränkt teilnehmen können – von den finanziellen Belastungen ständiger Reisetätigkeit zu Sitzungen ganz abgesehen. Diese objektiven Beschränkungen der gleichberechtigten Teilhabe aller am Entscheidungsfindungsprozess kann nur unvollständig durch verstärkte elektronische Kommunikation ausgeglichen werden – zumal in wirtschaftlich härter werdenden Zeiten ein Internetzugang tendenziell zum Luxusgut wird. Undenkbar für unseren Anspruch ist aber auch, die Teilhabe am Parteileben und den Parteientscheidungen vom Geldbeutel bzw. der Verfügbarkeit moderner Kommunikationstechnik abhängig zu machen.

Getreu der Maxime, dass in jedem Ding mehrere sich widerstreitende Tendenzen angelegt sind und es darauf ankommt, die befreienden Elemente jeweils zu stärken, sind Anspruch und Notwendigkeit des organisationalen Lernens unserer Partei entscheidend für die Entwicklung einer systemverändernden Alltagspolitik.

Parlamentarische Arbeit ersetzt keine Politik; diese mit allen (möglichst vielen) Mitgliedern gemeinsam zu entwickeln und parlamentarisch wie außerparlamentarisch umzusetzen bleibt Aufgabe – nicht nur unter hessischen Verhältnissen.

Sozialismus in der Mark

Politik und Politikverständnis der brandenburgischen LINKEN
in Land und Landtag

Über die Kunst der Politik ist viel gesagt und geschrieben worden. Vom »Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft« (Max Weber) bis zurück zum lapidaren Satz Ludwig IX: »Die ganze Kunst der Politik besteht darin, sich der Zeitumstände richtig zu bedienen.« Frigga Haug übersetzt und aktualisiert beides für die Linken, wenn sie die Kunst der Politik »in der Erstellung eines Orientierungsrahmens (sieht), der die fragmentierten Kämpfe in einen Zusammenhang bringt«.¹

Erstmals in der deutschen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es in diesem Land eine starke demokratische Linke, eine starke demokratische linke Partei. Im Bundestag ist sie seit 2005 so stark vertreten wie noch nie eine Kraft links der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Und im Landtag Brandenburg ist es bereits seit dem September 2004 so. Unsere Fraktion dort ist fast so stark wie die der SPD – beim Erststimmen-Ergebnis lag die damalige PDS sogar vor allen anderen Parteien.

Stärke ist vor allem eine Verpflichtung. In Brandenburg haben uns 2004 über 370.000 Menschen gewählt; 2005 zur Bundestagswahl waren es rund 420.000. 83 Prozent von ihnen wünschen sich, dass unsere Partei die Geschicke des Landes führt; über die Hälfte aller Brandenburgerinnen und Brandenburger setzt mittlerweile auf eine rot-rote Koalition, wenn es um die Zukunft ihrer Heimat geht.

In dem Buch, das den Anstoß zu dieser Konferenz gab, zieht Frigga Haug in Zweifel, ob linke Politik in (Landes-)Parlamenten sozialistische Politik sein kann. Sie schreibt: »Die Tagesaufgabe der Verbesserung der Lage der Arbeitenden ist selbst keine sozialistische Politik« – und sieht darin einen »Umstand, der für die mit der Tagespolitik beschäftigten sozialistischen Parlamentarier schwierig wird«. Das, was Leute wie ich treiben, ist für Frigga Haug (lediglich) »Mittel, Element, ja Notwendigkeit, um sich dem Ziel der gesellschaftlichen Umgestaltung in sozialistischer Perspektive zu nähern«.²

Natürlich wird keine Sozialistin, kein Sozialist in die Politik gehen, weil sie oder er nicht auf eine gesellschaftliche Umgestaltung in sozialistischer Perspektive hinwirken will. Aber in Zeiten und in politischen Aufgabenfeldern, wo der Sozialismus keine Tagesaufgabe ist (schon, weil es »Sozialismus in einem (Bundes-)Land«

1 Frigga Haug: Das verknüpfte Quartett. Utopie für Frauen, Utopie für alle. In: Freitag, Berlin, Nr. 15, 11. 4. 2008.

2 Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Hamburg 2007, S. 63.

nicht geben wird), haben die Menschen mehr Ansprüche an uns, als dass wir ihr Vertrauen und ihre Probleme als Mittel für unseren sozialistischen End-Zweck behandeln.

Ich sage: Sozialistische Politik misst sich auch daran, das Vertrauen und den Auftrag dieser Menschen an die sogenannte Tagespolitik zu rechtfertigen. Nur dann kann, nur dann wird die noch im Entstehen begriffene neue LINKE sich dauerhaft im Parteienspektrum verankern und tatsächlich wirksam für ihre Ziele eintreten können.

Allerdings – auch für eine Parlamentsfraktion gilt: Das ist mehr als parlamentarische Kritik und Kontrolle des Regierungshandelns – und Perspektiven werden auch nicht mit noch so klugen Anträgen eröffnet, deren Ablehnung im Parlament gewiss ist und die dann bloß für die nächste Legislaturperiode abgeheftet werden.

Die Dimension des gesellschaftlichen Auftrags an DIE LINKE ist klar zu erkennen – in den Wahlkämpfen der letzten Jahre, in den sich verändernden politischen Auseinandersetzungen, in den neuen Prioritäten der öffentlichen Debatten, den defensiven Reaktionen der politischen Konkurrenz und natürlich vor allem im direkten Kontakt, im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Zeiten, in denen »unpopuläre Forderungen« populär und ein Zeichen politischer Stärke waren, solange sie nur nicht mich, sondern Menschen außerhalb meines Gesichtskreises betrafen, sind vorüber. Soziale Gerechtigkeit und Verantwortung vor dem Gemeinwesen sind in das Zentrum der Debatten gerückt. Der Abbau sozialer Standards hat keine Konjunktur mehr – ihre Bewahrung und produktive Neudefinition sind das Anliegen von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern.

Diese Richtung politisch zu wahren und wirksam zur Geltung zu bringen – das ist die entscheidende Aufgabe der LINKEN.

Alle Veränderung beginnt mit dem Protest und dem anhaltenden Widerstand gegen das, was verändert werden soll und muss. Eine Partei, die verändern will, muss deswegen auch Teil des Protestes und des Widerstandes sein; sie darf ihn nicht nur von außen »begleiten« – und sie muss ihn konsequent und verantwortungsbewusst in die politische Sphäre übertragen. Wir haben das in Brandenburg im Herbst 2004 erlebt und getan – als wir in Verantwortung vor den Hartz-IV-Protesten nach reiflicher Prüfung die Sondierungsgespräche für eine rot-rote Regierung in Brandenburg abgebrochen haben, weil damals der Preis für ein Bündnis mit der SPD der Verrat am Protest gewesen wäre.

Den mehrheitlichen Anspruch der Wählerinnen und Wähler auf eine künftige Politik sozialer Gerechtigkeit politisch zu wahren und wirksam zur Geltung zu bringen – das ist aber auch mehr als Protest –; es verlangt die Fähigkeit, die Anliegen und Triebkräfte des Protestes in realisierbare politische Projekte umzusetzen. Das heißt: auch Regierungsverantwortung zu übernehmen, übernehmen zu wollen. Dies freilich muss man vorbereiten: politisch-inhaltlich und nicht minder politisch-mental – in den eigenen Reihen wie in der Gesellschaft insgesamt.

Das wiederum verlangt einer Partei, die Protest vertreten und Politik ändern will, mehr als reflexhafte Abgrenzung von den Koalitions- wie auch von den anderen Oppositionsparteien. Denn die unversöhnliche Ablehnung einer politischen Partei ist immer auch eine brüske Zurückweisung ihrer Wählerinnen und Wähler. Doch insbesondere zwischen den Wählerinnen und Wählern von SPD und DIE LINKE ist die Fremdheit bei weitem nicht so groß, wie man vermuten mag. Für beide Gruppen hat soziale Gerechtigkeit klar Vorrang und Arbeitsmarktpolitik ein hohes Gewicht.³ Beide Parteien sind überdurchschnittlich stark bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie den Gewerkschaftsmitgliedern; zugleich hat die Linkspartei ihre Hochburgen dort, wo auch die SPD stark ist.⁴

Worum also geht es? Wenn wir Brandenburg verändern wollen, das war unsere Schlussfolgerung nach den Landtagswahlen 2004, dann müssen wir inhaltlich stark und vom Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung getragen sein. Wir haben uns daran gemacht, ein Leitbild für die Zukunft unseres Landes, für ein soziales und solidarisches Brandenburg zu entwerfen. Und wir haben dieses Leitbild fast ein Jahr lang in einem landesweiten öffentlichen Dialog diskutiert und verbessert. Und wir haben uns dabei mit jenem Leitbild auseinandergesetzt, das die rosa-schwarze Landesregierung ohne Dialog verordnen wollte: auf die Metropole Berlin fixiert und ohne überzeugende Alternativen für die strukturschwächeren Regionen, die jetzt zu Recht fürchten, abgehängt zu werden.

Landtagsabgeordnete und kommunale Verantwortungsträger, Wissenschaftler aus den uns begleitenden Instituten und andere Experten, Parteimitglieder und engagierte Bürgerinnen und Bürger trafen zusammen und diskutierten; regionale, organisatorische und manchmal auch ideologische Grenzen wurden überwunden. Eine neue politische Kultur wurde erkennbar; linke Programmatik und realistische, finanzierbare Politik fanden zusammen – vielleicht ein Ansatz für einen neuen Brandenburger Weg.

Es geht uns um ein solidarisches Brandenburg, das regional vielfältig, zukunftsorientiert und europäisch ist. Ein Brandenburg, in dem die gerechte Teilhabe aller in allen Teilen des Landes, ob in Perleberg oder Potsdam, in Glambeck oder Cottbus, gesichert ist und nicht unter dem Banner von Effizienz, Metropole und Benchmarking beständig ausgehöhlt wird. Vor allem setzt dieses Leitbild auf die Menschen in diesem Lande, die immer wieder unter Beweis gestellt haben, dass sie unter schwierigen Bedingungen Großes für »Unsere Heimat« leisten.

In der Debatte haben wir eine Menge gelernt. Wir sind überall im Land gewesen – und haben einerseits gespürt, wie unterschiedlich sich die Regionen entwickeln, wie weit die Schere auseinandergeht. Die einen schlagen sich mit z. B. mit der Frage herum, wie sie ihre Schulstandorte erhalten, wie man die weniger werdenden Kinder angemessen versorgt und ihnen immer längere Schulwege erspart.

3 Infratest dimap; Vgl. <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid246/index.shtml>.

4 Infratest dimap; Vgl. <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid246/index.shtml>.

Bei den anderen platzen die Schulen aus allen Nähten – vor Jahren geschlossene Gebäude müssen wieder nutzbar gemacht, neue Schulen gebaut, oder endlich ein vernünftiges Miteinander auch in dieser Frage mit Berlin gefunden werden.

Andererseits sind wir überall auf heimatverbundene, engagierte Menschen gestoßen – auf Menschen, die etwas für ihre Regionen tun, sie nicht verlassen und sie auch für andere (wieder) attraktiv machen wollen. Viel zu oft aber sind ihnen die Hände gebunden. Nicht nur durch ihre persönliche Lebenssituation, weil sie etwa als Hartz-IV-Empfänger oder Berufspendler mit weiten Arbeitswegen viel zu wenig Kraft haben, sich so einzubringen, wie sie eigentlich gern möchten. Nein, wir haben auch festgestellt, dass die Regionen selbst viel zu wenig Kompetenzen und auch Mittel haben, um ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und auch einmal neue, besonders für sie zugeschnittene Wege zu gehen – seien es die jetzigen Landkreise, größere traditionelle Kulturlandschaften, Nachbarstädte und ihr Umland oder sich auf Grund von neuen gemeinsamen Interessenlagen – etwa den Zuzug aus Berlin oder spezifische Wirtschafts- und Lebensbedingungen wie etwa im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen *Berlin Brandenburg International* (BBI) – neu sich findende und definierende Regionen. Und fast überall wurde – über die eben sehr unterschiedlichen Entwicklungstendenzen hinweg – deutlich: Potsdam, die derzeitige Landespolitik, lässt zu wenig Raum, zu wenig Luft zum Atmen.

Wir wollen das ändern und haben dafür Überlegungen vorgestellt, Vorschläge gemacht. Damit verband sich für uns eine nächste Erfahrung: Zwar wird sehr wohl auf Veränderungen gedrängt, gehofft und gewartet – wenn es denn aber konkret wird, schlagen sehr schnell die bisherigen Erfahrungen durch. Und die besagen: Veränderungen, die von der Landespolitik kommen, sind in der Regel Verschlechterungen. Und Verschlechterungen will niemand mehr, kann auch niemand mehr hinnehmen.

Als Schlüsselfrage stellte sich heraus: Der Staat darf sich nicht weiter aus der Fläche zurückziehen, die öffentliche Daseinsvorsorge muss sozial verantwortungsbewusst modernisiert und reorganisiert werden. »Kontrollierte Verwilderung« oder eine politisch (etwa durch »Wegzugsprämien«) auch noch forcierte Abwanderung – das kommt für uns nicht in Frage. Nein, unser Hauptkriterium für die öffentliche Daseinsvorsorge ist der gleich-berechtigte und kostengünstige Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen, die in hoher Qualität flächendeckend, verlässlich und dauerhaft vorzuhalten sind. Wie das im Einzelnen aussieht, wird sich im hoch verdichteten Berliner Speckgürtel von dünn besiedelten, weitläufigen Regionen unterscheiden. Deswegen sagen wir: Unterschiedliche Regionen brauchen maßgeschneiderte Konzepte, die auf die jeweiligen örtlichen Bedingungen abgestimmt sind. Und solche Konzepte entstehen eben am Besten in den Regionen selbst. Aber den Regionen, den engagierten Bürgerinnen und Bürgern dort mehr Kompetenzen zu überlassen ist etwas ganz anderes, als sie allein zu lassen.

Immer wieder wurde klar: Nötig ist ein integrativer, ressortübergreifender Politikansatz. Nötig ist die Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, ländlicher Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik – nur so sind die vorhandenen Möglichkeiten maximal im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen und auch Standortvoraussetzungen wie die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu sichern.

Linke Landespolitik ist natürlich auch in Brandenburg mehr als ein Kolleg über Zukunftskonzepte, mehr als ein Werben um öffentliche Unterstützung dafür, mehr als Kritik der Regierung.

Wer Mehrheiten für eine sozialere Politik zur Geltung bringen will, kann und muss das jetzt tun – und alle demokratischen Möglichkeiten dafür ausschöpfen. Wir wissen und wir wussten – nicht zuletzt bestätigt durch eine große, auch teure und präzise vorbereitete Umfrage im Land, dass es solche Mehrheiten für zentrale soziale Forderungen der LINKEN gibt, wie:

- Sozialticket,
- kostenfreie Schülerbeförderung,
- kostenloses Mittagessen in Kitas und Grundschulen,
- längeres gemeinsames Lernen in den Schulen,
- solidarische Erneuerung der Öffentlichen Daseinsvorsorge, auch in den schwächeren Regionen des Landes und
- Energiewechsel – hin zu nachhaltiger Erzeugung.

Ich will ein paar Sätze zum Sozialticket sagen. Anfang Januar 2008 hatten wir im Landtag für das Sozialticket gekämpft. 32.000 Menschen im Land hatten sich zuvor der Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets angeschlossen. Aus guten Gründen... 76 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger halten es für wichtig. Doch die Mehrheit des Parlaments lehnte es ab. Billige Fahrscheine – das war wohl kein wichtiges Thema; man meinte, sich die Ablehnung leisten und den Widerstand aussitzen zu können.

Aber beim Sozialticket geht es um mehr als um billige Fahrscheine. Hier stand und steht der überwiegende Teil der Bevölkerung für ein Anliegen, das zwar irgendwie alle finanzieren, das aber nur einem kleineren Teil – etwa 275.000 Menschen – zugute kommt. Das zeigt, wie stark das Solidarische in Brandenburg verankert ist. Dabei geht es nicht um Almosen, sondern um Chancengleichheit: alle sollen – unabhängig von ihrer aktuellen sozialen Lage – sich bewegen können, teilhaben und teilnehmen können, eingebunden bleiben. Es geht eben gerade nicht um Ruhigstellung, sondern um die materielle Basis eines selbstbestimmten Lebens – und um Maßstäbe und Werte für alle, die in Bedrängnis geraten sind oder geraten könnten. Weil es um viel ging, brach die Volksinitiative auch nicht zusammen – sondern es ging nach der Ablehnung im Landtag erst richtig los.

Auch wir, als Teil der Volksinitiative, standen auf unserem Landesparteitag im Januar 2008 vor der Frage: Natürlich könnten wir klagen: Alles abgeschmettert –

mit der Macht der Mehrheit im Parlament. Aber: Wie weit trägt diese Macht? Und wir sagten uns: Auch die Bürgerinnen und Bürger haben doch noch ein Machtinstrument in der Hand – das Volksbegehren. Und wir hatten eine *Mehrheit* im Land hinter uns.

Also sagten wir uns: Packen wir es an – wir, die Partei DIE LINKE. Wir von der Volksinitiative. Aber vor allem: Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger, die wir ein besseres, ein sozialeres, ein solidarisches Brandenburg wollen. Ähnliches deutete sich mit einer weiteren Volksinitiative an – in diesem Fall für einen kostenfreien Schülertransport im Land.

Ende Februar hielt der SPD-Landesverband eine Sozialklausur ab – und revidierte seine Linie in beiden Fällen. Eine Partei, die sehe, was die Menschen wollen, und sich dem anhaltend verweigere, werde dogmatisch, erklärte Ministerpräsident Platzek dazu. Sein Koalitionspartner, die CDU, neigte freilich zu einem solchen Dogmatismus, und so wurde aus dem Sozialpaket der SPD am Ende nur ein »Sozialpäckchen«. Aber das Sozialticket – das gibt es seit Mai. Und die kostenlose Schülerbeförderung – sie ist wieder möglich geworden. Rechtlich – das Finanzielle sieht in den Kreisen jeweils anders aus; da geht der Kampf noch weiter.

Das alles ist auch »Tagespolitik« oder »Realpolitik«. Sie hat Menschen geholfen. Sie hat den solidarischen Geist im Land bewusst gemacht – und wirksam. Und sie hat noch etwas gezeigt: Das in der Landesverfassung vorgesehene dreistufige Verfahren der Volksgesetzgebung hat es ermöglicht, den mehrheitlichen Willen durchzusetzen – auch wenn sich die parlamentarische Mehrheit dem zunächst und gegen den Willen meiner Fraktion widersetzt hatte. Doch am Ende wurde deutlich, welches Potenzial die Demokratie auch in einem Land wie Brandenburg hat und dass es sich für jeden lohnt, sich einzubringen, sich zu engagieren und darauf zu vertrauen, dass sich das auch lohnt. Das ist ein guter Befund, den alle achten und gemeinsam vertreten sollten.

Ein neuer Politikansatz in Hamburg

Im Februar 2009 ist DIE LINKE auch in Hamburg in den hiesigen Landtag, die Bürgerschaft, mit einer Fraktion eingezogen. Wir sind mit acht Abgeordneten nicht nur eine kleine Fraktion, auf die in diesem Feierabendparlament entsprechend viel Arbeit wartet, sondern auch ein ziemlich bunter Haufen, ehemalige Sozialdemokraten, ehemalige Grüne/Regenbogen, Menschen aus Gewerkschaften, aus Ein-Punkt-Bewegungen und schließlich natürlich auch solche mit z. T. jahrzehntelangen Erfahrungen aus den verschiedenen Strömungen der (alten und neuen) westdeutschen Linken.

Zugleich sind wir, wie DIE LINKE überhaupt und in gewisser Weise in besonderem Maße im Westen, mit ungekannt großen und sehr verschiedenen Erwartungen konfrontiert: Erwartungen aus den Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen, ihre Anliegen nicht nur aufzugreifen, sondern diesen zur Geltung zu verhelfen; Erwartungen zweitens in Richtung Fundamentalopposition, verbunden oft mit erheblicher Skepsis; Erwartungen schließlich, die sich in den Wahlerfolgen und seither in wachsenden Umfragewerten der LINKEN bei gleichzeitigen z. T. dramatischen Verlusten der SPD niederschlagen, d. h. allgemein gesprochen Erwartungen, den Sozialstaat zu verteidigen, was immer das im Einzelnen heißt. Zu bedenken ist dabei, dass wir als Personen – und das wird in Hessen, Niedersachsen, Bremen kaum anders sein – auf unterschiedliche Weise mit den unterschiedlichen, teilweise sogar konträr erscheinenden Erwartungen lebensgeschichtlich verbunden sind, was kleine Fraktionen wirklich strapazieren kann, wenn das nicht ständig im Hintergrund mitbedacht wird.

Die Gefahren sind naheliegend. Die Frage steht, ob und wie wir es schaffen, den Weg zu finden zwischen der Skylla einer auf der Stelle tretenden Realpolitik ohne Anspruch auf Umwälzung, einer Realpolitik, die vor allem das Feld beackert, das die Sozialdemokraten oder auch Grünen haben liegen lassen, und der Charybdis einer Fundamentalopposition, die die Systemfrage stellt und sich dabei um die realen Bedingungen und um real erreichbare Verbesserungen wenig schert. Es geht, um auf den Titel dieser Tagung zu kommen, um die Entfaltung radikaler Realpolitik. Aber was heißt das?

Ich will hier einige eher allgemeine Überlegungen anstellen. Ich komme aus einer Tradition, die mit den Begriffen der Utopie oder auch der Vision, die für viele Linke sehr wichtig sind, immer erhebliche Probleme hatte. Unbestritten ermöglicht der Entwurf von Utopien bzw. Visionen, ermöglicht der alternative Weltentwurf die Kritik der real existierenden Welt; er delegitimiert sie. Das war

immer seine unbestritten wichtige Funktion. Ein Problem entsteht dabei jedoch für die eigene Politik. Sie beansprucht ihre Legitimation durch die Schau einer Idee, die eben nicht alle schauen, wie Platons Höhlengleichnis¹ klassisch ausführt, und sie beinhaltet damit einen kaum hinterfragbaren Führungs- und Herrschaftsanspruch. Ganz abgesehen davon, dass die Götter dazu neigen, uns Menschen auch mal einen »täuschenden Traum«² zu schicken, die uns Möglichkeiten suggerieren, deren Verfolgung zum Scheitern führt.

Die reale Entwicklung gibt aber Anlass, diese grundlegend kritische Position gegenüber Utopien zu überdenken, oder aus anderer Sicht: ihre Bedeutung neu zu definieren. Denn Einiges hat sich erheblich geändert.

Zum einen hat der Verlust von Gewissheiten in Folge des Zusammenbruchs des realen Sozialismus dem hergebrachten Führungs- und Herrschaftsanspruch sozialistisch/kommunistischer Parteien einen herben Schlag versetzt. Ich meine damit erstens und insbesondere den Verlust der Gewissheit, dass sich alle Entwicklung hin auf ein Ziel bewegt. In der Linken hatte diese Vorstellung die Form angenommen, dass Geschichte letztlich als Entfaltung des Fortschritts zu verstehen ist. Insofern hatte sie sich für die Zukunft auf der »sicheren Seite« gesehen und höchstens noch vor dem Rückfall in die »Barbarei« gewarnt.

Die zweite Gewissheit, von der man sich verabschieden musste, war die Idee der Machbarkeit der Welt, das heißt die Idee, man könne die sozialen Verhältnisse sozusagen planmäßig gestalten und die menschlichen Handlungsfolgen kontrollieren. Diese Idee, dass der Mensch sein Schicksal bestimmt und die Welt nach seinen Vorstellungen gestaltet, hatte sich spätestens seit der Französischen Revolution entwickelt, vor allem in der linken, auf die Veränderung der Gesellschaft zielenden Kritik, und sie war Allgemeingut von Saint-Simon über Marx bis zu Keynes. Übrigens hatte in Bezug auf die Kontrolle menschlicher Handlungsfolgen schon Kant in seiner Schrift »Streit der Fakultäten« gewarnt: »... wir haben es mit frei handelnden Wesen zu tun, denen sich zwar vorher diktieren lässt, was sie tun sollen, aber nicht vorhersagen, was sie tun werden ...«³ Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat dieser Vorstellung der planmäßigen Gestaltung der sozialen Verhältnisse den wohl entscheidenden Stoß versetzt. Auf dem Weg der Überführung der großen Industrie in staatliches Eigentum und der Planwirtschaft war die planmäßige Entwicklung der Wirtschaftsprozesse letztlich eben nicht gelungen. Dieses System hatte seine eigenen, nicht erwarteten und nicht geplanten Krisen hervorgebracht, denen die realsozialistische Gesellschaft, fassungslos und empört, letztlich ausgeliefert war. Diese Erfahrungen sind aus sozialistischer Theorie und Praxis nicht mehr wegzudenken.

Angesichts des Verlusts dieser Gewissheiten bekommen utopische Vorstellungen eine andere politische Bedeutung. Sie eignen sich nicht mehr so richtig

1 Platon: Politeia, 7. Buch.

2 Homer, Ilias, 2. Gesang.

3 Immanuel Kant: Der Streit der Fakultäten. Hrsg. von Steffen Dietzsch. Leipzig 1992, S. 82.

dazu, die eigene, oft problematische politische Praxis zu legitimieren, und das ist gut so, weil es anderer, demokratischerer Legitimation bedarf. Andererseits wird es dadurch leichter, scheint mir, die emanzipatorischen Aspekte utopischer Vorstellungen zu entfalten, und zwar im Sinne der Transformation realer Verhältnisse.

Zum anderen: »Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist«, diese von Victor Hugo stammende moderne Variante des neutestamentlichen Spruchs vom Wort, das Fleisch wurde,⁴ spielte in der Gründungsphase der LINKEN und im Bundestagswahlkampf bekanntlich eine größere Rolle. Vielleicht lässt sich, bei aller Vorsicht, tatsächlich die Behauptung wagen, dass die Wahlerfolge seit 2005 und die anhaltend positive Entwicklung der Umfrageergebnisse für die LINKE einen solchen Fall einer Idee, deren Zeit gekommen ist, darstellen.

Kehrseite dieser Entwicklung ist der Zerfall der alten Sozialdemokratie – in gewisser Weise sind auch die Grünen von diesem Phänomen des Zerfalls betroffen: Von den alten Grünen und ihrem ökologischen, pazifistischen und bürgerrechtlichen Grundkonsens ist infolge etlicher Häutungen nicht mehr sehr viel übriggeblieben.

Der Zerfall großer Organisationen geht immer auch, und wahrscheinlich wesentlich, auf massenhaften Zerfall und Umwälzung von Lebensplanungen der Individuen zurück.

Bevor ich darauf eingehe, möchte ich noch einmal kurz auf die Frage der Machbarkeit der Welt zurückkommen. Wenn die Welt nicht planmäßig gestaltet werden kann, was vermag dann Politik? Was vermag dann vor allem auf Transformation zielende Politik? Hier ist der Begriff der radikalen Realpolitik hilfreich, deren erste Forderung ja ist, dass sie die Realität begreift und an ihr ansetzt. Und eine ganz zentrale Bedingung der Realität ist die stumme Macht der gesellschaftlichen Institutionen, auch und gerade der öffentlichen Güter und Leistungen, von denen der moderne Mensch heute abhängig ist wie nie zuvor.

Ich möchte das Problem mit einem dem Systemtheoretiker Helmut Willke entliehenen Bild so umreißen: »Hat die Spinne erst einmal, nach welchen Regeln auch immer, ihr Netz aufgespannt, dann definiert das Netz ihre Welt und ihren Aktionsraum.«⁵ Oder, wie es sprichwörtlich heißt: Der Mensch baut das Haus, das Haus baut den Menschen.

Die Familie z. B., das soziale Milieu, die Gesellschaft mit ihren Institutionen und kulturellen Praktiken errichten früh im Leben einer jeden Person eine Art, man kann fast schon sagen, unverfügbarer Zwänge, die sie prägen. Das gilt auf andere Weise als in früheren Gesellschaften, in denen die Geburt die Stellung und die Lebensweise des Menschen bis ins Einzelne festlegte und bestimmte. Heute üben die gesellschaftlichen Institutionen und Praktiken ihre strukturierende Macht auf weniger offensichtliche, gleichwohl wirkungsvolle Weise aus, wie sich am

4 Johannes 1, 14.

5 Helmut Willke: Systemtheorie II. Interventionstheorie, Einführung in die Theorie der Intervention in komplexe Sozialsysteme. Stuttgart 1994, S. 157.

Beispiel des Bildungswesens zeigen lässt. Anders als früher schließt es niemanden mehr qua sozialer Herkunft aus, aber es trifft mit seinen spezifischen Ausschlussmechanismen mit brutaler Härte eine soziale Auslese, die der Einzelne als geradezu schicksalhaft erfährt.

Die gesellschaftlichen Institutionen und Praktiken sind Ergebnis gesellschaftlicher Praxis und sie strukturieren gesellschaftliche Praxis.

Wie aber ist dieser Zirkel zu durchbrechen? Wie kann, anders gesprochen, die Spinne die Regeln verändern, nach denen sie das Netz baut, das ihren Aktionsradius bestimmt?

Lebensplanung, um wieder oben anzuschließen, taucht erst in der modernen Gesellschaft als allgemeines Phänomen auf. Sie stellt sich dar als Folge von Wahlentscheidungen des Individuums auf der Grundlage institutioneller »Vorgaben«, also als relative, durch die gesellschaftlichen Institutionen gesteuerte Freiheit.⁶ Wichtiges Element ist z. B. die freie Wahl des Partners, eine kulturelle Praxis, die noch einmal deutlich jünger ist als die auch nicht besonders alte Institution der bürgerlichen Ehe. Ein anderes die Ausgestaltung des Bildungsweges durch eigene Entscheidungen – dabei gesteuert durch das Bildungssystem –, die mit der Freiheit der Berufswahl zusammenhängt.

Bereits im engen Horizont der Lebensplanung finden sich Begriffe und Probleme wieder, um die es bei der politischen Willensbildung geht. Lebensplanung enthält politische Urteile. Sie setzt Stabilität oder Änderung von Institutionen voraus, sie will mithin auch etwas Politisches.

Eine Lebensplanung, die auf Änderung von Institutionen setzt, nimmt solche Änderungen bis zu einem gewissen Grad vorweg. Es kommt zu einer Spannung zwischen dem Leben und den Institutionen. So war es in der Zeit der Veränderungen in den Sechzigern, einer Zeit, in der in der BRD die bis dahin nahezu unüberwindbar scheinende christlich-konservative Mehrheit gebrochen wurde. Eine Bedingung war die Erschütterung der Institution Familie, die ihre Funktion als Produktionsgenossenschaft verlor und die Lebensplanung der Individuen auf hergebrachte Weise nicht mehr steuern konnte. Gleichzeitig gab es einen enormen Schub bei der Erwerbstätigkeit von Frauen außerhalb von Kleingewerbe und Landwirtschaft. Diese – und weitere – Veränderungen schlugen sich in der Lebenspraxis und Lebensplanung massenhaft nieder. Die Auffassung: So nicht, so nicht weiter! ergriff große Teile der Gesellschaft weit über die rebellierende Jugend hinaus und führte zu gravierenden Änderungen in Partnerschaft, Ehe und Familie. Diese wiederum führten einige Zeit später, 1976, u. a. schließlich zu einer Liberalisierung der Ehe- bzw. Scheidungsgesetzgebung.

Bemerkt werden soll in diesem Zusammenhang, dass die Familie gegenwärtig einen weiteren Funktionsverlust erfährt, nämlich bei der Bildung des Nachwuch-

6 Diesem Widerspruch ging schon Durkheim nach: »Wie geht es zu, dass das Individuum, obgleich es immer autonomer wird, immer mehr von der Gesellschaft abhängt?« Emile Durkheim: Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt 1999, S. 83.

ses. Ohne das hier im Einzelnen auszuführen, lässt sich doch festhalten, dass die Familie auch in der »ersten Periode der Erziehung« (Schleiermacher) das zu vermittelnde Nützliche nicht mehr bzw. nur noch unzureichend vermitteln kann. Das wirft die Frage auf, wie und durch welche Reformen das Bildungswesen an Funktion gewinnt, was die Familie verliert, und darum geht in der Tat eine der wichtigsten politischen Debatten in der gegenwärtigen Zeit. Die politischen Richtungen unterscheiden sich nicht dadurch, ob sie diese Debatte führen oder nicht, sondern darin, wie sie sie führen, welche Wege sie vorschlagen.

In der gegenwärtigen politischen und sozialen Situation kommt allerdings, im Unterschied zu den 1960er Jahren, mehr zum Tragen, dass der Lebensplanung, dem geplanten Leben massenhaft der institutionelle Rückhalt entzogen wird, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Individuen als zeitlich-endliche ihre Planung nicht mehr umstellen können. Daraus ergibt sich ein Streben nach Erhalt bzw. Restitution der alten institutionellen Bedingungen. Das ist ein großer Unterschied zu Forderungen, die sich aus Änderungen des Lebensstils ergeben, und das schlägt sich auch u. a. in unseren Wahlergebnissen nieder. So ist, wie die Hamburger Wahlanalyse ergab, unser durchschnittlicher Wähler über 45 Jahre alt, erwerbslos und männlich. Junge Wählerinnen und Wähler sind ebenso unterrepräsentiert wie junge Mitglieder in der Alterszusammensetzung der Partei.

Das weist auf eine tiefe Generationenspaltung – und auf eine große Herausforderung für die Entwicklung linker Programmatik und Politik.

Die politische Bedeutung von Utopie im individuellen Leben liegt darin, dass die Person ihr Leben, das als soziales Leben Akkumulationsprozess im Sinne Bourdieus ist, mit Blick auf Änderungen ausrichtet, die in der Luft liegen, wie ich es für die 1960er Jahre kurz und an einem Beispiel angedeutet habe. Solche Änderungen liegen in der Luft, weil viele Individuen so handeln und dadurch eine latente Kraft schaffen, die sich, ist erst einmal eine kritische Größe erreicht, Bahn bricht.

Ich glaube, dass es diese Diskrepanz zwischen dem gelebten Leben und den bereitstehenden Institutionen ist, die den Steuerungsanspruch der Institutionen und diese selbst delegitimiert. Sie führt unvermeidlich zu Widerspruch und Widerstand, die das Vorgegebene in Frage stellen und auf Änderung der »Regeln« drängen.

Hier setzen politische Kritik und sozialistische Politik an. Politische Kritik kann diese Differenz zwischen dem gelebten Leben und den bereitstehenden Institutionen auffassen und deren Defekte konkret bestimmen. Dazu muss diese Kritik »real« sein, d. h. die Gegebenheiten – gemeint im strengen Sinn – auffassen. Nur dann kann sie den ihr Leben planenden Individuen etwas liefern, was diese allein nicht so ohne weiteres sehen können: Anhaltspunkte für einen Plan zum Umbau oder zur Neugestaltung der Institutionen, mit denen sie praktisch nicht mehr übereinstimmen.

Hier ist ein weites Feld für linke Politik in den Kommunen und Bundesländern, vor allem in der Kritik, der Um- und Ausgestaltung der öffentlichen Güter, der so-

zialen Infrastruktur, von der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung bis zum Gesundheits- oder Bildungswesen.

Radikal ist eine damit befasste Realpolitik in zweierlei Hinsicht:

Erstens, wenn sie die Sache an der Wurzel fasst. »Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.«⁷ Anders gesprochen: Wenn sie den Menschen als freie Person begreift, als sich selbst beglaubigende Quelle gültiger Ansprüche.⁸ Wenn sie diese Quelle anzapft und zum Ausgangspunkt ihrer analytischen Anstrengungen nimmt. Diese Anstrengungen müssen wir so weit treiben, dass die Resultate den politischen Subjekten vorgelegt und von ihnen aufgegriffen werden können.

Zweitens wenn sie das Problem anpackt, dass die Änderung von Institutionen erfordern und zugleich dazu führen kann, die Grundstruktur der Gesellschaft⁹ zu verändern. Nicht im Sinne von Umsturztheorien, d. h. von Vorstellungen, die »Verhältnisse in die Luft zu sprengen«. Vielmehr geht es um gezielten Kampf, präzise geführte Schläge gegen exakt bestimmte Ungerechtigkeit, Entrechtung und Entwürdigung.

7 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW, Bd. 1, S. 385.

8 John Rawls: Gerechtigkeit als Fairness. Ein Neuentwurf. Frankfurt am Main 2003, S. 50.

9 Die »Grundstruktur der Gesellschaft« verstehe ich nicht im Sinne der »ökonomischen Basis«, sondern im Sinne von John Rawls, als »die Art und Weise, in der sich die wichtigsten politischen und sozialen Institutionen in ein System der Kooperation einfügen, sowie die Art und Weise, in der sie die grundlegenden Rechte und Pflichten zuordnen und die Aufteilung der im Laufe der Zeit aus der sozialen Zusammenarbeit hervorgehenden Vorteile regeln.« (Ebenda, S. 31 f.)

Was ist und was kann »radikale Realpolitik« heute?

Eine Diskussion über die Erfahrungen und Möglichkeiten einer »revolutionären Realpolitik« oder »radikalen Realpolitik« unter den Bedingungen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert führt einmal mehr auf eines der grundlegenden Probleme linker Parteipolitik – insbesondere derjenigen, die in parlamentarischer Verantwortung und erst recht in Regierungskoalitionen stattfindet. Denn nimmt man Rosa Luxemburgs Unterscheidung einer »revolutionären Realpolitik« von einer bürgerlichen Politik ebenso wie von einem »revolutionär-sozialistischen Utopismus« zum Ausgangspunkt, so geht es zunächst um die Einsicht in die – beziehungsweise die Erkenntnis der – realen Verhältnisse und ihrer Bewegungsformen, der Bestimmung der eigenen Rolle und Stellung innerhalb dieser Verhältnisse und um die Reflektion des eigenen politischen Tuns, seiner Wirkungen und Folgen. Rosa hat das in der ihr eigenen Knappheit so ausgedrückt: »Mit dem Ariadnefaden der Marxschen Lehre in der Hand ist die Arbeiterpartei heute die einzige, die vom historischen Standpunkt weiß, was sie tut, und deshalb tut, was sie will.«¹ Fehlt uns heute auch die Sicherheit historischer Determinismen, so ist und bleibt an Rosa dieser Aspekt faszinierend aktuell: dass linke »radikale Politik« kein beliebiges Schaukeln zwischen den vorhandenen Interessen und Triebkräften ist ohne jeden Bezug zum gesellschaftsverändernden Anspruch, sondern ein insoweit bewusstes Handeln im Wissen um die eigenen Möglichkeiten, Grenzen und Widersprüche konkreter Situationen.

Eine solche kritische Reflexion des eigenen politischen Tuns setzt neben einem Grundbestand theoretischen Instrumentariums² aber auch die Gelegenheiten dazu voraus. Diese Gelegenheiten sind vor dem Hintergrund der Anforderungen des politischen Alltagsgeschäftes, denen man als Parteifunktionär und Parlamentarier unterliegt, rar gesät. Zumal wenn eine Einladung wie die zu unserem heutigen Workshop mitten in die politische Saison platzt. Deshalb möchte ich gleich eingangs um Nachsicht dafür bitten, dass so mancher Gedanke, den ich hier heute darlege, der hohen Messlatte analytischen Herangehens, die Rosa uns vorgibt, nicht in vollem Umfang genügen wird. Auch ist, mit Rücksicht auf Zeitpläne und die Möglich-

1 Rosa Luxemburg: Karl Marx. In: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Bd.1/2, S. 369, 371 (Kursivsetzung im Original).

2 Dieser Aspekt wird im Weiteren nur am Rande gestreift. Es muss gewiss in Zweifel gezogen werden, dass es in Hinblick auf die moderne Annäherung an die Analyse unserer Gesellschaft einen *common sense* im linken theoretischen Diskurs gäbe. Das Defizit ist erklärbar. Nicht erklärbar ist angesichts des Defizits die vergleichsweise geringe Breite einer offenen Diskussion ohne Vorfestlegungen bzw. ohne Tabubereiche bei der Kritik des Marxismus-Leninismus als orthodoxer Verengung und Legitimationsideologie.

keiten eines solchen Beitrags, Komplexitätsreduktion und Beschränkung unumgänglich.

Wissen wir, was wir tun? Und tun wir, was wir wollen?

Ausgehend von den Stichworten »Bewusstsein« und »Reflexion« will ich mich meinem Problem widmen: Wissen wir denn wirklich aktuell, was wir tun?

Insbesondere die kommunistische Linke oder jedenfalls die in ihrer Traditionslinie beziehungsweise ihrem Erbe stehende Linke (aber bei Weitem nicht nur sie!) hätte angesichts der von ihrem Handeln erzeugten Wirkungen im 20. Jahrhundert allen Grund zur Skepsis gegenüber ihrer eigenen Fähigkeit zur Einsicht in den Gang der Geschichte. Das gilt umso mehr, als die Welt sich heute, 105 Jahre nach dem Abdruck des hier als Ausgangspunkt dienenden Textes Rosas, wesentlich komplexer und zugleich unübersichtlicher darstellt und die Zukunftsaussichten der menschlichen Gattung sich weit weniger optimistisch ausnehmen. Angesichts der historischen Erfahrung des abgelaufenen 20. Jahrhunderts sowie angesichts der realen Zerstörungspotentiale und -prozesse, die die Menschheit in dieser Frist schuf und in Gang gesetzt hat, fällt es heute deutlich schwerer, gelassen »die Mähnen«³ zu schütteln und sich der »Gesetzmäßigkeit der objektiven historischen Entwicklung«, die eine »feste Bürgschaft des schließlichen Sieges« birgt, gewiss zu sein.

Doch nicht nur das. Entgegen so mancher simplifizierenden Annahme auch aus den Reihen der Partei DIE LINKE, die nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und dem damit verbundenen Wegfall der Systemkonkurrenz nur das erneute Aufleben des Kapitalismus in seiner wahren und ursprünglichen Gestalt sehen, verhält es sich mit dem Erkennen der »Richtung des ökonomischen und politischen Prozesses in der heutigen Gesellschaft«, an dem wir nicht nur »unseren Feldzugsplan in seinen großen Linien, sondern auch jedes Detail unseres politischen Strebens messen können«⁴ wesentlich komplizierter. Das Labyrinth, durch das uns der Ariadnefaden der Marxschen Lehre führen soll, ist nicht nur wesentlich verzwickter, als es für Rosa seinerzeit den Anschein hatte. Vielmehr ist das Labyrinth selbst in Bewegung und verändert seine Form. Und wo es gestern noch einen, wenn schon nicht Aus-, so doch wenigstens, Durchgang zu geben schien, landen wir heute in einer Sackgasse. Einmal angebrachte Wegmarken müssen auf ihre Tauglichkeit überprüft werden, und auch die frühere Prophezeiung, dass es einen Tag geben wird, an dem wir aus diesem Labyrinth plötzlich hervor- und in neue bessere Welt eintreten werden, ist mehr als ungewiss geworden.

Wir verfügen über die Erfahrung der enormen Wandlungs- und Innovationsfähigkeit des Gesellschaftssystems, und wir wissen, dass kapitalistische Reproduk-

3 Dieses und die beiden folgenden Zitate in: Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 372.

4 Ebenda, S. 373.

tion durchaus ihre konkrete Gestalt verändern kann. Wir wissen, dass die globale Entwicklung des Kapitalismus auch tiefe Krisen meistern und überstehen kann, wenn sich im Ergebnis dieser Krisen neue stabile hegemoniale Formen mit spezifischen Akkumulationsregimen und Regulationsweisen herausbilden, die neue Entwicklungspotenziale mit sich bringen. Und wir wissen auch, dass solche Formen nicht im Selbstlauf entstehen, sondern in einem konfliktorischen Prozess mit vielen beteiligten Akteuren, die mehr oder weniger bewusst handeln, und dass sie dabei sehr unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Tendenzen der Gesellschaftsentwicklung in sich aufnehmen. Es ist also ein ausgesprochen schwieriges analytisches Feld, das wir hier beackern. Nebenbei bemerkt, umso wunderlicher mutet der Habitus der Unanfechtbarkeit und Gewissheit an, mit dem sich manche Verfechterinnen und Verfechter linksverorteter Positionen nach wie vor in die öffentlichen und Mediendiskurse stürzen.

Meine These ist: Oft genug behaupten wir mehr, wir wüssten um unser Tun, als das tatsächlich der Fall ist. Nun gut, wer steht schon gern zu seinen eigenen Defiziten? Das erfordert Mut und bietet offene Flanken, auch im innerparteilichen Meinungskampf – und hier sind wir, was den Stil und die Methode unserer Politik angeht, oft nicht weniger bürgerlich als die bürgerlichen Parteien. Hinzu kommt aber, dass der lange Schatten der Überzeugung, auf der Seite der Sieger der Geschichte zu stehen und Vollstrecker eines vorgegebenen Ablaufes zu sein, immer noch sehr stark die inhaltliche Substanz unserer Diskussionen verdunkelt. Und oft genug ist es nicht die leise, mit Fragen befasste Bemühung um Analyse, die in den innerparteilichen Diskursen en vogue ist, sondern die möglichst eindeutige und unumstößliche Pose historischer Missionen und klarer Ansagen ohne »Wenn...« und »Aber...«.

Linke Politik muss außerhalb der Parlamente verankert bleiben

Trotz all dieser Kompliziertheiten ist nun der Anspruch, den Rosa Luxemburg an eine sozialistische Politik formuliert, alles andere als obsolet geworden. Auch wenn uns die Bestimmung der Richtung der historischen Entwicklung heute bei weitem nicht mehr so einfach erscheint, so gibt es eine Anforderung oder ein Kriterium, das ich in Anlehnung an Rosa als grundlegendes Entscheidungsmerkmal einer »revolutionären« oder »radikalen Realpolitik« im Vergleich zu ihrer bürgerlichen Schwester geltend machen würde: Politik im Hier und Heute nicht nur mit Blick auf die unmittelbaren Wirkungen zu betreiben, sondern sie nach Möglichkeit so zu gestalten, dass sie einen Keim für die zukünftige Transformation der bestehenden Verhältnisse legt. Wenn wir »radikal« verstehen im Sinne von »an die Wurzel gehend«, dann ist die Aussicht transformationsfördernden Eingreifens in die vorgefundenen Kräfteverhältnisse wohl die adäquate Form, heute radikale Realpolitik zu definieren. Das bedeutet freilich noch nicht einmal, dass wir uns den Lu-

xus erlauben könnten, uns ausschließlich darauf zu beschränken und die Gestaltung »aller übrigen Politiken« an andere zu delegieren, wie es in griffigen Forderungen, nicht »der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« sein zu dürfen, als Wunsch durchscheint. Aber dazu später mehr.

Wie lässt sich diesem Anspruch unter der Bedingung gerecht werden, an einer Regierung beteiligt zu sein? Für Rosa Luxemburg war das Regieren bekanntlich keine Position, der sie sonderlich viel Vorteilhaftes abgewinnen konnte. Sie sah im Eintritt in eine bürgerliche Regierung doch die Gefahr, dass die (von ihr sowieso als »überschätzt« bewerteten) Optionen, dem Kapitalismus auf parlamentarischen Wege beizukommen, das Agieren der sozialdemokratischen Partei noch mehr dominieren würden als ohnehin schon. Auch die mit Parlamentarismus und institutioneller Verankerung verbundene Wandlung der Perspektive der Sozialdemokratie – weg von der Vertretung von Klasseninteressen der ausgebeuteten Massen hin zur Zuständigkeit »für das Große und Ganze« (oder zumindest der Notwendigkeit, es im Blick behalten zu müssen) – dürfte ihr als keineswegs sonderlich attraktiv erschienen sein. Rosa hat sich jedoch (auch im Wissen um die integrierenden und systemstabilisierenden Kräfte des bürgerlichen Parlamentarismus) nicht grundsätzlich gegen ein Wirken auch in diesen institutionellen Formen ausgesprochen. Sie forderte schließlich immer wieder ein kritisches Bewusstsein über die Begrenztheit der Möglichkeiten und die Widersprüche ein, innerhalb derer man sich auf diesem Feld bewegt. Und das wäre gewiss nicht der Fall gewesen, wenn aus ihrer Sicht beides unvereinbar ist: der Anspruch, einerseits radikale Realpolitik zu betreiben und andererseits an einer Regierung beteiligt zu sein. Rosa hat sich bereits 1899 in ihrer Artikelserie »Sozialreform oder Revolution?«⁵ gegen eine Unterschätzung der Wichtigkeit der gegebenen politischen Formen ausgesprochen, sie hielt ihre Nutzung für ein Mittel, um dem »Fernziel« näher zu kommen.⁶ Wie gesagt: Voraussetzung ist, dass man sich dessen bewusst ist, was man tut, damit man tun kann, was man will.

Ein solch kritisches Bewusstsein bildet allerdings nicht nur die Voraussetzung für die Beteiligung an einer Regierung. Ein solches Bewusstsein ist generell einzu fordern, egal auf welchem Terrain des Politischen wir uns bewegen. Es gilt allerdings, sich der mit dieser Position verbundenen spezifischen Gefahren bewusst zu sein. Diese Politik ist selbstverständlich Politik unter bestehenden Herrschaftsverhältnissen, Politik, die die daraus resultierenden Brüche und Widersprüche im Blick zu behalten hat. Die Gefahr besteht einerseits darin, sich diesen Verhältnissen anzuschmiegen, statt sie zu verändern, und andererseits darin, Illusionen über das in einer spezifischen Situation Erreichbare zu erliegen.

5 In: Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: Gesammelte Werke Bd.1/1. S. 369 ff.

6 In dieser Hinsicht ist die Debatte um Regierungsbeteiligungen als Ausdruck eines realen Spannungsfeldes so alt, wie die Diskussion in der Linken um Gesellschaftsveränderung. Als etwas mechanistische »Fernziel«-Debatte, unter anderem zwischen Kautsky und Luxemburg, kannte sie schon die Sozialdemokratie vor ihrer Spaltung in die sozialreformerische und die sozialrevolutionäre Partei.

Das gilt natürlich ebenso für das Verhältnis von politischer Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Parlamente. Die PDS hatte sich, nicht zuletzt eingedenk des Wissens um die Entwicklung der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, seinerzeit sehr bewusst für ein Primat des Außerparlamentarischen ausgesprochen. Das entsprach zwar – zöge man eine kritische Bilanz – auch in der Oppositionsrolle in mancherlei Hinsicht eher der Proklamation eines Anspruches denn der realen politischen Praxis, was wiederum seine Gründe in der Herkunft, Struktur und Verankerung, der »Konditionierung« der Partei, hatte. Das Primat der Orientierung an den gesellschaftlichen Zuständen hat, meine ich, von seiner Bedeutung her nichts an Aktualität verloren. Mehr noch: Je offener wir uns als Partei gegenüber der Möglichkeit einer Beteiligung an einer Regierung verhalten, desto wichtiger wird es, dass das eigenständige Agieren der Partei außerhalb des Parlamentes diesem nicht nach- oder gar untergeordnet wird. Veränderungs- und Durchsetzungsmacht, auch im parlamentarischen Feld, entwickeln wir nicht innerhalb des institutionellen Kristallisationsfeldes der Kräfteverhältnisse. Die Kräfteverhältnisse spiegeln sich dort nur, die Interessen werden selektiv strategisch geordnet und fließen in den »politischen Output« ein, den das politische System im Spannungsfeld von Stabilisierung und ständiger Innovation im Wechselverhältnis zu den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren »produziert«. Selbstverständlich erweitern sich im institutionellen Rahmen auch spezifische Möglichkeiten der Einflussnahme, des Lernens, des Propagierens eigener inhaltlicher Ansprüche und Ziele. Dies geschieht aber (wie in anderen Feldern des politischen Raumes im Übrigen auch) in komplizierten Wechselwirkungen mit anderen spezifischen Begrenzungen, Disziplinierungsmechanismen und Handlungslogiken, denen sich eine politische Partei und ihre Akteure in diesem Rahmen jedenfalls nicht einfach dadurch entziehen können, dass sie dieselben ignorieren oder als »Sachzwanglogik« zum Problem anderer Leute erklären. Wichtig ist die Suche nach eigener strategischer Autonomie in diesem Kräfteparallelogramm, die aber – das liegt in der Natur der Sache – immer eine relative strategische Autonomie sein wird.

Widersprüche aushalten

Was sich in diesem Kreis recht simpel und selbstverständlich anhört, kann in der Realität der politischen Praxis mitunter für die unterschiedlichsten Kräfte höchst irritierend sein. Beispielhaft will ich das kurz an den Protesten gegen die Einführung der Hartz IV-Gesetze kenntlich machen. Die PDS hat sich – auch hier in Berlin – sehr frühzeitig ganz klar gegen diese Gesetze ausgesprochen. Andererseits waren diese Gesetze dann bereits beschlossen, als die Welle massiver Proteste einsetzte, in deren Organisation wir uns sehr aktiv und mit viel Kraft engagiert haben. Zudem befanden wir uns hier in der Position, sie umsetzen zu müssen. Denn sie hatten Bundestag und Bundesrat mit den jeweiligen Mehrheiten passiert

und damit Gesetzeskraft erlangt. In dieser Konstellation blieb uns natürlich die Möglichkeit, auf die Art und Weise der Umsetzung der Gesetze in Berlin dort Einfluss auszuüben, wo den Ländern Gestaltungs- und Umsetzungsspielraum eingeräumt ist. Aber die Erwartung vieler von den Gesetzen Betroffener und auch in der eignen Partei bestand schon auch darin, dass wir uns der konstituierenden Regel innerhalb des föderalen Systems, Bundesrecht anzuerkennen, grundsätzlich widersetzen mögen. Als Signal von Konsequenz und Widerstand.

Wie nun kann man unter diesen Bedingungen dem Anspruch einer revolutionären Realpolitik gerecht werden? Wir haben uns dafür entschieden, zum einen dem Anspruch auf Information und Aufklärung über den Charakter dieser »Reform« gerecht zu werden, indem wir sie auf allen Ebenen kritisiert und auf der Straße dagegen protestiert haben. Zugleich haben wir uns bemüht, die verbliebenen Möglichkeiten zu nutzen, um die mit der Einführung der Hartz-Gesetze einhergehenden sozialen Verschlechterungen soweit wie möglich einzuschränken. Insbesondere was die Zahl der Wohnungsumzüge durch Hartz IV betrifft, scheint uns das in der Bilanz auch einigermaßen gelungen zu sein. Zumindest deuten nicht nur deren verhältnismäßig geringe Zahl darauf hin, sondern auch die aktuellen Angriffe der Großen Koalition im Bund auf die Berliner Regelung.

Aber nicht diese abwehrende Position wirkte seinerzeit irritierend, vielmehr war es der Umstand, dass die PDS mit ihrem Spitzenpersonal einerseits protestierend auf der Straße war, andererseits aber in der Verantwortung für den konkreten Vollzug des Gesetzes stand, gegen das sie demonstrierte. Damit hatte nicht nur so mancher in der Protestbewegung seine Schwierigkeit. Auch der Koalitionspartner war alles andere als amüsiert. Von unserem Umgang mit dem Widerspruch, in dem wir uns befanden, war er einigermaßen empört: Aus seiner Sicht gehörte es sich als mitregierende Partei schlicht nicht, außerparlamentarischen Protest zu unterstützen. Darin sah die Berliner SPD einen klaren Verstoß gegen die Spielregeln des politischen Betriebs. Auf Seiten der Bewegung und bis hinein in weite Teile der eigenen Partei allerdings vollzog sich spiegelbildlich das Gleiche.

Es geht hier aber genau darum, wie wir mit einem aus linker Perspektive allgegenwärtigen Widerspruch umgehen: Einerseits wissen wir um die dringende Notwendigkeit, dass die Verhältnisse eigentlich grundlegend verändert werden müssten, wollten wir unsere eigenen Ansprüche an die Selbstbestimmung und Freiheit des Individuums in der Gesellschaft einlösen. Andererseits müssen wir uns bewusst sein, das nicht unmittelbar bewerkstelligen zu können. Als Schlussfolgerung aus den vergangenen 100 Jahren ließe sich noch die Erfahrung hinzufügen, dass die »Inbesitznahme der Staatsmaschinerie« und ihre Zerschlagung genauso wenig ein brauchbarer Königsweg zum Sozialismus ist wie ihre Eroberung und Inbetriebnahme zu eigenen Zwecken. Letztlich entwickeln sich neue politische Formen als Keim für neue gesellschaftliche Verfasstheit nur jenseits der und in widersprüchlicher Reibung mit den gegebenen, hegemonialen Formen, und mit emanzipatorischem Anspruch entwickelt sich genau *dort* Fähigkeit von Menschen

zur Selbstentfaltung und -befreiung. Das kann keine politische Partei »stellvertretend« über die Repräsentanz ihrer Wählerschaft auf sich nehmen. Sie kann Ihres dafür tun, dass die Chancen für die Entwicklung und Emanzipation solcher Formen steigen, aber selbst das ist kein Prozess mit dem Horizont einer Wahlperiode des Bundestages.

Im Parlament lassen sich nicht diejenigen Interessenauseinandersetzungen simulierend und symbolisch nachspielen, die im gesellschaftlichen Raum jedenfalls kurzfristig verloren wurden. Denn im Parlament lässt sich nur mit der Kraft, Rückendeckung und Basis agieren, die gesellschaftlich auch tatsächlich vorhanden sind, nicht mit solchen, die wir uns manchmal angesichts gewisser Zustände gern wünschen würden.

Diesen Widerspruch müssen wir aushalten und sollten uns davor hüten, ihn voluntaristisch nach der einen oder anderen Seite hin auflösen zu wollen. Weder sollten wir die Dinge als gegeben akzeptieren, den Widerstand einstellen und dem Anspruch abschwören, die Verhältnisse grundlegend verändern zu wollen. Noch sollten wir auf die konkrete Einmischung verzichten, weil es unter den aktuellen Bedingungen dann oft doch nur dafür reicht, das Leben in diesen Verhältnissen ein bisschen erträglicher zu machen oder »noch Schlimmeres zu verhindern«. Die Herausforderung im Umgang mit diesem Widerspruch liegt im Verstehen und in der Kommunikation des Wechselverhältnisses der beiden Seiten. In einem gesellschaftlichen Diskurs, den vorzugsweise die Kategorien »Entweder/Oder« beherrschen, ist das meist leichter gesagt als getan und gelingt auch mitunter schlicht überhaupt nicht...

Wer gerade nicht regiert oder gar den Parlamentseinzug nicht geschafft hat oder es sogar darauf überhaupt nicht anlegt, sollte sich nicht der Illusion hingeben, von diesem Wechselfeld nicht tangiert zu sein. Der Widerspruch wird lediglich leichter nach einer Seite hin aufzulösen sein, weil manche praktische Handlungsalternativen und damit verbundene Probleme so unmittelbar nicht anstehen. Er ist möglicherweise auch leichter auszublenden. Aber er existiert dennoch. In der Mitverantwortung für eine politische Koalition wird man jedenfalls augenblicklich sehr streng daran gemessen, ob es gelingt, dem Anspruch an eine – nach diesen Maßstäben – »radikale Realpolitik« gerecht zu werden.

Der emanzipatorische Anspruch an Reformen: zwei Beispiele

Die eigentliche Schwierigkeit in der Vermittlung zwischen dem utopischen Anspruch und dem realen Tun liegt aber vermutlich vor allem in der Formulierung der weitergehenden politischen Forderungen und Schritte, mit deren Hilfe die Distanz überbrückt werden soll. Wollen wir der Utopie näherkommen, müsste es uns gelingen, künftige Entwicklungen der Gesellschaft antizipieren, uns darauf vorbe-

reiten und einstellen zu können und daran orientiert, die Inhalte festzulegen. Und da liegt der Knackpunkt.

Hier komme ich zu meinem Ausgangspunkt zurück, nämlich zu der Feststellung, dass die Entwicklungsrichtung des Kapitalismus uns heute weniger klar und eindeutig vorhersagbar erscheint als vor 100 Jahren. Der historische Entwicklungsprozess ist in Richtung Zukunft hin offen. Wir wissen um und erleben seine Krisenanfälligkeit. Diese Krisen, die nicht nur ökonomischer Natur sind, sondern zugleich eine politische und ideologische Dimension haben, treten dann auf, »wenn relevante gesellschaftliche Akteure die Folgen ihres – zwar strukturbestimmten, aber damit nicht kausal determinierten – Handelns nicht länger hinnehmen können oder wollen und wenn dies dazu führt, dass die herrschenden Vorstellungen von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft aufgekündigt werden und zerbrechen«.7 Sie erwachsen aus Kämpfen, spiegeln dabei nicht nur die Erosion bestehender institutioneller Gefüge, sondern sind zugleich »treibendes Motiv einer flexiblen Anpassung eines widersprüchlichen Vergesellschaftungszusammenhangs an sich verändernde soziale Strukturen und Kräfteverhältnisse«.8 Mit welchem Transformationsergebnis dieses »Krisenmanagement« endet, ist allerdings nicht vorhersagbar.

In solchen Krisenmomenten der Gesellschaftsentwicklung steht eine revolutionäre Realpolitik – oder bei Esser, Görg und Hirsch: ein radikaler Reformismus – vor der Frage, ob sie in diesem Prozess etwas einzubringen hat. Ob sie also »zumindest einige tragende Elemente dieses Konsenses in Frage zu stellen in der Lage ist«9 oder ob sie innerhalb des Horizonts der bestehenden Institutionen verharrt. Bei aller verbleibenden Prognoseunsicherheit ist das ein entscheidender Aspekt. Auch das will ich an zwei Beispielen unserer aktuellen Politik kurz versuchen nachzuvollziehen:

(1) Das bundesrepublikanische Bildungssystem befindet sich seit geraumer Zeit in einer Krise, und eines seiner tragenden Säulen – das dreigliedrige Schulsystem – wird von verschiedenen Seiten immer stärker in Frage gestellt. Das geschieht in erster Linie, weil es sich zunehmend als unfähig erweist, den wachsenden Anforderungen an das Bildungsniveau künftiger Arbeitskräfte im erforderlichen Maße gerecht zu werden. Nun könnten uns als Linke die Nachwuchssorgen der Wirtschaft noch halbwegs egal sein. Was uns allerdings nicht egal sein kann ist der Umstand, dass in diesem Schulsystem soziale Spaltungen reproduziert werden, und zwar vorwiegend zu Lasten derjenigen, die aus den ärmsten und am meisten benachteiligten Schichten der Gesellschaft kommen. Ihnen sind de facto aufgrund ihrer Herkunft nicht nur der Zugang zu Wissen und Kultur verwehrt, sondern auch die Chancen auf eine sinnstiftende Tätigkeit und die freie Entfaltung ihrer Persön-

7 Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch: Von den »Krisen der Regulation« zum »radikalen Reformismus«. In: Dies. (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat. Hamburg 1994, S. 219.

8 Ebenda, S. 220.

9 Ebenda, S. 219.

lichkeit im sozialen Raum. Für uns geht es daher in der aktuellen Auseinandersetzung um die Reform des Schulsystems in Deutschland in erster Linie darum, das Anrecht aller Kinder auf einen Zugang zu Bildung und Kultur als Prämisse und Ziel in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Die Möglichkeit, sich zu bilden, ist für uns eine Grundvoraussetzung zur individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation. Benachteiligungen aufgrund sozialer Herkunft sind zudem eine schreiende Ungerechtigkeit. Und meinetwegen kann an achter, neunter oder zehnter Stelle dann auch darauf verwiesen werden, dass es für die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes ein Problem ist, auf dieses Potential zu verzichten. Zumal auch das – mit Blick auf die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus – aus linker Perspektive nicht nebensächlich ist. Gebraucht werden keine funktionierenden BefehlsempfängerInnen, gebraucht werden Menschen, die gemeinsam Lösungen entwickeln, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unter anderen Bedingungen als den gegenwärtigen ermöglichen.

Der Unterschied in der Herangehensweise bestimmt dann allerdings auch die Form der Lösungsvorschläge. Während die einen vorwiegend darauf setzen, den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft durch das Erschließen größerer Potentiale zu befriedigen, zielt unser Vorschlag einer Gemeinschaftsschule auf die Überwindung einer in der Kindheit angelegten sozialen Spaltung und auf eine Bildung, die umfassender ist und sozialen Kompetenzen einen anderen Stellenwert einräumt als die gegliederte Frontalschule. Verdeutlichen wir uns in diesem Sinne, dass Wissen (und die Fähigkeit, neues Wissen zu erzeugen) zu einer entscheidenden Produktivkraft geworden ist, dann wird schnell klar, dass es bei dieser Auseinandersetzung nicht um irgendein Randproblem geht, sondern um eine zentrale, die zukünftige Form von Gesellschaftsentwicklung mitbestimmende Frage. Dies wird in dieser Dimension, meine ich, auch in der Partei DIE LINKE nach wie vor unterschätzt. Andererseits ist dann auch sehr schnell erklärlich, weshalb die Widerstände, die uns hier in Berlin bei unserem Versuch der Etablierung einer Gemeinschaftsschule entgegenstehen, gerade aus dem Feld der bürgerlichen Mitte teilweise recht heftig sind.

(2) Seit dem Ende der fordistischen Periode des Kapitalismus sieht sich die Gesellschaft wieder mit dem Phänomen einer anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. Rein ökonomisch wird deren Existenz nicht unbedingt als Problem angesehen, in mancherlei Hinsicht – etwa von den Apologeten einer »marktgesteuerten Allokation« möglichst aller Güter einschließlich der Arbeitskraft – sogar eher als Vorteil betrachtet. Aber für »relevante gesellschaftliche Akteure« ist deren Existenz dann doch immer wieder ein Problem, welches sich mit dem althergebrachten Institutionengefüge nicht mehr regulieren lässt. Es gibt relevante Veränderungsinteressen und einen materiellen Veränderungsdruck. Worin das münden kann, haben wir bei der Einführung der Hartz-Gesetze gesehen. Dieser wohl tiefgreifendste Eingriff in das Sozialsystem dieses Landes in den letzten Jahrzehnten setzt vor allem darauf, den Druck auf Arbeitslose so zu erhöhen, dass

sie noch die schäbigste und am schlechtesten bezahlte Arbeit annehmen, um ihm zu entgehen. Mit einiger Berechtigung können wir davon ausgehen, dass (unabhängig von unserer Ablehnung solchen demütigenden Umgangs mit Menschen) die Massenarbeitslosigkeit auch auf diesem Wege nicht zu beseitigen ist. In diesem Modell der Regulation des Arbeitsmarktes werden Einzelne aus dem sozialen Zusammenhang und der bisherigen Solidargemeinschaft ausgegrenzt und vor die Alternative gestellt, sich entweder einer strikten sozialen Kontrolle und einer minimalen öffentlichen Alimentierung zu unterwerfen, oder aber sich selbst überlassen zu bleiben. Für den Funktionszusammenhang des Kapitalismus wird ein immer größerer Teil der Bevölkerung als gefügige Manövriermasse auf Abruf bereit gehalten, die nach Konjunkturbedürfnissen prekär einsetzbar sind – und deren Schicksal den übrigen Menschen, wiederum mit Disziplinierungswirkung, als mögliche eigene Perspektive permanent vor Augen steht.

DIE LINKE hier in Berlin arbeitet mit dem Versuch der Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) an einer tendenziell anderen Herangehensweise an das Problem zunehmender Prekarisierung und Massenarbeitslosigkeit. Wir können uns dabei nicht völlig aus dem gegebenen Rahmen lösen, wollen aber den Aspekt sozialer Disziplinierung durch die Schaffung von Chancen individueller Emanzipation mit gesellschaftlichem Nutzen ersetzen. Im ÖBS sollen soziale und rechtliche Mindeststandards, wie die Zahlung eines Mindestlohns, Versicherung und individuelle Arbeitsrechte, mit individuell sinnvollen und gesellschaftlich nützlichen Perspektiven für Menschen verbunden werden. Dieser Versuch knüpft auch an der Einsicht an, dass Vollbeschäftigung, wie man sie in den Zeiten des Fordismus hatte, nicht umstandslos wieder herstellbar ist. DIE LINKE muss sich auf absehbare Zeit darauf einstellen, dass der sogenannte erste Arbeitsmarkt für eine relevante Zahl von Menschen keine unter dem Aspekt von sozialer Sicherheit und Freiheit akzeptable Perspektive bereithalten wird. Stattdessen gibt es aber einen wachsenden Bedarf für gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, für die »der Markt« keine Nachfrage entwickelt, und für deren kreative und innovative Sicherung staatliche Institutionen mit den ihnen eigenen paternalistischen und hierarchischen Strukturen vielleicht auch gar keine wünschenswerten Veranstalter sind. Warum aber sollen staatliche Institutionen diese gesellschaftlich nützliche Gemeinwesenarbeit nicht gewährleisten, fördern und unterstützen? Und steckt darin nicht möglicherweise sogar ein über das individuelle Schicksal hinausgehendes Emanzipationspotenzial?

Wir werden in diesem Zusammenhang auch immer mal wieder »von links« dafür kritisiert, dass wir nicht einfach den Stellenkorridor des öffentlichen Dienstes massiv ausweiten. Tatsächlich gewährleistet das gegenwärtig die materiell und rechtlich bessere individuelle Absicherung der Beteiligten. Lassen wir an dieser Stelle mal außen vor, dass uns das unter den gegebenen konkreten Bedingungen nicht ohne Weiteres möglich wäre. Wir sind ja nach wie vor mit einem großen öffentlichen Dienst und einer Haushaltsnotlage gesegnet und verwenden für unser

Projekt öffentlich geförderter Beschäftigung nicht nur eigenes Geld, sondern auch Geld des Bundes, welches für die Bezahlung von MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst nicht zur Verfügung stünde. Aber auch jenseits dessen halte ich die Grundidee eines sich gesellschaftlich selbstorganisierenden, staatlich lediglich subventionierten Bereiches für sinnvoller. Denn so verkrüppelt und eingeschränkt dieser Sektor durch die diversen Restriktionen, die uns hier derzeit bei der Umsetzung unseres Modellprojekt aufgegeben werden, gegenwärtig auch erscheinen mag: Die Idee eines dem unmittelbaren Wirken der Marktgesetze und der reinen staatlichen Verwaltung entzogenen Bereiches, in dem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nützliche Arbeit geleistet wird, enthält für mich ein Moment einer möglicherweise zukünftig freieren und sozialen Gesellschaftsorganisation. Die freie Entfaltung des Einzelnen als Voraussetzung der freien Entfaltung aller – hieß es nicht so?

Ob dieser Schimmer irgendwann zu strahlen beginnt, bleibt abzuwarten. Vermutlich wird es da noch diverse Irrwege und Rückschläge geben. Aber der Versuch, hier einen anderen Ansatz auszuprobieren und Erfahrungen zu sammeln, wie sich gesellschaftlicher Zusammenhalt durch *gesellschaftliche* Akteure organisieren lässt, ist lohnenswert.

Schlussbemerkungen

Dass wir diese Idee in Berlin in der Praxis testen können, hat – und damit komme ich auf die mir gestellte Aufgabe zurück – natürlich auch etwas mit der Beteiligung an der Regierung in Berlin zu tun. Es wäre aber völlig verkehrt, sie allein als eine administrative Angelegenheit zu behandeln. Würden wir das tun, wären wir zum Scheitern verurteilt. Gerade die beiden Beispiele machen deutlich, dass einem die Beteiligung an einer Regierung gewisse zusätzliche Handlungsmöglichkeiten einräumt. Sie lassen sich aber nur dann im Sinne des Luxemburgschen Anspruchs an eine radikale Realpolitik nutzen, wenn diese Regierungsbeteiligung sich in eine davon unabhängige politische Praxis der Partei und anderer gesellschaftlicher Akteure einbettet und diese ergänzt. Eine rein auf die gute Erfüllung der Regierungsfunktionen ausgerichtete politische Praxis würde nur allzu schnell auf den Horizont des vorgefundenen, etablierten Institutionengefüges zurückgeworfen werden und damit möglicher Initiativen verlustig gehen, die Verhältnisse in unserem Sinne zu transformieren oder eine Grundlage für eine solche Transformation zu schaffen.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden: Ob man als Partei zu einer radikalen Realpolitik fähig ist oder nicht, entscheidet sich nicht in erster Linie daran, ob man auf der Regierungs- oder der Oppositionsbank sitzt. In beiden Positionen bedarf es eines kritischen Bewusstseins dafür, wo man sich befindet, welche Wirkungen die Verhältnisse und Institutionen an dieser Stelle entfalten und das eigene Wirken begrenzen. Und es bedarf mehr als einer Idee, wie man in die beständigen, konkreten Veränderungsprozesse dieser Gesellschaft eingreifen kann, um

diesem Prozess vielleicht eine Richtung zu geben, die eine Annäherung an das »Fernziel« bewirken kann. Die beiden Positionen unterscheiden sich daher sicher hinsichtlich dessen, was dabei konkret zu beachten ist und weniger hinsichtlich der allgemeinen Ansprüche, die Rosa Luxemburg an eine sozialistische Politik gelegt hat. Letztlich kommt es also darauf an, zu wissen, was man tut, damit man tun kann, was man will.

Das erfordert wiederum die permanente kritische Auseinandersetzung auch und gerade mit der eigenen Praxis. Deshalb hat es mir das Hexenbild, das Frigga Haug von Irmtraut Morgner entlehnt hat,¹⁰ auch angetan. Wenn uns das gelänge, über alle manchmal auch grundsätzlicheren Differenzen hinweg in den Austausch miteinander zu treten und den reformerischen wie auch den radikalen Impuls als einander ergänzende und sich gegenseitig unterstützende Momente zu verstehen, dann kann uns allen das nur gut tun.

10 In: Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Hamburg 2007, S. 57.

Karin Baumert

MediaSpreeVersenken¹

Ein Beitrag zur radikalen, linken Politik

Der Beitrag beschäftigt sich mit der aktuellen Situation des Post-Neoliberalismus am Beispiel der Initiative MediaSpreeVersenken und sucht nach den Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung. Wer fällt raus aus dem Raster der Verwertung und glaubt doch immer noch, er könnte den Sprung in den Markt schaffen? Aber liegt in dieser Selbst-Inwertsetzung nicht auch die Chance der Selbstverwirklichung? Wo findet der Paradigmenwechsel statt? Wohin gehen wir den nächsten Schritt und mit wem? Die andere Welt fängt jetzt sofort an, immer dann, wenn wir dem Kapital in seiner Struktur und Logik widerstehen und uns anders verhalten... Nein das ist kein esoterischer Selbstfindungstrip aus Naturfasern zum selber basteln, sondern der ernsthafte Versuch, die Stopper zu finden, die dieses System bereits jetzt massenhaft gefährden und drohen, in andere gesellschaftliche Verhältnisse zu changieren. Formen des zivilen Ungehorsams werden ebenso zur Diskussion gestellt wie Grundsatzfragen, die aus linker Realpolitik ein post-neoliberales Reformprojekt machen.

Reden wir eigentlich noch vom Kapitalismus?

Nach dem Fordismus kam der Postfordismus, nach dem Neoliberalismus nun der Post-Neoliberalismus. Der Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, die alles beherrschende Sucht nach ursprünglicher Akkumulation, wechselt die Kleider. Kapitalismus aber heißt das alles bestimmende Organisationsprinzip der Vergesellschaftung der Produktivkräfte. Neu ist das Maß der »Durchkapitalisierung« aller reproduktiven Bedingungen, wie z. B. der Stadt. Sie wird als Cluster entwickelt, als Standortfaktor für Wachstum. Aber, was vorn blüht, welkt hinten. Nach wie vor gilt der Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert, die Entfremdung des Menschen von seinen Lebensbedingungen durch die kapitalistische Arbeit, einschließlich ihrer drei Scheincharaktere – keine Angst, ich will euch nicht langweilen, ich werde gleich konkret und komme auf die Basics noch zurück. Das Kapital erscheint immer noch als Subjekt gesellschaftlicher Entwicklung, z. B. auch als Subjekt der Stadtentwicklung, und ist nicht in der Lage, nachhaltig, ge-

1 Ausführliche Informationen zu diesem Bürgerbegehren und den aktuellen Auseinandersetzungen finden sich auf der Homepage der Bürgerinitiative <http://www.ms-versenken.org>.

meinsam und solidarisch zu handeln. Wo das Kapital agiert, wird aussortiert. Die guten ins Kröpfchen, die schlechten ins Töpfchen, in der Stadt nennt man das Gentrifizierung, d. h. wer es sich leisten kann, wohnt dort, wo es hipp ist, wer Hartz bekommt, zieht raus und weg, so bilden sich sogenannte soziale Brennpunkte. Konkurrenz wohnt dieser kapitalistischen Organisation von Gesellschaft inne, und sie wird begleitet von einem bestimmten Menschenbild. Nach dem hat jeder die Chance: Auch du, Genosse, kannst Superstar sein! Blöd, wenn man es nicht schafft. Die Verlierer sind von der Tendenz her weiblich, über 38, migrantisch, ohne Ausbildung, um nur einige soziologische Merkmale zu nennen.

Aber was ist neu im Post-Neoliberalismus? Er kennt scheinbar nur Gewinner. Ob Klimakatastrophe oder Finanzmisere, die Akteure glauben immer, das Beste herausgeholt zu haben und merken nicht mehr, wie schnell sie vom kapitalistischen System subsumiert worden sind.

Froh zu sein bedarf es wenig...

»...doch wer froh ist, ist ein König« – wer kennt es nicht, dieses Kinderlied aus alten Zeiten. Aber leben wir nicht bereits im Paradies? Okay, wir haben immer noch Kapitalismus, aber Hartz IV lässt niemanden verhungern, viele haben Zeit, die sie nicht in Ausbeutungsverhältnissen verbringen, und es gibt sogar Linke in den Landesregierungen, die kümmern sich dann um die Kosten der Unterkunft und werden vom Bundesrechnungshof kritisiert und manchmal beklagen sie sich auch, dass nicht genügend soziale Bewegungen da sind, wenn sie dann gebraucht werden. Trotzdem ist noch keiner glücklich, die einen, weil sie zuviel Arbeit haben oder zuwenig verdienen, und die anderen, weil sie an der Gesellschaft nicht mehr teilhaben können, räumlich immer weiter ausgeschlossen werden und ihnen das Gefühl vermittelt wird, an allem seien ganz alleine sie schuld.

Und darum wächst die Wut. BILD titelte neulich angesichts einiger brennender Autos: »Warum hassen die Chaoten unsere Stadt?«

Nein, sie hassen sie nicht, sie lieben sie. Nur die Enterbten, die Looser, die Herausgefallenen können noch froh und leidenschaftlich sein, denn sie haben die Wut nach Veränderung in sich, bei ihnen versagt das kapitalistische Prinzip. Denn: »Wer seine soziale Lage erkannt hat, wie soll der noch zu stoppen sein« (Bertolt Brecht).

Was ist heute anders und macht optimistisch? Nicht mehr Vati in der Fabrik dreht am Rad der Geschichte. Im Prinzip kann es heute jeden treffen, und damit bekommt auch jeder und jede die Chance. Und hat nicht jeder und jede jemanden in der Familie oder kennt jemanden, der schon herausgefallen ist? Das hohe Maß an Vergesellschaftung der Produktivkräfte hat auch alle reproduktiven Bereiche der Gesellschaft erreicht. Die Stadt wird zum Cluster für Wachstumsregionen. Die Privatisierung praktisch aller Lebensbereiche, insbesondere auch der öffentlichen

Daseinsvorsorge, lässt den Kapitalismus als Organisationsprinzip noch in den kleinsten menschlichen Lebenswinkel kriechen und aus jedem Bedürfnis eine Dienstleistung werden, jedes noch so allgemeine Gut zur Ware verkommen. Und es wir konkurriert und gemordet, nach unten getreten und nach oben gebuckelt. Und da wird bei jedem brennenden Auto nach dem Staat geschrieen: »haltet den Terroristen«, und in der Zwischenzeit mordet die strukturelle Gewalt des Staates nicht nur seine Kinder, sondern beteiligt sich an Kriegen, in denen Menschenrechte drauf steht, aber geopolitische Interessen drin sind.

Aber es gibt eben auch diese Kehrseite der durchgreifenden Vergesellschaftung. Kapitalismus ist nicht mehr abstrakt. In der permanenten Umstrukturierung der Stadt wird die Ungerechtigkeit von Verdrängung und Ausbeutung für jeden sichtbar. Die einen, die noch drin sind in diesem Hamsterrad und für Niedrigtlöhne die Stadt am Laufen halten, und die anderen, die gerade herausfallen und still und leise in scheinbar individualisierter Armut den Rückzug antreten sollen oder schon angetreten haben. Sie werden nicht nur verdrängt, sondern diffamiert, über ihre Armut werden sie stigmatisiert, und nicht wenige gehen in die innere Emigration und in die Krankheit. Und es sind vor allem die Kinder, die in Armut leben, und ihre Zahl nimmt ständig zu.

Sie sind hier, weil wir ihre Kulturen zerstören

Und da sind dann auch noch die MigrantInnen. Das Tischtuch, das immer kleiner wird für diesen Tisch, es kann nicht für alle reichen. Schön, wenn wir da noch auf jemand unter uns treten können. Aber wer hält diese Stadt am Leben? Sie oder er ist illegal, konkurriert auf dem Arbeitsmarkt mit den Billigtlöhnen und verkauft nicht nur seinen Körper, sondern auch seine Seele. Das globalisierte Kapital, im Kern das Finanzkapital, ist wie ein Kamm durch alle Regionen gegangen, um jede natürliche Ressource und jede menschliche Arbeitskraft wie eine Zitrone auszupressen, und hat damit die Vergleichbarkeit des Wertes menschlicher Arbeitskraft voran- und weiter nach unten getrieben. Das Wachstum der einen ist die Armut der anderen. Der eine arbeitet schwarz, der andere hat Aktien und verfolgt die Kurse. Aber es ist der Illegale in der Kneipe, der Woche um Woche keinen Lohn bekommt und aufgrund seines Aufenthaltsstatus ohne Rechte ist. Neulich erstach ein Rechtloser seinen Chef im Affekt und kam nicht weit; halb Kreuzberg trauerte mit dem Opfer, der zum Täter wurde.

A, Anti, Antikapitalista

Was kann sich an die Stelle des Kapitalismus, als gesellschaftliches Organisationsprinzip stellen? Wer wird zum Subjekt seiner Geschichte und zieht damit millionenfach neue Fäden in den gesellschaftlichen Teppich?

Die Vergesellschaftung der Produktivkräfte hat in den Städten ein Maß erreicht, dass jeder die Wirkungsweise des Kapitalismus erkennen kann, jeder kann die Ungerechtigkeiten selbst bewerten und jeder kann sein Leben auch selbständig organisieren. Und darum sind es die städtischen Kämpfe, die sich zu den Nestern einer antikapitalistischen Ordnung organisieren. In dem Prinzip des »Sich-selbst-Inwertsetzens« hat der Kapitalismus als verdeckte Seite auch ein Maß an Vergesellschaftung entwickelt, die gleichzeitig die Chance der Selbstverwirklichung in sich trägt, und zwar dann, wenn wir uns das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe erkämpfen. Diese städtischen Kämpfe gehen gerade zusammen unter dem Motto ein »Recht auf Stadt«. Die Stadt steht hierbei als Synonym für Gesellschaft. In diesen Kämpfen tritt an die Stelle von Konkurrenz die Solidarität. Der Schleier der Konkurrenz und des Abwertens kann weggezogen werden und gemeinsam geht es um jeden Stein in dieser Stadt, um jedes leerstehende Haus, um jeden Freiraum.

Das mag euch jetzt klein erscheinen und ihr fragt euch: Wo ist das radikale linke Projekt? Aber versuchen wir einen Augenblick ganz ehrlich zu sein: Haben wir nicht alle Angst, rauszufallen und abzusteigen? Glauben wir nicht selbst, dass der Ort an dem wir institutionelle Politik machen, die bestmögliche Variante innerhalb der Handlungsspielräume ist?

Und damit unterliegen wir nicht nur einem Menschenbild, das Bourdieu so umfassend soziologisch beschrieben hat, sondern auch dem dritten Scheincharakter kapitalistischer Arbeit, nachzulesen in den »Grundrissen«. Kurzgefasst, gesellschaftliche Verhältnisse in ihrer kapitalistischen Organisation erscheinen als Verobjektivierung und Versubjektivierung von Gesellschaft, d. h. die Mechanismen der gesellschaftlichen Entwicklung erscheinen als Naturgesetze – »Da kann man nichts machen« – und die Akteure überhöhen ihre eigene Rolle – »Mit uns in der Regierung wird nicht alles schlechter«. Damit einher gehen verschiedene Paradigmen, wie das Wachstumsparadigma, das Paradigma »Arbeit wird gesellschaftlich nur als Arbeit wahrgenommen, wenn sie als Lohnarbeit verausgabt wird«, und das Menschenbild des Superstars.

Den Paradigmenwechsel an einem radikal linken Projekt durchspielen...

Darum lasst uns an einem Projekt die Paradigmen hinterfragen und wechseln. MediaSpree ist das Symbol für das Wachstum Berlins, und mit MediaSpree wird die Spree zugebaut. Die politische Illusion: Wenn es Berlin gut geht, ist auch Geld für

die Armutsbewältigung da; Arbeitsplätze entstehen, Schulden können abgebaut werden und »es wird nicht alles schlechter«.

Hier liegt der Knackpunkt. Das Wachstum ist endlich und hat immer diese versteckte Seite von Ausbeutung, Verdrängung, Ausgrenzung. Aber Konflikte und Widersprüche kann man auch als Bewegungsform und nicht nur als Gegensätze begreifen.

Die gute Nachricht: Die Linken sind in der Landesregierung und können die Handlungsspielräume auskundschaften. Die schlechte Nachricht: Sie glauben, sie können es allein schaffen. Die zahlreichen kleinen Initiativen, sie sind das Kernstück einer außerparlamentarischen Opposition, welche die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Sie weben unermüdlich die neuen Fäden in das Gesellschaftstuch. Was fehlt, ist die Form der gesellschaftlichen Bewegung, die Privatisierung stoppen kann und die Gesellschaft vom Kopf auf die Füße stellt.

Transparenz und Mitbestimmung, Solidarität und Gruppenentscheidungsprozesse verjagen das Prinzip »Superstar«, machen es unschädlich. Aber dazu muss sich eine Linke fragen lassen: Was macht ihr, um diesen Schatz zu entdecken, ihm den Raum einzuräumen, der ihn zur gesellschaftsverändernden Kraft werden lässt?

MediaSpreeverсенken...

Hier zwischen Kreuzberg und Friedrichshain, wo die Mauer stand, wachsen im Protest gegen MediaSpree die Stadtteile Friedrichshain und Kreuzberg zusammen und MigrantInnen mit den verarmten Deutschen, die Rentnerin mit der Alleinerziehenden, der prekär lebende kritische Intellektuelle mit der Subkultur und wer und was auch immer.

Das Kapital ist doch nicht mehr als ein Organisationsprinzip, zugegeben zeitlich begrenzt ein sehr effektives. Aber es ist schon lange an Grenzen gekommen, die nicht mehr überboten werden dürfen. Ob die Risiken der Atomkraft oder die ungerechte Verteilung von Lebensmitteln, immer ist es dasselbe Prinzip, Geld verdienen auf Kosten der Umwelt, auf Kosten der Hungernden.

Gentrifizierung ist das populäre Wort für sozialräumliche Ungerechtigkeit, welches uns durch die Kriminalisierung seitens des BKA² die Einsicht in die scheinbar komplexen Prozesse öffentlich gemacht hat. Was aussieht wie ein Naturgesetz wird doch von Menschen gemacht, und es kann jeder zu jeder Zeit aussteigen und antikapitalistisch handeln.

Mieter müssen die Sanierung nicht dulden, Bewohner brauchen nicht zusehen, dass ihre Bäume gefällt werden, die Landesregierung muss ihre Grundstücke nicht

2 Das Bundeskriminalamt hatte die Anklage gegen einen kritischen Intellektuellen der Stadtforschung und dessen länger andauernde Untersuchungshaft u. a. damit begründet, dass das von ihm verwandte Wort Gentrifizierung auch in Schreiben einer Organisation auftauchen, die illegaler Aktivitäten verdächtigt wird – M. B.

leer stehen lassen und an den Meistbietenden verkaufen, und aus Nachbarn werden auch keine bösen Menschen, nur weil man sie für die eigene Not verantwortlich machen soll.

Man muss noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können (Nietzsche)

Und indem wir genau das alles erkennen, werden wir zum Risiko für das Kapital und nehmen ihm seine Kraft. Wir sind schlauer als das Kapital, wir haben keine Feindbilder mehr, aber wir sind gegen eine kapitalistische Organisation der Stadt, und darum sind wir das Risikokapital, das die Mechanismen der Konkurrenz durch Solidarität ersetzt und die Wahrheit ausspricht und dafür einsteht.

Wir brauchen keine weiteren Bürotürme, wir wollen zu preiswerten Mieten hier leben und den öffentlichen Raum nutzen, wie es uns passt. Die Stadt hat sich entwickelt als Reproduktionsbedingung des Kapitals, aber gleichzeitig ist sie der Ort, an dem die ganze Ungerechtigkeit zu sehen ist und an dem wir uns gemeinsam dagegen wehren können und neue Organisationsprinzipien gestalten.

Und so genießen wir unsere gemeinsame Kraft des Miteinanders, des Offen-seins, der willkommenen Geste für alle, die sich bei uns einreihen. Die Entwicklung von MediaSpree kann als ein radikal linkes Projekt gestaltet werden. Wir sind schon alle da, mit unserem Protest, den brennenden Autos, den autonomen Gebieten, den Hausbesetzern und den Freiraumbesetzern, den interkulturellen Gärten, den Mieterprotesten und der ganzen Wahrheit über die Hintergründe der Investoren und mit dem Bürgerentscheid am 13. Juli 2008.

Ein radikal linkes Projekt fängt da an, wo man der kapitalistischen Logik etwas entgegengesetzt, z. B. zivilen Ungehorsam, den Kampf um das Recht, in dieser Stadt und an diesem Ort zu verbleiben und ihn gemeinsam zu nutzen. Radikal links heißt, alles in Frage stellen zu dürfen, was der Kapitalismus uns vorgibt. Und dazu brauchen wir ein Miteinander, eine offene Konfliktkultur und den Spaß am Konflikt. Wenn keiner mehr auf seiner Meinung beharrt, dann verlassen wir die Sachlogik und damit auch die post-neoliberale Spielwiese. Aber dazu müssen alle Fragen erlaubt sein, kein Paradigma, das uns gefangenhält. Gemeinsam fangen wir an, einen Ort zu gestalten. Aber eins schalten wir aus: die Privatinteressen, die den Grund und Boden zu einer Ware machen.

Okay – es gibt Baugenehmigungen, und es gibt Finanznöte, aber das alles erklärt nicht, warum es nur einen Plan geben kann und nur eine, in der Regel männlich dominierte Entscheidergruppe. Und warum soll es nicht möglich sein, das, was ein Nachbar auf dem Grundstück an der Friedrichstraße an Millionenklage geschafft hat – das benachbarte Hotel hatte wegen Nachbarschaftsrechten gegen den Senat geklagt, weil der mit seiner Baugenehmigung die Beeinträchtigung der Qualität des Hotels verursachte; der Senat musste viel Geld dafür zahlen –, auf

eine andere Ebene zu transformieren. Auch bei uns geht es um Nachbarschaftsinteressen. Hier stehen die Interessen eines ganzen Stadtbezirkes gegen die Interessen der Investoren, und es geht um mehr als um Geld. Es geht um das gemeinsame Gestalten von Zukunft für alle, die keinen mehr ausschließt. Dazu muss natürlich auch das Grundeinkommen eingeführt werden, um die Arbeit generell neu zu bewerten und nicht nur an Lohnarbeit zu knüpfen, und natürlich müssen Kriege gestoppt und der Hunger beseitigt werden. Aber lasst uns klein anfangen bei Media-SpreeVersenken und wie in einem Wassertropfen die verschiedenen Akteure an einen Tisch holen, der dann aber nicht »governance« heißt und nicht von Bertelsmann gesponsert, sondern von der Protestkultur getragen und der Politik der Linken ermöglicht wird.

Radikal links heißt, an einem Ort alle Fragen zu- und jeden zu Wort kommen zu lassen. In der Protestkultur hat die andere Welt schon begonnen. Wir kennen keine Chefs und entscheiden nie allein, und wir haben Spaß, und wenn ihr wollt, lassen wir euch daran teilhaben. Und so werden wir fliegen wie in einem Schwarm von Vögeln, gemeinsam und doch immer wieder die Richtung wechselnd, mit sehr viel Bewegung und Lebendigkeit, aber zusammen und frei. Ich freu mich drauf.

PS: Gestern wurde der Bürgerentscheid gewonnen.

Berlin, den 14. Juli 2008

Die Europäische Union neu erfinden: linker Irrtum oder radikale Realpolitik?

Das Wort von der Krise in der Europäischen Union macht nach dem irischen Referendum zum Lissabon-Vertrag in den Institutionen, den Regierungen der Mitgliedsstaaten, aber auch in den Kommentierungen zahlreicher Medien die Runde.

In den Debatten des EP in den letzten Tagen reichte die Reaktion jener, die fest mit einem Ja der Iren zum Lissabon-Vertrag rechneten, von aggressiven Beschuldigungen bis hin zu Trauerreden. Es wurde offenkundig, dass die Kluft zwischen den Regierenden, ihren Institutionen der EU und den Bevölkerungen mit der Zuspitzung gesellschaftlicher Probleme gewachsen ist.

Wut, Zorn, Enttäuschung und auch Verachtung angesichts wachsender Nahrungsmittel-, Energie- und Treibstoffpreise, steigender Armut in den Mitgliedsstaaten, unsicherer Jobs, die als Bedrohung empfundene Finanzmarktkrise, das Gefühl, als Einzelne/r, Angehörige/r einer Minderheit, eines kleineren Landes an den Rand gedrängt zu werden, nicht beteiligt zu sein, sind nicht zu überhören. In Irland fühlte die Mehrheit der Beschäftigten, der Frauen, der jungen Generation, aber auch der Angehörigen der Mittelklasse, dass sie mit einem »Ja!« zum Lissabon-Vertrag kaum etwas gewinnen, aber Einiges verlieren könnten. Sie entschieden sich für ein »Nein!« zu einem Typ von Entwicklung, Liberalisierung und Modernisierung wie ihn die Europäische Union repräsentiert: die Reden von Chancengleichheit, die mit wachsender Konkurrenz und »mehr Markt« einhergehen; die offizielle Forderung nach mehr individueller Verantwortung für das eigene Leben und das Leben der Familienangehörigen ohne jegliche Garantie, dieser Verantwortung überhaupt nachkommen zu können; ein Kurs auf Modernisierung, der soziale Existenzen und natürliche Lebensgrundlagen gefährdet.

Die Regierenden hätten es vorher wissen können, ja wissen müssen. Nicht nur Umfragen durch Eurobarometer haben signalisiert, dass das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in fast allen EU-Mitgliedsstaaten in die europäischen Institutionen in den letzten Jahren drastisch gesunken ist und sich in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger das Europäische Sozialmodell und damit die EU insgesamt in einer tiefen Glaubwürdigkeits- und Legitimitätskrise befinden.

Erste Reaktionen der politischen Eliten auf das Votum in Irland

Nachdem sich die ersten Aufgeregtheiten gelegt haben, lassen sich nunmehr drei Aspekte der politischen Eliten im Umgang mit dem irischen Nein erkennen:

Erstens versuchen die Institutionen den Eindruck zu erwecken, als ginge das politische Alltagsgeschehen normal weiter. Das irische »No« wird nicht als Total Schaden dargestellt, nur als Panne, die sich beheben lässt.¹

Zweitens: Die Außenministertagung in Luxemburg sprach sich mehrheitlich für eine Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses aus. Das irische Nein soll keinen Einfluss auf den Fortgang der weiteren Ratifizierungen haben. Unterstrichen wird diese Linie durch die inzwischen erfolgte Zustimmung im Britischen Oberhaus zur Ratifizierung des Vertrags. Negiert werden die Ansagen des tschechischen Präsidenten Klaus, die durchaus noch nicht klare Entscheidung im schwedischen Parlament oder auch die Einwände des zypriotischen Präsidenten zur Fortführung des Kurses. Auch die noch offenen Verfassungsklagen in Tschechien und in Deutschland gegen den Lissabon-Vertrag werden beiseite geschoben. In Deutschland ist deshalb aber die Ratifizierung noch nicht zum Abschluss gebracht. Nach der Zustimmung von Parlament und Bundesrat fehlt aus diesem Grunde noch die Unterschrift des Bundespräsidenten.

Drittens: Nach Abschluss der Ratifizierungen Ende des Jahres soll Irland als einziger Nichtratifizierer isoliert sein und sich gezwungen sehen, eine Pro Forma Zusatzklausel zu akzeptieren und ein zweites Referendum durchzuführen. Bei einer mehrheitlichen Zustimmung trete der Vertrag noch vor der Europawahl in Kraft. Bei einer Ablehnung müsse Irland die Konsequenzen ziehen und der Vertrag trete ebenfalls noch rechtzeitig in Kraft.

Alle drei Linien gehen von einer Prämisse aus: Der Vertrag wird nicht noch einmal geöffnet. Nach dem Scheitern des Vertrags von Nizza, des Verfassungsentwurfs, wollen die politischen Eliten den Reformvertrag durchsetzen. Koste, was es wolle. Selbst den völligen Vertrauensverlust der EU-Bürger/innen in die Demokratie, vor allem aber in die EU-Institutionen und damit ein Desaster für die 2009 stattfindenden Wahlen zum Europaparlament.

Die Europäische Union neu erfinden

Die Europäische Union neu zu erfinden, ihre Grundlagen neu zu gestalten – das ist eine riesige Herausforderung für europäische Linke, die sich nicht nur, aber auch aus dem irischen »Nein!« ergibt. Das bedeutet keineswegs, wie einige meinen, die EU zerstören, abschaffen o. ä. zu wollen.

¹ Es ist erkennbar, dass die Reaktionen diesmal abgeklärter und professioneller wirken sollen als beim französischen und niederländischen »Nein«. Diese Einschätzung steht nicht im Widerspruch zu der fast beleidigten Reaktion von Herrn Pöttering und weiteren EP-Abgeordneten. Auch andere, erste übellaulige Reaktionen, wie die des deutschen Außenministers Steinmeier, werden heruntergespielt. Das Außenministerium erklärte, die Aufforderung an die irische Regierung, sie solle durch einen zeitweisen Ausstieg aus dem Integrationsprozess den Weg für den Abschluss des Ratifizierungsverfahrens freimachen, sei lediglich eine Option gewesen, die dadurch entfalle, dass Irland erklärt habe, es wolle im Integrationsprozess bleiben.

Im Kern geht es dabei vielmehr um die Stärkung und Verteidigung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere ihrer Partizipationsrechte.

Neuerfindung der Europäischen Union – ja, um den zivilen Charakter der Europäischen Union zu manifestieren.

Neuerfindung der Europäischen Union – ja, um das Recht der Bürgerinnen zum Beispiel auf selbstbestimmte Schwangerschaft, auf selbstbestimmten Umgang mit ihren Körpern zu verankern. Um die Abgabe staatlicher Souveränität prinzipiell gegen ein Mehr an individueller Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger zu tauschen.

Neuerfindung der Europäischen Union – ja, um die Entwicklung von Solidarität in der Gesellschaft zu fördern, um soziale Sicherheit für jede und jeden und Vernunft im Umgang mit der Natur zu verwirklichen.

Neuerfindung der Europäischen Union – ja, wegen einer zukunftsfähigen Energieversorgung und der Vermeidung nuklearer und anderer globaler Katastrophen!

Neuerfindung der Europäischen Union – ja, um Asylsuchenden, Flüchtlingen, Migranten ihre Würde und die Menschenrechte zu sichern, um die Europäische Union wieder für Menschen in Not zu öffnen. No Fortress Europe!

Diese Argumentation ließe sich fortsetzen. Aber ich glaube, es ist deutlich geworden, worum es mir geht.

Ich werte das irische »Nein!« nicht einfach als ein linkes, ich werte es auch nicht allein als ein europäisches, aber ich suche nach linken Antworten auf Alltagssorgen von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht mehr allein als nationale Antworten möglich sind.

Europapolitische Antworten – nicht im Gegensatz zum Nationalstaatlichen, Regional- und Lokalpolitischen, sondern in Bezug auf diese: Auf allen Ebenen geht es immer darum, die politischen Spielräume auszuschöpfen und für linke Politik zu nutzen.

Selbstverständlich droht die Gefahr, dass das irische »Nein!« vom Wochenende zunächst die Position jener stärkt, die die Europäische Union zur bloßen Freihandelszone machen wollen. Das sind weitestgehend dieselben Kräfte, die auf die Stärkung der NATO setzen.

Ich relativiere auch nicht die mehrheitliche Position unter den Linken zur Ablehnung des Lissabon-Vertrags, wenn ich vor der Gefährlichkeit jener Kräfte warne und gleichzeitig auf jene Fortschritte verweise, die uns zum Beispiel mit Blick auf die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments bei einer Nichtratifizierung verloren gingen (auch ich bin mir durchaus meiner Verantwortung als linke Parlamentarierin bewusst, das Parlament vor seiner Abschaffung bzw. einer Reduzierung seiner Rechte zu schützen).

Dennoch war und ist unser »Nein!« zu diesem Vertrag richtig und notwendig, weil er eine offene Entwicklung der EU nicht zulässt, soziale und ökologisch negative Entwicklungen nicht nur nicht stoppt, sondern sie an entscheidenden Punkten befördert (siehe den rechtlichen Vorrang der Binnenmarktfreiheiten wie Dienst-

leistungs- oder auch Niederlassungsfreiheiten, damit des freien Marktes und der globalen Konkurrenz gegenüber dem Sozialschutz von Beschäftigten, den individuellen Rechten von Menschen in der EU auf soziale Grundrechte oder auch den Aktions- und Streikrechten von Gewerkschaften).

DIE LINKE darf aus meiner Sicht nicht wählen zwischen dem amerikanisch oder mehr deutsch geprägten Neoliberalismus. Sondern muss sagen: Wir unterstützen nur, was eine Richtungsänderung hin zu zukunftsfähigen Entwicklungen unterstützt. Das leistet der Lissabon-Vertrag eben nicht.

Change the Treaty

Die entscheidende Frage, um die sich in den nächsten Wochen und Monaten die öffentliche Debatte ranken muss, ist die nach der Veränderung des Vertragstextes.

Sinn Féin hat klar angesagt: Wir akzeptieren keine kosmetischen Korrekturen am Vertrag. Wir verlangen das Aufschneiden des Vertrags an mindestens folgenden Punkten:

1. Beseitigung der Demokratiedefizite: Die Benachteiligung Irlands und anderer kleiner Mitgliedsstaaten bei Stimmverhältnissen und die Forderung nach Beibehaltung eines irischen Kommissars;
2. die Gewährleistung der irischen Neutralität: die Forderung nach einem Zusatzprotokoll zum Schutz der irischen Neutralität und von opt-out-Möglichkeiten Irlands aus weiteren Verpflichtungen des Lissabon-Vertrags wie der Beteiligung an den Finanzierungsverpflichtungen für militärische Einsätze und der Rüstungsagentur der EU sowie die Forderung nach einem opt-out-Protokoll aus dem Europäischen Atomenergievertrag (EURATOM);
3. die Stärkung der Rechte von Beschäftigten und der Stopp von Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen: die Forderung nach einem stärkeren Sozialschutz der Beschäftigten, die Ausweitung der Rechte der Gewerkschaften und der Stopp von weiteren Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen (in der EU übrigens klar mit dem Namen des irischen Kommissars Mc Creevy verbunden), der Stärkung der sozialen Ausrichtung des gesamten EU-Projektes für eine tatsächliche Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion und nachhaltiger Entwicklung.

Ich benenne die Sinn Féin-Positionen deshalb auch so klar in Abgrenzung zu anderen Motivationen (so warben auch die irischen Katholiken für ein »Nein«; sie befürchteten, dass der Lissabon-Vertrag das irische Verfassungsverbot von Schwangerschaftsabbruch brechen könnte), weil auf ihrer Basis ein klares Ja von Sinn Féin zum Europäischen Integrationsprozess – allerdings auf anderen vertraglichen Grundlagen – begründet wird.

Ich plädiere dafür, eine tiefgründige Diagnose – um mit den Worten von Francis Wurtz zu sprechen – des irischen »No« vorzunehmen.

Wer immer aber bestehende oder noch im Ratifizierungsprozess befindliche Grundverträge einer Staatenunion so verändern will, dass sie eine demokratische, zivile, sozial-ökologisch nachhaltige und solidarische Entwicklung ermöglichen, will, dass die Europäische Union eine Zukunft hat. Wer die Europäische Union jenen entreißen will, die sie neoliberal, antidemokratisch und militärisch umgestalten, kann als Linke nicht nur glühende Feministin sein, sondern muss europäisch/global denken, handeln und fühlen wollen.

»Change the Treaty« ist unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in Europa eigentlich das Unmögliche, das die Europäische Linke versuchen muss.

Das irische »Nein!« ist trotz der gegenwärtigen gesellschaftlichen und strategischen Schwäche der europäischen Linken möglich geworden. Sinn Féin hat eine kluge und offene, auf breite Bündnisse angelegte Kampagne zum Referendum geführt.

Das »Nein!« aus Irland für eine alternative Entwicklung in der EU produktiv zu machen, setzt die Fähigkeit und Bereitschaft der linken Parteien und Akteure voraus, zielgerichtet sich um andere Kräftekonstellationen in der EU zu mühen, offen zu sein für die Entwicklung einer breiten Bewegung all jener, die gleiche oder ähnliche Fragestellungen aufwerfen.

Zu der von Francis Wurtz angeregten Diagnose des irischen »Nein« gehören also nicht nur Fragen an die irischen Kampagnenträger, sondern auch an uns, die Europäische Linke, die sich als Teil der Bewegung versteht, die für ein anderes Europa eintritt.

1. Was sind die Ursachen dafür, dass sich das Fenster, das mit der Ablehnung des Verfassungsentwurfs in Frankreich und in den Niederlanden aufgestoßen wurde, nicht weiter öffnen ließ und eine breite Bewegung entstand, die die Durchführung von Referenden in weiteren Mitgliedsstaaten unüberhörbar auf die Agenda gesetzt hätte?
2. Worauf könnte sich eine vor dem Hintergrund des irischen »No!« neu entstehende Bewegung konzentrieren? An welche Erfahrungen kann angeknüpft werden? Wie weit kann sich eine solche Bewegung öffnen, um all jenen, die gleiche oder ähnliche Fragen stellen, eine gemeinsame Plattform zu bieten?
3. Für die Forderung nach Neuverhandlung des Vertrages gibt es möglicherweise nur ein kurzes Zeitfenster: die Phase des Ratifizierungsprozesses, vorerst also bis Ende des Jahres 2008. Eine Phase, die voll und ganz mit der Französischen Präsidentschaft zusammenfällt.

Die Regierenden werden unter allen Umständen an ihrer Planung festhalten wollen, die Europawahlen 2009 auf einer erneuerten Basis durchzuführen (siehe Merkel-Rede zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Berlin 15.03.2007).

Sie werden ebenso versuchen, an den erklärten Zielstellungen der Französischen Präsidentschaft festzuhalten:

- Schaffung der Grundlagen für ein EU-Verteidigungssystem und eine gemeinsame EU-Verteidigungspolitik, verbunden mit der Einbindung Frankreichs in die NATO;
- die Forcierung der EU-Migrations- und Asylpolitik, die u. a. darauf zielt, EU-Ländern die massenhafte Legalisierung von Immigranten nach spanischem Vorbild zu untersagen, einen Einwanderungspakt zu schließen, der die Grenzkontrollen verschärft, das Asylrecht vereinheitlicht und die legalen Zuwanderer nach Quoten auf die Mitgliedsländer verteilt;
- die durch die Mehrheit des EP sanktionierte Rückführungsrichtlinie soll nach Auffassung der EU-Innenminister das Problem der illegalen Migration ein für allemal lösen;
- die Umsetzung der mit dem Lissabon-Vertrag vorgesehenen neuen Institutionen wie den EU-Außenminister, den EU-Präsidenten, die ihre Arbeit mit dem 1. Januar 2009 aufnehmen sollen; die Forcierung einer EU-Mittelmeer-Union usw.²

Die Frage nach der Zukunft der EU verbindet sich in direkter Weise mit der Auseinandersetzung um die Umsetzung der Ziele Sarkozys während der französischen Präsidentschaft, der alles unternommen wird, um diese Phase nicht nur als Schadensbegrenzung bewerten zu lassen.

Sind die Mitgliedsparteien der EL bereit, sich mit Blick auf den gemeinsamen Europawahlkampf auf diese Kernfrage nach der Veränderung eines noch nicht in Kraft getretenen Grundlagenvertrages der EU zu einigen, sie in den Mittelpunkt der gemeinsamen Wahlplattform zu stellen?

Anlässe für eine solche Zielbestimmung linker und alternativer Kräfte, neuer und alter sozialer Bewegungen gibt es mehr als genug. Dazu gehören:

1. Vor wenigen Tagen hat die parlamentarische Linke im EP eine schwere Niederlage einstecken müssen. Es ist uns nicht gelungen, auch nur einen einzigen Änderungsantrag zum Kompromiss des Rates zur Rückführungsrichtlinie durchzubekommen und damit eine zweite Lesung im EP zu erzwingen. Selbst wenn alle willigen, sich links fühlenden Menschen im EP gemeinsam stimmen, gibt es eine »Deckungslücke« von zirka 130 Stimmen, um die konservativ-neoliberale Mehrheit des EP zu überstimmen. Dieser zeitliche Aufschub wäre wichtig gewesen, um eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen die Festung Europa entwickeln zu helfen. Die Art und Weise der Regelung der Migrationsströme, die Selektion von Menschen nach den Bedürfnissen des europäischen Arbeitsmarktes in Verbindung mit menschenunwürdigen Bedingungen für diejenigen,

2 Für die Präsidentschaft hat die Regierung Sarkozy ein Budget von 190 Millionen Euro (Blair-Regierung hatte 13 Mio Euro 3 Jahre zuvor eingeplant) eingestellt.

die abgeschoben werden sollen, sind Bestandteil der Vertragsgrundlagen. Sie sind gleichzeitig Schwerpunkt der französischen Präsidentschaft.

2. Die kürzlich getroffenen EuGH-Urteile zu Vaxholm/Lavalle (Schweden), Viking Line (Finnland), Rüffert (Deutschland) und in dieser Woche gegen Luxemburg (nationale Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie), der skandalöse Kompromiss im Rat zur Arbeitszeitrichtlinie, die in den nächsten Tagen erwartete Veröffentlichung der Richtlinie zu grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen stellen für uns ebenso eine Herausforderung dar wie vor zwei, drei Jahren die Dienstleistungsrichtlinie.

Dieter Klein

Das Zeitfenster für alternative Klimapolitik: von der Kunst, gegen die Herrschenden mit ihnen Unmögliches zu ermöglichen

Realismus in der Politik ist die Grundbedingung ihres Erfolges. Allerdings birgt er die Gefahr einseitiger Konzentration auf das Machbare – jedoch ohne den Anschluss an das heute noch ferne, hoffentlich aber künftig Realisierbare. Radikalismus ist unabdingbar gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung. Aber er birgt die Verführung unrealistischer Forderungen, die in die Isolation führen – zugunsten revolutionärer Visionen ohne Anschluss an die Realität und ohne Rückbindung an beschreibbare Wege dorthin.

1. These

In Anknüpfung an Frigga Haugs Überlegungen zu Rosa Luxemburg kann behauptet werden: Die Kunst radikaler Realpolitik besteht in der Verknüpfung beider Ansprüche – des Realismus und des Radikalismus – und in der produktiven wechselseitigen Korrektur ihrer Schwächen. Sie besteht im Zur-Geltung-Bringen des Wechselverhältnisses beider Pole.¹

Das schließt die Fähigkeit der Linken zur Entwicklung machbarer Politikkonzepte ein. Teils werden solche auf einigen Politikfeldern erfolgreich entwickelt. Teils ist dies eine nicht ausreichend gelöste Aufgabe, zuweilen von der Hand gewiesen mit dem Verweis darauf, wirkliche Veränderungen seien erst jenseits des Rubikon des großen revolutionären Bruches möglich. Teils wird diese Aufgabe – beispielsweise begründet mit der Auffassung, dass es nicht Aufgabe der Linken sei, Finanzierungsvorstellungen für politische Forderungen zu präsentieren – nicht wirklich angenommen.

In der Linken ist eine solche zweipolige Auffassung ihrer Politik keineswegs selbstverständlich. Verbreitet ist die Auffassung, dass demokratischer Sozialismus allein eine jenseitige Ordnung, dass er eine Utopie sei. Und eben nicht auch ein Wertesystem als Orientierung des Handelns bereits auf dem Weg dorthin.

Die Kunst radikaler Realpolitik ist es, dem demokratischen Sozialismus einen gegenwärtigen Projekt- und Alltagssinn für die Bürgerinnen und Bürger zu geben und zugleich die Anziehungskraft einer realitätsgebundenen Zukunftsvorstellung von einer emanzipativen gerechten Gesellschaft zu vermitteln.

¹ Frigga Haug: *Luxemburg und die Kunst der Politik*. Hamburg 2007, S. 58.

2. These

Die Bedingung dafür ist jedoch, bereits die Gesellschaft, in der wir leben, vom Standpunkt einer radikalen Realpolitik zu analysieren. Das heißt, einerseits die Zivilisations- und Evolutionspotentiale moderner bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zu erkennen, anzuerkennen und sie als Ansatzpunkte für alternative Politik zu nutzen – jedoch ohne opportunistische Anpassung. Und andererseits bedeutet dies, den antizivilisatorischen und Destruktionsprozessen entschiedenen Widerstand und emanzipatorische Alternativen entgegen zu setzen.

Ein solcher differenzierter Antikapitalismus, in dem *beide* Seiten linker Kritik auf die Zurückdrängung und Überwindung der Dominanz kapitalistischer Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse zielen, wird jedoch immer wieder als »weichspülende Verwässerung« diffamiert. Es sei, so kürzlich eine Äußerung in der Programmdiskussion der LINKEN, »an die Stelle klarer Systemkritik ein schwer erträgliches Schönreden von Chancen und Möglichkeiten« getreten. In solcher Rede erschlägt der Radikalismus den Realismus. Und eine der Sinnbestimmungen von Kunst, zitiert aus Wikipedia – nämlich Kunst »im Sinne von Wissen, Erkennen, Erkenntnis, Einsicht« aufzufassen –, wird in Schwarzmalerei, in »schwarze Kunst« verwandelt.

Differenziertes Sehen kennzeichnet zwar nicht alle Kunststile, macht aber die Größe vieler bedeutender Künstler aus. Ein zeitgenössischer Kunstkritiker hob beispielsweise voller Bewunderung hervor, dass die Farbe Weiß bei Jean-Baptist Chardin nicht ein einfacher Grundton sei, dass in seinem Weiß vielmehr der vom Licht hervorgerufene Reflex der umgebenden Wirklichkeit lebendig werde – als differenzierter Farbreichtum in lockerem Vortrag von Punkten ungebrochener verschiedener Grundfarben.²

Das Weiß ist nicht nur Weiß.

Der Kapitalismus ist nicht nur Kapitalismus.

Kunst ist differenziertes Sehen, auch in der Politik

3. These

Deshalb muss die Kunst der radikalen Realpolitik auch die Sprache der Linken betreffen, wie Frigga Haug wiederholt deutlich macht.³ Die menscheitsfeindlichen Grundtendenzen des neoliberalen Kapitalismus fordern ohne Zweifel jene Sprache des Zorns heraus, die Peter Sloterdijk in seinem Buch »Zorn und Zeit« als Grundgestus empfiehlt, der die Entwicklung der Gesellschaft vorantreibe.⁴ Ich bezweifle aber, dass mit der puren Sprache des Zorns ohne alle Differenzierung jene

2 Victor Lazarev: Jean-Baptist Siméon Chardin. Dresden 1966, S. 42 f.

3 Frigga Haug: Luxemburg und die Kunst der Politik. A. a. O., S. 86 ff.

4 Peter Sloterdijk: Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch. Frankfurt a. M. 2006.

Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erreichbar ist, die im erreichten und fortschreitenden Produktivitäts- und Bildungsstand, im Pluralismus und – wie immer auch reduziertem – Rechtsstaat, in Individualisierungsprozessen, offenen Grenzen, Begegnungen der Kulturen, Fortschritten der Geschlechtergleichstellung, in Selbstverantwortung und ähnlichen in langen Kämpfen errungenen Prozessen Chancen für eigene Lebensentwürfe sieht.

Zorn geißelt – und tut dies zu recht gegen soziale Ausgrenzung, Kinderarmut, geschlossene Grenzen, Ausplünderung der Bevölkerung des »Südens«, Hungertod und Elend, Kriege und Naturverstörung. Aber Zorn argumentiert in der Regel nicht. Er mag wichtigen Teilen der Bevölkerung aus der Seele gesprochen sein. Andere Milieus wird eine Reduktion allein auf die Sprache des Zorns von der Linken abschrecken.

Die Sprache der Linken bedarf des Brückenschlags zwischen Anklage der Übel und Anerkennung des Entwicklungsfähigen in den gegenwärtigen Verhältnissen. Sie muss in die verschiedenen Lebenslagen einer ausdifferenzierten Gesellschaft hineinreichen, um mit dem Habitus unterschiedlicher Milieus umgehen zu können.

Eine solche Spannweite in der Sprache der Politik wird allerdings nur dann glaubwürdig sein, wenn sie der Kunst der Politik entspricht, in Konflikten, die ganz unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen betreffen, das verbindende Gemeinsame herauszufinden.

Ich möchte die drei angedeuteten Thesen exemplarisch auf den Umgang mit der vielleicht größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts, der Abwendung einer Klimakatastrophe, beziehen.

Die Rettung vor einer Klimakatastrophe läuft darauf hinaus, die Menschheit vor der Zerstörung wesentlicher Teile ihrer natürlichen Existenzbedingungen zu bewahren. Niemals zuvor in der Geschichte musste eine derart globale und derart komplexe Aufgabe in derart kurzer Zeit mit derart weitreichenden und vernichtenden Folgen im Falle ihres Scheiterns gelöst werden.

4. These

Die Handlungsbedingungen für eine alternative Klimapolitik sind jedoch durch einen tiefen Widerspruch gekennzeichnet. Nach Expertenerwartungen muss ein radikaler Einstieg in eine solare Energierevolution als Kernstück eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft innerhalb eines extrem kurzen Zeitfensters von ein bis anderthalb Dekaden vollzogen werden. Aber in diesem Zeitraum werden die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, in denen die Ursachen der Erderwärmung in erheblichem Maße wurzeln, nicht überwunden, die Armut in großen Teilen der Erde bestenfalls vermindert und die heutigen Lebensweisen in der westlichen Welt noch tief verankert sein. Harald Welzer schließt daraus in sei-

nem Buch »Klimakriege«, dass der Versuch, eine alternative Klimapolitik noch rechtzeitig einzuleiten, scheitern wird.⁵

Um im Spiegel der Kunst, der Literatur in diesem Falle, zu bleiben: Hermann Hesse empfahl für aussichtslos erscheinende Situationen ein Verfahren nach dem Muster, das er in die Gestalt einer Frage zu dem chinesischen Moralphilosophen Konfuzius kleidete: »Ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht und es trotzdem tut?« Realpolitik also u. U. fast gegen Realismus – um die Schwelle des Unwahrscheinlichen zu überspringen. Was würde es für eine alternative Klimapolitik bedeuten, »es trotzdem zu tun«?

5. These

Radikale Realpolitik zur Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert weitere öffentliche Aufklärungsarbeit, aber auch die Überwindung starker psychologischer Verdrängungsmechanismen. Sie erfordert Veränderungen in den Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnissen durch einen Richtungswechsel in der Politik.

Zunächst: Die Folgen einer drohenden Klimakatastrophe sind so unvorstellbar und die Komplexität ihrer voraussichtlichen Wirkungen ist so extrem, dass die Annahme mit Sicherheit falsch ist, das öffentliche Bewusstsein sei nach der Vielzahl von Berichten, Konferenzen und Darstellungen in den Medien ausreichend darüber informiert. Auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts führte die Voraussehbarkeit großer Kriege keineswegs zu realistischen Vorstellungen über die Vernichtungswirkungen zweier Weltkriege oder gar über die industrielle Massenvernichtung von Menschen durch das Naziregime.

Als hochwahrscheinliche Folgen der gegenwärtigen Trends werden bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur über 2 Grad Celsius hinaus u. a. erwartet:

- durch Dürren und Niederschlagsveränderungen akute Mangelernährung für zusätzlich etwa 600 Millionen Menschen;
- Anstieg der Zahl von Menschen, die unter Wasserknappheit leiden, um 1,8 Milliarden;
- Anstieg der Zahl der von Überschwemmungen und anderen extremen Wetterereignissen Betroffenen um 180 bis 230 Millionen;
- ein hohes Risiko des Aussterbens für 20 bis 30 Prozent aller Arten mit extremen Folgen für Klima, Ernährung und Beschäftigung – beispielsweise für hunderte Millionen Menschen, deren Leben vom Fischfang abhängt;
- erhöhte Gesundheitsrisiken: allein die Erkrankung an Malaria könnte 220 bis 400 Millionen Menschen zusätzlich betreffen;
- riesige Ströme von Klimaflüchtlingen wären die hochwahrscheinliche Folge und würden zu schweren Konflikten führen;

5 Harald Welzer: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt a. M. 2008, S. 273 ff.

- Armut, Entwicklung, Entwurzelung, Ohnmacht und Ressourcenmangel können sich mit anderen Ursachen zu neuen Wellen von Gewalt und Kriegen verbinden, zur Ausbreitung von Terrorismus und Barbarei – wie schon gegenwärtig in Darfur zu beobachten ist.⁶

Dringlich bleibt also die Aufklärung über die vorausschaubaren Katastrophen für den Fall, dass in den nächsten beiden Jahrzehnten keine einschneidende Wende zu sozial-ökologischem Umbau geschieht. Selbst dann bliebe immer noch eine Differenz zu dem die Phantasie übersteigenden Unvorstellbaren.

Politische Aufklärung allein wird für die Mobilisierung von Gegenmacht jedoch nicht ausreichen. Ein Phänomen steht dagegen, das Günter Anders Apokalypseblindheit nannte. Eigentlich kann jede und jeder *wissen*, wie groß die Gefahren der Zukunft sind. Aber die meisten können es nicht *glauben*. Die Ohnmacht der Einzelnen tendiert zur Verdrängung.

Die Fähigkeit der Gesellschaften, ihre eigenen Existenzgrundlagen zu zerstören, ist größer als die Fähigkeit, Verantwortung für die Folgen menschlichen Handelns zu übernehmen. Günter Anders nannte diese Differenz die »prometheische Lücke«.⁷ Dieses Zurückbleiben der Verantwortungsfähigkeit wird durch wesentliche Umstände verstärkt:

- durch die Hochkomplexität der Ursachenketten für die Zerstörung der ökologischen Gleichgewichte;
- durch die Machtlosigkeit derer, die am meisten von Umweltkrisen, Kriegen, ökonomischer Unterentwicklung, armutsbedingter Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Staatenzerfall und Gewalt betroffen sind;
- durch das zeitliche Auseinanderfallen von verursachendem Handeln und umweltzerstörenden Folgen;
- durch den verschwindend geringen Anteil individuellen Verhaltens der einzelnen Betroffenen an den Problemen, die aus den Eigentums- und Machtstrukturen entstehen;
- durch das Grundgefühl der Mehrheit, dass Alternativen nicht machbar sind.

Alle diese Momente, die Gesellschaftsalternativen lähmend entgegenstehen, treffen auf den Klimawandel besonders stark zu. Deshalb tritt auch in der Linken die Abwendung einer Klimakatastrophe durch Großanstrengungen für einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft entschieden hinter wichtigen und fassbareren Forderungen und Konzepten, z. B. für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, für eine repressionsfreie soziale Grundsicherung und eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, für den Truppenabzug aus Afghanistan und gegen die Rente mit 67 zurück. Radikale Realpolitik darf aber nicht vor den größten

6 Nicholas Stern: The Economics of Climate Chance. Cambridge MA 2006; Ottmar Edenhofer: Warum der Klimawandel ein moralisches und ökonomisches Problem ist. Potsdam 2006.

7 Günter Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. I. München 1985, S. 266 f.

Herausforderungen zurückschrecken, die am meisten der Radikalität des Handelns bedürfen.

Auf einer erweiterten Klausur des Bereiches Politikanalyse wurde dagegen von Gästen vor kurzem die Auffassung vertreten, dass ein so hochkomplexes Thema wie der Klimawandel kein ausreichendes Mobilisierungspotential biete. Ich hoffe, dass diese Einschätzung falsch ist.

Besteht nicht die Kunst radikaler Realpolitik darin, in den gemeinsamen Wurzeln der eher überschaubaren kleineren sozialen Probleme und der globalen Großprobleme die Chance zur alternativen Bearbeitung beider Dimensionen zu erfassen? Die Verteidigung und Bewahrung öffentlicher Güter beispielsweise reicht eben vom Kampf gegen die Privatisierung von kommunalem Wohneigentum und der gestaltenden demokratischen Verfügung über kommunale öffentliche Güter bis zur Rettung der Erdatmosphäre als zu hütende Hülle menschlicher Sicherheit.

Sich den Herausforderungen des Klimawandels auf der Höhe der kaum noch verfügbaren Zeit zu stellen, umfasst ein Eingreifen von vielen archimedischen Punkten. Stichworte dafür sind:

- Steigerung der Energieeffizienz;
- Einsparen von Energie;
- konsequente Förderung erneuerbarer Energien;
- Wandel der Regulierungsinstrumentarien: stärkerer Einsatz von politischen Zielsetzungen für Emissionsminderungen und für Ressourceneffizienz, von Ge- und Verboten, starker Strukturpolitik und Dezentralisierung neben marktkonformen Instrumenten;
- Verantwortung der Industrieländer für die finanzielle und technische Unterstützung der Entwicklungsländer im Kampf gegen Armut und für die Vermeidung der ökologisch-ökonomischen Irrwege des Westens;
- Abkehr von Ressourcen vergeudenden Lebensweisen;
- Gleichzeitigkeit von ökologischem Umbau, mehr sozialer Gerechtigkeit und Erneuerung der Demokratie;
- Regionalisierung.

Ohne dies hier näher entwickeln zu können: Das bedeutet tiefe alternative Eingriffe in die Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse und damit auch in Eigentumsverhältnisse.

Aber meine These war, dass eine rettende Klimapolitik im Rahmen eines Zeitfensters vorangetrieben werden muss, in dem die gegenwärtigen Machteliten nicht abgelöst sein werden.

6. These

Wenn das zutrifft, bedeutet dies für die Kunst linker radikaler Realpolitik, den Kampf um die Zurückdrängung von Profitdominanz und Herrschaft der Macht-

eliten mit dem Kampf um Bündnisse bis in die obere Mitte der Gesellschaft und mit Überlebensfragen wie dem Klimawandel mit verantwortungsfähigen Teilen der Machteliten verknüpfen zu müssen.

Dann würde in der Tat die Dialektik von Zivilisations- und Zerstörungspotentialen moderner bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften ein wichtiger Ausgangspunkt linker Programmatik, Strategie und Politik sein müssen. Dann würde die Sprache der Linken gleichermaßen für die Überwindung der neoliberalen Ausformung des Kapitalismus wie für Kompromisse mit den Mächtigen tauglich sein müssen – als Medium einer solchen Politik des unmöglichen Möglichen.

Wenn eine reale Chance bestünde, den Machteliten durch einen Wandel der Kräfteverhältnisse in den unterschiedlichsten Kämpfen alternativer Akteure Überlebensvernunft abzurufen – könnte eine solche Aussicht nicht relevante Teile der Bevölkerung rund um die Erde mobilisieren, die sich gegenwärtig von dem Anschein der Alternativlosigkeit lähmen lassen?

7. These

Zur Chance der Lernfähigkeit von Teilen der herrschenden Klasse: Ist der Kapitalismus solarrevolutionsfähig? Oder ist die Hoffnung darauf nur opportunistische Illusion?

Gegen diese Chance sprechen viele historische Erfahrungen und vor allem das Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus. George Soros, oft als König der Spekulanten bezeichnet, brachte den Widerstreit zwischen individueller Einsichtsfähigkeit mancher Exponenten der Machtelite und ihrem Verhaftetsein im Mechanismus der Kapitalverwertung zum Ausdruck, als er schrieb: »Als Bürger bin ich an sozialen Werten interessiert, an Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und was auch immer – all diesen Werten können Marktteilnehmer keinerlei Ausdruck verleihen.«⁸ »Unternehmen werden von Profis geleitet, deren Managementgrundsätze nur ein Ziel haben: Profitmaximierung.«⁹

Die ökonomischen Gesetze haben jedoch stets Tendenzcharakter; sie wirken im Wechselverhältnis von Tendenzen und Gegentendenzen. Sie setzen sich im Handeln von Menschen, von Klassen oder sozialen Gruppen und im Widerstreit von deren Interessen durch.

Karl Marx zeichnete im »Kapital« nach, wie im frühen Kapitalismus die Konkurrenz um höchstmöglichen Mehrwert zur Ausdehnung des proletarischen Arbeitstages bis zu 16 Stunden an 6 Werktagen in der Woche führte und auch Frauen und Kinder solcher extremen Ausbeutung unterworfen wurden. Mit der Gesundheit der Lohnabhängigen untergruben die Fabrikanten die Grundlagen ihres gesamten Ausbeutungssystems. Ihr eigenes Interesse an der Erhaltung der Arbeits-

8 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Berlin 1998, S. 25.

9 Ebenda, S. 153.

kräfte der Proletarier als Quelle ihrer Profite musste ihnen erst durch den Klassenkampf der Arbeiter¹⁰ und durch »gesellschaftliche Kontrolle«,¹¹ die den Arbeitstag gesetzlich beschränkte, aufgezwungen werden. Eine vollständig veränderte Produktionsweise, die, statt auf der Verlängerung des Arbeitstages, auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität beruhte, war die Folge.

Die Geschichte des Kapitalismus kennt viele Beispiele des Lernens und der Anpassung der Herrschenden unter Schock, unter extremem Problemdruck und unter dem entscheidenden Einfluss von Gegenmächten.

Dazu gehören die Herausbildung des New Deal in den USA unter Präsident Roosevelt als Reaktion auf den Schock der Weltwirtschaftskrise, die Einführung des Bretton-Woods-Systems als Reaktion auf Erschütterungen des Kapitalismus durch die Nachkriegs-Inflationskrisen nach dem Ersten Weltkrieg, und das Bündnis der Westmächte mit ihrem verhassten Feind, der Sowjetunion, als die Entartung des Kapitalismus in Deutschland, Japan, Italien und anderen Ländern die gesamte bürgerliche Zivilisation bedrohte. Auch der wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiss nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem äußeren Druck des Staatssozialismus und im Ergebnis der Kämpfe der erstarkenden Linken und der Gewerkschaften schloss Lernprozesse der Mächtigen ein. Die reale Gefahr eines großen Atomkrieges zwischen der Sowjetunion und den USA zwang die Herrschenden auf beiden Seiten zu gemeinsamer Rüstungskontrolle und zu Abrüstungsvereinbarungen.

Allen diesen Lernprozessen der Machteliten ist gemeinsam, dass sie auf Gefährdungen von Grundlagen ihrer Herrschaft und auf den Kampf von Gegenmächten mit erheblichen Veränderungen in der Gesellschaft reagierten.

Ein Fortschreiten des Klimawandels samt seiner sozialen Folgen muss die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus derart vertiefen, dass schwere Erschütterungen des Machtgefüges kaum vermeidbar sein werden. Die katastrophischen Folgen des fossilistischen Kapitalismus führten zu einem »Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen«.¹²

Nach den Jahrzehnten des neoliberalen Kapitalismus entsteht abermals eine Scheidewegkonstellation, in der die Klimaproblematik und ihre Verflechtung mit neuerlicher Ausweitung der Armut und des Hungers von hunderten Millionen Menschen, mit konfliktgeladenen Migrationsströmen und mit Kriegen eine neuartige Zentralität gewinnen könnten – anders als in der Umbruchsituation der siebziger Jahre.

Möglich ist gleichwohl ein »Weiter-so« auf neoliberalen und nur unzureichend korrigierten fossilistisch-atomaren Bahnen. Möglich ist sogar eine bisher unbekannte Entzivilisierung des globalen Kapitalismus mit der Tendenz zu extrem aggressiver und autoritärer Politik der Herrschenden.

10 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 316.

11 Ebenda.

12 Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Münster 2006.

Aber es rückt auch in den Bereich der Realpolitik der Linken und breiter Allianzen demokratischer Kräfte, den Herrschenden eine Abkehr von einer fossilistisch-atomaren Energiebasis aufzunötigen – eben weil diese die gegenwärtigen Machtstrukturen gefährdet. Eine solche Abkehr kann allerdings unter gegensätzlichen Vorzeichen erfolgen. In zunehmend autoritärer Weise bei Abwälzung der vorausschaubar riesigen Lasten des Umbaus auf die ohnehin sozial Schwächeren oder durch weitreichende Demokratisierungsprozesse, Dezentralisierung der Energieversorgung gegen die Macht der Energiekonzerne, Zurückdrängung der Marktmechanismen zugunsten langfristiger Strukturpolitik unter demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle und der Kombination von Entwicklungs- und Klimapolitik gegen die Armut im »Süden«.

Anders ausgedrückt: Die Kunst radikaler Realpolitik könnte darin bestehen, Teile der herrschenden Machteliten und ihrer Dienstklasse zu einer Politik zu drängen, die auf einen demokratischen Kapitalismus mit deutlichen Ansätzen für einen ökologischen Umbau hinausläuft.

Eine Unumkehrbarkeit solcher Entwicklungsvariante erfordert aus der Sicht der Linken, den Weg zu sozialer Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit als einen transformatorischen Prozess zu verstehen, der in die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus münden wird.

Ein solcher Transformationsprozess wird kein harmonisches Hinüberwachsen in eine andere Ordnung sein, sondern harte Kämpfe um jeden kleinen Schritt und um tiefe Brüche mit den herrschenden Eigentums- und Machtverhältnissen umfassen. In diesem Prozess geht es schon in absehbarer Zeit nicht allein um das kleine Machbare, sondern zugleich um Lösungen für globale Großprobleme.

Eine sozialistische Transformationstheorie muss als Theorie der Möglichkeit klassenübergreifender Abwendung globaler Gefahren *im* Kapitalismus mit der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus entwickelt werden. Ohne den Einsatz ökonomischer Machtpotenziale des Kapitalismus und ohne die Ausnutzung des bürgerlichen Staates als Arena der Kämpfe und des Aushandelns zwischen unterschiedlichen Interessen werden eine Klimakatastrophe und andere globale Gefahren nicht rechtzeitig zu bannen sein.

Wenn es um gemeinsames Überleben geht, gerät auf neue Weise die in den achtziger Jahren entwickelte und in Rüstungskontrolle und Abrüstungsschritten zur Geltung gebrachte Politik Gemeinsamer und Komplexer Sicherheit in den Blick. Aufgrund seiner eigenen strukturellen Grunddefizite und der darin wurzelnden Niedergangsprozesse mündete der mit der Politik Gemeinsamer Sicherheit verbundene »Wandel durch Annäherung« für den Staatssozialismus in seinen Untergang.

In der Gegenwart zielt die Formel von dem »einen Boot«, in dem wir alle saßen, darauf, alternative Forderungen abermals in die gegebenen Herrschaftsverhältnisse zu integrieren. Gemeinsames Handeln gegensätzlicher gesellschaftlicher Kräfte im umkämpften Verlauf von Lösungsschritten birgt offenbar die Tendenz der Ein-

verleibung der Beteiligten in den hegemonialen neoliberalen Kräfteblock. Das darf die Linke jedoch nicht von breitesten Allianzen für die Rettung des Erdklimas, für die Ächtung von Kriegen und des Rechts auf Entwicklung abhalten.

Wohl aber ist herauszufinden, wie eine Politik der Klimastabilisierung mit der Zurückdrängung des shareholder value und der Profitdominanz im Interesse globaler Problemlösungen verbunden werden kann – mit einem transformatorischen Prozess also.

Die Utopie ist aber nicht allein in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft anzusiedeln. Der Transformationsprozess selbst birgt schon utopisch Anmutendes: gravierende Fortschritte bei der Lösung von Menschheitsproblemen bereits unterwegs zu einer anderen Gesellschaft.

Im Althochdeutschen konnotierte das Wort »Kunst« mit »können« und mit der Vorstellung von Meisterschaft: Kunst im Gegensatz zum gewohnten Mittelmaß und zu herkömmlicher Normalität.¹³ Die Bewahrung der menschlichen Gesellschaft vor der Zerstörung ihrer Naturgrundlagen verlangt der Politik genau dies ab: meisterliches Können.

Für die Linke bedeutet dies, dem sozialökologischen Umbau und vorrangig einer solaren Energierevolution im Verein mit einem neuen Anlauf zu einer alternativen Friedens- und Sicherheitspolitik ein bisher nicht erkennbares erstrangiges Gewicht in einer Theorie demokratisch-sozialistischer Transformation und entsprechender Realpolitik zu geben. Als strategische Kernaufgabe hat sie eine weitreichende Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch breiteste Allianzen und Bündnisse demokratischer Kräfte bis in Milieus der oberen Mitte zu verfolgen – so dass relevante Teile der herrschenden Klasse gezwungen werden, sich nachhaltiger Entwicklung zu öffnen.

¹³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Kunst>.

Revolutionäre Realpolitik und sozialökologischer Umbau

Eine Frage zur Einstimmung: Woher kommt es, dass Millionen Frauen und Männer und insbesondere zahlreiche junge Menschen eine solch starke emotionale Bindung zu Rosa Luxemburg entwickeln?

Jahrzehnte nach ihrer Ermordung erreicht Rosa Luxemburg immer noch und immer wieder neu Bürgerinnen und Bürger mit »linken Einstellungsmomenten«, eint die Linken mit ihren unterschiedlichen Traditionen, Positionen und Kulturen in ihren Sehnsüchten nach »einer anderen Welt«: Ungebrochen verkörpert sie rückhaltlosen Einsatz für Gerechtigkeit, kompromisslose Kapitalismuskritik, den ungestümen Willen und das unaufhaltsame Drängen nach einem Sozialismus, der vor allem durch die heute Gedemütigten erkämpft und geschaffen wird. Sie steht für bedingungslose Ehrlichkeit und Prinzipientreue, für Leidenschaft und Warmherzigkeit, für Liebe – »voll und ganz«, für Verbundenheit mit der Natur und »allem Schönen«. Sie ist die »wahre Sozialdemokratin«, die Kommunistin, die Internationalistin, die »wirkliche Marxistin«, die Polin, die Jüdin, die begehrenswerte Frau und Idealistin. Sie ist die Kritikerin der »orthodoxen« Marxisten, Lenins und der bolschewistischen Politik, die mit der deutschen Sozialdemokratie gebrochen hatte. Sie ist die von Lenin Geschätzte und von Leninisten Geachtete, die sie nicht verstanden, fürchteten und bekämpften. Sie ist die von der SED Gebrauchte und durch deren rechte Gegner Missbrauchte. Sie ist Symbol sozialistischer Kritiker/innen am so genannten Sozialismus, die ihre Werte in Auseinandersetzung sowohl mit dem Kapitalismus als auch mit dem Stalinismus entwickeln.

Rosa Luxemburg ist und bleibt die liebenswerte konsequente Kämpferin für demokratischen Sozialismus, frei von stalinistischem Makel. Ihr Erbe ist eine Kultur, die im Kampf für das Ziel nur Mittel gebraucht, die dem Ziel entsprechen – solidarisch und demokratisch sein, um eine humanistische Gesellschaft zu schaffen. Die Kultur, das heute Mögliche in das Verhältnis zum Ziel setzen und darum kämpfen, dass das Mögliche auch als Schritt zum Ziel Wirklichkeit wird – sozialistische Politik als revolutionäre Realpolitik.

Was die Einstimmung mit sozialökologischem Umbau zu tun hat

Das Konzept vom sozialökologischen Umbau setzt bei Marxschen Grundideen an, die Luxemburg aufgenommen und bereichert hat: das Verständnis von Gesellschaft, das Ziel sozialistischer Bewegung, die materialistische Dialektik als Me-

thode. Demokratischer Sozialismus als Transformationsprojekt und sozialökologischer Umbau gehören zusammen. Sie können gelingen, wird revolutionäre Realpolitik betrieben, was nicht zuletzt auch Fantasie, Einfallsreichtum und Unternehmungslust verlangt.

Wenn das Ziel eine Gesellschaft ist, in der die freie Entfaltung einer und eines jeden als Bedingung für die freie Entfaltung aller gilt, dann muss die gesellschaftliche Entwicklung an individueller Freiheit und Streben nach Selbstvervollkommnung, an sozialer Gleichheit und solidarischem Miteinander ausgerichtet werden. Die Assoziation der Freien und sozial Gleichen setzt den Erwerb individueller und kollektiver Fähigkeiten und Verhaltensweisen voraus, eine neue Qualität gesellschaftlicher Arbeitsteilung, der Produktions- und insbesondere Arbeitsmittelentwicklung und daher der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln. Sie kann nur entstehen und sich erneuern, wenn die natürlichen Lebensbedingungen erhalten und fortwährend verbessert werden, die öffentliche Gesundheit kontinuierlich gehoben und dabei die individuellen Stoffwechselprozesse der Menschen von Umweltgiften befreit werden. Die gesellschaftliche Entwicklung muss also an Vernunft und Verantwortung im Umgang mit der Natur orientiert werden.

Die Individuen sind immer Mädchen und Jungen, Männer und Frauen, die in Geschlechterverhältnissen und Geschlechterverhältnisse leben.

Individuelle Freiheit, soziale Gleichheit, solidarisches Miteinander und Vernunft im Umgang mit der Natur gehören zusammen – ein spezifisches »magisches Viereck« der Ziele. »Magisches Viereck« (nicht zuletzt, um Anhänger/innen von Herrn Keynes freundlich zu foppen), weil kein Ziel auf Kosten der anderen drei erreicht werden soll. Es gibt nur die individuelle Freiheit für jede und jeden bei ihrer sozialen Gleichheit, ihrer Solidarität und ihrem rationalen Umgang mit der Natur. Dieser Zusammenhang bestimmt die Prinzipien in den Kämpfen um die neue Gesellschaft.

Der zu meisternde sozialökologische Umbau ist eine tiefgreifende Transformation von gesellschaftlichen Verhältnissen und gesellschaftlichen Naturverhältnissen, in der sich die Individuen, die Verhältnisse zwischen ihnen und zur Natur grundlegend wandeln.

»Sozialökologischer Umbau« ist ein theoretisches Konzept, das auch und insbesondere Marx'sches Erbe nutzt, eine programmatische und strategische Orientierung für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, die Herausforderung für linke Politik im Alltag.

Die Ironie oder auch Tragik der Geschichte besteht darin, dass gegenwärtig die größten Herausforderungen für linke Politik gerade in der Abwehr jener zerstörerischer Prozesse bestehen, deren Durchsetzung individuelle Freiheit, soziale Gleichheit, solidarisches Miteinander und Vernunft im Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen unmöglich machen:

- Armut, soziale Ausgrenzung – darunter Arbeitslosigkeit –, (wachsende) soziale und territoriale Spaltungen;
- Natur- und Kulturzerstörung, vor allem globale Erwärmung, Artensterben;
- Entdemokratisierung, Überwachung und Repression, Verlust demokratischer Gestaltungs- und politischer Steuerungsmöglichkeiten (insbesondere durch Privatisierung öffentlicher Leistungen, Verarmung von Kommunen und Regionen), Fundamentalismen/Extremismen;
- Militarisierung und Kriege, bewaffnete Konflikte und Attacken.

Das Zurasen auf den Klimakollaps und die Verknappung von natürlichen Ressourcen, insbesondere von fossilen und – was oft übersehen wird – atomaren Energieträgern, und die Verquickung mit den anderen zerstörerischen Prozessen drohen, die Menschheit in die Katastrophe zu reißen. Da ist bereits ein großer Teil von ihr: Millionen tragische Einzelschicksale, die global Schwächsten leben (schon) nicht mehr, sondern vegetieren. Weitere Millionen stehen am Rande des Abgrundes und werden massenhaft in das Loch fallen, in die Hölle stürzen – jede Formulierung mutet zynisch an.

Es kann keine Allianz geben, die »Falsche« mit einschließt oder »die guten Sitten und Normen« sprengt, wenn es darum geht, den global Schwächsten wirklich zu helfen, die humane Katastrophe menschlich zu bannen.

Revolutionäre Realpolitik bedeutet insbesondere, sich-zurück-zu-nehmen, was eigene Ängste und Unwillen gegen solche Bündnisse anbelangt, und gleichzeitig sich-voll-zu-engagieren für die Schwächsten und die »großen Ziele«. Die Schritte im Sinne des »magischen Vierecks« (Herr John Maynard Keynes würde über den Begriffsklau erhaben schmunzeln) müssen aus der gesellschaftspolitischen Defensive eingeleitet werden, gesellschaftspolitische Reformalternativen müssen in Abwehrkämpfen gegen die zerstörerische Politik der Herrschenden entwickelt werden.

Sozialökologischer Umbau als Herausforderung für sozialistische Alltagspolitik

»Magisches Viereck« im Alltag von Sozialistinnen und Sozialisten bedeutet u. a., dass es keine prinzipielle Rangfolge der Eckpunkte nach ihrer Wichtigkeit gibt: Ihre Umweltpolitik wird nie soziale Nöte und demokratische Grundrechte gering schätzen. Moderne Sozialistinnen und Sozialisten sehen immer von der Warte jener auf die einzelnen Viereck-Winkel, denen das jeweilige Ziel am stärksten gestellt ist. Sozialistische Kommunalpolitiker/innen – auch im ärmsten oder reichsten deutschen Bundesland – müssen immer die global Ärmsten (insbesondere die Frauen und Kinder) mitdenken, die am empfindlichsten unter den von zerstörerischen Akteuren – auch und insbesondere in der Bundesrepublik lebenden – ge-

machten Katastrophen leiden. Wird das »magische Viereck« den vier zerstörerischen Prozessen bzw. Tendenzen gegenübergestellt, werden Zusammenhänge zwischen diesen, zwischen ihren Verursachern und die verschiedenen Problemdimensionen deutlicher sichtbar. Das betrifft insbesondere die Konzerne der Energiewirtschaft einerseits und mögliche Allianzen wider die Interessen und Strategien der Energiekonzerne andererseits.

a) Zur Illustration für den individuellen Alltag: 1. Der Arbeitslosen, die sich vielleicht erstmalig zu sozialem Protest gedrängt sieht, würde sicher kaum »ein/e Linke/r« erklären: »Ohne Frieden ist alles nichts. Geh lieber zur Demo gegen die Bundeswehr in Afghanistan oder mach beides.« Vielmehr wäre ihr zu sagen: »Du hast recht mit Deiner Wut. Es wird soviel Arbeit gebraucht, die nicht geleistet wird. Hingegen werden Bomben produziert. Konversion ist arbeitsintensiv. Man hat errechnet, dass mindestens vier Mal mehr Arbeitsplätze für die Rüstungskonversion als für die Rüstungsproduktion gebraucht werden. Geh auf jeden Fall zur Arbeitsloseninitiative. Ich gehe morgen zur Demo gegen die deutsche Afghanistan-Politik. Komm doch mit!« 2. Der Hartz-IV-Bezieherin, die darüber klagt, dass aus Geldnot ihr Kind nicht mit ihren Freundinnen ins Kino gehen kann, hilft kein Hinweis auf die armen Kinder in Afrika, die nicht einmal erfahren, was ein Kino ist. Es könnte ihr erwidert werden: »Es ist ein Unding, dass Kindern sogar der Gang ins Kino unmöglich wird, zumal im Moment richtig gute Kinderfilme (...) gezeigt werden. Im Kiezzentrum können Kinder donnerstags um 17.00 Uhr unentgeltlich Filme sehen. Das Zentrum soll zugemacht oder privatisiert werden, weil die Betriebskosten zu hoch sind und wegen der Energiepreise weiter steigen. Es rechnet sich nicht. Am Mittwoch gibt es eine Versammlung von Bürger/innen gegen die Schließung. Wenn man bedenkt, wie viel für die Rüstung oder allein die Protzbauten am B-Platz ausgegeben wird, kann man die Toblust kriegen. Da könnte Deine Tochter täglich 100 vernünftige Filme sehen. Und wenn man dann noch weiß, dass in der Bundesrepublik Kinderflüchtlinge in Haft sind und abgeschoben werden und dass weltweit eine halbe Milliarde Kinder nur vegetiert, kann man richtig rasend werden. Ich habe hier eine Postkarte von »Pro Asyl«. Sieh sie Dir mal an. Du kannst sie unterschreiben und mir wieder geben. Ich schicke sie dann mit meiner ab.« 3. Zur Armen, die sich mit Blick auf die Energiepreise vor dem Winter fürchtet, könnte bemerkt werden: »Ja, da muss etwas geschehen. Ich weiß von einer Petition zur Sicherung von Energie als Grundversorgung. Die gebe ich Dir zum Unterschreiben. Und nimm die bitte mit zur Arbeitsloseninitiative und wo sonst Du noch hingehst. Und dann sollte man sich mal ansehen, wer die Preistreiber sind und was sie so tun. Die asozialen Energiekonzerne werben für »Lecker-Strom«, statt endlich dafür zu sorgen, dass die Leute zu vernünftigen Preisen ökologisch produzierten Strom bekommen. Aber nein, sie bekämpfen Ökostromproduzenten, vernichten Klima und Umwelt, verstehen sich aufs beste mit der Rüstungsindustrie und solchen wie Herrn Bush. Ich habe dazu ein Infomaterial. Das gebe ich Dir gerne mit. Vielleicht guckst Du auch mal auf die angegebene

Website.« 4. Und dann gibt es Leute, denen es richtig gut geht, die Hartz IV in Ordnung finden, die die Nahost-Politik der Regierungen von Bundesrepublik und USA als alternativlos ansehen, aber die herrschende Energiepolitik als ökologisch kontraproduktiv. Auch sie sind ansprechbar: Haben Sie schon mal was von der Aktion »Stromwechsel« gehört? Es gibt auch ganz Interessantes in Sachen »Energiegenossenschaften«. Dazu sagen die beiden Webseiten [www. de](http://www....de) mehr. Und dann sollte man nicht vergessen, dass die Preise für Strom und Wärme wirklich für große Teile der Bevölkerung unerschwinglich sind. Ich kenne Hartz-IV-Bezieherinnen, die sich vor dem Winter fürchten und ihren Kindern nicht einmal Geld für das Kino geben können. Es läuft da eine Petition zur Sicherung von Energie als Grundversorgung. Und dann soll man sich doch mal ansehen, was die Energiekonzerne in der ›Dritten Welt‹ machen und wie sie im Nahen Osten mitmischen. Dazu bringt ›Arte‹ morgen Abend eine Sendung.«

Zweifellos ist es vor allem eine Kulturfrage, ob sich Menschen das Denken in Zusammenhängen – auch und insbesondere in Bezug auf die vier Winkel des »magischen Vierecks« – aneignen, anderen – in verschiedenen sozialen Situationen und Zusammenhängen mit unterschiedlichen politischen Positionen – Einsichten mitteilen und versuchen, sie zu Aktivitäten zu motivieren. Die konkrete Antwort hat mit Fähigkeiten, Interessen, Mentalitäten und letztendlich mit Wissen, Aktivität und sozialer Verankerung zu tun. Alltagserfahrungen belegen ferner, dass die Probleme und lokal auslösbaren Aktivitäten verschiedene gesellschaftliche Ebenen betreffen, die alle für praktische Politik wichtig sind. Die Analyse macht deutlich, dass die *Energieproblematik* und die *Bewertung bzw. Organisation gesellschaftlich nützlicher/gesellschaftlich notwendiger Arbeit* Schlüsselfragen in der Auseinandersetzung mit den vier zerstörerischen Tendenzen und im Eintreten für das »magische Viereck« sind. Es ist von hohem Stellenwert, wie sich die kollektiven Akteure zur thematisierten Kulturfrage stellen, inwiefern sie befördern, dass ihre Mitglieder selbstbestimmt und selbstbewusst agieren und inwiefern sie ihre Politik ausgehend von den Erfahrungen und Einsichten ihrer Mitglieder entwickeln.

b) Zur Illustration für den kollektiven Alltag: Wird gefragt, welche der unter a) genannten Probleme sowohl die sozial Schwächsten als auch andere besonders treffen, so wären das die Schließung des Kiezzentrums und die konkreten Auswirkungen der Energiepolitik. Den verschiedenen kollektiven Akteure wäre daher geraten, sich beiden zuzuwenden und auf die Verteidigung sowie den Umbau des Kiezzentrums zu fokussieren. Schließlich haben die hohen Betriebskosten mit den Energiepreisen zu tun und bietet sich das Kiezzentrum an, zum Modellprojekt für eine sozial und ökologisch vernünftige Energieversorgung zu werden. Das Kiezzentrum wäre eine Herausforderung für friedens-, sozial-, umwelt- und demokratiepolitisch Engagierte und ihre Organisationen, ein Gradmesser für deren Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit. 1. Die Friedensengagierten: »Wir tagen seit Jahren im Kiezzentrum und haben hier verschiedene Veranstaltungen durchge-

führt, zu denen auch Bürgerinnen und Bürger gekommen sind, die sonst nicht mit uns zusammenarbeiten. Wir sagen immer wieder, dass Friedenssicherung und eine Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien zusammengehören. Wir sind bereit, uns an Aktionen zur Verteidigung des Kiezzentrums und an Arbeiten für seinen Umbau – insbesondere seiner Energieversorgung – zu beteiligen. Dafür können wir sicher auch noch andere gewinnen.« 2. Die sozialpolitisch Engagierten: »Das Zentrum muss bleiben. Wir wissen um seine Bedeutung für das Leben im Kiez, insbesondere für die Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Hier findet multikulturelles Leben statt. Hier machen wir unsere Mieten- und Rentenberatungen, hier tagt die Arbeitsloseninitiative. Wir haben immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass kommunale Infrastruktur in öffentlicher Hand und erhalten bleibt. Und nicht zuletzt hängen am Kiezzentrum sinnvolle Arbeitsplätze, hoch engagierte Mitarbeiter/innen. Wir sind bereit, uns an Aktionen zur Verteidigung des Kiezzentrums und an Arbeiten für seinen Umbau – insbesondere seiner Energieversorgung – zu beteiligen.« 3. »Die Umweltpolitisch Aktiven: Wir haben hier viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt und ihnen aufgezeigt, wie Soziales, Ökonomie und Umweltbewusstsein zusammengehen. Was macht es für einen Sinn, wenn das Kiezzentrum geschlossen oder privatisiert wird, wenn dann die einen mit dem Auto zu einer anderen Einrichtung fahren und die ohne Auto auf der Straße mit Getränkedosen Fußball spielen? Wir sind bereit, uns an Aktionen zur Verteidigung des Kiezzentrums und an Arbeiten für seinen Umbau – insbesondere seiner Energieversorgung – zu beteiligen. Wir kennen da auch regionale Unternehmen, die vielleicht helfen würden.« 4. Die Streiter/innen für Demokratie: »Wir haben im Kiezzentrum für eine Senkung der notwendigen Quoren für Bürgerbegehre und Bürgerentscheid geworben. Für die Schließung oder Privatisierung gibt es kein demokratisches BürgerInnenvotum. Ganz zu schweigen davon, dass die Kinder und Ausländer/innen nicht abstimmen können, aber die Hauptnutzer/innen sind. Wir sind bereit, uns an Aktionen zur Verteidigung des Kiezzentrums und an Arbeiten für seinen Umbau – insbesondere seiner Energieversorgung – zu beteiligen. Über die Nutzung müssen künftig stärker die Bürger/innen und vor allem die Nutzer/innen mitentscheiden.«

Gemeinsame Erfahrungen und gemeinsam genutzter Raum begünstigen zweifellos die Kooperation der verschiedenen kollektiven Akteure. Aber entscheidend sind das individuelle Verhalten der Mitglieder, das Gewicht ihrer Stimmen bei den Entscheidungen zu Positionen und Aktionen ihrer Zusammenschlüsse.

Interessiert sie die Einflussnahme auf die Energiepolitik und die Organisation gesellschaftlich nützlicher/gesellschaftlich notwendiger Arbeit, müssen sie sich wesentlich mit dem *Einsatz öffentlicher Ressourcen, dem Erhalt und Gebrauch des öffentlichen Eigentums* auseinandersetzen.

Schließlich könnte das Szenario auch anders aussehen, z. B.: 1. Die Friedensinitiative: »Unser beschlossener Schwerpunkt ist der Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Unser Vorstand sagt, dass alle Aktivitäten dem unterzuordnen sind.« 2. Die

Gewerkschaft: »Die Mitarbeiter/innen sind keine Gewerkschaftsmitglieder.« Oder: »Uns interessiert vor allem der Sozialplan. Wir kennen die Probleme und haben daher mit der Verwaltung einen Interessenausgleich vereinbart.« Die Arbeitsloseninitiative: »Der Pfarrer hat uns die Gemeinderäume für unsere Zusammenkünfte angeboten.« 3. Der Umweltverband: »Die Wärmedämmung und die Heizung des Zentrums sind ja auch wirklich das Letzte.« 4. Die Demokratie-Initiative: »Zu unserer Veranstaltung kamen sowieso nur wenige. Im Jugendclub des Kiezzentrums sollen Rechte gesehen worden sein.« 5. Die (Fraktion/en der) linke/n Partei(en): »Beim Haushalt muss man immer Kröten schlucken. Uns war der Erhalt der Kita wichtiger. Das Kiezzentrum wird zu wenig genutzt, und außerdem treffen sich da Chaoten, die nach ihren linksradikalen Treffen nicht mal aufräumen. Es soll Interessenten an einer Privatisierung geben, so dass das Zentrum erhalten bleiben könnte.«

Das Kiezzentrum wird also im Negativszenario nicht als eigenes und zugleich mit anderen gemeinsames Problem angesehen. Es könnte aber auch ein 2. Negativszenario geben: Die meisten Mitglieder der Organisationen sind für ein Engagement für das Kiezzentrum, werden aber in der eigenen Organisation nicht gehört (weil z. B. im »Sommerloch« keine Versammlungen einberufen werden). Ein drittes Negativszenario könnte auch wie folgt aussehen: Friedensinitiative, Gewerkschaft, Arbeitsloseninitiative, Umweltverband, Runder Tisch, »Demokratie« schreiben eine Presseerklärung, in der sie die Bedeutung des Kiezzentrums für das Leben in der Kommune hervorheben und die linke Partei bzw. deren Fraktion in der Kommunalversammlung auffordern, sich nachhaltig für den Erhalt des Zentrums einzusetzen, für seine Erhalt zu sorgen.

Weitere öffentliche Unternehmen und Einrichtungen werden geschlossen oder (zunächst) privatisiert, wenn nicht die Nutzer/innen gemeinsam mit anderen Bürger/innen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren dagegen erfolgreich aufbegehren. Damit bleiben Chancen ungenutzt, Öffentliches zu demokratisieren und zu ökologisieren, wodurch zu einen neue Einsichten und kulturelle Zusammenhänge, neue soziale und politische Erfahrungen entstehen könnten. Es werden zum anderen Möglichkeiten verspielt, nachhaltig Einfluss auf gesellschaftliches Leben zu nehmen, dem sozialen, ökologischen, demokratischen und friedenspolitischen Engagement neue Impulse und konkrete Gemeinsamkeit zu geben.

Positivszenario: Das Kiezzentrum bleibt in öffentlicher Hand. Jene, die sich für seinen Erhalt eingesetzt haben, bestimmen wesentlich über seine konkrete Nutzung. Sie bieten mehr eigene Veranstaltungen an, tagen in erster Linie nur noch hier, kommunizieren und kooperieren untereinander stärker als zuvor und vor allem mit den verschiedenen Nutzer/innen. Das Zentrum wurde umgebaut. Kleine und mittlere Unternehmen aus der Region waren daran beteiligt und haben zusätzlich dafür gesorgt, dass alles billiger wurde. Sie haben geholfen, geeignete Fachleute zu gewinnen, die die optimale Lösung günstig konzipierten. Das Kiezzentrum verkörpert nicht nur sehr Modernes in Sachen ökologischer und ökonomischer

Energieanwendung, sondern ist ein »Schmuckstück« – die Verbindung von Kunst der »Hochkultur«, Ergebnissen der lokalen Keramik- und Malgruppe bis hin zu den von Schul- und Kita-Kindern bemalten Flurwänden. Die in- und ausländischen Partner/innen der Organisationen werden eingeladen, die nächste Tagung hier zu veranstalten. Die Nutzer/innen des Zentrums erleben eine »größer gewordene Welt«, erfahren von ähnlichen Projekten, von Menschen in scheinbar auswegloser Lage, die dringend konkrete Hilfe brauchen. Die beteiligten Bürger/innen bzw. Mitglieder von kollektiven Akteuren bzw. Organisationen haben neue Bekanntschaften gemacht, Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen geknüpft.

1. Die Friedensinitiative: »Wir haben gar nicht gedacht, dass es hier so viele Linke und so vernünftige Unternehmer/innen gibt. Vielleicht sollten wir mit ihnen, den Ökos und Gewerkschafter/innen mal über Konversion reden? Jedenfalls werden wir jetzt immer Infos über unsere Aktivitäten an die anderen schicken und überlegen, was wir vielleicht zweimal im Jahr gemeinsam veranstalten können. Auch auf der Bundesebene sollten wir mehr über solche Themen wie »Energiewende und sinnvolle Arbeitsplätze« sprechen, um bündnispolitisch wirksamer zu werden.« 2. Die Arbeitsloseninitiative: »Die Gewerkschafter/innen waren erstaunlich offen und die Ökos gar nicht so verrückt. Jedenfalls sollten wir jetzt immer Infos über unsere Aktivitäten an die anderen schicken und überlegen, was wir vielleicht zweimal im Jahr gemeinsam veranstalten können. Auch auf der Bundesebene sollten wir mehr über solche Themen wie »Energiewende und sinnvolle Arbeitsplätze« sprechen, um bündnispolitisch wirksamer zu werden. Die Gewerkschafter/innen: »Wir hätten nie geglaubt, dass wir mal etwas mit Unternehmern gemeinsam bauen, dass die Ökos so normal sind und dass die Parteimenschen nicht immer gleich vereinnahmen wollen. Jedenfalls sollten wir jetzt immer Infos über unsere Aktivitäten an die anderen schicken und überlegen, was wir vielleicht zweimal im Jahr gemeinsam veranstalten können. Auch auf der Bundesebene sollten wir mehr über solche Themen wie »Energiewende und sinnvolle Arbeitsplätze« sprechen, um bündnispolitisch wirksamer zu werden.« 3. Die Umweltbewegten: »Die Gewerkschafter/innen und Unternehmer/innen können ja wirklich viel, viel mehr als nur immer »Arbeitsplätze« sagen. Jedenfalls sollten wir jetzt immer Infos über unsere Aktivitäten an die anderen schicken und überlegen, was wir vielleicht zweimal im Jahr gemeinsam veranstalten können. Auch auf der Bundesebene sollten wir mehr über solche Themen wie »Energiewende und sinnvolle Arbeitsplätze« sprechen, um bündnispolitisch wirksamer zu werden. 4. Die demokratiepolitisch Engagierten: »Das Ganze erfolgte ja erstaunlich demokratisch. Jeder wollte jedem zeigen, dass die Vorurteile nicht stimmen. Vielleicht sollten wir die Demokratieproblematik mal im Kontext mit Wirtschaft, Energie und Arbeitsplätzen diskutieren. Jedenfalls sollten wir jetzt immer Infos über unsere Aktivitäten an die anderen schicken und überlegen, was wir vielleicht zweimal im Jahr gemeinsam veranstalten können. Auch auf der Bundesebene sollten wir mehr über bündnispolitisch relevante Fra-

gen wie sinnvolle Arbeitsplätze und Demokratie sprechen.« 5. Die Unternehmerplattform: »Das hat ja richtig Spaß gemacht und das Kiezzentrum muss unbedingt in unserem ›Blatt‹ vorgestellt werden. Die beiden Physikerinnen von den Ökos sollten wir uns merken. Könnten wir nicht über eine Poollösung für zwei bis drei von den Arbeitslosen etwas tun? Jedenfalls sollten wir jetzt immer Infos über unsere Aktivitäten an die anderen schicken und überlegen, was wir vielleicht zweimal im Jahr gemeinsam veranstalten können. Auch auf der Bundesebene sollten wir mehr über solche Themen wie ›Energiewende, Unternehmenspolitik und sinnvolle Arbeitsplätze‹ sprechen, um wirksamer zu werden.« 6. Die linke Partei: »Hurra! Das Ganze müssen wir auf dem nächsten Landes- und Bundesparteitag auswerten. Das ist ›sich verankern und linke Politik machen‹. Wir haben gar nicht gedacht, dass solch ein Projekt bei uns möglich wäre. Wir werden jetzt stärker beraten, was wir wie mit unseren alten und neuen Partner/innen gemeinsam tun können, um ihnen Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme zu bieten, die nur wir als Partei mit Fraktionen haben. Jedenfalls sollten wir jetzt immer Infos über unsere Aktivitäten an die anderen schicken und ihnen regelmäßig stattfindende thematische Ratschläge vorschlagen. So kommen wir zu gemeinsamen Projekten. Auch auf der Bundesebene sollten wir konkreter über solche Themen wie ›Frieden, Demokratie, Energiewende und sinnvolle Arbeitsplätze‹ sprechen, um gesellschaftspolitisch wirksamer zu werden.«

Revolutionäre Realpolitik muss lokal, kommunal und regional gestützt sein. Sie kann nachhaltig in größeren bzw. wachsenden Dimensionen verwirklicht werden, gelingt sie »unten« bzw. auf der jeweils unteren Ebene. Ihre besonderen Projekte auf den höheren Ebenen müssen im weiteren Verlauf die Bedingungen für demokratische Problemlösungen »unten« bzw. auf der jeweils unteren Ebene verbessern. Revolutionäre Realpolitik kann nur demokratisch erfolgen, weil sie gegen gesellschaftliche Hierarchien gerichtet ist, auf individuelle und kollektive Lernprozesse setzt. Die Bündnisfähigkeit von kollektiven Akteuren ist vor allem eine Frage ihrer Organisationsdemokratie und ihres Vermögens zur kollektiven Bearbeitung komplexer Probleme.

Sozialökologischer Umbau als Herausforderung für theoretische Arbeit

»Die Klassiker« hatten die Notwendigkeit der »Expropriation der Expropriateure« bzw. der »Aneignung einer Totalität von Produktionsinstrumenten durch die Individuen«, die Proletarier/innen, damit begründet, dass nur so Möglichkeiten dafür entstehen, dass die Produzenten all ihre Fähigkeiten entwickeln können. Dass sie nur so gewährleisten können, dass produziert wird, was sie brauchen, dass die Produktivkräfte aufhören, Destruktivkräfte zu sein und die Springquellen der Natur zu untergraben. »Die Individuen, die nicht mehr unter die Teilung der Arbeit subsu-

miert werden, haben die Philosophen sich als Ideal unter dem Namen ›der Mensch‹ vorgestellt ...«¹

Weil bei der Aneignung der Produktionsmittel durch die Proletarier/innen »die Masse von Produktionsinstrumenten unter jedes Individuum und das Eigentum unter Alle subsumiert werden«², wird die freie Entwicklung eines jeden zum Ziel der Produktion. Das setzt Entwicklungen voraus, so dass die Produktivität hinreicht, um körperliche, geistige und Verwaltungsarbeit nach Interessen, Neigungen und Talenten schrittweise möglichst gleichmäßig auf sich vielseitig entwickelnde Individuen zu verteilen ...

Es geht um gesellschaftliche Transformationsprozesse, die Zustände überwinden, die zum einen die gesellschaftliche Stellung des/der Einzelnen von Faktoren abhängig machen, auf die die Individuen keinen Einfluss haben, z. B. auf ihr Geschlecht. Zum anderen wird der antagonistische Widerspruch zwischen zerstörerischer Produktion und gesellschaftlicher Reproduktion aufgehoben. Diese Transformationsprozesse können nur aus dem Handeln und Verhalten lernender, sich selbstverändernder und bewusst verändernder Individuen hervorgehen.

Indem produziert wird, um die Gesellschaft und ihre natürlichen Lebensbedingungen verbessert zu reproduzieren, entfällt die Arbeitsteilung zwischen »schaffenden Männern« und »sorgenden Frauen«. Das geht nicht zusammen mit der gleichmäßigen Verteilung sozialer Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, wie sie z. B. in der Arbeit der Migrantin im Privathaushalt der Westeuropäerin in leitender Position ausgedrückt ist.

Produktion zwecks verbesserter gesellschaftlicher Reproduktion und damit verbesserter natürlicher Lebensverhältnisse bedeutet Um- und Neubewertung gesellschaftlich notwendiger bzw. nützlicher Arbeit – als die Bedingungen für ganzheitliche gesellschaftliche Reproduktion schaffende und reproduzierende gesellschaftliche Arbeit. Sie verlangt demokratische Planung, die mit veränderten Marktmechanismen und veränderten Akteuren zusammengeht. Diese Planung muss die Produktion, Anwendung und Erneuerung regenerativer Energiequellen zu einer Grundprämisse haben und zugleich auf ein neues Zusammenspiel zwischen regionaler, überregionaler, europäischer und globaler Arbeitsteilung zielen: Die lokalen und regionalen Ressourcen sollen weitestgehend zur Befriedigung der Bedürfnisse selbstbestimmt und solidarisch lebender Individuen genutzt, die sozialen und natürlichen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion verbessert werden – lokal, regional, global.

Hier setzt das emanzipative Verständnis von »sozialökologischem Umbau« an: Der Begriff sozialökologischer Umbau beschreibt einen reflexiven, fortwährenden Such- und Transformationsprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so ver-

1 Karl Marx; Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 69.

2 Ebenda, S. 68.

ändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Zugleich verändern die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln, so dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesund und gesund bleiben.

Damit gehen Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Individuen untereinander – auch und insbesondere in ihren pluralen Geschlechterverhältnissen –, der Individuen zu ihren Körpern und zur Natur. Dabei erfahren die handelnden Akteure, ihr Denken, ihr Instrumentarium und ihr Agieren, ihr Politikverständnis und ihre Politikkonzepte tief greifende Wandlungen. Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse der Biosphäre und gesunder menschlicher Individuen so umgebaut, dass die einzelnen Menschen schrittweise selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können.

Bei sich weiter zuspitzender dramatischer Problemdimension wachsen der Handlungsdruck der Akteure und die Macht des Zeitfaktors. Grundbedingung für den erfolgreichen Einstieg und Fortschritt des sozialökologischen Umbaus ist die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, wobei sich die Anforderungen an kritische Wissenschaft verändern.³

Es geht also um einen Umbau des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung, der auf Erlangung und Erhalt von Reproduktionsfähigkeit zielt. Reproduktionsfähigkeit der Menschheit in ihrer Ganzheit, nicht der einen auf Kosten der anderen, und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Organisation von Reproduktionsfähigkeit und damit die demokratische und solidarische Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme gelten als Fortschritt. Das bedeutet Entwicklung einer solidarischen Kooperation, die Belastungen der Biosphäre, soziale und externe Kosten minimiert.

Sozialökologischer Umbau als strategische Herausforderung

»Reproduktionsfähigkeit der Menschheit in ihrer Ganzheit anstreben«, meint Hierarchien überwinden, die die sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der Menschen nach ihrem Geburtsort verteilen, nach der familiären, kulturellen, sozialen und ethnischen Herkunft, dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung und körperlichen Verfasstheit. Das schrittweise Schwinden und letztendliche Verschwinden dieser Hierarchien heißt, den Unterschied zwischen Frauen und Männern auf den biologischen Zufall reduzieren, sie einander sozial gleich stellen;

3 Judith Dellheim, Günter Krause (Hrsg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin 2008.

Barrieren niederreißen, die Menschen mit Behinderungen gesellschaftliche Teilhabe verstellen bzw. erschweren; Gegensätze zwischen Klassen und sozialen Gruppen aufheben; ethnisch begründete Spaltungen überwinden; territorial und weltwirtschaftlich bedingte soziale Disparitäten abbauen.

Die Konsequenz wäre weitestgehende Dezentralisierung der Produktion, Reproduktion und Verwaltung bei einer Umbewertung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit und einer Neuverteilung von vergüteter und unvergüteter Arbeit und ihrer Ergebnisse zwischen Frauen und Männern, innerhalb der Gemeinwesen, zwischen den Regionen, Staaten, weltwirtschaftlichen Regionen und Blöcken.

Zu einem derartigen Umbau des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gehört die demokratische Organisation vor allem dezentraler ökologischer Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien.

Aber die Dokumente zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA, der EU und Deutschlands lassen keinen Zweifel daran, dass zur Sicherung von Energielieferungen, natürlichen Lebensgrundlagen, eines gewissen Gesundheitsniveaus und der Lebensweise der eigenen sozial gespaltenen Bevölkerung »militärischer Einsatz« erwogen wird. Angesichts der Problemlagen muss es den Linken darum gehen, dazu beizutragen, »Koalitionen gesellschaftlicher Verantwortung« zu schaffen. Ihre Strategien müssen insbesondere folgende Positionen und Forderungen aufnehmen:

- schnellstmögliche Beendigung der Militäreinsätze von Mitgliedsstaaten der EU, unverzügliche Auflösung der Battle-Groups, ein Moratorium der Europäischen Sicherheitsstrategie, Schließung der USA-Militärbasen in den EU-Staaten, Besteuerung von Rüstungsexporten, Unterbindung von Rüstungsexporten in Krisengebiete, Kürzung von Rüstungsausgaben, Konversion, konsequente Schritte zur Demilitarisierung – insbesondere in der Entwicklungspolitik;
- Einführung armutsfester sozialer Mindeststandards, vor allem einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung und eines Mindestlohnes; wirksames Vorgehen gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung, konsequente Maßnahmen für soziale Integration; Schaffung sinnvoller – existenzsichernder und ökologisch verantwortbarer – Arbeitsplätze; EU-europäische Strategien zu einem grenzübergreifenden Aufbau sozialer Sicherheitssysteme, der Armut, Verarmung, sozialer Ausgrenzung und Prekarisierung entgegenwirkt durch: eine konsequente Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Förderung von Kindern und Jugendlichen, der Familien und des Zusammenlebens der Generationen; sozial gerechte Mindestnormen, bindende soziale Korridore für Steuer-, Sozial- und Ökologiestandards – je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Länder – und ihre mittelfristige Konvergenz nach oben; Ausbau öffentlicher Leistungen, Stärkung des öffentlichen Bereiches; Realisierung der Millennium Development Goals und einer Entwicklungspolitik, die auf weitestgehende Erschließung und Nutzung lokaler und regionaler Ressourcen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen zielt;

- tiefgreifende Reformen in der Energie-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Ressourcenpolitik (besonders Wasser und Abfall); vor allem: Erhöhung der Energieeffizienz, Ausstieg aus der Atomenergie, Übergang zur vorrangigen Nutzung erneuerbarer Energien; Verringerung der Stoffumsätze, Vermeidung von Abfall, Verkehr und Lärm, Stärkung und Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe und -geflechte; Förderung und Einsatz ressourcensparender Technologien insbesondere im Verkehr; wachsender Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft sowie des Naturschutzes in der regionalen und überregionalen Wirtschaft; qualifizierter und zielgerichteter Gebrauch ökonomischer und ordnungspolitischer Instrumente wie Verbrauchssteuern, Primärenergiesteuer, Mengenregulierung, Fördermittel, Aufträge, Subventionen, Beteiligungen, Investitionen, Übernahme in öffentliches Eigentum; Erhalt der Artenvielfalt; konsequentes Vorgehen gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Naturressourcen und Leben;
- Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse und des Zugriffs auf Ressourcen, insbesondere durch Stärkung von Formen direkter Demokratie, Verteidigung und Ausbau der Rechte von Beschäftigten, Gewerkschaften und Verbraucher/innen.

Die Umsetzung dieser Vorschläge und Forderungen wären Schritte sozialökologischen Umbaus. Das ist möglich, weil die Vorschläge und Forderungen nicht am »grünen Tisch« ausgedacht wurden, sondern aus der Analyse von strategischen Positionspapieren und Aktivitäten kollektiver Akteure hervorgegangen sind. Die Frage, wie Gemeinsamkeiten in den Positionen in gemeinsame Projekte umgesetzt werden können, hat mit revolutionärer Realpolitik zu tun. Sie richtet sich auch und insbesondere an die Aktivistinnen und Aktivisten in den Sozialforumsprozessen.

Ausgehend von den aktuellen Problemen einerseits und den Aktivitäten und Vorhaben linker Akteure andererseits lassen sich die aufgeführten Vorschläge und Forderungen zu einem weiteren Viereck bündeln, einem revolutionärer Realpolitik: a) Verteidigung, Demokratisierung und Stärkung öffentlichen Eigentums bzw. der öffentlichen Sicherungssysteme bei Einführung bzw. Hebung sozialer Mindeststandards, Verhinderung asozialer Privatisierung, Ausbau existenzsichernder öffentlich geförderter Beschäftigung und zielgerichteter öffentlicher Investitionstätigkeit; b) Protest und Widerstand gegen die »Sicherheitspolitik« der Herrschenden, die insbesondere im unmenschlichen Umgang mit Asylsuchenden, Migrantinnen und Migranten zum Ausdruck kommt, im Abbau von Grundrechten und in der »Verteidigungspolitik« von USA, NATO, EU und Bundesregierung; c) Widerstand gegen die Politik der Energiekonzerne und ihrer Partner »in Politik und Militär«, Arbeit an Alternativen zu ihren Strategien; d) Solidarität mit den global Armen durch Kämpfe um einen Prioritätenwechsel in der Politik der mächtigsten internationalen Akteure und Institutionen: Die Erlangung der Millennium Development Goals, die Bekämpfung der globalen Armut und der Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen müssen das A+O ihrer Tätigkeit werden.

Literatur

- CNA Corporation (2007): National Security and the Threat of Climate Change, SecurityAndClimate.cna.org, www.cna.org
- Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), In: MEW, Bd. 20, Berlin.
- Fabig, Anita, Otte, Kathrin (Hg.) (2007): Karl Rainer Fabig, »Life Sciences«: Forschen, bis der Arzt kommt? In: Fabig, Otte (Hrg), 2007, Umwelt, Macht und Medizin, Zur Würdigung des Lebenswerkes von Karl-Rainer Fabig, Kassel.
- Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Band 23, Berlin.
- Marx, Karl: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Band 25, Berlin.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie In: MEW, Band 42, Berlin.

Strategische Optionen der Partei DIE LINKE für eine radikale Realpolitik

*»Nicht der Wind, sondern das Segel bestimmt die Richtung.«
Chinesisches Sprichwort*

Blickt man wenige Jahre zurück auf die Wahl Niederlage der PDS im Jahre 2002, auf den Parteitag in Gera im Herbst des gleichen Jahres, der die Partei an den Rand des Zerfalls brachte, so ist schon der Gegenstand dieses Beitrages ungewöhnlich: Eine Partei links von der SPD und ihre strategischen Optionen. Aus dem Kampf ums nackte Überleben der PDS ist mit dem Wahlantritt von Linkspartei.PDS 2005 unter Führung von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi 2007 eine neue Partei geworden, die bundesweit bei Umfragen zwischen 11 und 14 Prozent liegt, in allen ostdeutschen und in vier westdeutschen Ländern im Landtag vertreten ist, in Hessen sogar das Zünglein an der Waage für eine Rot-Grüne Koalition.

Wer über Strategien von so komplexen Organisationen wie Parteien spricht, weiß, wie fragwürdig dies ist. Selten gelingt es Akteuren in Parteien, diese erfolgreich auf Strategien zu verpflichten, zumeist dominieren ungelöste Konflikte oder Versuch und Irrtum. Die SPD trat 1998 mit der Losung »Gerechtigkeit und Innovation« an, und im Resultat des Machtkampfes wurden Lafontaine verdrängt und die Agenda 2010 geboren. Die CDU verkündete 2003 auf ihrem Parteitag eine marktradikale Politik, ging so auch mit Kirchhoff in den Wahlkampf und landete in einer Großen Koalition.

Strategien sind außerordentlich anspruchsvoll. Sie stellen eine erfolgsorientierte Handlungsanleitung dar, ihre Grundlage bildet eine situationsübergreifende Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation, sie sind unvorstellbar ohne strategische Akteure, die in der Lage sind, Organisationen zu steuern. Sie umfassen gesellschaftliche Gestaltungs- und Machtziele zugleich (ohne Macht ist in der Politik alles nichts, und ohne Inhalte ist auch die Allmacht schwach). Strategien basieren auf der Wahl zwischen verschiedenen Optionen (wer keine Wahl hat, braucht auch keine Strategie). Und die klügsten Strategen sind hilflos, wenn sie nicht über entsprechende Ressourcen innerhalb einer Partei selbst und in der Gesellschaft verfügen.¹ Wirksame langfristige Strategien sind in der Politik deshalb Ausnahmefälle, auch wenn

1 Vgl. dazu vor allem: Joachim Raschke: Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept. In: Frank Nullmeier, Tomas Saretzki (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt am Main und New York 2002; Joachim Raschke, Ralf Tils: Politische Strategie. Eine Grundlegung. Wiesbaden: TS Verlag für Sozialwissenschaften 2007. Vgl. dort auch die Fallstudien zur deutschen Politik.

Politiker dies anders sehen mögen. Erfolgreiche »Strategien« sind allzu oft nichts anderes als Erzählungen, die Zufallsfunden im Nachhinein die Weihe des Bewusst-Gewollten verleihen.

Das Schreiben oder Sprechen über Strategie ist zudem mit einem Paradoxon konfrontiert: Diejenigen, welche die Handlungsmacht haben und sie erfolgreich ausüben, verlassen sich zumeist auf ihren Instinkt und reflektieren nur selten über ihre Strategie, um sie so erst gar nicht zur Disposition stellen zu müssen. Ihre Methode ist die der Suggestion oder auch des Oktroy und nicht die der Überzeugung. Sie suchen zumeist nur jenen Rat, den sie für diesen Zweck unmittelbar »gebrauchen« können. Jene dagegen, die sich der Ausarbeitung einer Strategie reflektiert zuwenden, haben zumeist keine Macht, auf reale Politik Einfluss zu nehmen. Und ob es ihnen dann hilft, klare Vorstellungen zu haben und den inneren Zusammenhang nachzuweisen, wie Clausewitz fordert, mag bezweifelt werden. Sie finden oft nur dort »offene Ohren«, wo die Hände untätig bleiben müssen. So gerät das Schreiben oder Sprechen über politische Strategien sehr schnell zum intellektuellen Ersatz für Handeln. Die Intellektuellen Chinas wanderten nicht zufällig buchstäblich zwischen mörderischem kaiserlichen Hof und einsamen Bergen hin und her, sofern sie nicht hier ihre Ehre oder ihren Kopf bzw. dort ihren Geist oder Mut verloren.

Wieso dann überhaupt über Strategien politischer Parteien sprechen? Angesichts der außerordentlichen Komplexität der Wirklichkeit und der Tatsache, dass fast alles möglich ist, handelt es sich weniger um einen Wahrheitswettbewerb, als darum, Optionen attraktiv zu machen, zu zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, die interessanter oder besser sind als die, die bisher bevorzugt wurden. Sicher ist nicht alles das Ergebnis »schierer Zufälle« (Richard Rorty), aber das Reden über Möglichkeiten erhöht zweifelsohne den Raum der Freiheit.

Die drei strategischen Optionen der Partei DIE LINKE

Verfolgt man die Reden auf den Parteitag der Linkspartei und analysiert man die Stellungnahmen ihrer verschiedenen Plattformen und Strömungen (von der Kommunistischen Plattform über die Sozialistische Linke bis zum Forum Demokratischer Sozialismus) so wird schnell deutlich, dass in dieser Partei drei unterschiedliche Optionen vertretenen werden (vgl. Grafik 1).

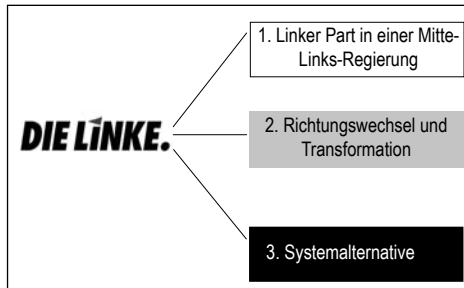
Diese Optionen linker Parteien sind so alt wie diese selbst. Sie spitzten sich vor allem in der Frage der Regierungsbeteiligung zu: Soll linke Politik in Parlamenten primär der Vorbereitung und Unterstützung einer Systemveränderung dienen, was jede Regierungsbeteiligung ausschließt, soll diese solange ausgesetzt werden, bis eine dezidiert linke Politik möglich wird, oder ist eine Regierungsbeteiligung auch

dann sinnvoll, wenn es vor allem darum geht, besonders gravierende Missstände zu beseitigen und schlimmste Fehlentwicklungen zu stoppen?²

Jede dieser Optionen hat eigene Ziele (kurz- und langfristig), setzt auf je unterschiedliche Mittel und Bündnispartner, geht von einer je eigenen Analyse der Situation und der Chancen wie Gefahren aus, will

jeweils andere Ressourcen mobilisieren (Tabelle 1). Jede Option stützt sich auf gesellschaftliche wie innerparteiliche Kräfte, stellt eine eigene Erzählung dar, bietet Möglichkeiten, die die jeweils andere Option ausschließt. Und keine kann die andere ganz unterdrücken, ohne dass eine linke Partei jene so gern unterdrückte Widersprüchlichkeit verliert, die sie doch aber erst zu einer linken Partei macht. Ist der SPD wie den Grünen genau dieser diskursive Charakter einer linken Partei nicht auch deshalb verloren gegangen, weil ihre Visionen sich auf Mülltrennung, Mindestlöhne und »Fördern und Fordern« verkürzt hat und jeder Gedanke grundlegender Veränderung verloren ging. Wie Franz Walter schrieb: »Die Oppositionellen von ehemals wurden alsbald zu beinharten Vertretern der lang attackierten Ordnung und herrschenden Philosophie... An der Neigung zur Kopie erkennt man die Neuarrierten einer Gesellschaft. Denn die eigene konzeptionelle Phantasie ist erloschen... Die angekommenen Rot-Grünen besitzen keine Vorstellung mehr von einer Gesellschaft, wie sie künftig sein soll. Zurück bleibt nur die Rhetorik der depressiven Alternativlosigkeit.«³ Aber was nutzt andererseits das Beharren auf Visionen, zu denen kein Weg von Hier und Heute hin führt, jenen, die keine Stimme haben als die bei einer Wahl, und sie nicht unmittelbar besser stellt? Der Gebrauchswert auch des Großen ist für die Kleinen der Gesellschaft in kleiner Münze zu bezahlen.⁴

Linke Politik hat einen großen gemeinsamen Nenner. Sie will die Aufklärung materialisieren: Die Gleichheit freier Geister soll in eine Gleichheit freier Menschen verwandelt werden. Damit ist ein doppelter Prozess angesprochen – der



Grafik 1: Optionen der Partei DIE LINKE

2 Vgl. dazu mit Blick auf die Position von Rosa Luxemburg: Michael Brie: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion. In: Conny Hildebrandt, Michael Brie (Hrsg.): Die Linke in Regierungsverantwortung. Analysen, Erfahrungen, Kontroversen Beiträge zum gesellschaftspolitischen Forum am 4. Februar 2006 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2006, S. 8-26. (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/regverantw.pdf).

3 Franz Walter: Die Alternativlosen. In: Der Spiegel, Nr. 16 vom 18.4.2005.

4 »Dass zwei von drei Wählern, die 2006 für Rifondazione Comunista, Communisti Italiana oder die Grünen gestimmt hatten, diesen Parteien den Rücken kehrten, weist auf ein schwerwiegendes Problem hin: Auch die Wähler der Linken erwarten von »ihren Leuten«, wenn sie denn schon mal Ministerposten bekleiden, spürbare Verbesserungen. Bleiben diese aus, wenden sich viele enttäuscht ab.« Jens Renner: Italiens Linke am Tiefpunkt. Die Vorgesichte einer historischen Niederlage. In: Z. Nr. 75, September 2008, S. 13.

Fortschritt in der Freiheit wie in der Gleichheit. wie Ernst Bloch formulierte: »Keine wirkliche Installierung der Menschenrechte ohne Ende der Ausbeutung. kein wirkliches Ende der Ausbeutung ohne Installierung der Menschenrechte.«⁵ Der in den Macht- und Eigentumsverhältnissen, in der Produktions- und Lebensweise begründete Antagonismus der Freiheit der einen durch Ausbeutung der Anderen wäre in solidarische Formen zu transformieren, bei denen die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird (so unisono Karl Marx und John Stuart Mill). Für Ferdinand Lassalle war es die sittliche Idee des Arbeiterstandes, »dass die ungehinderte freie Betätigung der individuellen Kräfte durch die Individuen für sich allein noch nicht ausreiche, sondern dass zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung«⁶. Auf das Ziel eines Systemwechsels kann linke Politik nicht ohne Zerstörung ihrer innersten Substanz verzichten. Die moderate Linke hört deshalb auf, links zu sein, verliert ihren Kompass.

Dieser große gemeinsame Nenner wird aber aus einer Position der strukturellen Schwäche formuliert, in der die dominanten gesellschaftlichen Tendenzen systembedingt das Kapital gegenüber der Arbeit, das Vermögen gegenüber der Leistung, das Private gegenüber dem Öffentlichen, die Wirtschaft gegenüber der Politik, den Luxus gegenüber der Armut, die Vergangenheit gegenüber der Zukunft, die militärische Intervention gegenüber dem Frieden, der aus gemeinsamer Entwicklung erwächst, privilegieren. Gegentendenzen können zur Geltung gebracht werden, aber solange die wirtschaftlichen Verhältnisse der Dominanz der Kapitalverwertung unterworfen sind, agiert die Linke aus der Schwäche heraus. Geht sie in die Regierung, ergreift sie nicht die Macht. Die Abhängigkeit des Staates von den Steuern und der Lohnabhängigen vom Arbeitsplatzangebot einer wettbewerbsfähigen kapitaldominierten Wirtschaft erzeugt eine machtvolle Wirkung der »Disziplinierung« auch linker Politik, sprich: Unterordnung unter die Profitdominanz.⁷ Eine Politik des kleineren Übels, wie sie in der Beteiligung an links beeinflussten Mitte-Regierungen deutlich wird, scheint die einzig praktische Möglichkeit und definiert die einlösbaren Versprechen. Unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus⁸ sind damit aber immer weitere Verschlechterungen der Lage der abhängig

5 Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt am Main 1999, S. 13.

6 Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage, die besitzlosen Klassen zum Hass und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Von Ferdinand Lassalle. In: http://de.geocities.com/veblenite/txt/wiss_arb.htm.

7 Dazu lange vor der Hohen Zeit des entfesselten Finanzmarkt-Kapitalismus: Claus Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt am Main 1973.

8 Vgl. zu diesem Typ von Kapitalismus u. a.: Michel Aglietta: Ein neues Akkumulationsregime: Die Regulations-theorie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA 2000; Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg: VSA-Verlag 2006; Paul Windolf: Was ist Finanzmarktkapitalismus? In: P. Windolf (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Sonderheft 45/2005 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 20-57; Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen. Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement zur Zeitschrift Sozialismus, Heft 3/2006.

Tabelle 1: Die strategischen Optionen der Linkspartei

	Richtungswechsel und Transformation	Systemalternative	Linke Partei in einer Mitte-Links-Regierung
Annahmen über die strategische Umwelt			
Verhältnis zur Entwicklungsrichtung	Ein Richtungswechsel ist gesellschaftlich produktiv	Einzig Alternative zur Krise: Systemwechsel	Keine Alternative zu einer abgemilderten Agenda 2010
Grundkonflikt in Gesellschaft	Möglichkeit eines Großkonflikts mit »neoliberalen Kräften«	Dominanz der Differenz Kapitalismus vs. Antikapitalismus	Dominanz der Differenz zwischen CDU und SPD
Soziale Bündnisse	Solidarisch-demokratische Mehrheiten sind möglich	Lager der antikapitalistischen Kräfte	Keine Möglichkeit eines eigenen Lagers
Gesellschaftliche Mobilisierung	Außerparlamentarische Mobilisierung und parlamentarische Oppositionspolitik verstärken sich wechselseitig	Die Macht liegt auf der Straße	Keine starke außerparlamentarische Mobilisierung
Krisenwahrnehmung	Organische Krise des Neoliberalismus ist wahrscheinlich	Systemkrise möglich	Keine sich verschärfende Krise
Alternative strategische Ziele			
Unmittelbares Ziel	Stärkung der Partei DIE LINKE innerhalb und außerhalb von Parlamenten	Antisystemische Ausrichtung der Partei DIE LINKE	Mindestprojekte für eine Regierungsbeteiligung 2009
Mittelbares Ziel	Schaffung der gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten für einen Richtungswechsel	Aufbau einer antikapitalistischen Linken	Linkspartei als Kraft der Eindämmung unsozialer Politik
Politikstil	Parlamentarisch-außerparlamentarisch, konfrontativ-kooperativ	Parlament als Bühne, konfrontativ	parlamentarisch-exekutiv; konsensual
Wichtigste Mittel	Linke Landesregierungen, breite soziale Bündnisse, Aufbau eines eigenen öffentlichen Diskurses	Mobilisierung der Öffentlichkeit, Stärkung des außerparl. Kampfes	Teilnahme an Landesregierungen, parlamentarische Macht
Koalitionsoptionen	Auf Landesebene (auch unter Führung der Partei DIE LINKE), langfristig Linksregierung	keine	Normalisierung im 5-Parteien-System, Mitte-Linksregierung mit SPD und Grünen
Abwägung: Chancen und Risiken			
Chancen der Profilierung	Formulierung einer Richtungsalternative	Klare ideologische Identität, Alleinstellung	Funktion als linkes Korrektiv
Gefahren für die Organisation	Anspruchsvoll und langfristig; Gefahr der parteipolitischen Isolation; hohe Unsicherheit	Verwandlung in ideologische Sekte	Abhängigkeit und Subalternität gegenüber SPD, im Zweifelsfall überflüssig
Vorhandene innere Ressourcen	Verbindung von parlamentarischen und gewerkschaftlichen Aktivisten sowie aus Bewegungen	Hochideologisierte Gruppen in Partei (aber Minderheit)	Starker pragmatischer parlamentarischer Flügel
Externe Ressourcen	Setzt darauf, dass Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften und SPD sowie Grüne hier neue Chancen entdecken	Kleine Gruppen außerhalb	Erweitert die Optionen der SPD und der Grünen
Ressourcendefizite	»historischer Block« muss erst geschaffen werden	Chancen einer ideologischen Großpartei sehr gering	Schwäche sozialer Verankerung, ohne eigene Funktion jenseits von »Korrektiv«

Beschäftigten und die Prekarisierung ihrer Lebensverhältnisse, deren Verwandlung in Verhältnisse der Unsicherheit und Angst vor der Zukunft verbunden. Durch die aktive Beteiligung an der Verwaltung derartiger Prozesse haben selbst große linke Parteien jene Bindung, die sie über viele Jahrzehnte an die Lohnabhängigen und unteren gesellschaftlichen Gruppen aufgebaut haben, zerstört.⁹

Linke Politik bewegt sich also strukturell bedingt in der Antinomie zwischen der Forderung nach Systemwechsel und dem Kampf für Reformen, die unter Akzeptanz des Primats einer kapitaldominierten Wirtschaft und Gesellschaft das Beste für die Lohnabhängigen und unteren sozialen Gruppen herausholen will. Eine Strategie des Systemwechsels und die eines linken Parts in einer Mitte-Links-Regierung wollen die eine oder die andere Seite des Gegensatzes für sich bestehen lassen und die je andere nur rhetorisch integrieren. Die SPD vor 1914 mit ihrem zur Phrase erstarrten »revolutionären Absentismus« einerseits und »opportunistischen Pragmatismus« andererseits stellt das Paradigma einer linken Kraft dar, die den Widerspruch linker Politik nicht mehr solidarisch-emanzipativ auszutragen vermochte und schließlich vor Kaisertum und imperialistischem Krieg kapitulierte. Die KPD dagegen mutierte unter dem Einfluss der stalinistischen Politik seit Mitte der 1920er Jahre zu einer revolutionaristischen Partei, die »die rechte Gefahr in der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Ausdruck die Sozialdemokratische Partei ist«, als »Hauptgefahr« sah.¹⁰

Seit ihrem Entstehen war und ist es die Frage linker Parteien, ob und wie es ihnen gelingt, die Gegensätze zwischen Systemwechsel und Realpolitik zu vermitteln und eine »revolutionäre Realpolitik« (Rosa Luxemburg) zu entwickeln.¹¹ Der historische Linkssozialismus, Eurokommunismus, Strategien des radikalen Reformismus und demokratischen Sozialismus waren derartige Versuche. Dabei ging es immer darum, zugleich ein bloßes Entweder-Oder und auch die bloße situative Beliebigkeit zu vermeiden. Mit der Partei DIE LINKE in Deutschland wurde ein weiterer Ansatz auf diesem Wege entwickelt. Er besteht in der Verpflichtung auf

9 Eines der Opfer dieser Entwicklung ist die Französische Kommunistische Partei (PCF): »Die neoliberale Wende wurde 1983 von der [sozialistischen – M. B.] Regierung Mauroy eingeleitet, gefolgt vom Regierungsaustritt der PCF ein Jahr später. Die Entscheidung für eine restriktive Haushaltspolitik und den gemeinsamen Markt, die Abschaffung der Indizierung von Preisen und Löhnen, markieren das Ende einer Periode, in der die Arbeiter ungefähr die Hälfte der Produktivitätszuwächse nutzen und ihre Kaufkraft steigern konnten... Die Angst der Arbeiter und Angestellten vor dem sozialen Abstieg nahm zu und das Stimmverhalten der Arbeiter für die Linke wurde durch massive Wahlabstänze ausgehöhlt... Bei den Parlamentswahlen von 1993 erhielt die Rechte erstmals mehr Stimmen aus dem Lager der Arbeiter und Angestellten als die Linke.« Elisabeth Gauthier: Die französische Linke: Reorganisation und neue Bündnisse gegen eine erneuerte Rechte. In: Z. Nr. 75, September 2008, S. 22 f.

10 So KPD und KPdSU in einem Geheimprotokoll am Rande der 9. Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau. Zitiert aus: Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Herausgegeben von Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas und Klaus Kinner. Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. IV. Berlin 2003, S. 56.

11 Frigga Haug: Standbein und Spielbein. Rosa Luxemburgs Konzept von revolutionärer Realpolitik. In: Klaus Kinner, Helmut Seidel: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin 2002, S. 139-151.

einen Richtungswechsel der Politik und die Einleitung einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation.

Die programmatisch verankerte Strategie der Partei DIE LINKE und ihre reale Heterogenität

Der Entstehungsprozess der neuen deutschen Linkspartei war einerseits sehr klaren, geradezu tagespolitischen Erwägungen unterworfen und verdankt sich nicht zuletzt einer dafür ungewöhnlich günstigen, geradezu einmaligen politischen Konstellation. Die PDS war auf Dauer zu schwach, um eigenständig gesamtdeutsch existieren zu können, die WASG konnte zumindest unter dem Zeitdruck der von Schröder vorfristig ausgerufenen Bundestagswahlen kaum hoffen, bei einem eigenen Wahlantritt in den Bundestag einzuziehen. Mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi waren politische Schwergewichte an einem Zusammengehen außerordentlich interessiert.¹²

Weniger bekannt ist eine andere Tatsache – der weitgehende strategische Grundkonsens der beteiligten Kräfte. Vergleicht man die strategischen Zielstellungen im Chemnitzer Parteiprogramm von 2003 (Abschnitt 4), die programmatischen Dokumente der WASG aus den Jahren 2004 und 2005 mit den »Programmatischen Eckpunkten«, die PDS und WASG im Jahre 2007 zur programmatischen Grundlage der Vereinigung wählten, so wird deutlich, dass sie von außerordentlich hoher Gemeinsamkeit geprägt sind. So heißt es in den »Programmatischen Eckpunkten« in Fortsetzung der programmatischen Erklärung der Vorgängerorganisationen: »Unsere Partei erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel.«

Im Detail sind folgende Aufgaben in Umsetzung dieses strategischen Ziels formuliert:

- Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und Entwicklung von Alternativen (Kampf um geistige Hegemonie);
- Bündnis gegen den Neoliberalismus: breites gesellschaftliches Bündnis und Sammlungsbewegung (»Wir wollen zu einem sozialen Bündnis beitragen, das hoch qualifizierte Beschäftigte und Kernbelegschaften wie auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätige sowie Erwerbslose, Selbstständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammenführt.«);
- strategische Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, globalisierungskritischen, antirassistischen usw. Bewegungen und Initiativen;
- enge Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit;

¹² Vgl. zu den Details u. a. in: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter: Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007; Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Berlin 2005.

- Verbindung von gesellschaftlichem Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltung;
- Regierungsbeteiligung: »Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben. Sie muss die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines Politikwechsels fördern.«;
- parlamentarische Bündnisse (Koalitionen etc.) dort, wo sie dem Richtungswechsel dienen;
- Stärkung europäischer Kräfte eines Richtungswechsels.

Blickt man in die »Programmatischen Eckpunkte«, so müsste man davon ausgehen, dass die Partei DIE LINKE entgegen den immer wieder vorgetragenen Behauptungen über ein hinreichend solides und klares programmatisches Profil verfügt. Ein auf der Basis von qualitativen Interviews durchgeführtes Forschungsprojekt dagegen kommt zu dem Schluss, dass es eine ganze Reihe von offenen programmatischen und strategischen Fragen gibt.¹³ Wie in anderen Parteien gibt es also einen tiefen Widerspruch zwischen relativ hoher, beschlossener programmatischer Schärfe und realer Unschärfe.

Dies kann einerseits als Stärke interpretiert werden. Denn anders als oft vermutet, hat die Partei DIE LINKE sehr unterschiedliche Gesichter und kann je nach Situation auch sehr verschiedene Optionen aktivieren. Sie ist völlig gegensätzlichen Erwartungen und Zwängen ausgesetzt und in der Lage, ihnen real auch nachzugeben. Eine absolute Anti-Haltung kann genauso integriert werden wie ein fast ebenso absoluter Pragmatismus. Ihre konkreten politischen Forderungen sichern ihr noch keine konsistente machtpolitische Alternative. Andererseits ist dies eine Gefahr, gerade für eine linke Partei. Sie könnte zu einem losen Verbund werden, der bloß durch den gemeinsamen, immer prekären Erfolg zusammengehalten wird und in und an einer Krise schnell zerbricht.

Im Folgenden soll versucht werden, die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen einer linken parteipolitischen Strategie, die erfolgreich versuchen könnte, den »Dritten Weg« einer radikalen Realpolitik des Richtungswechsels zu realisieren, in aller Kürze zu skizzieren.¹⁴ Dabei stehen vor allem die Fragen nach den sozialen Mehrheiten einer solchen Politik, den politischen Bündnissen sowie gesellschaftlichen Inhalten im Mittelpunkt.

13 Meinhard Meuche-Mäker: Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE. In: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker: Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007, S. 86.

14 Dabei wird an die eigenen Beiträge im eben genannten Buch angeknüpft.

Die gespaltene »Mitte« der Gesellschaft und die Einheit der Unteren

In der öffentlichen Meinung herrscht zumeist die Vorstellung vor, dass es nur darauf ankäme, was die Parteien und die gesellschaftlichen Eliten wollten und die Bevölkerung fast beliebig manipulierbar sei, und dass es endlich gelingen müsse, der Mehrheit in der Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Dem liegt ein statisches Bild zugrunde, was davon ausgeht, dass die gesellschaftlichen Gruppen klare Interessen haben, die sie nur in einer festgelegten Weise realisieren können. Was aber, wenn diese Interessen selbst zutiefst widersprüchlich sind, wenn sie zudem nur in sehr widersprüchlichen Bündnissen mit anderen sozialen Gruppen realisiert werden können, und außerdem der Erfolg zutiefst fraglich ist?

Hegemonie ist ohne die wie auch immer geartete Berücksichtigung auch der Interessen subalternen gesellschaftlicher Gruppen unmöglich. Mehr noch: Sie ist nur dann relativ stabil, wenn sie eine neue produktive Phase der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung einleitet. Das sind Zeiten, in denen jene gesellschaftliche Gruppe, die das Zentrum einer hegemonialen Koalition bildet, »wirklich progressiv ist, das heißt, die ganze Gesellschaft wirklich vorantreibt, indem sie nicht nur ihren existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre eigenen Kader durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer produktiv-ökonomischer Tätigkeitsbereiche erweitert«. ¹⁵

Welche »hegemonialen Blöcke« sind aber auf der Basis der heute in Deutschland gegebenen Sozialstruktur und Milieus überhaupt möglich? Einen interessanten Aufschluss über die Milieus selbst gibt eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie zu den sozio-politischen Milieus ¹⁶ (siehe Tabelle 2). Sie zeigt, dass es ein *sozio-politisches Dreieck* der Politik gibt: Es sind drei große Gruppen von Milieus, von denen zumindest zwei Gruppen gewonnen werden müssen, um die Mehrheiten bei Wahlen zu gewinnen.

Eine grafische Darstellung macht deutlich, dass diese verschiedenen sozialpolitischen Milieus interessen- und erfahrungsbedingt sehr unterschiedliche Einstellungen bezüglich der für Deutschland zentralen Konfliktdimensionen (1) Sozialstaat vs. Marktregulation der Gesellschaft und (2) autoritäre vs. libertäre Orientierungen entwickelt haben. Die oberen Gruppen, soweit sie im Privatsektor tätig sind, sehen durch freie Märkte mehr Chancen für sich durch höhere Managergehälter und Renditen, während die unteren Gruppen auf bessere öffentliche Dienstleistungen und höhere Sozialtransfers hoffen und deshalb den Sozialstaat stärken wollen. Die oberen Gruppen aus dem Privatsektor sehen im Ausbau des Sozialstaats vor allem höhere steuerliche Belastungen für sich, während die unteren

15 Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Bd. 8. Hrsg. von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle. Hamburg 1998, S. 1948.

16 Vgl. ausführlicher dazu in: Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2007, S. 70 ff.; sowie: Rita Müller-Hilmer: Gesellschaft im Reformprozess. Friedrich-Ebert-Stiftung 2006. (http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf, S. 20 ff.).

Tabelle 2: Politische Milieus in Deutschland (nach sozialen Kriterien und mit Angabe ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung)

obere Mittelschichten	<i>Leistungsin- dividualisten</i> 11 %	hoher gesellschaftlicher Status, hohe Qualifikation, oft Führungsfunktionen in privater Wirtschaft, viele Selbständige, hoher Männeranteil starke berufliche Selbstbestimmung, hohes Einkommen, oft private Altersvorsorge materielle Orientierung, Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit, Leistungsorientierung und Abgrenzung von solidarischen und traditionellen Werten
	<i>Etablierte Leistungs- träger</i> 15 %	gehobener gesellschaftlicher Status, viele Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister gute finanzielle Situation, weitgehende berufliche Selbstbestimmung, berufliche Zufriedenheit materielle Orientierung, hohe Zufriedenheit, starke Leistungsorientierung; Gegner staatlicher Eingriffe, kaum Ausrichtung an solidarischen Werten
	<i>Kritische Bildungseliten</i> 9 %	höchster gesellschaftlicher Status und Bildung, oft in Dienstleistungsberufen höchstes Haushaltsnettoeinkommen, starke berufliche Selbstbestimmung und Mobilität offen für gesellschaftliche Veränderung, wollen offene tolerante und insbesondere solidarische Gesellschaft, setzen auf einen vorsorgenden und regulierenden Staat
	<i>Engagiertes Bürgertum</i> 10 %	hoher gesellschaftlicher Status, hohe Bildung, viele Angestellte im Öffentlichen Dienst und in soziokulturellen Berufen hohes Einkommen, hohe Zufriedenheit und Sicherheit offen für Veränderung, wollen offene und vor allem solidarische Gesellschaft, wollen vorsorgenden Staat und verurteilen Sozialmissbrauch, teilweise stark religiös orientiert
untere Mittelschichten	<i>Zufriedene Aufsteiger</i> 13 %	mittlerer gesellschaftlicher Status, aus einfachen Verhältnissen aufgestiegen höchste berufliche Zufriedenheit, viel Eigeninitiative im Beruf geringfügig überdurchschnittliches Einkommen und hohe finanzielle Zufriedenheit, sehen sich auf der Gewinnerseite für freies Spiel der Marktkräfte und zugleich Erwartung eines Maximums an staatlichen Transfers, zugleich leistungsbezogen und solidarisch
	<i>Bedrohte Arbeitsneh- mermitte</i> 16 %	mittlerer gesellschaftlicher Status, einfache bis mittlere Schulbildung, Facharbeiter und einfache Angestellte geringere berufliche Gestaltungsspielräume und traditionelles Arbeitsverständnis (Lohn, Sicherheit, geregelte Arbeitszeiten) leicht unterdurchschnittliches Einkommen, hohe Verunsicherung wünschen sich regulierenden Staat, der umfassende soziale Absicherung garantiert, reagieren auf Verunsicherung stark mit autoritär-ethnozentristischen Vorstellungen
untere Schichten	<i>Selbstgenü- gsame Traditiona- listen</i> 11 %	eher niedriger Status, oft aus Unterschichten, zumeist einfache Schulbildung, viele Rentner, viele Frauen geringe Ansprüche an Arbeit und geringe Zufriedenheit weit unterdurchschnittliches Einkommen, stark verunsichert wollen dem Gemeinwohl verpflichteten Staat, verurteilen Sozialmissbrauch, häufig autoritär-ethnozentristische Einstellungen
	<i>Autoritäts- orientierte Geringquali- fizierte</i> 7 %	eher niedriger Status, oft Aufstieg »im Kleinen« erreicht, viele Rentner und Frauen oft einfache Arbeitstätigkeit, ungelern, häufig mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, relative berufliche Zufriedenheit weit unterdurchschnittliches Einkommen, oft von staatlichen Transfers abhängig, Angst vor Verlust ihres bescheidenen Wohlstands Leben wird als Kampf empfunden, starke Verunsicherung und Überforderung durch Gesellschaft, Autoritätsfixierung und Abschottung, starke autoritär-ethnozentristische Einstellung, sehen Polarisierung in Arm und Reich
	<i>Abgehängtes Prekariat</i> 8 %	niedriger gesellschaftlicher Status, häufige Abstiegs Erfahrung, höchster Arbeitslosenanteil, im Osten Deutschlands 25 Prozent der Bevölkerung oft einfache und mittlere Arbeitstätigkeit, starke Unsicherheit und Unzufriedenheit größte finanzielle Unsicherheit, oft verschuldet, große Zukunftsorgen fühlen sich im Abseits und als Verlierer, geringe Selbstbestimmung wünschen sich gemeinwohlorientierte Gesellschaft und regulierenden Staat, reagieren mit ausgeprägtem Ethnozentrismus auf Verunsicherung

* Status bezieht sich auf die familiäre Herkunft. So wird deutlich, dass die Mitglieder der »kritischen Bildungseliten« weitgehend aus Familien mit abgeschlossener Hochschulbildung kommen und gut verdienen.

Gruppen wissen, dass die Freiheit der Märkte ihre eigene Freiheit einschränkt und sie zu »Lohnverzicht«, längeren Arbeitszeiten und Lockerung des Kündigungsschutzes zwingt. Für sie erweist sich die Freiheit der Märkte als wachsende Macht des Kapitals und Schwächung der sozialen Schutzwälle gegen Ausbeutung. Jene Gruppen der oberen Mittelschichten, die in dem in Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern weniger ausgebauten öffentlichen Sektor tätig sind, haben, anders als die oberen Mittelschichten des Privatsektors, durchaus ein unmittelbares Eigeninteresse am Ausbau des Sozialstaats, sind für eine solidarische Umverteilung und haben direkte Erfahrungen mit den Problemen einer zerfallenden Gesellschaft – in Schulen, Ämtern, sozialen Dienstleistungen. Der Konflikt Sozialstaat vs. Marktregulation ist deshalb kein einfacher Oben-Unten-Konflikt.

Der Konflikt zwischen libertären und autoritären Werteinstellungen hat eine eigene Dynamik. Wie Oskar Niedermayer schreibt: »Ursache dieser neuen Konfliktlinie sind vor allem die mit der Globalisierung verbundenen kulturellen Entgrenzungsprozesse, die entweder als Bereicherung oder als Bedrohung empfunden werden und daher einerseits zur Herausbildung libertärer Werthaltungen wie Betonung von Selbstverwirklichung, Toleranz gegenüber Minderheiten, Bejahung von Multikulturalität und Unterstützung nonkonformistischer Lebensstile oder autoritärer Werte wie Unterordnung unter Autoritäten, Intoleranz gegenüber Minoritäten, kulturelle Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Unterstützung konformistischer Lebensstile führen.«¹⁷

Die untere Mitte der Gesellschaft und die unteren sozialen Gruppen neigen deutlich zu autoritären Einstellungen. Die Öffnung der Gesellschaft reißt die nationalen Schutzdämme nieder, die sie bisher vor der unmittelbaren Konkurrenz mit Lohnarbeitern in anderen Ländern bewahrten, und stärkt die Vormacht der Kapitaleigner, die die Verwertung der Arbeit zu ihren Konditionen zu gestalten. Diese Öffnung entwertet die Fähigkeiten und Kenntnisse der Schwächeren und verunsichert sie, die sowieso schon verunsichert sind. Von jenen Toleranz und Freude am Anderen zu erwarten, denen der Boden unter den Füßen zu Treibsand gerät, der sie verschlingt, heißt, zu viel zu verlangen.

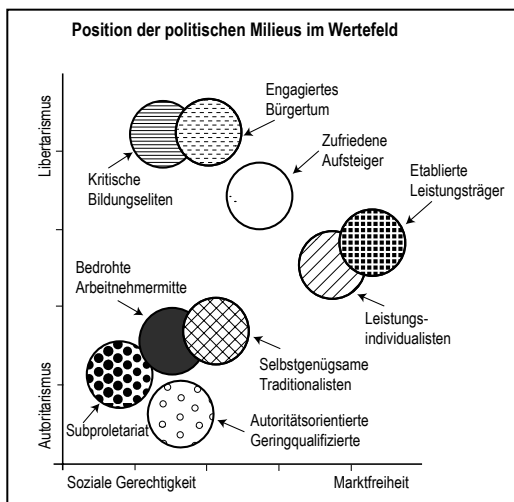
Aber auch in diesem Fall ist der Konflikt zwischen autoritären und libertären Werten nicht nur einer zwischen Oben und Unten. Es sind die vor allem im privaten Sektor verankerten, deutlich marktwirtschaftlich orientierten Gruppen, die zugleich eine bestimmte Neigung zu autoritären Positionen haben. Sie übertragen die hierarchischen Strukturen der Unternehmen mit ihrer ausgeprägten Disziplinierung und Erziehung zu Konformität auf die Gesellschaft. Multikulturalität ja, aber im Rahmen einer einheitlichen konformistischen Ausrichtung an den Leistungswerten der Marktwirtschaft. Anders die oberen Mittelschichten im öffentlichen Sektor und den soziokulturellen Dienstleistungen. Sie müssen mit den

17 Oskar Niedermayer: Plädoyer für die Abschaffung der Links-Rechts-Dimension. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 5/2008, S. 33.

Differenzen einer fragmentierten Gesellschaft umgehen, bringen ihre eigene Nichtkonformität oft als individuelle Produktivkraft gesellschaftlich ein.

Wie Grafik 2 zeigt, ist die deutsche Gesellschaft (sieht man von den Eliten ab, die bei der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht erfasst sind) hinsichtlich der Werteeinstellungen, bezogen auf die beiden genannten Konfliktlinien Sozialstaat vs. Marktfreiheit und libertäre vs. autoritäre Positionen, in drei Gruppen gespalten: Es gibt eine sozial-libertäre Großgruppe der oberen Mitte (bestehend aus jenen, die in der Studie kritische Bildungseliten und engagiertes Bürgertum genannt werden), eine markoliberal und gemäßigt autoritäre Großgruppe der oberen Mitte (Leistungsindividualisten und etablierte Leistungsträger) sowie einer Gruppe, die aus Teilen der unteren Mitte (der bedrohten Arbeitnehmermitte) sowie den selbstgenügsamen Traditionalisten, den autoritätsorientierten Geringqualifizierten und dem abgehängten Prekariat (Subproletariat) besteht. Eine Sonderposition nehmen die zufriedenen Aufsteiger ein. Sie haben die Nützlichkeit eines funktionsfähigen und weltoffenen Sozialstaats beim Aufstieg erlebt und sind zugleich von der Leistungsgerechtigkeit freier Märkte überzeugt.

Grafik 2: Sozio-politische Milieus (nach Neugebauer 2007: 93)



Es gibt in der Milieustruktur Deutschlands keine Mitte zwischen einem Oben und Unten, auch wenn dies das Einkommen nahe legen würde. Denn die große Gruppe der oberen Mitte (45 Prozent in der Studie der FES) ist zutiefst gespalten. Es gibt jene, in denen sich »die Leistungswerte der Gesellschaft mit Solidaritäts- und Gerechtigkeitswerten verbinden, die auf die faire Teilhabe des unteren Spektrums ge-

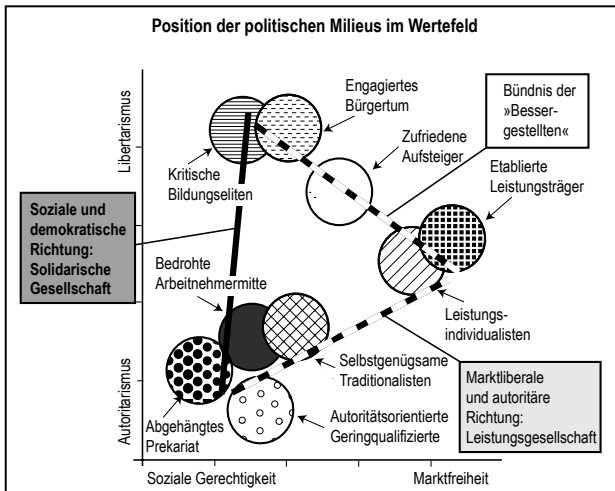
richtet sind«¹⁸ und es gibt jene, die sich für alle anderen nur insofern interessieren, wie sie den eigenen Wohlstand befördern – vor allem als billige Arbeitskräfte in Unternehmen und im Haushalt. Deren Staat soll schlank sein und Probleme durch Repression kostengünstig entsorgen. Hier herrschen durchaus »Sozialstaatsfeindschaft und der Kampf gegen das konsensuale Modell der alten Bundesrepublik vor.«¹⁹

Das »sozio-kulturelle Dreieck« der Politik

Die Milieus bilden ein Dreieck in jenem Raum, der durch die Einstellungen zu den zwei großen Konfliktlinien unserer Gesellschaft gebildet werden. Eindimensionale Politik von oben oder unten bzw. der »Mitte« hilft dabei nicht weiter. Schon rein numerisch können Mehrheiten in Deutschland auf dreifache Weise hergestellt werden (Grafik 3). Erstens ist ein Bündnis der »Bessergestellten« möglich unter dem Primat der Marktfreiheit und bei starker Berücksichtigung libertärer Orientierungen. Zweitens ist ein Bündnis zwischen marktliberalen und autoritätsorientierten Gruppen vorstellbar als Basis einer konservativen Politik der »Leistungsgerechtigkeit«. Und drittens kann eine solidarische Mehrheit hergestellt werden zwischen sozial-libertären Gruppen und den sozial orientierten Gruppen in der unteren Mitte und im Unten der Gesellschaft.

Das Unten wählt nicht per se links, die obere Mitte keinesfalls per se rechts, aber auch nicht umgekehrt. Die Milieus bilden ein sozio-kulturelles Dreieck, mit

Grafik 3: Mögliche Mehrheitsbündnisse in Deutschland



18 Thomas Meyer: Ohne Mitte geht es nicht. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft, Heft 5/2008, S. 42.

19 Albrecht von Lucke: Die Camouflage der bürgerlichen Rechten. In: Ebenda, S. 44.

und in dem die politischen und gesellschaftlichen Eliten und Gegeneliten Politik zu machen suchen. Politik, die nach Mehrheiten strebt, ist nicht binär, sondern trinär, sie kombiniert etwas, das aus drei Bestandteilen gefügt ist. Mehrheiten sind nicht da, nicht vorgefunden, nicht einfach gegeben. Sie werden geschmiedet, erzeugt, herbeigeführt.

Fast alles ist möglich in diesem sozio-kulturellen Dreieck der Politik. Mehrheiten für einen strategischen Wandel führen aber nur die herbei, denen es gelingt, zwei der widersprüchlichen Pole im Rahmen eines übergreifenden Projekts zusammenzuführen und zugleich den dritten Pol nicht in ein antagonistisches Verhältnis bringen, sondern zumindest ruhig zu stellen.

Das Bündnis der Bessergestellten

Nachdem die Rot-Grüne Koalition unter Schröder den linken »Ballast« Oskar Lafontaine abgeworfen hatte, mit dem gemeinsam Schröder und Fischer gerade noch die Wahlen von 1998 gewonnen hatten, verkörperte sie genau das Bündnis der Oberschichten. Sie kappte die Beziehung nach unten, verknüpfte die linksliberalen gut Qualifizierten der neuen urbanen Milieus mit den neoliberalen Globalisierungseliten und den Aufsteigern aus den unteren Schichten, die sich diesen Aufstieg ganz selbst zuschreiben. Das Motto formulierte Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung vom 14. März 2003 so: »Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.« Gemeinsam mit Tony Blair verkündete er in einem »Manifest«, dass die Sozialdemokratie in der Vergangenheit den »Weg zur sozialen Gerechtigkeit mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert [habe], ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben«. »Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn« – seien »zu häufig zurückgestellt [worden] hinter universelles Sicherungsstreben«.

Die Politik der Bundesrepublik wurde im Gefolge vornehmlich auf die Verbesserung der eigenen Stellung in der finanzmarktgetriebenen Globalisierung ausgerichtet und die Privatisierung der öffentlichen Sicherungssysteme vorangetrieben. Das früher berühmte System der lebensstandardsichernden Altersrenten wurde in kürzester Zeit zerstört. Die »Lohnspreizung«, sprich: Steigerung für die Besserverdienenden und Stagnation bzw. Senkung bei den anderen, erreichte fast US-amerikanische Maßstäbe. Deutschland hat nun einen Anteil von »working poor«, von Menschen, die unter der Sozialhilfe bleiben, obwohl sie voll arbeiten, der in der sogenannten entwickelten Welt nur von den USA übertroffen wird. Die Steuern auf Vermögen und höhere Einkommen wurden deutlich gesenkt, in hohem Tempo eine Klasse billiger Dienstleister und Leiharbeiter geschaffen bzw. legalisiert. Mit Hartz IV wurde der Arbeitnehmermitte die Sicherheit genommen, ihre

sozialen Besitzstände und ihr Sozialeigentum (soziale Ansprüche) auch in Zeiten wachsender Unsicherheiten behalten zu können. Sie wurden alle in den Status der potentiell Prekarisierten versetzt. Gleichzeitig wurde dies formal weitgehend unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und sexueller Neigung gemacht (auch wenn es sie real überproportional trifft). Die Arbeitskraft wurde zugleich entschert und enttraditionalisiert. Es konnte nun jeden treffen – selten in guter und oft in böser Weise. Der Angriff auf »Sozialschmarotzer« legitimierte die Entsolidarisierung der Gesellschaft und die Entsicherung aller derer, die von Lohnarbeit und Sozialtransfers abhängig sind.

Der radikale Neoliberalismus ist eine Politik, die aus dem Bündnis der Bessergestellten unter der Hegemonie von Finanzmarktellen, Finanzfonds und den führenden Gruppen des Wettbewerbsstaats (Joachim Hirsch), einschließlich ihrer militärisch-industriellen Fraktionen, hervorgeht. Dieses Bündnis hat klare Projekte, ein deutlich formuliertes Menschenbild (der Einzelne als »Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«), eine prägnante Gesellschaftsvorstellung (das Ideal der »freien Märkte« als universeller Problemlösungsmotor), eine Kultur der Selbstinszenierung der »Alpha-Tiere« und Lustmenschen,²⁰ einen Politikstil der Insider-Experten wie Peter Hartz oder Bert Rürup, fehlender Alternativen (»There is no alternative« – Margret Thatcher) und des Basta!

Ungezügelter Wettbewerb, sozialer Druck, Überführung eines möglichst großen Teils des gesellschaftlichen Vermögens in die Finanzwelt, freier Kapital- und Devisenverkehr und Förderung aller Arten privater Vermögensanlagen sollen eine neue Dynamik des Wachstums freisetzen, für die die USA über jetzt anderthalb Jahrzehnte stehen. Grundlage ist die »Wealth-Creation-Theory« des Neoliberalismus: »Wirtschaftspolitik hat danach die Aufgabe, den Marktwert von Vermögen ständig zu erhöhen und eine Transformation in eine Eigentümergesellschaft zu befördern.«²¹ Wachsende Verschuldung des Staates und der Bürger, eine expansive Geld- und Fiskalpolitik sind gewollt. In der Erwartung höherer Einkünfte in der Zukunft soll heute mehr investiert und gekauft werden. Wachstum könne vor allem durch die Annahme wachsender Werte von Vermögen herbeigerufen werden.

Eine solche Politik verändert die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft grundlegend zugunsten jener, die über Vermögen verfügen, direkten Zugriff auf die Verfügung von Finanzkapital oder international agierenden Unternehmen haben, die über eine auch global konkurrenzfähige Qualifikation verfügen und im hohen Maße flexibel sind. Und es wertet alle anderen ab, senkt die Macht der Lohnabhängigen und ihrer Vertretung, schwächt den öffentlichen Sektor und seine Ausstrahlung auf Lohnniveau und Regulation der Arbeit. Dies schafft US-amerikanische Bedingungen, von denen der Finanzinvestor Warren Buffett im Jahresbrief

20 Keinesfalls zufällig posierte Schröder in Brioni-Anzügen und mit Cohiba-Zigarre.

21 Joachim Bischoff: Vom »goldenen Zeitalter« zur Ära der Turbulenzen der Globalökonomie. Überlegungen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. In: Z, Nr 73 (März 2008), S. 38.

an die Investoren seines Fonds »Berkshire Hathaway« 2003 sagen konnte: »Wenn in Amerika Klassenkampf geführt wird, gewinnt meine Klasse deutlich.«

Das marktliberal-autoritäre Bündnis des sozial verankerten Konservatismus

Im Gefolge der neoliberalen Politik des Bündnisses der Bessergestellten kommt es zu einer tiefen Entfremdung der lohnabhängigen und unteren gesellschaftlichen Gruppen von der Demokratie, die als Klassenkampf der Herrschenden und Reichen verstanden wird. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen geht verloren, die Bindung an Parteien, die sich ja mehrheitlich in eine solche Politik einspannen ließen, sinkt drastisch. Nationalismus und Rassismus nehmen zu. Teile der unteren Gruppen entwickeln aggressive ethnozentristische Verteidigungsstrategien, für die sie eine nationale Gemeinschaft mit den herrschenden Klassen neu schaffen wollen.

Die Zeichen einer Krise der gesellschaftlichen Reproduktion (Umwelt, Bildung, Kultur), der sozialen Integration, der demokratischen Legitimation und der Sicherheit nach innen und außen häufen sich. Vier mögliche Szenarien zeichnen sich ab: In der jetzigen Krise können neokonservative und auch neosozialdemokratische Versuche stärker werden, mit den jeweiligen Mitteln die Probleme zu bewältigen. Zugleich steigen die Gefahren eines entzivilisierten Kapitalismus, wie er in den Kriegen gegen den Irak, in Guantanamo schon geprobt wird. Und es steigen die Chancen für einen wirklichen Richtungswechsel.

Die Privatisierung und Flexibilisierung stößt auf immer stärkeren Widerstand. Die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften hat ein Ende gefunden. Die jetzt schon ein Jahr anhaltende Krise auf den globalen Finanz- und Hypothekmärkten macht klar: Der Staat muss zurück als »lender of last resort« (jene, die bei Liquiditätskrisen als Letzte einspringen). Nur er kann noch Sicherheit herstellen. Banken werden plötzlich verstaatlicht, Spekulationen verboten und der Finanzmarkt soll reguliert werden.

Vor diesem Hintergrund machte der Parteienwettbewerb eine Koalition der Eliten und Besserverdienenden fragil. Die Konservativen setzten seit 1998 zunehmend darauf, Arbeiter als Wähler zu gewinnen, und machten den Sozialdemokratien in ihrer Kernklientel Konkurrenz, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich oder Italien. Wie Henry Guiano, Berater und Spin-Doktor von Sarkozy formulierte: »Die unteren Schichten sind ein strategisches Ziel. Diese Welt ist Ségolène Royal fremd. Diese Bevölkerung fühlt sich vielleicht von der Politik verraten, hat aber keinen anderen Ausweg als die Politik.«²²

Bewusst wählt Sarkozy die Sprache der kleinen Leute. So sehr er selbst sich in der Welt der Großen sonnt, will er doch einer sein, der wie ein Vater für sein Volk sorgt: »Ich bin hierher gekommen, weil hier Frankreich ist... Das Frankreich, das

22 Zitiert in: Elisabeth Gauthier, a. a. O., S. 25.

leidet, ist auch jenes der armen Arbeitenden, alle jener, die überzeugt sind, nicht belohnt zu werden für ihre Arbeit, für ihre Anstrengungen, für ihre Leistungen. Jenes Land, das weiß, dass der SMIC [Mindesteinkommen pro Stunden von 8,44 Euro] nicht ausreicht, um eine Wohnung zu finden, das Land der aufgezwungenen Teilzeitarbeit, das der alleinstehenden Mütter, die nicht voll arbeiten können, weil sie nicht die Mittel haben, ihre Kinder versorgen zu lassen. Das ist auch das Frankreich der Industriearbeiter, die in der Angst vor Unternehmensverlagerungen leben... Das ist das Land der Handwerker, der Landwirte, der Fischer, die von Abgaben und Zwängen erdrückt werden und nicht mehr durchkommen. Das ist das Frankreich der unteren sozialen Schichten, die Angst haben vor der Deklassierung. Das ist das Frankreich, von dem die Zukunft wie eine Bedrohung erlebt wird...«

Aufgrund der inneren Differenzen der oberen Mittelschichten gibt es eben nicht die eine Partei dieser sozialen Großgruppe. Gewinnt eine Partei oder Parteienfamilie die Oberhand, dann kann die andere versuchen, durch Appell an die untere Mitte und die unteren Schichten ihrerseits die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Angela Merkel hat dies versäumt und beinahe die Bundestagswahlen 2005 verloren, weil Schröder selbst plötzlich eine soziale Wende vornahm und sich der sozialen »Balance« besann. Jetzt ist der Blick nach unten fest verankert: Freiheit *und* Gerechtigkeit sei wichtig, nicht Bürger-, sondern *Volkspartei* müsse die CDU sein, hieß es nach dem Wahldebakel. Branchenspezifische Mindestlöhne werden genauso akzeptiert wie eine Erhöhung des Kindergeldes und der Ausbau der vorschulischen Bildung und von Ganztagschulen. Die CSU hat sich dem Leitbild der »solidarischen Leistungsgesellschaft« verschrieben.

Diese Politik des sozial verankerten Konservatismus strebt eine Integration der Interessen und Werte der marktliberalen und gemäßigt autoritären Kräfte mit sozial-autoritären Einstellungen unterer Gruppen unter dem Primat der marktwirtschaftlichen Orientierung an. Dies setzt eine spezifische Selektion der Interessen der Lohnabhängigen voraus: sinkende Belastung unterer Einkommen bei gleichzeitiger Privatisierung der Daseinsvorsorge, starker Druck auf die Bezieher von Sozialtransfers bei gleichzeitiger Verbesserung von Aufstiegschancen über Bildung und die Öffnung der Arbeitsmärkte vor allem über Leiharbeit und den Niedriglohnsektor; Politik der weiteren wirtschaftlichen Öffnung und restriktive Politik gegenüber Asylbewerbern; starke soziale Differenzierung (im eigenen Land und global) und zugleich Bekämpfung von Kriminalität und Terror vor allem über einen Sicherheitsstaat und militärische Intervention; stärkere Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit, aber auf der Basis einer strukturkonservativen Politik, die die Produktions- und Lebensweise nicht grundlegend verändert.

Dieser sozial verankerte Konservatismus, wie ihn in brillanter Weise Sarkozy verkörpert, ist »eine kühne Allianz zwischen Privilegierten und Mittellosen« (Eric Duplin). Der Staat und der Sozialstaat sollen ganz anders als bisher eingespannt werden, um die gesellschaftliche Reproduktion, soziale Integration, politische Handlungsfähigkeit und innere wie äußere Sicherheit zu den Bedingungen des

globalisierten Kapitalismus zu ermöglichen. Die Herrschaftsbasis in den unteren sozialen Gruppen soll aktiv wiederhergestellt werden. Wie Lessenich schreibt: »Flexibler Kapitalismus meets Post-Demokratie ... , die Radikalisierung des ökonomischen Produktivitätsprinzips (>Alle Macht der Bewegung!<) geht mit der Beschränkung politischer Gestaltungspotentiale (>There is no alternative!<) einher: Und mitten drin der als >aktivierender< sicher re-formierende Sozialstaat, der das schwierige Geschäft der sozialverantwortlichen Selbst-Bewegung der Subjekte betreibt und dem die dafür in Anspruch genommenen positiven Wertbezüge sozialen Handelns – Aktivität und Produktivität, Flexibilität und Autonomie – zu politischen Steuerungsformen des individuellen Selbstzwangs in gesellschaftlicher Absicht geraten.«²³

Bündnis für eine solidarische Gesellschaft

Die Allianz der »Privilegierten und der Mittellosen« muss einen fundamentalen Widerspruch überbrücken – den zwischen Gewinnern und Verlierern einer primär auf die Märkte setzenden Politik, die den Sozialstaat in ein bloßes Instrument besserer Vermarktung umzugestalten sucht. Es gibt eine klare Renaissance des Sozialen und linker Positionen. Mehrheiten gerade im Unten der Gesellschaft sind gegen die Rente mit 67, gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie wollen in ganz anderem Maße einen Ausbau öffentlicher Bildung, allgemeine Mindestlöhne, Abschaffung von Hartz IV und eine scharfe Kontrolle, Zerschlagung oder sogar Verstaatlichung solcher Monopole wie der Energiekonzerne.

Angesichts der Tatsache, dass die Armut in Deutschland 13 Prozent (26 Prozent vor Sekundärverteilung), dass jedes 6. Kind von Armut bedroht ist (eine Verdoppelung in einem Jahrzehnt; 40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden, 30 Prozent der Kinder in Migrantenfamilien), der wachsenden Einkommensspreizung, des Niedriglohngefängnisses (22 Prozent der Beschäftigten arbeiten zu schlechten Konditionen, in den USA sind es 25 Prozent) und eines Bildungssystems, das die soziale Polarisierung verstetigt und den sozialen Status mehr als in jedem anderen entwickelten Land vererbt, ist die Politik des sozial besorgten Konservatismus für die untere Mitte nur das kleinere Übel gegenüber einem radikalen Neoliberalismus.

Eine linke oder solidarische Mehrheit (so Kurt Beck noch in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender) in Deutschland ist möglich, wenn es gelingt, die Interessen jenes Teils der oberen Mitte, der vor allem im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und sozio-kultureller Sektoren tätig ist (engagiertes Bürgertum und kritische Bildungseliten in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung) mit den Interes-

23 Stephan Lessenich: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2008, S. 136.

sen der bedrohten Arbeitnehmermitte und größeren Teilen der unteren sozialen Gruppen zu verbinden.

Ein zentrales Scharnier dieses Bündnisses ist der öffentliche Sektor. Er ist in Deutschland eindeutig unterentwickelt. Der Output staatlicher Institutionen (inkl. Sozialversicherung) beträgt in den skandinavischen Ländern 26 Prozent des Bruttosozialprodukts, in Deutschland jedoch nur 13 Prozent. In Dänemark gibt es 170 öffentliche Beschäftigte je 1000 Einwohner, in Deutschland sind es gerade mal 55. Deutschland muss wählen zwischen einem staatsförmigen »High-Road« oder einem marktförmigen »Low-Road« zur Dienstleistungsgesellschaft.²⁴

Gerade die unteren Schichten sind auf einen starken, bürgernahen Bereich öffentlicher Dienstleistungen angewiesen, die einen qualitativ guten Service bieten. Sie können ihn weder bei Pflege noch Bildung, weder bei Information noch Gesundheit privat kaufen. Gerade sie können sich keine Wohnung in einer »sicheren Gegend« leisten. Für sie sind öffentliche Jugend- und Kultureinrichtungen die Bedingungen, auf die sie nur zugunsten privater Ödnis verzichten können. Eine wachsende Staatsquote kann dann sinnvoll sein, wenn die produktiven Bereiche wie Erziehung, Bildung, Gesundheitsprävention, Kultur, Umweltschutz, öffentliche Daseinsvorsorge (bis hin zu Infrastruktur) ausgebaut werden, die Höherqualifizierung der Gesellschaft vorangetrieben und gute Arbeit angeboten wird. Eine bürgernahe Leistungsorientierung und Partizipation gehören dabei zusammen.

Was dies bedeuten könnte, sei an zwei Beispielen illustriert. Erstens: Immer mehr Parteien fordern gegenwärtig die Wiedereinführung der Pendlerpauschale. Real läuft dies auf die Subventionen des privaten Verkehrs hinaus. Volkswirtschaftlich sinnvoller und ökologisch dringend geboten wäre dagegen, die mit der Abschaffung der Pendlerpauschale gewonnenen Gelder für den Einstieg in einen nutzerunentgeltlichen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einzusetzen. Die Kosten des ÖPNV sind bei gleicher Leistung um die Hälfte geringer als im privaten Personennahverkehr. Der Flächenbedarf ist geringer, und die Zuasphaltierung der Landschaft würde eingeschränkt. Der CO₂-Ausstoß beträgt nur ein Fünftel oder ein Zehntel. Die individuelle Mobilität würde sich durch Beseitigung von Staus, dichte Fahrtakte und flexible Systeme der Erschließung real steigern. Zugleich würden sich die Möglichkeiten demokratischer Partizipation bei der Gestaltung des Öffentlichen erhöhen.

Zweitens: Das deutsche Schulsystem ist nicht nur unsozial, weil es Bildungsdifferenzen der Eltern bei den Kindern verstärkt, es ist zudem unökonomisch. Während fast alle westlichen Gesellschaften schon vor vierzig oder dreißig Jahren zu Einheitsschule und möglichst langem gemeinsamen Lernen übergegangen sind, steht dem in Deutschland der Antikommunismus und eine bornierte Verteidigung der frühen gymnasialen Ausbildung entgegen. Langes gemeinsames Lernen nützt außerordentlich stark den schwachen Schülern, und schadet gleichzeitig nicht den

24 Cornelia Heintze: Der auffaltbare Abstieg in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft. Berlin 2008.

starken.²⁵ Zugleich könnten Solidarität und der Umgang mit den unterschiedlichen Kulturen in Deutschland erlernt werden.

Nach den großen Katastrophen der beiden Weltkriege, die die europäische Zivilisation faktisch zerstörten, durch den Kampf der Völker, eine erstarkende sozialistische und kommunistische Bewegung, erste Erfahrungen mit der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung kapitalistischer Ökonomien wurden nach 1945 Institutionen geschaffen, die die Einheit von wirtschaftlicher und sozialer sowie demokratisch-parlamentarischer Entwicklung unter der Vorherrschaft liberaler Eliten sichern sollte. Dazu gehörten die Kapitalkontrolle, Regeln für Investitionen, feste Umtauschkurse, ein starker öffentlicher Sektor, eine strikte Arbeitsgesetzgebung. Seit den 1970er Jahren wurden diese Schutzdämme nach und nach geschleift und ein völlig neues institutionelles Gefüge geschaffen, dessen Eckpfeiler freie Wechselkurse, freier Welthandel und freier Kapitalverkehr, globale innerbetriebliche Arbeitsteilung, weitgehende Privatisierung, Schwächung der Verhandlungsmacht der Lohnarbeit durch Flexibilisierung, Teilzeitarbeit, Niedriglohnsektoren sowie Dominanz des kurzfristigen Shareholder-Values sind. Dies alles ist nun in einer sehr tiefen Krise. Die Frage ist, ob es bei Reparaturmaßnahmen dieses neuen Finanzmarkt-Kapitalismus bleibt oder ob Kräfte entstanden sind, grundlegende Veränderungen einzuleiten.

Die Frage ist doch: Wenn die globale Finanzkrise zeigt, wohin die außer Rand und Band geratenen Spekulationen führen, wenn die Rohstoff- und Energiekonzerne enorme Gewinne machen und doch die Preise schnell hochtreiben, wieso dann nicht den Finanzmarkt-Kapitalismus zurückdrängen und Wirtschaftsdemokratie einführen?! Dann wäre auch die Verlagerung gewinnträchtiger Unternehmen ins Ausland nicht mehr ohne weiteres möglich. Wenn Privatisierung und Spaltung im Bildungs- und Gesundheitssystem so zerstörerisch wirken, wieso dann nicht den öffentlichen Sektor erneuern und ausbauen?! Wenn Teilzeit und Leiharbeit zu mehr Beschäftigung führen, die aber nicht existenzsichernd ist, warum dann nicht eine neue Vollbeschäftigung mit guten Löhnen und guter Arbeit?! Wenn die Umverteilung von unten nach oben und von öffentlich zu privat am Ende dazu geführt hat, dass nun die öffentliche Hand und die Masse der Steuerzahler für die Verluste zur Kasse gebeten werden, während die Gewinne längst in Steueroasen geparkt sind, warum dann nicht die Umverteilung umkehren?! Wenn die neuen Kriege der USA, der NATO und der Europäischen Union nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Unsicherheit, der Krieg gegen den Terror zu mehr Terrorismus, der Kampf der Kulturen zu mehr Unkultur geführt, sich die Rüstungsausgaben in den letzten acht Jahren weltweit verdoppelt haben, warum dann nicht endlich diesen Zyklus umkehren und das Konzept gemeinsamer Sicherheit durch solidarische Entwicklung, wie es am Ende des Kalten Krieges entstanden war, aktivieren?! Die Ausgaben für Rüstung allein würden reichen, jedem Menschen auf der Erde den Zugang

25 Lisa Becker: Mehr Geld für Schulen bringt wenig. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. August 2008, S. 12.

zu frischem Wasser und medizinischer Grundversorgung zu sichern und die Kosten einer ökologischen Wende *ohne* Senkung des Lebensniveaus einzuleiten.

Auf dem Gebiet der globalen Wirtschaft sind die folgenden Forderungen nicht nur langfristig sinnvoll, sondern könnten unmittelbar zur Lösung der gegenwärtigen Krise beitragen, wie es der New Deal in den USA in den 1930er Jahren tat: Wiedereinführung der Kapitalverkehrskontrolle und Schaffung einer globalen Kartellbehörde, Erhebung einer Steuer auf spekulative Gewinne (Tobin-Tax) und Austrocknung der sogenannten Steueroasen, die nichts anderes sind als legalisierte Formen des Diebstahls im größten Stil und zudem Geldwaschanlagen der globalen Kriminalität (der staatlichen wie der privaten) darstellen (allein dies zwischen zweieinhalb und fünf Prozent des globalen Bruttosozialprodukts). Die Stabilisierung der Wechselkurse würde zudem Spekulationsgewinne deutlich einschränken.

Die hier vertretene Position ist die eines radikalen Reformismus, der den Bruch, die revolutionäre Veränderung der Qualität gesellschaftlicher Entwicklungsweise antizipiert in den einzelnen Reformen und in der Vision, die ihnen zugrunde liegt. Wie der Chaostheoretiker John Holland formulierte: »Bei der Evolution kommt es nicht darauf an, einfach nur ein gutes Tier hervorzubringen, sondern gute Bausteine zu finden, die sich zu guten Tieren zusammensetzen lassen.«²⁶ Das unmittelbare Ziel ist das Auffinden guter Bausteine, das mittelbare Ziel ist es, dadurch eine gute, eine gerechte und solidarische, eine nachhaltige und friedliche Form sozialer Evolution zu ermöglichen. Es wäre dies eine Gesellschaft, in der Menschen ohne sozial bedingte Ängste leben können. Dies scheint nicht viel zu sein und wäre doch das eine große Ziel. Erst dann können Menschen ihr Leben wirklich selbst in die Hand nehmen, werden sie tatsächlich für ihr Glück und Unglück selbst verantwortlich sein können, soweit dies überhaupt möglich ist.

Ein Blick nach vorn

Parteien brauchen Strategien, um in einer immer komplexeren und sich schnell verändernden Welt zu überleben. Die Frage ist nur: Welche Parteien mit welchen Strategien brauchen die Bürgerinnen und Bürger? Parteien können sich als Selbstzweck in der Demokratie verstehen und die Bürgerinnen und Bürger nur als Wählerinnen und Wähler, die man ein einziges Mal alle vier Jahre für wenige Minuten der Wahlabgabe wirklich braucht. Mit den Folgen der Wahlentscheidung aber müssen alle über die restlichen 1460 Tage leben.

Es gibt die Möglichkeit für einen Richtungswechsel hin zu einer solidarischen Entwicklung. Die erneuerten gewerkschaftlichen Kämpfe und die sozialen Bewegungen, die von Mehrheiten erkannte Notwendigkeit eines starken regulierenden Staates und der Erneuerung des Öffentlichen angesichts vieler Krisen, mögliche

26 Zitiert in: M. Mitchell Waldrop: Inseln im Chaos. Die Erforschung komplexer Systeme. Reinbek bei Hamburg 1993, S. 212.

Lernprozesse in der SPD (dauerhafte strukturelle Unterlegenheit gegenüber CDU/CSU) und bei den Grünen (Übergang zur Scharnierpartei gelingt nicht), der Ausbau der Partei DIE LINKE zu einer sozial verankerten und kulturell ausdifferenzierten Partei, die erfolgreiche Schaffung von Linksregierungen auf Landesebene (Berlin, Thüringen, Brandenburg oder auch Hessen) können unter günstigen europäischen und internationalen Bedingungen innerhalb von fünf bis zehn Jahren diesen Richtungswechsel durchsetzbar werden lassen.

Es ist offen, wie sich aus der Wählerstimmenmaximierung der Parteien gemeinwohlorientierte Entscheidungen ergeben können, die mit Fortschritten in Richtung zu mehr gesellschaftlicher Integration, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden verbunden sind. Auch die Partei DIE LINKE ist keinesfalls per se der Hüter einer solchen Entwicklung. Sie hat aber gute Gründe, im Eigeninteresse die Chancen für eine solidarische Mehrheit ernst zu nehmen, sich einem Richtungswechsel der Politik glaubwürdig zu verschreiben, weder an der Scylla bloßer Systemopposition zu zerschellen, noch an der Charybdis kurzfristiger Pragmatik eines kleineren Übels zu zerbrechen. Nach Konfuzius gibt es »dreierlei Wege, klug zu handeln: Erstens durch nachdenken, das ist der edelste, zweitens durch nachahmen, das ist der leichteste, und drittens durch Erfahrung, das ist der bitterste.« Er möge uns erspart bleiben. Es ist Zeit, die Segel zu setzen zu den Ufern einer solidarischen Gesellschaft, die in Frieden mit anderen und der Natur lebt.

Thomas Seibert

Eine Linke, die dazwischengeht

Radikale Realpolitik (auch) von Linksaußen

Standortbestimmungen

Zunächst geht es mir um die Frage, was »radikale Realpolitik« für eine sozialistische Wahlpartei – in diesem Fall DIE LINKE – heißen kann bzw. heißen muss. Ich spreche dazu aus dem (nicht: für den) Zusammenhang einer nicht-parteilicheren, weil staats- und machtkritischen und derart »radikalen« Linken. Dass ein solcher Austausch nicht nur möglich, sondern beiderseits gewünscht ist, resultiert aus der letzten großen Krise, diesmal nicht des Kapitalismus, sondern der Linken: dem Zusammenbruch der real existierenden Staatssozialismen zum Ende des 20. Jahrhunderts. Der betraf binnen kurzer Frist neben den »östlichen« Linken auch die der westlichen Sozialdemokratien, der postkolonialen Befreiungsbewegungen und -staaten des Südens und, dort anfangs unvermutet, die staatskritischen oder antistaatlichen Linksradikalen jeden Orts. In der Folge dieses Zusammenbruchs *und*, nicht zu vergessen, des mittlerweile selbst fast zwanzigjährigen Neubeginns »danach«, gerieten auch die Koordinaten durcheinander, die bis dahin »moderate« und »radikale« Linke voneinander trennten. Auf den Punkt kam und kommt dieses Durcheinander nicht zum ersten Mal an der Koordinate, mit der im Geschäft der Trennung stets der Anfang gemacht wurde: »Reform oder Revolution?!«

Gerade hier, und das ist mein Ausgangspunkt, wollen sich heute immer mehr Linke gar nicht eindeutig festlegen. Das heißt nicht, dass die Trennungsoption gegenstandslos geworden wäre: Natürlich gibt es nach wie vor moderate (reformistische etc.etc.) und radikale (revolutionäre etc.etc.) Linke. Doch ist deren Unterschied, so meine erste und leitende These, jetzt endlich nicht mehr der eines definitiven Entweder-Oder. Im Begriff gefasst: Er ist kein struktureller, sondern ein bloß funktionaler.

Stimmt das, dann wäre eben darüber – über die Funktionalität der Unterscheidung – *gemeinsam* zu befinden. So jedenfalls sieht es seit einiger Zeit schon und besonders momentan aus. Momentan: im Augenblick der seit Jahrzehnten tiefsten Krise des globalen Kapitalismus. Die könnte derart zur Probe unseres neuen, jetzt gemeinsam zu verantwortenden Unterschieds werden.

Wahl- und Bewegungsparteien neuen Typs

Es ist angebracht, aus meiner Perspektive, zuerst von der Partei DIE LINKE zu sprechen, als der unter spezifisch deutschen Bedingungen entstandenen Variation

jener post-sozialdemokratischen, aber auch post-ML-Linksparteien neuen Typs, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten herausgebildet haben. Parteien dieser Art gibt es gegenwärtig überall in Europa; das prominenteste und zugleich problematischste Beispiel ist die italienische *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC), aktuell hervorzuheben ist zweifellos die sich erneut in Transformation befindende *Ligue communiste révolutionnaire* (LCR) in Frankreich. Außerhalb Europas wäre paradigmatisch auf die brasilianische *Partido dos Trabalhadores* (PT) sowie auf die post-maoistischen Parteien Indiens zu verweisen.

Was sie trotz aller Unterschiede eint, ist ihr Querstand eben zu den traditionellen innerlinken Trennungskordinaten – beginnend mit denen von sozialdemokratischen und ML-Parteien. In wiederum unterschiedlicher Weise sind sie weder das eine noch das andere – und zugleich irgendwie beides. Dies schon deshalb, weil sie sich intern als pluralistische Parteien verstehen und deshalb – unter anderen – definitiv-sozialdemokratische und definitive marxistisch-leninistische Flügel haben und das auch so wollen (müssen).

Zugleich aber sind sie alle Wahlparteien, deshalb auf den Staat bezogen, deshalb *Staatspartei in spe* und insofern, von heute aus gesehen, allemal »reformistisch.« Schon weil sie sonst ihre Wähler/innen täuschen würden, von denen sich die wenigsten nur eine Vertretung wünschen, die das Parlament ausschließlich als »Schwatzbude« nutzt, d. h. »entlarvt.«

Doch verstehen sich diese Parteien eben nicht bloß als Wahl-, und schon gar nicht als Avantgarde-, sondern stets auch als Bewegungsparteien. Sie anerkennen deshalb den Primat und die Autonomie der sozialen Bewegungen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und sie anerkennen die strukturelle Pluralität solcher Bewegungen und Auseinandersetzungen. Wie sie das genau tun, wie sie sich darin verorten, das ist in den neuen Linksparteien und von Partei zu Partei umstritten, auch in DIE LINKE.

Zweite These meinerseits: Die genaue Bestimmung der Form des Verhältnisses von Partei und Bewegung ist in der Perspektive der Bewegungen letztlich viel wichtiger als das eine oder andere programmatische Vorhaben. Und: Es ist wichtiger als die parteiinterne Flügelverortung. Beispiel: Ein sich als »radikal« und deshalb »eigentlich links« verstehender Flügel mit autoritärem Parteiverständnis steht in der Perspektive von Bewegungsaktivist/innen definitiv »rechts« von einem sich eher »moderat« verstehenden Flügel, der den Primat und die Autonomie der Bewegungen ernst nimmt. Zeit also für einen Perspektivenwechsel.

Linker Radikalismus

Der Ausdruck »Linksradikalismus« wird hier in der Bedeutung gebraucht, die er in Deutschland in den 1970ern in seinem affirmativen Gebrauch fand. Wenn ich jetzt eine Weile dieser Geschichte nachgehe, so weil daraus relevante Lehren für

die gegenwärtige Situation gezogen werden können: für heutige Linksradikale, und für Linke, die in DIE LINKE arbeiten.¹

Ausgangspunkt der (Selbst-)Affirmation von linkem Radikalismus waren (und sind) zwei Punkte. Erstens – wie schon gesagt – eine radikale Staats- und deshalb auch Partei(en)- und zuletzt konsequente »Politik«-Kritik. Dieser Kritik gemäß verstehen sich Linksradikale eben nicht als Staats- oder Partei-, sondern als Bewegungslinke. Zweitens und dem folgend der Bezug auf den Begriff und die Sache selbst der Bewegung. Traditionell verstanden Linke darunter die gewerkschaftlich sowie in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien repräsentierte Arbeiterbewegung. Von der schieden sie deshalb immer schon die Teile ab, die Linksradikale ihrerseits als »andere« Arbeiterbewegung zum Bezugspunkt nahmen.²

Mit den 1960er Jahren aber formierten sich die »Neuen Sozialen Bewegungen«, in deren Perspektive die Arbeiterbewegung ihrerseits zur »Alten Sozialen Bewegung« wurde. Zu nennen ist hier, allen voran, die Frauenbewegung, zugleich die Student/innen-, Schüler/innen-, Lehrlings- und überhaupt Jugendbewegung, dann die Umweltbewegung und schließlich, dem Vektor eines nicht-quantitativen »Minderheitlich-Werdens« folgend, immer neue und je »andere« Bewegungen: darunter nach wie vor eine solche »andere« Arbeiterbewegung.³

Auf sie bezogene Bewegungspolitik zu machen, unterschied sich in vielfacher Weise von traditioneller Klassen-, Partei- und zuletzt Staatspolitik. Dies begann mit der Bestimmung des Politischen und der Politik selbst, die solche »in Erster Person« sein sollte. Medium waren primär weder Staat noch auch »Gesellschaft im Ganzen«, sondern Alltag und Alltagsleben: Hier war der Ort der Subversion wie der Alternative, hier waren die Orte qualitativ neu verstandener Organisation. Anfangs definitiv revolutionär verstanden, war das Verhältnis zur hier und heute schon zu praktizierenden Veränderung und mithin zu Reform (und Reformation!) allerdings ein ganz anderes als im klassisch-revolutionären Verstand, der das Andere auf die Zeit »nach der Revolution« verschob. Das war wirklich neu, war anders, war ein Versprechen und – funktionierte nur ambivalent.

Um es kurz zu machen: Mit der in den 1970er Jahren durchschlagenden Krise des Kapitalismus kam die den Neuen Sozialen Bewegungen sich anmessende »Neue Linke« sukzessive auch in ihre Krise. Die artikulierte sich – ich kürze wieder ab und bring's aufs hier leitende Thema – in ihren beiden »realpolitischen« – na ja – Lösungen: dem Projekt der Grünen als Partei und mehr noch als Lebens-

1 In einem Seminar zur radikalen Realpolitik erläuterte ich diese Geschichte am berühmten »Putzpapier« aus der in den 1970ern im Rhein-Main-Gebiet aktiven Gruppe *Revolutionärer Kampf* (RK), die zum Verbund der sog. »WWA«-Gruppen gehörte, benannt nach der Zeitung *Wir wollen alles*.

2 Karl Heinz Roth: Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. München 1974.

3 Vgl. Thomas Seibert: Wahrheit, Ereignis und wirkliche Bewegung. Zur De/Konstruktion von Subjektivität. Philosophie. Politik. In: Christina Kaindl (Hg.): Subjekte im Neoliberalismus. Marburg 2007, S. 259 ff. Vgl. auch Gilles Deleuze, Félix Guattari: Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie. Bd. 2. Berlin 1992, S. 140 ff, S. 145 ff., S. 396 ff., S. 650 ff. Für den analogen Gebrauch der Begriffe des Molaren, des Molekularen und des Molekular-Werdens vgl. außerdem Gilles Deleuze, Claire Parnet: Dialoge. Frankfurt am Main 1980, S. 133-158.

weise im weiten Sinn des Wortes, und dem der Autonomen als »Szene« und wiederum Lebensweise.⁴ Dabei wurden die grüne Partei und Lebensweise zu dem Medium, in dem vormals subversive und alternative Praktiken, Projekte und Subjekte zu einer Avantgardefraktion der post-fordistischen Modernisierung des Kapitalismus wurden. Darin inbegriffen: ein zehntausend-, wenn nicht hunderttausendfacher sozialer, jedenfalls kultureller Aufstieg. Ideologisch und realpolitisch besiegelt wurde der in der »rot-grünen Koalition«, im Jugoslawien-Krieg und zuletzt in der nicht nur konterrevolutionären, sondern auch konterreformistischen Neubestimmung des »Reform«-Begriffs selbst (Hartz-IV-Reformen, auf den Punkt gebracht).

Dem Prozess der Grünen zunächst entgegengesetzt und zuletzt dennoch gleichgerichtet, wurden die autonome »Szene« und Lebensweise zu dem Medium, in dem Subversion, Alternative und sich befreiende Subjektivität zum subkulturellen Restbestand ihrer selbst wurden. Sie wurden dies, indem sie die Kritik der »Politik« – selbst dort, wo sie sich im gelegentlichen »riot« äußerte – in Ent-Politisierung verkehrten: »linksradikal« jetzt nicht mehr im affirmativen, sondern im negativen Sinn des Begriffs.

Gleichgerichtet waren Grüne und Autonome darin, dass sie zuletzt, bei allen Unterschieden, realpolitisch verkümmerten: sich definitiv von der eigenen Radikalität trennten oder sie zur Behauptung, zum Ritual, zur Innerlichkeit entleerten.

Interventionistische Linke

Die politisch und kulturell von den Grünen wesentlich mit-betriebene postfordistische Modernisierung hat die Krise des Kapitalismus aber nur vorübergehend produktiv wenden und deshalb eben nur aufschieben können. Von den jetzt mit Wucht aufbrechenden, in Tiefe und Ausmaß noch mal verstärkten Turbulenzen werden deshalb auch zwei Projekte herausgefordert, die – ich verkürze schon wieder und mit Absicht – je auf ihre Weise dort ansetzen, wo sich Grüne und Autonome verloren. Das eine wurde schon genannt: DIE LINKE, aus einem anderen als dem grünen Milieu hervortretend und untergründig doch ebenfalls der Neuen Linken verbunden.⁵ Das andere bleibt jetzt einzuführen: die Gruppen, Projekte und Einzelaktivist/innen der Interventionistischen Linken (IL).

4 Aus auch selbstverschuldeter schlechter Erfahrung lege ich großen Wert auf die Feststellung, dass ich hier grob schematisiere und deshalb unvermeidlich ungerecht werde. Auf den Punkt gebracht: Es gab bis in die 1990er Jahre Grüne, die dem Projekt einer Neuen Linken treu blieben (es gibt sie vereinzelt noch heute), und es gab zu jeder Zeit Autonome und organisierte autonome Projekte, von denen dasselbe zu sagen ist.

5 Abgesehen von ihrer Basis in der früheren DDR gehören der LINKEN viele Aktivist/innen an, die den Aufbruch von 1968 später in der traditionellen Linken fortzusetzen suchten: in Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsoppositionen, der SPD, auch der DKP. Nicht wenige nahmen in ihre Politisierung dennoch Erfahrungen auf, die anderweitig grün oder autonom ausgetragen wurden.

Formell und namentlich wurde diese »Strömung« Ende 2005 gegründet, 2007 war sie eine der tragenden Kräfte der Anti-G8-Mobilisierung von Heiligendamm. Zu ihr gehören lokale aktivistische Gruppen autonomen oder »postautonomen« Selbstverständnisses, spezifische Kampagnen, Zeitungs- und andere Projekte, Einzelaktivist/innen, die in attac, in Gewerkschaften oder NGOs arbeiten bzw. ihre politische Arbeit anderswie »professionell« verrichten.⁶ Es gibt eine Schnittmenge auch zur LINKEN, sofern einzelne Parteimitglieder auch an der IL teilnehmen.

Historisch reicht die »Strömung« länger zurück: in Zusammenhänge, deren Geschichte in den 1970er Jahren beginnt, und in den Prozess der Selbstkritik der autonomen Bewegung, der Ende der 1980er Jahre einsetzt. Aus dieser selbst verwickelten Geschichte heraus positioniert sich die IL als linksradikale Formation freimütig in den Koordinaten der Trennung moderater und radikaler Linker, je der zweiten den Vorrang gebend: Reform oder Revolution, Masse oder Prinzip, Vermittlung oder Konsequenz, Pragmatik oder Kritik, Legalität oder Militanz usw. Staatsfern bis antistaatlich, weiß sie zugleich, dass sie nicht die gesellschaftliche Mehrheit »repräsentiert« und dies auch nicht tun wird. Sie distanziert sich deshalb, trotz professionellen Medienumgangs, vom Geschäft der Repräsentation selbst und wählt wiederum freimütig ihr eigenes »Minderheitlich-Werden«: Artikulation dessen zu sein, was nicht dazugehört und nicht dazugehören will.

Dem entspricht die Vorliebe für die Vorsilbe »anti«: die IL ist antifaschistisch, antirassistisch, antinational, antisexistisch. In nicht spannungsfreier Weise entspricht dem ihre aktivistische Verfassung, die Stellvertretungsverhältnisse auszuschließen sucht und, traditionell gesprochen, »Kader« organisieren will, neulinks Neubestimmt: politische Subjekte in Erster Person.

Den eigenen An- und Einsatz vermag sie politisch dennoch auch positiv zu wenden: Antinationalismus, Antifaschismus und Antirassismus in ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit, die existenziell verstandene Revolte gegen kapitalistische Lohnarbeit in ein Recht auf ein bedingungsloses Existenzgeld, den alles zusammenführenden Antikapitalismus und Antiimperialismus in ein problematisches, gleichwohl affirmativ behauptetes Recht auf autonome gesellschaftliche Aneignung, bisweilen auch »Recht auf Revolution« genannt.⁷

6 Zu den lokalen Gruppen gehören die Berliner Gruppe Für eine linke Strömung (FeLS), die Antifaschistische Linke Berlin (ALB), die in Norddeutschland aktiven Gruppen von Avanti – Projekt undogmatische Linke, die Antifa KOK aus Düsseldorf, die Hannoveraner Rote Aktion Kornstraße, das Projekt Interventionistische Linke Köln (PILK), die Göttinger Antifaschistische Linke International (ALI), dissident aus Marburg sowie organisierte autonome (oa) und radikale linke (rl) aus Nürnberg. Mit von der Partie sind die bundesweite Kampagne Libertad!, das Institut für Theologie und Politik (itp) aus Münster, angeschlossen sind die Zeitung analyse+kritik und das Magazin Fantômas. Vgl. www.dazwischengehen.org/.

7 Vgl. den Reader *Dazwischen gehen! Texte zur Offenen Arbeitskonferenz der IL* (2007), zu bestellen über die o.a. Website. Vgl. außerdem die Erklärung der an der IL beteiligten Kampagne Libertad!, *Kein Friede mit der NATO oder: Das Recht auf Revolution*, <http://www.info.libertad.de/>.

Autonomie der sozialen Bewegungen

Ausgerechnet an dieser Stelle, in der Beanspruchung des Begriffs wie der Sache des Rechts einschließlich des (zugegeben fragwürdigen) Rechts auf Aneignung, trifft sich die »Strömung«, zu der die IL werden will, mit der Wahl- und Bewegungspartei, zu der DIE LINKE werden will.

Die IL trifft DIE LINKE, weil sie weiß, dass das Recht auf Aneignung – unter und für kapitalistische(n) Verhältnisse(n) prinzipiell inakzeptabel – in seiner eigenen stets autonomen Form dennoch auf partielle formelle Sicherungen angewiesen ist und sein wird. Für die IL prominentes Beispiel: der Kampf um das Recht auf globale Bewegungsfreiheit und seine stets nur partiellen rechtlichen Formalisierungen in und aufgrund der Geschichte der Migration. Soll dies wieder, soll dies besser möglich werden als zuvor, erfordert dies auch eine politische Kraft, die im Staat so operiert, wie DIE LINKE oder zumindest Teile der Partei das wollen. Was zum Recht auf globale Bewegungsfreiheit gesagt werden kann, kann so auch zum Recht auf ein bedingungsloses Existenzgeld und zu anderem gesagt werden, das in den Bewegungen als »Richtungsforderung« zu artikulieren wäre.

DIE LINKE wiederum trifft die IL, wenn und sofern sie wirklich sowohl Wahl- und Bewegungspartei werden will. Das wird ihr dann und nur dann gelingen, wenn sie sich gerade in dem, was sie als Wahlpartei im Staat durchsetzen will, auf das verwiesen sieht, was soziale Bewegungen sich gegen den Staat anzueignen vermögen. Sie wird aber eben deshalb auch und stets auf ein Projekt wie die IL verweisen müssen, das die Autonomie sozialer Bewegung von innen her zu radikalisieren, weil ausdrücklich gegen Staat und Eigentum zu politisieren sucht.

Das derart zwingende Treffen beider setzt allerdings die fortgesetzte Trennung voraus – und bestätigt sie immer wieder neu. Im gelingenden Fall ist diese Trennung dann aber, ich komme auf meine Leitthese zurück, nicht eine strukturelle, sondern eine funktionale, arbeitsteilige. Wie das geht? Indem beide Seiten ihre Trennung auch als solche kommunizieren, also selbst und gegenseitig zum Teil ihres *Gemeinsamen* machen – und dafür die Orte und die Gelegenheiten suchen.⁸ Diese wiederum, das macht das Projekt zu mehr als zu einer Sache des guten Willens, finden sich nur dort, wo autonome soziale Bewegungen sie einräumen, ihnen ihre Zeit geben.

Ort und Gelegenheit: Die Krise

Der Bezug der letzten Überlegungen zu den Grünen und den Autonomen liegt auf der Hand: Im Grunde geht es darum, noch einmal und besser zu machen, was

8 Zu diesem emphatisch gebrauchten Begriff vgl. Michael Hardt, Antonio Negri: *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*. Frankfurt 2004, wo er sich nach meiner Zählung wenigstens an 28 Stellen findet. Politisch und philosophisch interessant ist die Weise, in der dieser Begriff den des Universellen bzw. Universalen verschiebt.

beide, im Augenblick einer schweren Krise der damaligen Kapitalismusformation, zu tun verpasst haben. Dabei geht es nicht um plumpe Wiederholungen: DIE LINKE ist keine neue Grüne Partei, und die IL ist wirklich »postautonom«.

Die Ähnlichkeit ist dennoch, das ist meine dritte These, nicht zufällig, sondern hat mit dem Bruch zu tun, der 1968, im bislang letzten weltrevolutionären Ereignis, manifest wurde. Ohne dialektisch werden zu wollen: Es gab eine Zeit der »Alten Sozialen Bewegung«, es gab eine solche der »Neuen Sozialen Bewegungen«, und heute wird nicht umsonst von der Zeit einer »Bewegung der Bewegungen« gesprochen. Die bildet sich autonom im Prozess der Bewegungen selbst, und tut das doch nur, wenn das auch ausdrücklich kommuniziert, also artikuliert und derart politisiert wird. Das aber haben sich, je auf ihre Weise, DIE LINKE und die IL strategisch zum Ziel genommen: zumindest relevante Teile beider.

Die alles entscheidende Frage nach den Chancen eines so verstandenen gemeinsamen Projekts sieht sich deshalb aber selbst wieder auf die Geschichte verwiesen, im für uns nächstliegenden Fall auf die der hier schon erwähnten *Partito della Rifondazione Comunista* und der ihr zeitgleichen, in manchen Zügen der IL verwandten Formation der italienischen *autonomia*.⁹

Nach den Anti-G8-Demonstrationen von Genua (2001) und dem Europäischen Sozialforum von Florenz (2002) sah es für einen Moment so aus, als würden die hier entworfenen Möglichkeiten tatsächlich und gesellschaftlich relevant erprobt. Zwängen ihres Projekts einer Wahl- und Bewegungspartei und also ihrer Beteiligung am Staat folgend, ließ die PRC ihre Chance aus und verspielte so ihren Part in der Mobilisierung des Gemeinsamen. Die radikale Linke fand darauf bisher keine tragende Antwort, sondern zog sich in die Subkultur ihrer *centri sociali* zurück. 2008 gewann die Rechtskoalition Silvio Berlusconis triumphal die Wahlen, die PRC verlor ihre Sitze im Parlament.

Der Wahlsieger vom April 2009 ist heute, im Durchbruch der Krise des globalen Kapitalismus, ebenso sehr Verlierer wie seine damals unterlegenen Gegner. Können die, können wir jetzt das Blatt wenden? In der Gefahr, Fragen zu formulieren, die leicht zu überholten, verfehlt werden können, bleibt zuerst festzuhalten, das zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Option einer zugleich radikalen und realpolitischen Umwälzung der ideologischen Herrschaftsverhältnisse besteht – und nicht nur der ideologischen. Wird diese Chance ergriffen? Wie kann sie ergriffen werden? Schließt das nicht ein, jetzt ein Projekt auszuarbeiten, dass die auf 500 Milliarden Euro angesetzte Alimentierung des Kapitals in eine materielle Garantie der sozialen Infrastruktur umkehrt, einschließlich eines bedingungslosen individuellen Existenzgelds? Schließt die Ausarbeitung eines solchen Projekts nicht ein, es *realpolitisch* anzugehen, also auch in Anerkennung macht-, d. h. koalitions-politisch vielleicht nicht abzuwendender Kompromisse? Stehen dafür nicht ver-

9 Prinzipiell wäre ebenso sehr von der brasilianischen PT oder der indischen PCI/ML zu reden; interessant wird sein, wie die LCR in Frankreich ihre aktuelle Transformation voranbringt.

schiedene Modelle, zum Beispiel einer »BürgerInnenversicherung«, um die zu streiten sich lohnt?

Und andersherum: Kann ein solches Projekt auch nur anvisiert werden, wenn nicht zugleich und mit demselben Ernst ein weiter gehendes Projekt ausgearbeitet wird – das der *radikalen* Überwindung der bestehenden Verhältnisse »im Ganzen«?

Und weiter: Kann man nicht, müssen wir nicht beides wollen, *radikal realpolitisch*? Und brauchen wir dafür nicht unsere Trennungen und deren fortgesetzte und gegenseitige Kommunikation? Und, letzter Punkt, ist deren Probe nicht die Autonomie der sozialen Bewegungen und ihrer Kämpfe, deren Maß und Ausmaß? Liegt in deren Verstärkung – das ist dann meine vierte These – nicht unsere gemeinsame Aufgabe?

Wie vieles in der Politik ist dies eine Frage der Organisation und ihrer subjektiven Übernahme. Die wiederum fällt weder mit der Partei, noch mit einer »Strömung«, auch nicht mit einer besonderen Bewegung zusammen, sondern ist eine Erfindung, die noch aussteht. Sie tut dies nicht als gänzlich unbekanntes X, sondern in den Perspektiven unserer Kommunikation. Weil im Kapitalismus Krise und Krieg strukturell zusammengehören, markiert die bedingungslose Opposition gegen den Krieg deren radikal realpolitischen Ausgangspunkt.

Parteien, soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft, Bündnisse Instrumente und/oder Formen »revolutionärer Realpolitik«?

Vorab: Ich fühle mich hier – bevor ich auf mein besonderes Thema näher eingehe – durch den Verlauf der Debatte dazu herausgefordert, zumindest eine grundsätzliche Frage näher zu erörtern und möglichst zu beantworten: Die Frage, ob das strategische Konzept einer »revolutionären Realpolitik« wirklich das Dilemma zwischen dem unabweisbaren »Realitätsprinzip« im politischen Handeln und dem nicht weniger dringlichen prinzipiellen Erfordernis einer radikalen Zielsetzung und einer geradezu utopischen Phantasie aufgelöst werden kann. Diese Frage möchte ich als solche zurückweisen und der Sache nach doch beantworten, d. h. wie Michael Jäger dies einst methodologisch ausgearbeitet hat, ich möchte sie »widersprechend« beantworten. Erst damit wird, denke ich, der Raum gewonnen, den wir dafür brauchen, um endlich die politische Strategie einer kritisch-emanzipatorischen Praxis erneuern zu können.

Dann erst möchte ich auf die konkreteren Fragen einer kritisch-emanzipatorischen Parteibildung eingehen, wie sie sich m. E. heute stellen.

Realismus, »Realpolitik« und Revolution

Auch heute noch ist die Unterscheidung wichtig, durch die wir die Differenz fassen können, die zwischen dem (auch für radikale Positionen und Praktiken einer Politik der Befreiung) unabweisbaren Erfordernis eines genauen Eingehens auf »die effektive Wahrheit der Tatsachen« einerseits – wie sie seit Machiavelli als Herausforderung der Klugheit begriffen wird – und dem Verfehlen dieses Realitätsbezugs andererseits besteht, durch den sich eine politische Praxis zur Erfolglosigkeit verurteilt, ganz gleich, ob dies aus begeistertem Überschwang, aus schierer Unkenntnis oder auch aufgrund einer Verweigerungshaltung gegenüber den Erfordernissen der jeweils gegebenen Lage geschieht.

Nur ist es offenbar schwierig, diese Unterscheidung als solche klar zu artikulieren und vor allem in konkreten Situationen richtig zu handhaben: Die Übergänge zwischen »Realismus« und »Opportunismus« sind offenbar ebenso schwierig allgemein zu fixieren und situativ überzeugend zu beurteilen, wie die Differenz zwischen Prinzipienfestigkeit und Donquichotterie.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass es gute Gründe dafür gibt, das Postulat der »Realpolitik« spezifischer zu fassen als die Forderung nach Realismus in der

Politik. Historisch ist das Konzept der »Realpolitik« für eine Praxis der Politik artikuliert worden, mit der sich eine bestimmte Generation von Politikern wie Disraeli und Bismarck ebenso vom »Legitimismus« der konservativen Strömungen ihrer Zeit distanziert wie von den emanzipatorischen Ansprüchen der liberalen Strömungen Abstand genommen haben – um sich einer »unideologischen«¹ Machtpolitik zu widmen, die den Erwerb und die Erhaltung der Macht zum Selbstzweck erklärt. Genau diese Generation von Politikern ist es gewesen, die 1848 und danach die von Demokraten und Sozialisten – darunter auch Marx und Engels – erwartete »politische und soziale Revolution« verhindert haben, indem sie – unter imperial zugespitzten nationalen Vorzeichen – erfolgreiche Prozesse der »passiven Revolution« einleiteten, aus denen sich die historische Konstellation des europäischen »Konzerts der Mächte« ergab, wie sie die Epoche des Imperialismus politisch definiert hat.

Wenn Rosa Luxemburg 1908 für Marx und den Marxismus eine »revolutionäre Realpolitik« in Anspruch nahm, brachte sie dadurch treffend und pointiert zum Ausdruck, dass es in ihrer Generation darum gehen sollte, diesen inzwischen durchgesetzten »passiven« Revolutionen wieder eine »aktive« Revolution entgegenzusetzen.

Diese Inanspruchnahme von »Realpolitik« für die Praxis der »Revolution« war aber nicht ohne Tücken. Das lässt sich einerseits daran verdeutlichen, wie Lenin 1923 die politische Haltung Napoleon Bonapartes als Modell für seine eigene revolutionäre Praxis reartikuliert hat: »Wie ich mich erinnere, hat Napoleon geschrieben: *›On s'engage et puis ... on voit.‹* In freier Übersetzung bedeutet das etwa: *›Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das weitere wird sich finden.‹* Auch wir haben uns im Oktober 1917 zuerst ins Gefecht gestürzt und dann solche Einzelheiten der Entwicklung (vom Gesichtspunkt der Weltgeschichte aus sind das zweifellos Einzelheiten) zu sehen bekommen wie den Brester Frieden oder die NÖP usw.«² Georg Lukács (der eine andere Übersetzung zitiert, in der vor allem aus dem Gefecht ein ernster Kampf wird) hat hieraus – explizit unter dem Titel der »revolutionären Realpolitik«³ – den Kern einer leninistischen Politik, die auch er als »Leninismus« betitelt,⁴ herauszuarbeiten versucht: »Darum muss – wir wiederholen – Lenin von den Kommunisten so studiert werden, wie Marx von Lenin stu-

1 In dem Sinne, wie schon Napoleon Bonaparte die rationalistischen Ansprüche der »idéologues« um Destutt de Tracy zurückgewiesen hatte, um schlicht eine Praxis des *Ad hoc* zu propagieren, der als Perspektive eine restaurative *hidden agenda* zugrunde lag.

2 W. I. Lenin: Über unsere Revolution. In: Werke. Bd. 33, S. 466.

3 Als 6. Kapitel seiner Schrift über »Lenin und der Zusammenhang seiner Gedanken«. Dabei profiliert er seine Konzeption der »revolutionären Realpolitik« in einem »Zwei-Fronten-Kampf«: »Wie also diese Theorie und Taktik sich von der mechanischen Starrheit eines Festhaltens an »reinen« Prinzipien scharf abheben, so müssen sie auch von jeder prinzipienlos schematisierenden »Realpolitik« streng ferngehalten werden.« (Lukács 1924 – zit. nach <http://marxists.architexturez.net/deutsch/archiv/lukacs/1924/lenin/kap6.htm>)

4 Hier ist zu beachten, dass Stalins offiziöse und später offizielle Formulierung des Leninismus erst parallel erfolgt ist (offenbar unter Nutzung der entsprechenden Schrift eines anderen Intellektuellen, der sich darum bemüht hatte, die damals »in der Luft liegende« Aufgabe zu lösen, den »Leninismus« zusammenzufassen) und noch nicht vorlag, als Lukács das schreibt.

diert wurde. [...] Der Leninismus bedeutet eine bisher unerreichte Stufe des konkreten, nicht schematischen, nicht mechanischen, rein auf Praxis gerichteten Denkens. *Dies* zu erhalten ist die Aufgabe der Leninisten.«⁵ Andererseits hat Karl Liebknecht in seinem zu Unrecht vernachlässigten⁶ gesellschaftstheoretischen Entwurf im Gegensatz zur Bismarckschen »Realpolitik« die Politik geradezu als »Kunst des Unmöglichen« bestimmt, in der es immer darum gehe, »zur Realisierung der äußersten Möglichkeit [zu] treiben«, indem man nämlich »Ziel und Richtung noch weit über diese äußerste Möglichkeit« nimmt.⁷ Denn das »Mögliche ist nur erreichbar durch Erstreben des Unmöglichen. Die realisierte Möglichkeit ist die Diagonale von Unmöglichkeiten.«⁸

Dieses Spannungsverhältnis zwischen Lenins sich auf Napoleon berufenden »rein auf Praxis gerichteten Denken« und Liebknechts »Kunst des Unmöglichen« könnte wohl »dialektisch« analysiert werden. In Lukács' Formulierungen wird dies allerdings eher unter Berufung auf die Dialektik neutralisiert: »Studiert, um die dialektische Methode handhaben zu lernen. Um zu erlernen: wie durch die konkrete Analyse der konkreten Lage im Allgemeinen das Besondere und im Besonderen das Allgemeine; im neuen Moment einer Situation das, was es mit dem bisherigen Prozess verbindet und in der Gesetzmäßigkeit des Geschichtsprozesses das immer wieder entstehende Neue; im Ganzen der Teil und im Teil das Ganze; in der Notwendigkeit der Entwicklung das Moment des aktiven Handelns und in der Tat die Verknüpfung mit der Notwendigkeit des Geschichtsprozesses gefunden werden kann.«⁹

Ernst Bloch hat diesen von Lukács der Sache nach unternommenen Vermittlungsversuch zwischen situativer Flexibilität und den »großen Linien« des historischen Prozesses durch eine anspruchsvolle »Ontologie des Noch-Nicht« näher ausgeführt, in der er aktive Möglichkeit und passive Möglichkeit und äußere Zufälligkeiten von dialektisch vermittelten Prozessen unterscheidet: »Dialektisch-vermittelt-Unabgeschlossenes aber, als die Möglichkeit des währenden Prozesses, hat gar nichts gemein mit Schlecht-vermittelt-Beliebigem. Freilich wieder nicht, als wäre nun das im Anders-Seinkönnen des Prozesses Umgehende das strikte Gegenteil von jeder Art von Zufall und Kontingenz. Das riesige Experiment des vermittelten Anders-Seinkönnens im Prozess besitzt dieses Gegenteil noch nicht und hat noch weder Beruhigung noch auch einen Rechtstitel dazu, es zu besitzen. Vielmehr arbeitet in diesem Anders-Seinkönnen Möglichkeit gerade wieder dasjenige,

5 <http://marxists.architexturez.net/deutsch/archiv/lukacs/1924/lenin/kap6.htm>.

6 Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Liebknecht-Rezeption Ossip K. Flechtheims dar (z.B. Ossip K. Flechtheim: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 20 (1969), 5ff.).

7 Karl Liebknecht: Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. München 1922, S. 358 ff.

8 Ossip K. Flechtheim: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. A. a. O. Immanuel Wallersteins Entwurf einer »Utopistik« knüpft an diese Denkrichtung Liebknechts an, um historische Übergänge denken zu können (Immanuel Wallerstein: Utopistik. Wien 2002).

9 <http://marxists.architexturez.net/deutsch/archiv/lukacs/1924/lenin/kap6.htm>.

was *Kontingenz auf höchster Stufe* genannt werden kann, mit dem Charakter dauernder, doch eben partieller Vermittlung. Diese Art von Kontingenz, im endlich vertrauenswürdigen Sinn der Sache, heißt *schöpferischer, zu Bildungen und Schöpfungen offener Reichtum der Variabilität*. Es ist dies eine nicht äußerliche, sondern gesetzmäßig-sachhaft vermittelte Variabilität, doch eben eine der unvereitelten Richtungsänderung, vor allem der unerschöpften Neubildung. Hier ist selbst eine sogenannte Zufälligkeit nicht mehr mit bloß äußerer Notwendigkeit zusammenfallend, sondern sie bildet, als eine mit dem gesetzhaft Notwendigen dialektisch vermittelte, gerade das Blühende, Charakteristische, die geordnete Entwicklungsfülle der offenen Welt.«¹⁰

Damit hat Bloch zugleich aber den unmittelbaren Kontakt zu der Situation des konkret politisch Handelnden verloren: So »vertrauensvoll« können wir Geschichte *betrachten*, aber nicht wirksam in ihr handeln. Lukács rettet sich vor dieser Konsequenz der von ihm eingeleiteten Dialektisierung, indem er die spezifische, führende und aktiv vermittelnde Rolle »der Partei« genau an dieser Stelle »ins Spiel bringt«: »Das bedeutet praktisch, daß *die Rolle der Partei in der Revolution* – der große Gedanke des jungen Lenin – im Zeitalter des Überganges zum Sozialismus *noch größer und entscheidender wird*, als sie es in der vorbereitenden Epoche gewesen ist. Denn je größer der aktive, den Gang der Geschichte bestimmende Einfluss des Proletariats wird, je schicksalhafter – im guten wie im schlechten Sinne – die Entscheidungen des Proletariats für sich und für die ganze Menschheit werden, desto wichtiger bleibt es, den einzigen Kompass auf diesem wilden, sturmbelegten Meer, *das Klassenbewusstsein des Proletariats* in reiner Gestalt zu bewahren; diesen Geist, den einzig möglichen Führer im Kampfe, zu immer wachsender Klarheit heranzubilden. Diese Bedeutung der aktiv-geschichtlichen Rolle der Partei des Proletariats ist ein Grundzug der Theorie und deshalb der Politik Lenins, den er nicht müde wird, immer wieder hervorzuheben und seine Bedeutung für die praktischen Entscheidungen zu betonen.«¹¹

Diese Art von Partei war schon damals ein Postulat, dessen Realitätstüchtigkeit bestritten werden konnte. Sie steht uns heute jedenfalls nicht mehr zur Verfügung – weder als ein unmittelbar zu nutzendes Angebot, noch als eine zu bewältigende Aufgabe etwa eines »Parteiaufbaus«. Bleibt demgemäß also nur noch eine dialektische Geschichtsbetrachtung einerseits, die immer nur retrospektiv funktioniert, und eine napoleonische Praxis der Ad-hoc-Entscheidung im Hinblick auf Fragen der Praxis zur Gestaltung von Zukunft andererseits?

Diese Frage zwingt uns dazu, zu einer weiteren Fragestellung überzugehen: Zur Frage nämlich, ob Staat, Parteien und Regierungen in dem strategischen Konzept einer Politik der Befreiung überhaupt eine wichtige Rolle übernehmen können.

10 Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1970, S. 258ff.

11 <http://marxists.architecturez.net/deutsch/archiv/lukacs/1924/lenin/kap6.htm>

Zur »Staatsfrage«: Institutionalisierte Politik, politische Organisation und herrschaftskritische Praxis

Es geht also um eine komplexe Strategie der radikalen Revolutionierung aller Herrschaftsverhältnisse, d. h. nicht bloß der Ersetzung einer Gruppe von herrschenden Eliten durch eine anderen (Paretos und Michels' »Kreislauf der Eliten«), aber auch nicht bloß der Übergang etwa von Herrschaftsverhältnissen auf der Grundlage personaler Abhängigkeit und Unterwerfung zu »modernen« Herrschaftsverhältnissen auf der Grundlage verselbständigter gesellschaftlicher Formen, die sich reproduzierende sachliche Abhängigkeiten und Unterordnung unter sachlich definierte Regeln schaffen (wie dies die Konzeption des Liberalismus in allen ihren Varianten begründete). Sondern »Revolutionierung« heißt hier die Überwindung auch dieser »sachlich vermittelten« modernen Herrschaftsverhältnisse – für welche die »Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in modernen Gesellschaften sicherlich das zentrale, aber nicht das einzige Beispiel darstellt¹² – durch eine umfassende Politik der Befreiung. Eine derartige umfassende Politik der Befreiung kann sich weder a priori in die Grenzen von Konzeptionen der Haupt- und Nebenwidersprüche einsperren lassen, noch sich ebenso a priori der Frage nach dem »nächsten Kettenglied« verweigern, d. h. strategisch oder taktisch begründete Prioritätensetzungen nicht zum Thema einer übergreifenden Verständigung in herrschaftskritischen Bündnissen zu machen.¹³

Hier möchte ich aber unterstellen, dass diese Problematik der Einheit in der Vielfalt, der strategisch wirksamen Gemeinsamkeit ganz unterschiedlich ansetzender Akteure oder auch Subjekte grundsätzlich theoretisch gelöst bzw. lösbar ist,¹⁴ und zunächst noch ein anderes theoretisch zu artikulierendes Problem herausarbeiten. Dies betrifft die Problematik der Politik als einer besonderen Form menschlicher Tätigkeiten. Das ist sicherlich ein weites Feld – von Karl Marx' Kritik der

12 Da die Debatte über diese »anderen Herrschaftsverhältnisse« zum einen durch einen problematischen Totalitätsanspruch eines »marxistischen« Ökonomismus, zum anderen aber auch durch einen postmodernen Wahn, ökonomische Verhältnisse in bloße Diskurseffekte auflösen zu wollen, immer noch weitgehend blockiert ist, kann ich hier nur erstens festhalten, dass es unklug wäre, schon den Versuch zu machen, eine vollständige Liste dieser in unseren Gesellschaften wirksamen »sachlich vermittelten« Herrschaftsverhältnisse erstellen zu wollen. Klar scheint mir immerhin zu sein, dass die modernen Geschlechterverhältnisse, die sich von dem rein personal begründeten und verwirklichten »Patriarchat« traditionaler bzw. vormoderner Gesellschaften durchaus unterscheiden, als zentrales Exempel für derartige Herrschaftsverhältnisse dienen können und sollten. Vermutlich gilt Ähnliches für die Verhältnisse von Neokolonialismus/Imperialismus und deren ideologische Begleiterscheinungen (Rassismus, Eurozentrismus), die sich von der Struktur vormoderner Reiche und Reichsideologien auf eine vergleichbare Weise unterscheiden.

13 Die internationale, auch blockübergreifende Friedensbewegung ist in diesem Sinne nicht angemessen als eine »Ein-Punkt-Bewegung« zu begreifen, sondern als das Ergebnis einer derartigen, einzelne herrschaftskritische Bewegungen übergreifenden Verständigung auf gemeinsame Prioritäten – deutlich erkennbar daran, wie innerhalb dieser gemeinsamen Priorität der Abwehr weiterer Schritte der potenziell die Menschheit bedrohenden Hochrüstung relativ autonom immer auch frauenbewegte, ökologische oder auch Klassenthemen bearbeitet worden sind.

14 Seit Aristoteles' Metaphysik, die insofern auch Metapolitik ist (vgl. Georgios Iliopoulos: Ganzes und Teile des Politischen bei Aristoteles. Marburg 2004), werden die Fragen der Einheit aus und durch Vielheit intensiv philosophisch diskutiert – vgl. als neuere Beispiele Jean-Paul Sartre, Mao Dze Dong oder Laclau/Mouffe bzw. Hardt/Negri.

Politik (wie sie André Tosel rekonstruiert hat) bis hin zu gegenwärtigen Denkern wie Alain Badiou, Jacques Rancière und Étienne Balibar. Es gibt aber m. E. hier einen zentralen Punkt, der als solcher klargestellt werden kann. Das ist die Frage des Staates als Form, in der Politik stattfindet und die wiederum allen Politiken in unseren modernen Gesellschaften der Tendenz nach ihre »herrschenden Formen« aufprägt.

Diese Frage wird traditionell als Frage nach dem »Ende der Politik« (Michail Bakunin, Friedrich Engels) bzw. nach dem »Absterben des Staates« (Karl Marx, Wladimir Iljitsch Lenin) in einer befreiten Gesellschaft diskutiert. Dabei werden diese Fragen zumeist miteinander identifiziert – und seit den radikalen Debatten der 1960er Jahre zumeist im Sinne einer Resignation angesichts der in diesen Fragen aufscheinenden großen Aufgabe beantwortet (die dann anarchistischen und libertären Gruppierungen überlassen bleibt, die keinerlei gesellschaftlichen Einfluss entfalten und entfalten können). Ich denke dagegen, dass es dringend erforderlich ist, diese Fragen ganz grundsätzlich voneinander zu unterscheiden – also die Frage einer konfliktorischen Praxis der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und Lebensweisen, die öffentlich (wie ich dies ganz grundsätzlich festhalten möchte) immer wieder von Neuem ausgetragen werden muss, zu trennen von der Frage des Staates als einer in bestimmter Weise verselbständigten Institutionalisierung von Politik. Ich denke außerdem, dass Politik als eine derartige konfliktorische Praxis letztlich in einer befreiten Gesellschaft nicht mit Gewalt auszutragen sein wird, sondern mit Argumenten,¹⁵ während staatliche Politik immer schon auf Staats-Gewalt rekurriert. Um hier die Argumentation etwas abzukürzen, will ich hier gleich zu der These übergehen, dass in dieser »Staats-Gewalt« immer zwei Dimensionen zusammengebunden sind, die es zu unterscheiden gilt: die Dimension der *Gewaltsamkeit* (*violence*) – Max Weber hat bekanntlich den Staat durch das Monopol der legitimen Gewaltanwendung definiert –, und die Dimension der *Macht*, etwa auch aus institutionell autorisierter, in der Regel rechtlich artikulierter »Zuständigkeit«. Diese Unterscheidung ermöglicht es mir, zwischen dem »Absterben des Staates« und dem »Ende der Politik« auf eine Weise zu unterscheiden, die zwar das Ende von Gewaltsamkeit und »Verselbständigung« denken kann, ohne deswegen bereits

15 Das schließt m. E. nicht aus, dass aus dem »sanften Zwang des Arguments« bzw. aus der Bereitschaft zum Zusammenhandeln mehrerer von einem wichtigen Argument Überzeugter auch durchaus Macht entstehen kann, bzw. aus der Fähigkeit, triftige Argumente zu finden und zu kommunizieren im Einzelfall und sogar auf die Dauer auch eine gewisse Autorität. Wer wie die anarchistischen und libertären Strömungen »keine Macht für Niemand« fordert und jegliche Autorität ablehnt, der wird in der Konsequenz auch jede, selbst gewaltfreie und radikaldemokratische Politik ablehnen müssen – mit der weiteren Konsequenz allerdings, dass dem gemäß dann keinerlei gemeinsame Gestaltung menschlicher Verhältnisse mehr denkbar wird, welche sich daher auf spontane Begegnungen und ein vorübergehendes Zusammenfinden von Individuen beschränken müssten. Faktisch wird diese Konsequenz immer wieder dadurch vermieden, dass jedenfalls bestimmte menschliche Verhältnisse naturalisiert (als naturgegeben betrachtet) werden: so etwa in libertären Positionen neo-liberaler Provenienz die Märkte oder in anti-autoritären Endzeitvisionen gegen Ende der 1970er Jahre die »Stämme«. In dem Gedanken der »freien Assoziation«, die auf konkreten Kooperationsvereinbarungen (vgl. Christoph Spehr u.a.: Gleicher als andere. Berlin 2000) beruht, hat Marx jedenfalls Anfangsmomente einer schlüssigen Auffassung von befreiter Politik formuliert, welche über die anarchistische oder libertäre Position hinausgehen.

auf Gestaltung und Regelung menschlicher Verhältnisse weit über »natürliche« oder spontane Gesellungsformen hinaus einzugehen. Ich kann auf dieser Grundlage auch Politik nicht nur als einen beständig offenen und gleichsam frei fließenden diskursiven Prozess begreifen, sondern durchaus auch bestimmte Formen institutionalisierter Politik konzipieren, aus denen sich zwar im genauen Sinne kein (moderner) Staat, wohl aber ein politisches Gemeinwesen konstituieren lässt.¹⁶

Damit ergibt sich, dass die Frage nach der spezifischen institutionellen Verfasstheit von Politik in Partei(en), sozialen Bewegungen oder »zivilgesellschaftlichen« Netzwerken ebenso grundsätzlich zu untersuchen ist, wie die davon ausgehenden »Formeffekte« auf verschiedenartige Bündnisse und immer auch auf Initiativen von Einzelnen und kleinen Gruppen. D. h., die klassisch gewordene Frage »alternativer Politik« in den 1970er und 1980er Jahren – Wer soll das alles ändern? – ist auch über strukturelle Transformationen und Übergänge hinweg zu stellen¹⁷ – und jedenfalls nicht oder nicht in erster Linie personalisierend oder psychologisierend zu beantworten. D. h., es geht um die Frage nach den institutionellen bzw. organisatorischen Formen, in denen sich das Subjekt bzw. die Subjektkonstellation der revolutionären Transformation bzw. eines davon in Gang gebrachten historischen Überganges konstituieren kann.¹⁸

Als ein erster Problemkomplex drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der relativen Autonomie der institutionell definierten »Politikformen« gegenüber den primären Prozessen materieller Reproduktion auf – und insbesondere die Frage, wie weit die Herstellung einer derartigen relativen Autonomie als solche schon gleichzusetzen ist mit einer wegen ihrer herrschaftlichen Effekte problematischen Verselbständigung gegenüber einer aktiven Beteiligung der primären Akteure.¹⁹ Darüber hinaus schließt sich daran die weitere Frage an, welche Formen der Organisation – d. h. vor allem der Koordinierung und Verstetigung – damit vereinbar sind, dass weiterhin spontane Initiativen möglich und wichtig bleiben. Darin liegt m. E. die Problematik mit eingeschlossen, wie überhaupt Prozesse der Institutionalisierung ganz grundsätzlich zu begreifen sind, d. h. welchen Stellen-

16 Als Philosoph kann ich mich dabei darauf stützen, dass Aristoteles einen Begriff von politischem Gemeinwesen aus der politischen Wirklichkeit der griechischen Polis herausgelesen hat – lange bevor in der Vorgeschichte des modernen Staates im Ausgang von Jean Bodin und Niccoló Machiavelli der Begriff des Staates entwickelt worden ist. Auch ohne dabei die griechische Polis zu idealisieren, lassen sich an der attischen Demokratie (vgl. Neal Wood; Ellen Meiksins Wood: *Class Ideology and Ancient Political Theory*. Oxford 1978) bereits einige der Fragen einer Politik in befreiten Gesellschaften diskutieren – wie dies Hannah Arendt, die ich in anderen Hinsichten durchaus für elementar kritikwürdig halte – m. E. in durchaus pionierhafter und so weit durchaus vorbildlicher Weise getan hat.

17 Das hat historisch dazu geführt, dass derartige Fragen in der marxistischen Tradition in erster Linie im Zusammenhang mit der Debatte über die »Diktatur des Proletariats« als politischer Form eines sozialistischen Übergangs (vgl. Étienne Balibar: *Die Diktatur des Proletariats*. Hamburg 1974) artikuliert und diskutiert worden sind.

18 Meine parteipolitischen Erfahrungen liegen in der Vergangenheit der GRÜNEN, meine Bewegungserfahrungen in Kinderladen-, Anti-Atom und Friedensbewegung, meine theoretischen Bezüge in der Frage nach einer Politik »diessseits und jenseits« des Staates – daraus versuche ich hier zumindest die ersten Ansatzpunkte für eine derartige Rekonstruktion der unterschiedlichen Formen von politischer Subjektivität zu gewinnen.

19 Ein analoges Problem wird im Übergang von Hegel zum jungen Marx in der Problematisierung des Verhältnisses von Entäußerung und Entfremdung artikuliert.

wert »Kulturen« in befreiten Gesellschaften haben können – als komplexe und relativ unbestimmte Regelkomplexe auf der einen Seite eines weiten Spektrums –, und inwiefern auch befreite Gesellschaften noch auf »Rechtssysteme« als hochgradig definite und zumeist auch noch durch Regeln zweiter Ordnung kompletierte Regelungszusammenhänge auf der anderen Seite dieses Spektrums zurückgreifen können und müssen.

In den Kämpfen der neueren sozialen Bewegungen seit den 1960er Jahren, wie sie in den 1970er Jahren unter der Kategorie der »Zivilgesellschaft« artikuliert worden sind, geht es in dieser Perspektive ganz grundsätzlich um Zweierlei: um das Verhältnis von demokratischer Selbstorganisation zu den grundsätzlich herrschaftlich verselbständigten staatlichen Apparaten, einerseits – und andererseits um das Verhältnis von spontanen Initiativen zu institutionell verfasstem bzw. organisiertem Handeln. Dabei geht es darum, Identitäten und Interessen der Beteiligten auf eine Weise einzubringen, die – gerade in Übergangs- und Transformationsprozessen – weiterhin zum einen die eigenständige Sichtbarkeit spontaner Initiativen, die Anerkennung der »Autorschaft« der sie initiiierenden Subjekte und den Respekt vor den dabei aktiven Menschen, und zum anderen die materielle Teilhabe einzelner Menschen oder Menschengruppen sowohl in privaten wie in öffentlichen Reproduktionszusammenhängen gewährleisten können. Damit tritt neben die weiterhin zu untersuchenden Herrschaftseffekte der »ideologischen Staatsapparate« immer wieder die Frage nach dem Aufbau gemeinsamer Handlungsfähigkeit durch Organisierung bzw. durch bestimmte Formen der Institutionalisierung.

Gerade ein transformatorisches, strategisches Handeln wirft in dieser Perspektive vor allem die Frage auf, wie erreicht werden kann, dass die zu seiner Durchsetzung erforderliche, Institutionen »konstituierende Gewalt« sich nicht irreversibel gegenüber den demokratischen Akteuren verselbständigt – und dann aber ebenso unvermeidlich auch die Frage nach der Funktionsweise transformatorischer Organisationen als »Transmissionsriemen« eines gemeinsam verfolgten Transformationsprojektes. Das schließt die Frage mit ein, wie in derartigen Projekten mit sog. »Nebenwidersprüchen« umgegangen werden kann, wie sie für die Handlungsperspektiven einzelner Bündnispartner von zentraler Bedeutung sind – bzw. was deren relative Autonomien unter institutionalisierten Bedingungen für die einzelnen Bündnispartner bedeuten kann. Damit stehen wir vor dem Problem, wie überhaupt die Erreichung der Kohärenz der unterschiedlichen Handlungsbeiträge und -stränge konzipiert und umgesetzt werden kann.

Dabei ist die Devise »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!« (Negt) aus der Spätphase der antiautoritären Bewegung durchaus zumindest ein kleines Stück weit erhellend: Sie trifft genau den kitschigen Punkt – die spezifische Stärke ebenso wie die eigentümliche Schwäche der Staats-Politik: Ihre exzessive Universalisierung und Totalisierung – in der über den Geltungsanspruch der von ihr beanspruchten Regeln hinausgehend ihre Verselbständigung gegenüber den gesellschaftlichen Machtquellen zum Ausdruck kommt.

Ein derartiges Organisationsmodell – wie es im von Offenbach aus koordinierten »Sozialistischen Büro« ansatzweise auch Gestalt angenommen hat – erwies sich damals als durchaus realitätstüchtig; faktisch setzte es sich auch in der Praxis von Organisationen durch, die sich selber etwa als »leninistische Kaderparteien im Aufbau« begriffen haben. Es hatte allerdings eine offensichtliche Lücke: Es ließ die »Übersetzung« der auf diese Weise zu betreibenden »Bewegungspolitik« an Hochschulen und in Basisinitiativen oder Gewerkschaftsgruppen in die Formen der institutionalisierten Politik völlig offen – so dass dann letztlich die SPD als etablierte linke parlamentarische Partei die einzig relevante Schnittstelle zwischen Basisinitiativen und Staatsapparaten blieb. Unterschiedliche Versuche, dieses Monopol durch eine parlamentarische Linkspartei²⁰ auf Basis von Bündnissen zu überwinden, die um kleine Avantgardeorganisationen herum aufgebaut wurden, erwiesen sich als aussichtslos und kamen nicht einmal über gelegentliche Achtungserfolge hinaus. Diese Lücke war gravierend: Seit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und der parlamentarischen Demokratie stellten Wahlen nicht nur den zentralen ideologischen Mechanismus der politischen Legitimierung dar, sondern auch durchaus einen relevanten Mechanismus zur Vorbereitung und Durchsetzung nicht bloß marginaler politischer Entscheidungen.

Die »Wahlbewegung« der 1970er Jahre hat dann – beginnend im Wahlkreis Hameln-Pyrmont, motiviert durch den Widerstand gegen das AKW Grohnde – die Frage der politischen Vertretung der Basisbewegungen in Wahlorganen mit Erfolg aufgeworfen: Nach einer Reihe von kommunalen Wahlerfolgen – die der politischen Form nach noch an das Modell der freien Wählergruppen anknüpfen konnten – ging von ihnen der Aufbau von parlamentarischen Kandidaturen auf der Ebene einzelner Bundesländer bzw. der Europawahlen aus, die noch keine voll ausgebildeten parlamentarischen Parteien erforderlich machten (was in der Selbstbezeichnung als »Listen« u. ä. zum Ausdruck kam. Schließlich ist es zur Gründung der Partei »Die Grünen« gekommen – und nicht etwa zur Gründung einer bundesweiten »alternativen Liste«. Damit, bzw. mit dem schrittweisen Einzug dieser neuen Partei in die Parlamente, schien die parlamentarisch-politische Lücke geschlossen zu sein: Anstatt sich als einzige Schnittstelle in die institutionalisierte Politik hinein zu behaupten, muss sich die SPD mit einer konkurrierenden linken Partei auseinandersetzen, die für sich beanspruchen konnte, den politischen Ausdruck der »neuen sozialen Bewegungen« zu bilden, zu denen sich der rebellische Impuls der 1960er verfestigt hatte. In dem Maße, wie es dann zum einen dem System der parlamentarischen Parteipolitik gelungen ist, diese neue Partei in eine Partei wie alle anderen zu transformieren,²¹ und zum anderen neue Auseinandersetzungen an der gesellschaftlichen Basis zu dieser Partei als Schnittstelle und

20 Nachdem die KPD in den 1950er Jahren zum einen durch Parteiverbot eliminiert, zum anderen aber auch zunehmend politisch marginalisiert worden war.

21 Die weitere historische Entwicklung der Grünen habe ich vor allem in einem Beitrag zum *Socialist Register 2007* (London/New York 2006) zu erörtern versucht.

Übersetzungsagentur nicht mehr zu »passen« begannen, trat eine derartige Lücke von Neuem auf – und damit die Frage nach angemessenen Formen der parlamentarisch-politischen Repräsentation linker gesellschaftlicher Impulse durch eine parlamentarische Partei.

Emanzipatorische Perspektiven parlamentarischer Parteien?

Mit parlamentarischen Parteien sind hier nicht etwa die Parlamentsfraktionen gemeint.²² Sondern entsprechend den kontinentaleuropäischen²³ Parteiensystemen diejenigen politischen Organisationen, die durch Programmentscheidungen, Kandidatenaufstellung, Wahlkämpfe und ein gewisses Maß von organisierter Parteilarbeit in der Fläche ebenso wie in gesellschaftlichen Sektoren die Grundlagen dafür schaffen und beständig repräsentieren. Damit stellen sie einen Schlüsselbereich für Strukturierung und Dynamik aller politischen Beratungsprozesse dar – m. E. selbst derjenigen, die in der Tat nicht einfach mit der institutionalisierten politischen Öffentlichkeit der unterschiedlichen beratenden Versammlungen zusammenfallen, wie die Medienöffentlichkeiten (Buchmärkte, Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film) einerseits und die mehr oder minder spezialisierten Fachöffentlichkeiten bzw. die bewegungsbezogenen Sonder- (und Gegen-)Öffentlichkeiten andererseits. Die politische Macht unterschiedlicher Parteien ergibt sich letztlich immer wieder aus ihren Wahlerfolgen – aber eine zentrale Bedingung dafür ist ihre ganz unterschiedlich ausgeprägte Fähigkeit, transversal derartige Öffentlichkeiten zu beeinflussen bzw. u.U. sogar mit aufzubauen – und vor allem in ihrem spezifischen Sinne zu kombinieren.

Es ist eigentlich trivial, dass es zu gravierenden Missverständnissen führen würde, über politische Parteien losgelöst von ihrem jeweils entscheidend definierenden historischen Kontext diskutieren zu wollen – was im »Kommunistischen Manifest« von Marx und Engels als sich in der wirklichen Bewegung geltend machende »kommunistische Partei« diskutiert wird, ist etwas grundlegend anderes als das, was Lenin als zu organisierende »bolschewistische Partei« erörtern sollte – oder auch als das, wovon wiederum Robert Michels behaupten sollte, dass es einem »ehernen Gesetz der Oligarchie« unterläge. Aber auch heute ist Vorsicht

22 Im Englischen bezeichnet »parliamentary party« genau dies. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis diese Terminologie sich auch in der deutschsprachigen Politikwissenschaft wiederfinden wird... Immerhin kommt in dieser Terminologie zum Ausdruck, dass derartigen Parlamentsfraktionen gegenüber der eigentlichen Parteiorganisation und damit den in allgemeinen Wahlen »gewählten VertreterInnen« gegenüber den »ParteifunktionärInnen« ein beträchtliches, in der Regel und auf Dauer offenbar entscheidendes Gewicht zukommt.

23 Parlamentarische Parteien in den auf die einzelnen gewählten RepräsentantInnen zentrierten politischen Systemen mit Mehrheitswahlrecht – wie in den USA – stellen etwas deutlich erkennbar Anderes dar: Nämlich lockere politische Zusammenschlüsse von Gewählten und ihren individuellen »Wahlmaschinen«. Das wird etwa in Großbritannien in der *Labour Party* noch einmal modifiziert durch die Beteiligung der Gewerkschaften als Organisationen, erschwert aber auch dort die Durchsetzung einer gemeinsamen demokratischen Entscheidungsfindung, wie sie Parteien in politischen Systemen auf der Grundlage eines Verhältniswahlrechts entwickeln müssen.

geboten, wenn etwa politische Parteien in Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland als etwas grundsätzlich Gleichartiges unterstellt werden, ohne auf die tief greifenden Unterschiede in den politischen Systemen einzugehen, die sie als Parteien prägen. Mehrheitswahlrecht, republikanischer Etatismus, eine Kultur der politischen Doppelmoral oder der Föderalismus prägen sehr weitgehend die Struktur und Dynamik von Parteiorganisationen (und – davon auf unterschiedliche Weise unterschieden – Parlamentariergruppen), die auf ihrer Grundlage »funktionieren« müssen. Dies gilt etwa für die Beziehungen zu lokalen Gruppen von WählerInnen, für die politische Bedeutung der Parteifunktionäre und der Parteiprogrammatik oder auch für den Grad der Verselbständigung der Inhaber parlamentarischer Mandate (bzw. zur Art und Weise, wie ihre demokratische Verantwortlichkeit geltend gemacht wird).

Seit der »Parlamentarisierung« der Regierungsweisen und der Einführung des »allgemeinen Wahlrechts« wird in ihnen übereinstimmend – wenn auch auf sehr unterschiedliche Arten und Weisen (etwa mit oder ohne parlamentarische Koalitionen) – das Problem geregelt, wie auf repräsentativ-demokratischer Grundlage der Staat »regiert« und die jeweilige Gesellschaft »beherrscht« werden kann. Dies geschieht niemals auf eine Art und Weise, die ganz allgemein die These rechtfertigen würde, dass »Opposition Mist« ist: Auch oppositionelle Kräfte haben immer daran Anteil, wie jeweils die politische Agenda definiert und weiterentwickelt wird – und sie können unter Umständen sogar wichtigen Einfluss darauf nehmen, wie sich die als relevant und legitim geltenden Fragestellungen bzw. der Horizont der als akzeptabel und tragfähig geltenden Antworten verschiebt. Aber dieselbe Dynamik des institutionalisierten politischen Prozesses macht es auch auf Dauer unmöglich, als politische Partei an diesem Prozess teilzunehmen, ohne zumindest Optionen auf eine Regierungsbeteiligung zu artikulieren. Über diese allgemeinen Feststellungen hinaus fällt es schwer, gut begründete »Strategieempfehlungen« zu geben – denn selbst so elementare Bestimmungen wie die gleichzeitigen Rollen von Parlamenten (und anderen demokratischen Deliberationsorganen) etwa als Gesetzgebungsapparate, Mechanismen der Verwaltungskontrolle und als mediale Diskursarenen fallen in unterschiedlichen Verfassungswirklichkeiten und »politischen Kulturen« in ihrem konkreten Verhältnis und Zusammenspiel sehr unterschiedlich aus. Über die Feststellung hinaus, dass alle diese »politischen Systeme« jedenfalls insofern als ein »erweiterter Staat« funktionieren, als sie letztlich dazu beitragen, für bestehende Strukturen politischer und ökonomischer Herrschaft die Legitimität zu generieren, welche die unverzichtbare Voraussetzung ihrer Akzeptanz durch die »Massen«, bzw. die »Menge der vielen« mehr oder minder »politisierten« Individuen, bildet. Insofern lassen sich auch etwa parlamentarische Parteien – und zwar in allen ihren heute, unter der Voraussetzung von Parlamentarisierung und allgemeinem Wahlrecht, vorzufindenden oder sich noch entfaltenden Varianten – als »ideologische Staatsapparate« analysieren. Das sollte allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass fälschlich unterstellt wird, dass gewisse, in der

Bundesrepublik der Nachkriegszeit entwickelte Formen einer spezifischen »Verstaatlichung« der politischen Parteien (Parteiengesetzgebung, Parteienfinanzierung, Verfassungsbindung der Parteien, Partizipationsrechte in anderen »ideologischen Staatsapparaten«) allein aufgrund dieses allgemein geltenden Umstandes auch in anderen nationalen Kontexten als immer schon verwirklicht unterstellt werden könnten.

Nationale Spezifika bleiben in dieser Hinsicht immer noch prägend für die jeweilige Stellung der politischen Parteien »zwischen Staat und Gesellschaft« – und auch die wachsenden europäischen bzw. globalen Herausforderungen an Politik werden zwar in der Tat zumeist durchaus aufgenommen und verarbeitet, aber doch in national sehr unterschiedlichen Formen und Mustern. Der Springpunkt dieser nationalen Unterschiedlichkeit liegt darin, wie jeweils die Aufgabe gelöst wird, wie sie zynisch-reaktionäre PolitologInnen der repräsentativen Demokratie zugeschrieben haben: Nämlich demokratische Mehrheiten für eine Politik zu organisieren, die wichtigen Interessen einer gesellschaftlichen Mehrheit zuwiderläuft. Dabei kommen dann unterschiedliche »politische Techniken« zum Einsatz, die von Ausschluss erheblicher Teile, insbesondere der armen oder arbeitenden Bevölkerung von Wahlrecht (Frauen, »Jim Crow« in den Südstaaten der USA bis zu den 1960er Jahren, Ausschluss von ImmigrantInnen und insbesondere sogenannte Illegalen von jeder politischen Beteiligung über die direkte politische Manipulation der Wählenden, mediale Irreführung (Stimmenkauf, mediale Ablenkung von den wirklichen Entscheidungsfragen, Desorientierung und Einschüchterung potenzieller WählerInnen) bis hin zur i.e.S. politischen Orientierung von WählerInnen (etwa durch Wahlkämpfe) reicht. In diesen Prozessen wird in allen modernen Gesellschaften auf Kategorien wie »Rasse«, »Geschlecht« oder auch »Alter« zurückgegriffen, um die Wahlbevölkerung dazu zu motivieren, in einem herrschaftlich – einerseits erwünschten Sinne abzustimmen –, selbst wenn dies offensichtlich gegen ihre eigenen Interessen geht.

Schließlich bleibt als übergreifende Fragestellung noch zu erörtern, wie es überhaupt denkbar ist, dass in derartigen, sich historisch sehr unterschiedlich entwickelnden Prozessen der politischen Organisierung, der öffentlichen Herausbildung von politischen Programmatiken bis hin zur Durchsetzung entsprechender parlamentarischer Parteien auch widerständige und herrschaftskritische Bestrebungen nachhaltig wirksam werden können. Zweifellos gibt es in dieser Hinsicht eine Sondergeschichte der Arbeiterparteien: Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Anarchosyndikalisten haben in unterschiedlichen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten eindrucksvolle Organisations- und Gegenmachtleistungen vollbracht.²⁴ Dies geschah in sehr unterschiedlichen Gestaltungen, deren program-

24 Zu dieser Besonderheit gehört aber auch ihre relative Unfähigkeit im Umgang mit den Spaltungen, wie sie in dem endemisch unter Linken erhobenen Verratsvorwurf, in den von neuen linken Formationen mit erstaunlicher Naivität immer wieder entworfenen Ersetzungsperspektiven gegenüber älteren Organisationen, bzw. in den auf die Enttäuschung derartiger Perspektiven immer wieder folgenden Praktiken eines eher resignativen, »organisations-

matischer Bezug sich zumeist immer noch in der Programmatik des *Kommunistischen Manifests* festmachen lässt.²⁵ Allerdings sollte uns der Blick auf diese Besonderheiten nicht übersehen lassen, dass auch diese Sondergeschichte als ein Teil einer umfassenderen Geschichte der Herausbildung der modernen politischen Parteien im Kontext der Organisierung moderner, mehr oder minder repräsentativdemokratischer Staaten zu begreifen ist. Noch sollte dieser Blick auf die Arbeiterparteien übersehen lassen, dass es auch andere widerständige Sondergeschichten gegeben hat – etwa mit anti-androzentrischen bzw. feministischen, mit anti-industrialistischen bzw. ökologischen oder auch mit anti-kolonialen bzw. anti-rassistischen Zielsetzungen und Orientierungen.

Im Hinblick auf die politischen Spannungsverhältnisse von Vielfalt (etwa der Einbindungsfähigkeiten) und Vereinheitlichung oder von gesellschaftlicher Verankerung und staatlich vermittelter Institutionalisierung als Grundlagen von Handlungsfähigkeit politischer Parteien kann aber eher nicht davon ausgegangen werden, dass wir es hier mit einer spontan proletarisch geprägten Sondergeschichte zu tun haben. Im Hinblick auf diese grundlegenden Herausforderungen an die Politik parlamentarischer Parteien unterscheiden sich derartige radikaloppositionelle Parteien eben nicht grundsätzlich von den anderen, vielleicht in höherem Maße institutionell etablierten Parteien. Daraus resultiert die Gefahr eines Abgleitens in eine von der Logik der administrativen Praxis der Regierungsapparate dominierte Politik des »parlamentarischen Kretinismus« bzw. in eine von der Logik der eigenen Bürokratien der Parteiorganisation dominierte Politik der »Parteiladenmentalität« – aufgrund derer ein wirksames Zusammenhandeln und Zusammendenken der im Prozess aktiven politischen Handlungsträger stark erschwert wird.

Auf dieser allgemeinen Ebene der in Parteiensystemen in ihrer gesamten Breite verkörperten Politiken stellt sich die Frage des Realitätsbezugs grundsätzlich nicht anders für radikale als für etablierte Parteien, für linke als für rechte (oder für zentristische) Parteien: Die politischen Bedingungen für eine realitätstüchtige Konkretisierung und praktische Umsetzung einer radikal transformatorischen Realpolitik unterscheiden sich – jedenfalls zu Beginn – nicht grundsätzlich von denen, wie sie (zumindest in einer tiefen Krise) auch für eine relativ etablierte Politik der Reproduktion des *status quo* zu definieren sind. Vielmehr liegt ihre emanzipatorische Differenz zunächst allein in den Möglichkeiten, die sie eröffnet: Wie weit ist sie dazu in der Lage, Wege zu eröffnen, auf denen eine Überwindung bestehender Herrschaftsverhältnisse in Angriff zu nehmen und zu erreichen ist. Diese entscheidende emanzipatorische Differenz lässt sich nicht in greifbarer oder gar erschöpfender Weise allgemein charakterisieren – sie ergibt sich immer erst aus der

konservativen« Entrismus zum Ausdruck kommen. In Wirklichkeit schaffen sich zwar neue Herausforderungen immer wieder auch neue politische Akteure – aber diese werden auch immer wieder in das bestehende Parteiensystem hinein integriert...

25 Eine Perspektive der Organisierung, welche auf die Macht der verdinglichten Warenwelt unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise spezifisch reagiert, wie sie im *Kapital* untersucht wird, ist bisher noch nicht entwickelt worden.

konkreten Untersuchung der jeweils gegebenen Ausgangslage. Denn die konkret möglichen Handlungsperspektiven – erste, zweite, dritte und weitere Schritte, die zu tun sind – lassen sich nicht sinnvoll losgelöst von der Lage erörtern, in der sich die potenziell Handelnden und um eine verantwortbare Entscheidung ringenden Subjekte mehr oder minder gemeinsam befinden.

Eine Alternative in der Krise: Das Konzept des sozialökologischen New Deals heute

Die gegenwärtige tiefe Krise der europäischen Gesellschaften – und ganz allgemein des »entwickelten« Nordens – gibt dem Konzept des sozialökologischen New Deals eine neue, spezifische Bedeutung und Dringlichkeit, wie ihn das Konzept zuletzt in der Periode der »Krise des Fordismus« besessen hat – die (keineswegs zufällig) in etwa zeitgleich mit der Durchsetzung der neoliberalen »Konterrevolution« und dem Zusammenbruch des »realsozialistischen Blocks« ihr historisches Ende gefunden hat. In der Krise, in die jetzt weltweit die damals etablierten neuen ökonomischen und auch politischen Strukturen geraten sind, ist es heute erforderlich, dieses Konzept auf der Höhe einer neuen, tiefgreifend veränderten Zeit zu erneuern. Gerade in Deutschland und in Europa besteht heute noch einmal die Chance, die Fragen des nachhaltigen Wirtschaftens, des sozialen Zusammenhalts, der Ökologisierung von Arbeit und Leben, der Befreiung in den Geschlechterverhältnissen und einer umfassenden Fähigkeit zu Frieden und Solidarität neu aufzuwerfen, die damals unter Hinweis auf die Versprechen der Wohlfahrt und der Einheit aufgrund entfesselter Marktprozesse geradezu beiseite gewischt worden sind.

Eine solche Debatte um die radikal zeitgenössische Erneuerung dieses Konzeptes »nach dem Epochenbruch« braucht nicht völlig neu anzufangen. Interessante Momente einer Aktualisierung, die bereits über die Konzepte der 1980er Jahre hinauswies, lassen sich bereits im Crossover-Prozess finden, der in den 1990er Jahren zwischen daran interessierten Grünen, SozialdemokratInnen und demokratischen SozialistInnen stattgefunden hat.²⁶ Einige Momente dieser Aktualisierungsversuche haben auch in dem Perspektivenkongress eine wichtige Rolle gespielt, zu dem sich 2004 wichtige gewerkschaftliche Kräfte und Zusammenhänge aus der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zusammengefunden haben²⁷ – mit entsprechenden Echos und Wiederaufnahmen im Prozess der deutschen Sozialforen.

In dem parteipolitischen Konstitutionsprozess, der von der WASG zur LINKEN geführt hat, sind diese Fragen nach einem strategischen Konzept eher an den Rand gerückt. Politische Prinzipienklärungen schienen noch wichtiger zu sein. Ange-

²⁶ Vgl. Crossover (Hrsg.): Zurück zur Politik. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal. Münster 1997.

²⁷ vgl. Frank Bsirske u.a.: Perspektiven! Hamburg 2004.

sichts der jetzt wieder dringlicher werdenden Krisen kann eine derartige Zurückhaltung in Strategiedebatten aber nicht länger durchgehalten oder gar verantwortet werden. Das Fehlen einer inhaltlichen Strategiedebatte wird immer mehr zu einer Blockade von Möglichkeiten linker Initiativen angesichts sich häufender krisenhafter Entwicklungen. Außerdem kann so auch kein Raum für eine öffentliche Debatte aufgebaut werden, in der transformatorische Forderungen auch adressatengenau an die unterschiedlichen linken Parteiformationen gerichtet werden können.

Denn ganz offensichtlich fehlt heute die *eine* Partei, welche der selbstverständliche – weil adäquate und hinreichende – Adressat derartiger Forderungen ist. Weit weniger offensichtlich ist aber die Frage, was das bedeutet. Es läge ja vielleicht nahe, die Auffassung zu vertreten, dass dies eine Ausnahmesituation sei – als eine Spätfolge der schweren Niederlagen des im Rückblick doch ziemlich dunklen 20. Jahrhunderts. Auch wenn man einsehen kann, dass das nicht so einfach machbar wäre, wie sich das Ende der 1960er Jahre unterschiedliche »Parteiaufbau-Organisationen« vorgestellt haben – könnte man jedoch zu der Auffassung neigen, das Ziel müsste eine Parteiorganisation im Singular sein, die dann der selbstverständliche Adressat derartiger radikal transformatorischer Forderungen sein werde.

Eine derartige Vorstellung von der künftigen »einen Partei« der linken Gesellschaftstransformation hat allerdings zumindest einige ungelöste Problempunkte aufzuweisen: Im Rückblick auf die historische Spaltung zwischen unterschiedlichen kommunistischen Strömungen und zuvor zwischen Kommunisten und Sozialdemokratie lässt sich diese Einheit entweder als endliche Durchsetzung der richtigen politischen Linie vorstellen – oder aber als eine umfassende Einheit über alle diese Differenzen hinweg. Beides kann ich mir nicht als ein realitätstüchtiges politisches Projekt vorstellen. Außerdem kann es ja wohl nicht nur darum gehen, zur alten männlich und produktivistisch geprägten Arbeiterbewegung der »imperialistischen Metropolen« zurückzukehren: Wenn aber auch die Bewegungen des Südens und die neueren sozialen Bewegungen mit einzubeziehen sind – was der Sache nach kaum bestritten werden kann –, dann läuft die Forderung nach »Einheit durch Klarheit« unmissverständlich auf eine Praxis der Sektenbildung hinaus, während der Gedanke einer allumfassenden Parteiorganisation bestenfalls auf eine Partei hinausläuft, die in etwa die Kohärenz und Konsistenz der US-Demokraten aufzubringen vermöchte. Derartigen Vorstellungen gegenüber scheint es mir unter kontinentaleuropäischen Voraussetzungen eindeutig weit plausibler zu sein, eine Pluralität von konkurrierenden linken Parteien und durchaus konfliktuelle Bündnisse zwischen ihnen als eigenständigen politischen Kräften zu antizipieren – so sehr auch sowohl die kommunistische als auch die sozialdemokratische Tradition derart weit reichenden Pluralitätsgedanken entgegen stehen.

Denn andererseits wird es auch nicht möglich sein, auf parteipolitische Organisationsformen einfach zu verzichten. Zwar ist es vermutlich wahr, was Anfang der 1970er Jahre (unter Bezugnahme auf ein Marxwort) in Berlin eine ziemlich kurz-

lebige Zeitschrift propagiert hat: »Die soziale Revolution ist keine Parteisache!« Aber es wäre ein völliges Missverständnis, deswegen auf politische Organisation einfach großzügig zu verzichten – und etwa auch in Gesellschaften wie der deutschen, die als repräsentative, parlamentarische Demokratie organisiert wird, sich mit emanzipatorischen Anliegen und transformatorischen Projekten aus der parlamentarisch verfassten Parteipolitik herauszuhalten.

Immerhin lässt sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen festhalten, dass die »Kraft des Bündels« nicht ausreicht, um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dauerhaft und qualitativ zu verschieben: Die bloße Addition selbst von jeweils in spezifischer Weise universalisierbaren Einzelforderungen – nach dem Modell: Kein AKW hier und keins anderswo! – kann nicht den »qualitativen Sprung« auslösen, der allein die offenbar schwer erschütterbare Legitimitätsvermutung zugunsten des *status quo* wirksam in Frage zu stellen vermag. Umgekehrt gilt aber nicht weniger deutlich und sicher, dass eine »Vereinheitlichung« nicht erreichbar ist, durch die die Vielzahl der sozio-kulturellen und politischen Subjekte zu einem einzigen, *ohne interne Unterdrückung* als solchem handlungsfähigen Subjekt werden könnte. Der Aufbau gemeinsamer und konvergierender Handlungsfähigkeit und ein »Zusammenhandeln« auf dieser Grundlage ist demgegenüber als ein konfliktorisches Konzept zu begreifen, in dem die Zusammenhandelnden nicht restlos aufgehen und die erreichte Konzertierung und Koordinierung immer wieder nur als Ergebnis von beständigen Verständigungs- und Neuaushandlungsprozessen zustande kommen kann.

Indem diese Erfordernisse nüchtern ins Auge gefasst werden, kann sowohl die alte Illusion der »alten Linken« überwunden werden, sie sei eigentlich immer schon die vorgestellte »eine Partei«, als auch die nur wenig jüngere der »Neuen Linken«, sie seien diese »eine Partei« für die Zukunft. Anstatt seine politischen Energien auf Versuche zu verzetteln, die anderen Parteien zu marginalisieren oder auch zu übernehmen (bzw. zumindest ihnen die aktiven Mitglieder abzuwerben), könnten sich gerade in Deutschland die unterschiedlichen Parteien der Linken darauf konzentrieren, ihre gemeinsame Handlungsmacht zu stärken, indem sie ihre Strategien und Taktiken »konzertieren« und einen Diskursraum für spannende längerfristige Perspektivendebatten zu schaffen helfen.

Gerade wegen seiner Komplexität eignet sich die Kategorie eines sozialökologischen New Deals heute in ganz besonderem Maße dazu, als eine zentrale Orientierung für eine derartige Politik der Einheit aus der Vielfalt zu dienen. Nicht nur weil es dazu in der Lage ist, auf die komplexe Vielfalt der sich gegenwärtig überlagernden Krisen mit einer entsprechenden Vielfalt von sich überlagernden und ergänzenden politischen Strategien zu reagieren. Sondern vor allem, weil es den Reichtum an konkreten Möglichkeiten zur Darstellung bringen kann, in denen sich allein historisch noch eine neue Alternative zu konstituieren vermag. Das schließt produktiven Streit und die öffentliche Abkehr bestimmter Vorschläge als »Kurzschlüsse« keineswegs aus! Mit anderen Worten können wir diese inhaltliche

Komplexität als eine adäquate Antwort auf die perspektivische und formelle Vielfalt und zugleich Kohärenz der konstituierenden Gewalt der »Multitude«, der Menge der Vielen, als letzte Instanz aller politischen Prozesse begreifen.

Margaret Thatcher ist es gelungen, ihre Politik unter einem zentralen Slogan durchzusetzen: TINA (There is no alternative!). Damals haben viele Linke versucht, einen vergleichbar strukturierten Slogan dagegen zu setzen: BEHOGA (Behold our great alternative!). Sie sind damit, wie wir nicht umhin können, zur Kenntnis zu nehmen, historisch gescheitert. In der sich gegenwärtig zuspitzenden Krise haben wir eine neue Chance. Dieses Mal sollten wir sie allerdings anders anlegen – auf einen einfachen Slogan gebracht: Nicht bloß TAMARA (There are many and real alternatives!), sondern auch »There is one problem and one way to overcome it« – und im Konzept des sozialökologischen Umbaus²⁸ können wir, schrittweise und experimentierend, deren neue Einheit aus dieser Vielfalt heraus zu denken beginnen.

28 Judith Dellheim; Günter Krause (Hrsg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin 2008.

